

Freie Demokraten

FDP

68. Ord. Bundesparteitag

der Freien Demokratischen Partei

28. - 30. April 2017

**Anträge
zum BPT
2017**

ACHTUNG:

Bitte bringen Sie dieses Antragsbuch mit nach Berlin.

**Weitere Informationen und das Antragsbuch
zum Download finden Sie auf fdp.de/antragsbuch**

Bitte wenden Sie sich bei weiteren Fragen an:

antraege@bundesparteitag.de

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 1

Inhaltsverzeichnis

Bundestagswahlprogramm (Leitantrag)		Seite
L001	Schauen wir nicht länger zu. Programm der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2017 Bundesvorstand	5
Satzungsänderungsanträge		
S001	Aufnahme bundesunmittelbarer Mitglieder Bundesvorstand	89
Weltbeste Bildung für jeden		
A100	Einstieg zum Aufstieg – für eine moderne berufliche Bildung Bundesvorstand der Jungen Liberalen	93
A101	Integration durch Sprache: Deutschkenntnisse ausländischer Studenten stärken Bundesvorstand der Liberalen Hochschulgruppe	99
A102	Bewerbungsgebühren an Hochschulen Bundesvorstand der Liberalen Hochschulgruppe	101
A103	Einführung studentischer Präsidiumsmitglieder Bundesvorstand der Liberalen Hochschulgruppe	103
Vorankommen durch eigene Leistung		
A200	Erhöhung der Einkommensgrenze für Minijobs von 450 Euro auf 500 Euro Bundesvorstand des Bundesverbandes Liberale Frauen	105
A201	Anhebung der 450 Euro (Minijobber) Hinzuverdienstgrenze auf 520 Euro und Dynamisierung mit dem gesetzlichen Mindestlohn Kreisverband Emmendingen, Kreisverband Konstanz und Kreisverband Heidenheim	107
A202	Keine Kammer-Doppelmitgliedschaften für Gründer Kreisverband Hildburghausen, Thomas Vollmar (LV Thüringen)	109
A203	Schützen durch Nützen – Für eine moderne innovative Land- und Forstwirtschaft Landesverband Niedersachsen, Christian Lindner (LV Nordrhein-Westfalen), Christian Dürr (LV Niedersachsen), Volker Wissing (LV Rheinland-Pfalz), Hermann-Otto Solms (LV Hessen), Christel Happach-Kasan (LV Schleswig-Holstein), Friedrich Bullinger (LV	111

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 2

	Baden-Württemberg), Stefan Birkner (LV Niedersachsen), Hermann Grupe (LV Niedersachsen) und Karlheinz Busen (LV Nordrhein-Westfalen)	
A204	Zentrale Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen jetzt stärken und mittelfristig in eine Stiftung überführen Bundesfachausschuss Justiz, Innen, Integration und Verbraucherschutz	119
Selbstbestimmt in allen Lebenslagen		
A300	Für faire Rahmenbedingungen in der Versorgung mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln Bundesfachausschuss Gesundheit	121
A301	Vielfältige Vertriebswege für Arzneimittel und fairer Wettbewerb zwischen in- und ausländischen Apotheken Kreisverband Grafschaft Bentheim, Kreisverband Helmstedt, Kreisverband Wolfenbüttel und der Landesfachausschuss Soziales und Gesundheit Niedersachsen	123
A302	Sicherstellung einer hochwertigen Versorgung mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln Landesverband Baden-Württemberg	129
A303	Arzneimittelversorgung wieder gewährleisten: Aufbau einer strategischen Arzneimittelrohstoffreserve Bundesfachausschuss Gesundheit	135
A304	Kindeswohl schützen – Recht auf Impfung für alle Kinder Bundesvorstand der Jungen Liberalen	137
A305	Befürwortung des Urteils des BVerwG vom 2. März 2017 über den Zugang in extremen Ausnahmesituationen zu einem Betäubungsmittel, das eine schmerzlose Selbsttötung ermöglicht Rudolf Rentschler (LV Baden-Württemberg), Christian Abel (LV Baden-Württemberg), Renata Alt (LV Baden-Württemberg), Eckhard Behrens (LV Baden-Württemberg), Jens Brandenburg (LV Baden-Württemberg), Alexander Brecht (LV Baden-Württemberg), Hosam el Miniawy (LV Baden-Württemberg), Charlotta Eskilsson (LV Baden-Württemberg), Giesela Geckler (LV Baden-Württemberg), Christopher Gohl (LV Baden-Württemberg), Gabriele Heise (LV Baden-Württemberg), Hauke Hilz (LV Bremen), Tom Hoyem (LV Baden-Württemberg), Andrea Kanold (LV Baden-Württemberg), Marcel Klinge (LV Baden-Württemberg), Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (LV Bayern), Bärbl Maushart (LV Baden-Württemberg), Gesine Meißner (LV Niedersachsen), Alexander Pokorny (LV Berlin), Susan Schneider (Auslandsgruppe Europa), Erik Schweikert (LV Baden-Württemberg), Armin Serwani (LV Baden-Württemberg), Mathia Specht-Habbel (LV Berlin), Benjamin Strasser (LV Baden-Württemberg), Stefan Tritschler (LV Baden-Württemberg), Manfred Vohrer (LV Baden-Württemberg), Andreas Weik (LV Baden-Württemberg) und Volker Wissing (LV Rheinland-Pfalz)	139

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 3

A306	Kein Fahrerlaubnisentzug bei Straftaten ohne Zusammenhang mit dem Führen eines Kraftfahrzeugs FDP Niederbayern	141
A307	Namensfreiheit im deutschen Recht Bundesvorstand der Jungen Liberalen	143
A308	Eine Hochschule für alle! Studieren mit Beeinträchtigung ermöglichen Bundesvorstand der Liberalen Hochschulgruppe	145
A309	Vielfalt der Religionen – 500 Jahre nach der Reformation Bundesfachausschuss Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und Kommission Freiheit und Ethik	149
Freiheit und Menschenrechte weltweit		
A400	Die westliche Wertegemeinschaft sichern und stärken – Ein 10 Punkte Plan für die zukünftige transatlantische Partnerschaft Bundesfachausschuss Internationale Politik	155
A401	Recht wahren, Werte verteidigen, den Dialog führen – 10 Vorschläge für die Zusammenarbeit mit Russland Bundesfachausschuss Internationale Politik	159
A402	Für ein Europa der mehreren Geschwindigkeiten Bundesfachausschuss Internationale Politik und Auslandsgruppe Europa	165
A403	Zurück zu Schengen! Bezirksverband Hamburg-Nord	169
A404	Die Europäische Armee bleibt das Ziel Bundesfachausschuss Internationale Politik	171
A405	Soziale Marktwirtschaft in Europa stärken Bundesfachausschuss Internationale Politik, Auslandsgruppe Europa und der Landesverband Rheinland-Pfalz	173
A406	Eine werteorientierte Flüchtlingspolitik bedeutet fordern und fördern Bundesfachausschuss Internationale Politik	179
A407	Optimierung der gesundheitlichen Versorgung von Flüchtlingen Bundesfachausschuss Gesundheit	183
A408	Entwicklung fördern durch Globalisierung, Freihandel, Digitalisierung Bundesfachausschuss Internationale Politik	187

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 4

Politik, die rechnen kann		
A500	Immobilienwerb ermöglichen Landesverband Baden-Württemberg	189
A501	Acht Kriterien für eine zukunftsgerichtete liberale Energiepolitik Landesverband Baden-Württemberg	191
A502	Klimafreundliche Mobilität der Zukunft – Technologieoffenheit statt Denkverbote Landesverband Baden-Württemberg	193
A503	Umweltschutz statt Fahrverbote Landesverband Baden-Württemberg	197
Ein unkomplizierter Staat		
A600	Zukunftsorientiertes Planen bei Neubauten der öffentlichen Hand – keine Ausnahmen oder Befreiungen nach EEWärmeG oder EnEV Landesverband Niedersachsen	199
Weitere Themen		
A700	Zukunft der zentralen Kampagnenführung Landesverband Niedersachsen, Landesverband Berlin, Landesverband Bremen, Landesverband Hamburg, Landesverband Hessen, Landesverband Nordrhein-Westfalen, Landesverband Thüringen, Landesverband Brandenburg, Landesverband Rheinland-Pfalz und Auslandsgruppe Europa	201
A701	Sonderumlage verlängern Landesverband Thüringen	203
A702	Antragsbearbeitung Landesverband Niedersachsen	205

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 5

Antrag L001

Betr.: Schauen wir nicht länger zu. Programm der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2017

Antragsteller: Bundesvorstand der Freien Demokraten

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Schauen wir nicht länger zu!**

2 **Wir sehen die Herausforderungen**

3 Wir sehen, wie sich unsere Welt rasend schnell verändert. Die Digitalisierung
4 formt unsere Wirtschaft um. Selbst gestandene Unternehmen aus Industrie und
5 Finanzwesen drohen, den Anschluss zu verlieren. Immer schnellere Medien konkurrieren um unsere Aufmerksamkeit.
6

7 Wir sehen, dass Kriege und schlechte Lebensbedingungen Millionen von Menschen weltweit in Bewegung setzen – viele von ihnen wollen zu uns kommen.
8 Die Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme läuft aus dem Ruder.
9

10 Wir sehen, wie extreme Gruppen von Links und Rechts die politische Landschaft verändern. Nationalisten machen gegen die Europäische Union mobil. Islamistische Terroristen versuchen mit Gewalt, unsere tolerante Lebensweise zu vernichten.
11
12
13

14 Wir sehen, dass der Rechtsstaat und die Weltoffenheit unseres Landes wanken. Dass vieles, das vor kurzem noch selbstverständlich war, plötzlich wieder zur Disposition steht.
15
16

17 Jeder von uns sieht das. Jeden Tag. Seit vielen Monaten, gar Jahren.

18 Jetzt ist der Zeitpunkt, zu dem es nicht mehr reicht, zuzuschauen. Wir müssen etwas tun – schauen wir nicht länger zu.
19

20 **Wir sehen die Chancen**

21 Wir Freie Demokraten sehen nicht nur die Herausforderungen. Vor allem sehen wir ein Land voller Kraft und Gestaltungswillen. Ein Land, das platzt vor Ideen.
22 Ein Land voller brachliegender Potenziale.
23

24 Und wir sehen die Chancen, die in den Herausforderungen unserer Zeit stecken. Möglichkeiten, die darauf warten, von uns beim Schopfe gepackt zu werden – wenn man sich nicht von Angst, sondern von „German Mut“ leiten lässt.
25
26

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 6

27 · Die Individualisierung der Gesellschaft öffnet den Menschen vielfältige Lebens-
28 wege, für die wir sie durch beste Bildung stark machen wollen.

29 · Die Digitalisierung ist eine gewaltige Chance für mehr Wohlstand, selbstbe-
30 stimmteres Arbeiten und einen unkomplizierteren Staat.

31 · Die starke Einwanderung nach Deutschland ist ein Anlass, endlich für ein ver-
32 nünftiges Einwanderungsrecht und klare Anforderungen für Integration zu sor-
33 gen.

34 · In Zeiten von Rekordeinnahmen müssten Haushalte und soziale Sicherungs-
35 systeme für die Zukunft fit gemacht und die Bürger entlastet werden.

36 · Wenn sich echte Lücken in unserer Sicherheitsarchitektur auftun, dann muss
37 man sie punktgenau reparieren, statt mit Symbolpolitik alle Bürger unter General-
38 verdacht zu stellen.

39 · Wenn Nationalisten Europa mit Propaganda sturmreif schießen wollen, dann
40 muss man für Europas Stärken werben, aber auch genauso entschlossen seine
41 Schwächen beheben.

42 Wir Freie Demokraten sind der festen Überzeugung: Wir können etwas tun –
43 schauen wir nicht länger zu!

44 **Freie Demokraten: Die Richtigen für diese Zeit.**

45 Wir Freie Demokraten schöpfen unseren Aufbruchgeist, unseren „German Mut“
46 aus der Grundüberzeugung, die Freie Demokraten in Deutschland schon immer
47 geteilt haben:

48 Wir glauben an die Potenziale und die Energie jedes Einzelnen und an die
49 Kraft der Freiheit. Wir glauben daran, dass es immer eine Möglichkeit gibt. Wir
50 wollen nicht, dass „Ja, aber ...“ und Co. die Oberhand behalten. Daher lautet un-
51 ser Auftrag: Stärken wir den Glauben der Menschen an sich selbst!

52 Mit dieser Haltung haben Freie Demokraten wichtige Impulse für die großen
53 Meilensteine in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben:

54 · für die liberalste Verfassung in der deutschen Geschichte und die Einführung
55 der Sozialen Marktwirtschaft,

56 · für die erfolgreiche Westintegration und die neue Ostpolitik,

57 · für die Bewährung des Rechtsstaates in Zeiten des RAF-Terrors,

58 · für die marktwirtschaftliche Erneuerung der 1980er-Jahre und

59 · für die deutsche Wiedervereinigung.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 7

60 Aus dieser Haltung heraus sind wir überzeugt, dass wir auch die Zukunft am
61 besten durch faire Spielregeln und klare Orientierung erfolgreich gestalten. Dafür
62 setzen wir auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Grundgesetz,
63 den Rechtsstaat mit seinen Grundrechten und die Soziale Marktwirtschaft.
64 Denn das Grundgesetz ist die freiheitlichste Verfassung, die Deutschland je hatte.
65 Der Rechtsstaat balanciert Freiheit und Sicherheit so aus, dass er konkreten
66 Gefahren entschieden entgegentritt, ohne aber die Grundrechte der Bürgerinnen
67 und Bürger zu verletzen. Die Soziale Marktwirtschaft sorgt durch Wettbewerb für
68 Wohlstand und Innovation. Diese Grundsätze haben nichts an Modernität verloren.
69

70 Die Große Koalition lässt sich jedoch von Angst beherrschen. Sie wirkt, als sei
71 sie mit allem überfordert. Statt die freiheitlich-demokratische Grundordnung zum
72 Leitbild der Innen- und Außenpolitik zu machen, duckt sich die Große Koalition
73 bei Konflikten weg. Statt geltendes Recht durchzusetzen, betreibt sie nur Symbolpolitik.
74 Statt Markt und Wettbewerb zum Wohle der Menschen zu nutzen, hebt sie beide bei Euro,
75 Energie und Wirtschaft aus. Sie handelt nicht. Sie führt
76 Symboldebatten und schaut zu, wie die Dinge ihren Lauf nehmen. Sie ist nicht
77 fit genug für unsere Zeit.

78 In den letzten Jahren waren wir zum Zuschauen verdammt. Die Gründe dafür
79 sind bekannt und dafür trägt niemand anderes Verantwortung als wir selbst. Viele
80 Menschen sagen uns: Ihr fehlt! Denn unser Land braucht wieder Mut, frische
81 Ideen und neue Entschlossenheit. Darauf haben wir uns in den letzten Jahren
82 vorbereitet. Wir haben geklärt, was wir erreichen wollen und wofür wir uns mit
83 unserer ganzen Kraft einsetzen:

84 **I. Weltbeste Bildung für jeden,**

85 **II. Vorankommen durch eigene Leistung,**

86 **III. Selbstbestimmt in allen Lebenslagen,**

87 **IV. Freiheit und Menschenrechte weltweit,**

88 **V. Politik, die rechnen kann und**

89 **VI. Ein unkomplizierter Staat.**

90 Wir sind davon überzeugt, dass Millionen Menschen in Deutschland diese Ziele
91 teilen. Daher wollen wir sie entschlossen umsetzen. Gemeinsam mit diesen vielen
92 Menschen sagen wir: Schauen wir nicht länger zu!

93 Gemeinsam mit allen Menschen in unserem Land, die sich Aufbruch, Entschlossenheit
94 und Aktivität in der Politik wünschen statt Verzagtheit, Defensive und Orientierungslosigkeit
95 sagen wir: Werden wir wieder das Land, das in uns steckt!
96 Jeder Einzelne hat es in der Hand, um aus Veränderung neue Chancen zu formen.
97 Auf geht's!

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 8

98 **Weltbeste Bildung für Jeden**

99 In einer Welt der Veränderung gibt es keine Ressource, die wertvoller wäre, als
100 Bildung. Sie befähigt die Menschen, auch in einer komplexen Umwelt selbstbe-
101 stimmt ihren Weg zu gehen. Bildung ist die Chance zum sozialen Aufstieg.
102 Wichtig ist, was ein Mensch kann, unwichtig wird, in welches Elternhaus er ge-
103 boren wurde.

104 Die Digitalisierung steckt voller Chancen für bessere Bildung: individuelleres Ler-
105 nen, innovative Lehrmethoden und aktuellere Lehrmittel. Machen wir endlich da-
106 von Gebrauch!

107 Deutschland war einmal die weltweit führende Bildungsnation. Das können wir
108 wieder sein. Daher: Schauen wir nicht länger zu! Sorgen wir für weltbeste Bil-
109 dung für jeden!

110 **Mondfahrtprojekt weltbeste Bildung**

111 Weltbeste Bildung für jeden ist ein „Mondfahrtprojekt“. So wie John F. Kennedy
112 sein Land mit einer gewaltigen Kraftanstrengung auf den Mond führte, wollen wir
113 Deutschland an die Spitze der Bildungsnationen dieser Welt zurückführen. Ideo-
114 logische Grabenkämpfe, Reibungsverluste in der Verwaltung und mangelnde Fi-
115 nanzierung bremsen Deutschland dabei aus. Das wollen wir ändern!

116 **Bildungsausgaben auf Top 5-Niveau der OECD-Staaten**

117 Wir Freie Demokraten wollen die Ausgaben für Bildung so erhöhen, dass ge-
118 messen am Staatshaushalt Deutschland zu den führenden fünf Ländern der 35
119 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Staa-
120 ten zählt. Die umfassende Modernisierung des Bildungssystems würde Länder
121 und Kommunen allein überfordern. Die Finanzierung muss daher eine gesamtge-
122 sellschaftliche Aufgabe werden. Auch ideologisches Gezänk und bürokratische
123 Reibungsverluste passen nicht mehr in eine Zeit, in der nicht mehr Bremen mit
124 Bayern im Wettbewerb steht, sondern Deutschland als Ganzes mit Nordamerika
125 und China. Daher wollen wir einheitliche Bildungsstandards in Deutschland. Ins-
126 besondere Schulabschlüsse müssen über einheitlich gestellte Abschlussprüfun-
127 gen vergleichbarer werden. Dabei darf es aber keine Angleichung nach unten
128 geben. Damit wir mit den führenden Nationen mithalten können, brauchen wir
129 mehr Mobilität und mehr Vergleichbarkeit zwischen den 16 Ländern. Dafür muss
130 unser Bildungsföderalismus grundlegend reformiert werden.

131 **Eigenständigkeit der Schulen**

132 Wir Freie Demokraten setzen für die weltbeste Bildung auf mehr Eigenständig-
133 keit der Schulen. Wie die PISA-Studie zeigt, erzielen Kinder an Schulen mit grö-
134 ßerer Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheit deutlich bessere Leistungen. Denn

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 9

135 wer eigene Entscheidungshoheit bei Organisation, Budget, Profilbildung und Per-
136 sonal besitzt, übernimmt auch engagiert Verantwortung und kann für beste Er-
137 gebnisse sorgen. Daher sollen Schulen selbst über ihren Haushalt, ihr Profil und
138 ihr Personal entscheiden können. Einheitliche Bildungsstandards geben das Ziel
139 vor, sich am Niveau der besten Bildungseinrichtungen der Welt zu orientieren.
140 Ob die einzelne Schule sie erreicht, wird geprüft und transparent gemacht. Um
141 die Standards erreichen zu können, müssen Schulen durch exzellente Fortbildun-
142 gen bei der Schul- und Unterrichtsentwicklung unterstützt werden. Schulen mit
143 besonderen Problemen, Brennpunktschulen und Schulen, die noch hinter den Er-
144 gebnissen vergleichbarer Schulen zurückbleiben, müssen besonders unterstützt
145 werden, beispielsweise hinsichtlich der Lehrer-Schüler-Relation.

146 **Bildungsgutscheine**

147 Wir Freie Demokraten fordern, die Finanzierung der Schulen, Kindergärten und
148 Kitas schrittweise auf Bildungsgutscheine umzustellen. Denn so entsteht ein
149 transparenter Qualitätswettbewerb um die besten Bildungsleistungen. Für jedes
150 Kind gewährt der Staat Finanzierungsbeiträge. Damit diese Gelder transparent
151 und bewusst eingesetzt werden, setzen wir uns für Gutscheine ein, die die Höhe
152 der Beträge dokumentieren. Diese erhalten Eltern pro Kind und geben diese an
153 die von ihnen gewählte Bildungseinrichtung weiter. Nur diese Einrichtung kann
154 den Bildungsgutschein beim Staat einlösen. Staatliche, kommunale und Bildungs-
155 einrichtungen in freier Trägerschaft erhalten pro Kind den gleichen Betrag, damit
156 die Eltern nicht nur die freie Wahl zwischen verschiedenen öffentlichen Angebo-
157 ten, sondern auch zwischen öffentlichen und freien Trägern haben. Der Gegen-
158 wert der Gutscheine kann sich nach Lebensalter, zeitlichem Umfang der wö-
159 chentlichen Betreuung sowie bei besonderem pädagogischem Betreuungsbedarf
160 unterscheiden.

161 **Gleichwertige Unterstützung für freie Schulen**

162 Wir Freie Demokraten fordern eine gleichwertige Unterstützung der Schulen in
163 freier Trägerschaft. Die Schulen in freier Trägerschaft sind oftmals Motor für päd-
164 agogische Reformprozesse und führen die Schülerinnen und Schüler zu den
165 gleichen Abschlüssen wie staatliche Schulen. Allerdings erhalten die Schulen für
166 ihre Arbeit weniger Geld pro Schülerin und Schüler als die staatlichen Schulen.
167 Im Rahmen eines fairen Wettbewerbs aller Schulen miteinander fordern wir für
168 die Schulen in freier Trägerschaft die gleiche Anerkennung und finanzielle Unter-
169 stützung wie für die staatlichen Schulen. Im Gegenzug sorgt ein Aufnahmegebot
170 für die Schulen für gleiche Zugangschancen aller Kinder.

171 **Geld folgt Studierenden – länderübergreifende Hochschulfi- 172 nanzierung**

173 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Absicherung des finanziellen Grund-
174 bedarfs der Hochschulen ein, die den Wettbewerb um Studierende anregt. Das

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 10

175 macht die staatliche Berechnung der Ausbildungskapazität sowie die staatliche
176 Festsetzung von Zulassungszahlen überflüssig. Wenn die Hochschulen für jeden
177 aufgenommenen Studierenden einen Betrag in einer Höhe erhalten, die den Kos-
178 ten des Studiengangs gerecht wird, dann werden sie so viele Studierende auf-
179 nehmen, wie es ihre Kapazitäten erlauben. Ausreichende Bewerberzahlen, um
180 geeignete Studierende auszuwählen, werden sie nur erreichen, wenn die Qualität
181 des Studienangebots gut ist. Nur bei richtiger Abwägung zwischen Quantität und
182 Qualität wird der Erfolg einer Hochschule nachhaltig sein. Die Qualität des Studi-
183 ums sollte nicht von der Finanzkraft des Sitzlandes der Hochschule abhängig
184 sein. Um für gute Studienbedingungen zu sorgen, wollen wir einen bundeswei-
185 ten Fonds errichten. In diesen Fonds zahlt jedes Land nach dem sogenannten
186 Königsteiner Schlüssel ein. Das heißt, der Beitrag eines Landes errechnet sich
187 anteilig aus dem Steueraufkommen und der Bevölkerungszahl. Für jeden einge-
188 schriebenen Studierenden erhält die Hochschule einen Beitrag aus dem Fonds.
189 Das Geld folgt also den Studierenden. So erreichen wir einen fairen Qualitäts-
190 wettbewerb um Studierende in ganz Deutschland.

191 **Digitalisierung der Bildung**

192 Digitalisierung eröffnet großartige Möglichkeiten für weltbeste Bildung: Für indivi-
193 duelles Lernen gemäß der eigenen Bedürfnisse und Talente. Für neue Methoden,
194 die zu den unterschiedlichsten Lebensentwürfen passen. Für eine neue Qualität
195 von Bildung. Machen wir endlich davon Gebrauch!

196 **1.000 EUR Technik-Investition pro Schülerin und Schüler**

197 Wir Freie Demokraten wollen in den nächsten fünf Jahren pro Schüler zusätz-
198 lich insgesamt 1.000 Euro für Technik und Modernisierung investieren. Neue
199 Technologien und Methoden bieten Raum für Kreativität und Neugier und wer-
200 den immer wichtiger für spätere Berufe. Um diese Chancen zu nutzen, brauchen
201 Kinder Anleitung in Schulen mit entsprechender Ausstattung. Die technische
202 Aufrüstung unserer Schulen erfordert eine finanzielle Kraftanstrengung. Deshalb
203 streben wir Freie Demokraten einen Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern
204 an: Hier soll der Ausbau der digitalen Infrastruktur geregelt werden. Dafür sollen
205 Anreize für die kommunalen Träger der Schulen geschaffen werden, um durch
206 den Ausbau digitaler Infrastrukturen die Integration der digitalen Bildung voranzu-
207 treiben. Die Länder werden dafür in die Pflicht genommen, die digitale Bildung
208 als festen Bestandteil in der Lehreraus- und Weiterbildung zu verankern und die
209 Lehrerinnen und Lehrer fit zu machen im Umgang mit und beim Einsatz neuer
210 digitaler Medien.

211 **Medienkompetenz in die Bildungsstandards**

212 Wir Freie Demokraten fordern einen Fokus auf Medienkompetenz in den Bil-
213 dungsstandards. Dank der digitalen Revolution hat man ganze Bibliotheken je-
214 derzeit zur Hand. Doch Informationen werden nicht durch Suchmaschinen zu

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 11

215 Wissen und die vielen digitalen Kanäle können auch schnell zu Überforderung
216 führen. Im digitalen Zeitalter sind Nachrichten immer, überall und sofort verfü-
217 bar. Menschen müssen lernen, sich daraus eine sachkundige eigene Meinung zu
218 bilden. Hierzu müssen sie in der Lage sein, aufgrund von fundiertem Fachwissen
219 aus der Informationsflut die Spreu vom Weizen zu trennen und Quellen kritisch
220 zu hinterfragen. Dazu gehört von klein auf die Vermittlung von Medien- und Me-
221 thodenkompetenz. Dementsprechend sollen auch in Prüfungen künftig moderne
222 Konzepte wie „Open Book Tests“ oder internetfähige Geräte zum Einsatz kom-
223 men dürfen. Lehrerinnen und Lehrer sollen im Bereich Medienkompetenz ver-
224 pflichtend weitergebildet werden.

225 **Lebenslanges Lernen mit Online-Tools**

226 Wir Freie Demokraten setzen uns für ein lebenslanges Lernen ein. Gerade
227 kombiniertes Lernen bietet hierfür viele Möglichkeiten durch die Kombination aus
228 Präsenzunterricht, Online-Selbstlerneinheiten und Praxisphasen. Jeder Mensch
229 spricht auf andere Methoden an und zieht erst aus der Vielfalt von Angeboten
230 das beste Ergebnis für sich. Die Kombination verschiedener Unterrichtsformen
231 vermittelt und nutzt den Umgang mit verschiedenen Methoden und Lernkanälen.
232 Die Bildung in Deutschland wird so zukunftsweisend gestaltet, indem mit digita-
233 len Medien und über digitale Medien gelernt wird.

234 **Weltbeste Lehrer für weltbeste Bildung**

235 Weltbeste Bildung für Jeden funktioniert nur mit den weltbesten Lehrerinnen
236 und Lehrern. Dafür brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen. Nur dann
237 werden sich die Besten der Herausforderung des Lehrerberufs stellen. Kümmern
238 wir uns darum!

239 **Anreize, Auswahl und Ausbildung von Lehrern**

240 Wir Freie Demokraten fordern bessere Anreize, Auswahl und Ausbildung von
241 Lehrern. Denn weltbeste Bildung braucht weltbeste Lehrer. Nur mit den richtigen
242 Anreizen wählen engagierte und motivierte junge Menschen den Lehrerberuf.
243 Das heißt, die besten Lehrer sollen auch die besten Rahmenbedingungen vorfin-
244 den und unsere Wertschätzung genießen. Dazu gehört auch, bessere Lehrer
245 besser zu bezahlen. In der Ausbildung setzen wir auf Fachlichkeit, Praxisnähe
246 und eine Stärkung der Diagnosefähigkeit. Durch eine frühe Praxisphase sollen
247 Studierende rechtzeitig erkennen, ob der Beruf das Richtige für sie ist und was
248 sie im Alltag vor der Klasse wirklich brauchen. Wir fordern eine bewertete Pra-
249axisphase mit Beratung über Perspektiven zum Berufswechsel, wenn erkennbar
250 ist, dass jemand nicht für den Lehrerberuf geeignet ist. In der Ausbildung sollen
251 die angehenden Lehrer auf die fortschreitende Digitalisierung und Internationali-
252sierung vorbereitet werden. Ferner wollen wir die Rahmenbedingungen für einen
253 Quereinstieg in den Lehrerberuf verbessern. Hierzu fordern wir berufsbegleitende
254 Aufbaustudiengänge und Ressourcen zur Betreuung der Quereinsteiger in

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 12

255 den Schulen durch erfahrene Lehrkräfte. Den Schulleitungen vor Ort wollen wir
256 mehr Entscheidungsfreiheiten über die Einstellung von Quereinsteigern geben.

257 **Digitalkompetenz zählt**

258 Wir Freie Demokraten wollen die besten Lehrerinnen und Lehrer für unsere Kin-
259 der und auch in der Erwachsenenbildung. Ob bei neuen Technologien, Internatio-
260 nalität oder Praxiserfahrung – wir wollen den Horizont der Lehrkräfte verbreitern.
261 Dabei dürfen Lehrkräfte vor allem keine digitalen Amateure sein, sondern müs-
262 sen den Kindern Lust an Fortschritt und Technik vermitteln können.

263 **Bessere Bezahlung und Ausbildung von Kita-Personal**

264 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine bessere Bezahlung und Ausbildung
265 des Kita-Personals ein. Kitas sollen unsere Kinder fördern und nicht nur aufbe-
266 wahren und betreuen - das Motto „sicher, sauber, satt“ ist zu anspruchslos. Da-
267 bei sollen auch Sport- und Musikangebote sowie Ergotherapie in den Kitabetrieb
268 integriert werden. Dafür sind Fachkräfte nötig, die zur Anregung und Entwicklung
269 von Kindern ausgebildet sind und Probleme erkennen und Talente fördern. Für
270 diese wichtige Aufgabe müssen Erzieherinnen und Erzieher entsprechend qualifi-
271 ziert sein und sollten dafür auch angemessen bezahlt werden.

272 **Bildung für Chancengerechtigkeit**

273 Weltbeste Bildung für Jeden sorgt dafür, dass alle ihre Talente und Begabun-
274 gen frei entfalten können. Das Elternhaus oder die Lebenssituation darf dabei
275 nicht ausschlaggebend sein, sondern Engagement und Leistung.

276 **Sprachförderung vor der Einschulung**

277 Wir Freie Demokraten fordern eine umfassende Sprachförderung der Kinder vor
278 der Einschulung. Sprache ist das zentrale Mittel, um sich am sozialen Leben und
279 am Unterricht beteiligen zu können. Alle Kinder mit Sprachdefiziten müssen noch
280 vor der Einschulung die Möglichkeit zum Erlernen der deutschen Sprache erhal-
281 ten. Nur so ist ein erfolgreicher und gleichberechtigter Start ins Schulleben mög-
282 lich.

283 **Inklusion mit Förderschulen**

284 Wir Freie Demokraten setzen uns für die Realisierung eines inklusiven Bildungs-
285 systems unabhängig von Bildungsort, Schulform und Bildungs- oder Ausbildungs-
286 gang ein. Dies ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, die nicht nur die
287 Schulen in der Verantwortung der Länder betrifft. Dabei müssen das Kindeswohl
288 und das Wohl der Jugendlichen im Mittelpunkt aller Bemühungen stehen. Des-
289 halb gehören zu einem inklusiven Schulsystem unabdingbar auch gut ausgestat-
290 tete Förderschulen, um Wahlfreiheit zu gewährleisten. Dabei setzen wir uns
291 auch für verbindliche Qualitätsstandards für den inklusiven Unterricht ein. Das

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 13

292 schafft Sicherheit für alle Beteiligten. Die Schulen wissen, dass sie nicht allein
293 gelassen werden, sondern sich auf den Staat verlassen können.

294 Der Sport ist einer der Schlüssel zur Integration und Inklusion. Wir wollen Men-
295 schen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Anlagen (Menschen mit
296 körperlicher und geistiger Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund)
297 bei Sport und Spiel zueinander finden lassen. Dabei fördern wir die herausra-
298 gende Arbeit der Sportvereine und der Fachverbände.

299 **Elternunabhängige Ausbildungsförderung**

300 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine elternunabhängige Ausbildungsförde-
301 rung für volljährige Schüler, Auszubildende und Studierende ein. Junge Men-
302 schen sind eigenständige Persönlichkeiten, die sich selbst für ihren Ausbildungs-
303 weg entscheiden wollen. Die Wahl der Ausbildung stellt für sie die Weichen für
304 die Zukunft. Schüler, Auszubildende und Studierende sollen ihren Talenten fol-
305 gen und müssen ihre Wahl frei und ohne Geldsorgen treffen können. Deshalb
306 darf die Finanzierung auch für niemanden an den Vorstellungen der Eltern oder
307 deren Einkommen scheitern. Die Förderung besteht aus einem Zuschuss in Höhe
308 von 300 Euro sowie einem Darlehensangebot. Die Refinanzierung des Zuschus-
309 ses erfolgt über die Verlagerung von Steuervergünstigungen der Eltern hin zu
310 den Schülern, Azubis und Studierenden. Für den Teil, der als Darlehen gewährt
311 wird, sollen sich die Rückzahlungsmodalitäten am späteren Einkommen orientie-
312 ren.

313 **Stipendien für 15 Prozent der Studierenden**

314 Wir Freie Demokraten streben eine leistungsorientierte Förderung von mindes-
315 tens 15 Prozent der Studierenden mit Stipendien an. Derzeit werden in Deutsch-
316 land nur etwa fünf Prozent aller Studierenden mit einem Stipendium unterstützt.
317 Wenn wir dem Fachkräftemangel in Deutschland entgegentreten wollen, müssen
318 unsere Studierenden zu qualifizierten Spezialisten werden. Wer sich auf sein
319 Studium konzentrieren kann, schließt besser ab. Wir Freie Demokraten möchten
320 Studierende entlasten und Talente und besondere Anstrengung stärken, indem
321 wir hierbei unter anderem private Initiativen unterstützen und das Deutschlandsti-
322 pendium ausbauen.

323 **Bildungssparen**

324 Wir Freie Demokraten fordern staatliche Unterstützung beim Bildungssparen für
325 ein lebenslanges Lernen. Damit jeder seinen Talenten folgen und seine Träume
326 verwirklichen kann, wollen wir jedem Bürger ein Leben lang die Chance zum
327 Aufstieg geben. Bildung ist der Schlüssel zum Aufstieg, aber die gibt es kaum
328 zum Nulltarif. Daher setzen wir uns für ein Bildungssparen ein: das heißt für je-
329 den Euro, der für Bildung zur Seite gelegt wird, gibt es einen staatlichen Zu-
330 schuss. So können Eltern den Bildungsweg ihrer Kinder von klein auf absichern.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 14

331 **Bildung jenseits des Tellerrands**

332 Weltbeste Bildung für Jeden dreht sich nicht nur um Fachwissen oder –kennt-
333 nisse. Weltbeste Bildung für Jeden hat immer auch die Gesellschaft als Ganzes
334 im Blick. Schauen wir genau hin und schauen wir voraus!

335 **Teilnahmerecht von Flüchtlingen am Unterricht**

336 Wir Freie Demokraten fordern ein sofortiges Teilnahmerecht für Flüchtlinge am
337 Unterricht. In manchen Bundesländern beginnt mit dem Aufenthalt auch die
338 Schulpflicht. In anderen Ländern haben Flüchtlingskinder dagegen erst beim Ver-
339 lassen der Erstaufnahmeeinrichtungen ein Recht auf Unterrichtsbesuch. Dabei ist
340 Bildung der wichtigste Grundstein zur Integration. Deshalb fordern wir ein soforti-
341 ges Teilnahmerecht am Unterricht in ganz Deutschland, auch wenn die Aufent-
342 haltsdauer unklar oder nur kurz ist.

343 **Für technische und mathematische Fächer begeistern**

344 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, Kinder schon in jungen Jahren für
345 technische und mathematische Fächer zu begeistern. In Deutschland haben wir
346 jetzt schon einen Fachkräftemangel, den der demografische Wandel noch ver-
347 stärken wird. Der Ingenieursnation Deutschland droht der Nachwuchs an Tüftlern
348 und Erfindern auszugehen. Für eine spätere Berufswahl sind ein frühes Interesse
349 und eine anschauliche Erklärung ausschlaggebend. Für die Schulen ist eine sehr
350 gute fachliche Ausbildung der Lehrkräfte sowie Unterricht in den verschiedenen
351 naturwissenschaftlichen Fächern durch Fachpersonal wichtig. Die Kooperation mit
352 außerschulischen Partnern wollen wir ausdrücklich fördern und unterstützen.

353 **Förderung des Breiten- und Spitzensports**

354 Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Förderung des Breiten- und Spitzen-
355 sports in Deutschland. Der Sport bildet mit seinen Millionen Vereinsmitgliedern
356 und ehrenamtlich Tätigen in den verschiedenen Verbänden die größte Bürgerbe-
357 wegung Deutschlands für ein faires Miteinander, gelebtes Engagement und ein
358 gesundes Leben. Sport bringt Menschen unabhängig von Geschlecht, Alter, so-
359 zialem Status, religiöser oder politischer Anschauung, körperlichen Vorausset-
360 zungen, Herkunft oder sexueller Orientierung zusammen. Er fördert die gesund-
361 heitliche Prävention, den Aufbau von Gemeinschaftsgeist und den Abbau von
362 Vorurteilen. Sport hält Deutschland sprichwörtlich in Bewegung. Deshalb wollen
363 wir die ehrenamtlich Tätigen von unnötiger Bürokratie befreien, denn der Sport
364 ist auf die freiwillige ehrenamtliche Hilfe angewiesen – egal ob als Trainer, Be-
365 treuer oder in den Vereins- und Verbändeleitungen.

366 Für Sportlerinnen und Sportler muss es attraktiv sein, für unser Land Spitzen-
367 sport zu betreiben. Gemeinsam mit dem Deutschen Olympischen Sportbund, der
368 Bundeswehr, der Polizei, dem Zoll, der Sporthilfe und den Spitzenverbänden wol-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 15

369 len wir zudem den Hochleistungssport so fördern, dass die Athletinnen und Ath-
370 leten sich freiheitlich entfalten können. Besonders in Ausbildung und Beruf dür-
371 fen ihnen keine Nachteile entstehen. Denn Spitzensportlerinnen und -sportler be-
372 geistern und animieren als Vorbilder zum Sporttreiben.

373 Sowohl für Breiten- als auch für Spitzensport gilt jedoch: Förderfähig ist nur ein
374 sauberer Sport. Denn Doping ist Betrug an den sauberen Athletinnen und Athle-
375 ten, den Zuschauerinnen und Zuschauern, den Veranstaltern und den Sponso-
376 ren und muss daher nachhaltig bekämpft werden. Deshalb unterstützen wir die
377 Arbeit der Anti-Doping-Agenturen (NADA national und WADA international). Wir
378 wollen auf diesem Feld die Forschung verstärken und mit technologischen Inno-
379 vationen intelligentere und effizientere Kontrollen ermöglichen. Die Kontrollen der
380 Athletinnen und Athleten müssen aber stets auf rechtsstaatlicher Grundlage er-
381 folgen und die Persönlichkeitsrechte achten.

382 **Weltbeste Bildung stärkt berufliche Bildung**

383 Weltbeste Bildung für Jeden hält für alle den passenden Weg bereit. Im Be-
384 reich der beruflichen Bildung verfügt Deutschland bereits über eine Form der
385 Qualifizierung, die weltweit Strahlungswirkung entfaltet und zahlreiche Aufstiegs-
386 möglichkeiten bereit hält. Stärken wir diese Stärke auch weiterhin!

387 **Duale Ausbildung stärken**

388 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Aufwertung und Ausweitung der dua-
389 len Ausbildung in Deutschland ein. Das duale Ausbildungssystem in Deutschland
390 ist Vorbild für politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf
391 der ganzen Welt. Dennoch halten viele ein Hochschulstudium für den einzig rich-
392 tigen Bildungsweg. Zahlreiche Studien belegen dagegen, dass die Verbindung
393 aus praktischem Arbeiten und theoretischem Lernen für die Auszubildenden ef-
394 fektiv ist und für die Unternehmen genau der richtige Mix aus Wissen und Kön-
395 nen. Diese Verbindung und individuelle Förderung trägt weiter zu einer höheren
396 Durchlässigkeit unseres Bildungssystems bei. Wir Freie Demokraten wollen da-
397 her unser erfolgreiches berufliches Bildungssystem stärken, zu dem die duale
398 Ausbildung und die Abschlüsse der Höheren Beruflichen Bildung (zum Beispiel:
399 Meister, Fachwirte und Betriebswirte) gehören.

400 **Exzellenzinitiative berufliche Bildung**

401 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Exzellenzinitiative für die berufliche
402 Bildung ein. Mit Blick auf den bereits vorhandenen Fachkräftemangel, die Demo-
403 graphie und unsere Wettbewerbsfähigkeit, brauchen wir eine Stärkung der Aus-
404 und Weiterbildung. Für den Hochschulbereich gibt es solche Initiativen bereits.
405 Die Hochschulen und Universitäten profitieren nachweislich davon. Das brauchen
406 wir in Deutschland auch für die berufliche Bildung. Denn der Fachkräftemangel
407 und die Herausforderungen für die Wirtschaft in der Zukunft lassen sich nicht al-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 16

408 leine durch Hochschulabsolventen lösen. Im Gegenteil: Deutschland braucht
409 mehr Fachkräfte mit einer dualen Lehre als Fachkräfte mit einer akademischen
410 Vorbildung. Deshalb ist jede Investition in die berufliche Bildung eine Investition
411 in die Zukunft.

412 **Duale Ausbildung und Digitalisierung**

413 Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr digitale Bildung in der dualen Aus-
414 bildung ein. Die vielfältigen Angebote lassen sich genau auf das Können der
415 Auszubildenden und die Bedürfnisse der Betriebe zuschneiden. Auszubildende
416 können so Techniken und Fachwissen von internationalen Spezialisten lernen,
417 ohne den Arbeitsort zu verlassen. Zudem bieten individuelle Lernprogramme mit
418 digitaler Unterstützung Chancen, selbstständig zu lernen und Lücken zu schlie-
419 ßen. Das sorgt für besser ausgebildetes Personal.

420 **Austauschprogramm auch für Auszubildende**

421 Wir Freie Demokraten setzen uns für den Ausbau europäischer Austauschpro-
422 gramme wie "ERASMUS plus" ein. Nicht nur Studierende sollen in den Genuss
423 des europäischen Austauschs kommen. Auch die Teilnahme von Auszubilden-
424 den und jungen Berufstätigen an europäischen Austauschprogrammen muss ge-
425 fördert werden. Dazu bedarf es schon in den berufsbildenden Schulen einer ver-
426 stärkten Aufklärung über vorhandene Programme. Denn neben der Verbreiterung
427 des fachlichen Wissens trägt auch die Begegnung mit vielen Menschen aus den
428 unterschiedlichen Staaten Europas zum gegenseitigen Vertrauen und einem eu-
429 ropäischen Bewusstsein bei. So lernen wir aus unserer Vielfalt die Kraft für eine
430 gemeinsame Zukunft in Frieden und Wohlstand zu schöpfen. Die Geschichte
431 lehrt uns, dass wir dies nicht als Selbstverständlichkeit hinnehmen dürfen.

432 **Forschung nützt allen**

433 Weltbeste Bildung für Jeden führt zu hervorragender Forschung, die allen nützt:
434 Den Forschern, den Lehrenden, den Studierenden und allen Interessierten. Alle
435 sollen am Erkenntnisgewinn soweit wie möglich teilhaben können. Teilen wir un-
436 ser Wissen für mehr Erkenntnis, neue Produkte und mehr Aufklärung!

437 **Zugänglichkeit öffentlich finanzierter Forschungsergebnisse**

438 Wir Freie Demokraten fordern den öffentlichen Zugang zu Forschungsergebnis-
439 sen, die wesentlich aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Deutschland hat
440 starke Köpfe in der Forschung. Damit auch die Allgemeinheit von den Ergebnis-
441 sen profitieren kann, setzen wir uns für eine Open-Access-Politik ein: Ergebnisse
442 und Publikationen, die wesentlich mit öffentlichen Geldern finanziert wurden, sol-
443 len unter Berücksichtigung eines Erstverwertungsrechts auch für die Öffentlichkeit
444 zugänglich sein.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 17

445 **Online-Zugang zu Lehrmaterialien an öffentlichen Hoch-** 446 **schulen**

447 Wir Freie Demokraten fordern die Online-Bereitstellung von Unterrichts- und
448 Lehrmaterialien im Zusammenhang mit der universitären Lehre, sofern keine
449 Rechte Dritter verletzt werden. Die digitale Revolution ermöglicht auch eine Revo-
450 lution in der Lehre und Forschung. Vorlesungsaufzeichnungen, Livestreams oder
451 Online-Zugänge zu Forschung erlauben es Studierenden, flexibel und selbstbe-
452 stimmt Inhalte zu erarbeiten.

453 **Der neue Generationenvertrag: Nachgelagerte Studienge-** 454 **bühren**

455 Wir Freie Demokraten sind der Ansicht, dass Hochschulen nachgelagerte Studi-
456 enbeiträge erheben dürfen sollen. Studienbeiträge sind für uns gerecht, solange
457 sie erst nach dem Abschluss erhoben werden und Generationen von ehemaligen
458 Studierenden über einen umgekehrten Generationenvertrag zur Verbesserung
459 der Studienbedingungen beitragen. Die Hochschulen werden von diesem Recht
460 im Wettbewerb um gute Studierende voraussichtlich nur bei Studiengängen Ge-
461 brauch machen, deren Absolventen gute Berufsaussichten haben. Mit Studienbei-
462 trägen können Hochschulen schneller modernisiert und die Studienbedingungen
463 verbessert werden. Studierende selbst haben aber in der Regel wenig Geld und
464 dürfen daher nicht während des Studiums finanziell belastet werden. Nach dem
465 Studium verdienen sie allerdings meistens mehr und finden schneller Arbeit als
466 Menschen ohne Hochschulzeugnis. Studienbeiträge dürfen erst nach Überschrei-
467 ten einer angemessenen Einkommensschwelle fällig werden. Gezahlte nachgela-
468 gerte Studienbeiträge sind bei der Einkommensteuer als Werbungskosten anzu-
469 erkennen. Studienbeiträge dürfen weder direkt noch indirekt (etwa als Kürzungen
470 im Hochschulbereich) in den allgemeinen Etat der Bundesländer fließen. Sie
471 müssen als zusätzliche Finanzierungsmittel für die Lehre an der besuchten Hoch-
472 schule verbleiben.

473 **Gründerkultur für die Hochschulen**

474 Wir Freie Demokraten fordern die Unterstützung von Gründungen an Hoch-
475 schulen. Studierende haben oft gute Ideen und die nötige Energie, um ein eige-
476 nes Unternehmen zu gründen. Jedoch mangelt es teilweise an der Unterstützung
477 von Seiten der Hochschule. Damit unsere Studierenden nicht ausgebremst wer-
478 den, fordern wir Hilfe bei studentischen Gründungen: Beispielsweise sollen Stu-
479 dierende die Möglichkeit haben für Gründungen Urlaubssemester zu nehmen
480 und sie sollten fächerübergreifend über die Möglichkeit zur Existenzgründung an
481 Lehrstühlen für Entrepreneurship lernen können.

482 **Vorankommen durch eigene Leistung**

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 18

483 Das große Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft lautet, dass jeder Mensch
484 seine eigene Lage mit eigener Leistung verbessern kann. Doch immer mehr
485 Menschen zweifeln daran, ob dieses Versprechen heute noch gilt.

486 Eine starke Wirtschaft ist Voraussetzung für Infrastruktur, Kultur und ein hohes
487 Niveau sozialer Sicherheit. Doch viele Menschen fragen sich, ob Deutschland
488 morgen noch so wirtschaftlich stark sein wird wie heute. Gerade in einer Zeit
489 der Veränderung müssen wir die Innovationskräfte der Marktwirtschaft nutzen,
490 die auf die Ideen der vielen Unternehmer und mehr Freiraum statt auf Bürokratis-
491 mus setzt.

492 Daher: Schauen wir nicht länger zu! Sorgen wir für eine Gesellschaft, in der
493 wieder jeder seine Ziele durch eigene Leistung erreichen kann. Schaffen wir die
494 Voraussetzungen dafür, dass Deutschland auch morgen ein wirtschaftliches star-
495 kes Land sein wird!

496 **Gründerkultur vorantreiben**

497 In einer Zeit der Veränderungen erkennen Newcomer häufig schneller die Chan-
498 cen, die darin verborgen sind. Sie sollten daher ermutigt werden, ihre Ideen in
499 die Tat umzusetzen. Dazu wollen wir die Gründerkultur in Deutschland stärken.

500 **Gründergeist für Deutschland**

501 Wir Freie Demokraten wollen eine Kultur des Gründergeistes und der Risikobe-
502 reitschaft fördern. Dafür möchten wir wirtschaftliches Grundwissen schon in der
503 Schule stärken, die Finanzierung von Unternehmensgründungen erleichtern und
504 dafür sorgen, dass auch im Scheitern immer die Chance für etwas Neues liegt.
505 Wir wollen Bürokratie abbauen, damit sich junge Unternehmen auf ihr Geschäft
506 konzentrieren können, statt auf Formulare. Behördengänge für Gründer müssen
507 soweit reduziert werden, dass eine Gründung an einem einzigen Werktag und
508 online möglich ist. Hierzu braucht es eine zentrale behördliche Anlaufstelle für
509 Gründer. Neben der Herstellung einer schnellen Geschäftsfähigkeit von Gründun-
510 gen möchten wir deshalb zum Beispiel ein bürokratiefreies Jahr für Start-ups
511 schaffen. Zudem sollen auch nebenberufliche Gründungen oder Gründungen aus
512 der Elternschaft heraus erleichtert werden. Sie machen etwa ein Fünftel aller
513 Gründungen aus und bieten großes Potential. Zudem sollen Gründerinnen und
514 Gründer nicht schon Steuern zahlen, bevor die ersten Umsätze oder Gewinne
515 überhaupt angefallen sind. Bei der Gewerbesteuer kann durch die sogenannten
516 Hinzurechnungsbestimmungen eine Steuerlast auch dann entstehen, wenn keine
517 Gewinne erwirtschaftet sind. Wir wollen deshalb in den ersten drei Jahren nach
518 Gründung den Freibetrag bei der Gewerbesteuer verdoppeln. Denn Gründerin-
519 nen und Gründer schaffen Zukunft. Sie schaffen Arbeitsplätze für sich selbst und
520 andere. Sie schaffen Innovation und sorgen damit für Dynamik in der gesamten
521 Wirtschaft und Gesellschaft.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 19

522 **Bessere Bedingungen für Wagniskapital**

523 Wir wollen durch ein Venture-Capital-Gesetz die steuerlichen Rahmenbedingun-
524 gen für Wagniskapital in Deutschland verbessern. Denn die jungen Unterneh-
525 men in Deutschland stehen alle vor derselben Herausforderung: Spätestens nach
526 dem Markteintritt fehlt es an Kapital. Wachsen, Nachfolgeprodukte entwickeln
527 und sich internationalisieren können die Unternehmen nur mit entsprechender Fi-
528 nanzspritze. Eine klassische Bankfinanzierung aber kommt für Start-ups häufig
529 nicht in Frage. Diese Lücke schließt Wagniskapital. Internationale Erfahrungen
530 zeigen, dass Wagniskapitalgeber ihre Investitionsentscheidungen nach einer re-
531 gionalen Bezogenheit treffen: Sie investieren am liebsten dort, wo sie ihren Sitz
532 haben. Deshalb wollen wir ein Venture-Capital-Gesetz, das umfassend und ganz-
533 heitlich beste Bedingungen für Wagniskapital in Deutschland schafft und zwar
534 auch und gerade im Steuerrecht. Als entscheidende Punkte im steuerrechtlichen
535 Bereich in diesem Venture-Capital-Gesetz sehen wir den Abbau der Substanzbe-
536 steuerung – wie etwa bei den Hinzurechnungsvorschriften in der Gewerbesteuer,
537 eine transparente Besteuerung für Venture Capital-Gesellschaften, eine faire Be-
538 steuerung von Investoren, die sich von ihrer Beteiligung trennen und die Liberali-
539 sierung bei den Kapitalsammelstellen, damit privates Anlagekapital stärker ge-
540 nutzt werden kann.

541 **Unternehmensfinanzierung verbessern**

542 Wir Freie Demokraten wollen den rechtlichen Rahmen bei der Unternehmensfi-
543 nanzierung vereinfachen. Denn junge Unternehmen benötigen am Anfang Geld,
544 um ihr Geschäftsmodell auf- und auszubauen und Voraussetzungen für Wachs-
545 tum zu finanzieren. Neben Eigenkapital und dem klassischen Bankkredit verbrei-
546 ten sich innovative Finanzierungsmodelle wie das Crowdfunding immer stärker.
547 Dabei stellen viele Investoren kleinere Beträge zur Verfügung, die zusammen je-
548 doch eine ordentliche Finanzierung ergeben. Deshalb wollen wir die Vorschriften
549 für diese Investitionen beispielsweise bei Prospektpflicht oder Selbstauskunft so
550 anpassen, dass diese Investitionen unkomplizierter und attraktiver werden.

551 **Moderner Rechtsrahmen für moderne Geschäftsmodelle**

552 Wir Freie Demokraten wollen einen zeitgemäßen Rechtsrahmen für traditionelle
553 und neue Geschäftsmodelle wie die sogenannte Share Economy. Die Share Eco-
554 nomy bietet mit ihren neuen Geschäftsmodellen den Bürgerinnen und Bürgern
555 zusätzliche Wahlmöglichkeiten zu traditionellen Produkten und Dienstleistungen.
556 Um das Innovationspotential der Share Economy zu nutzen, brauchen wir einen
557 passenden Rahmen, der ihnen die Freiheit zur Entwicklung lässt. Deshalb wollen
558 wir bestehende Regelungen etwa zur Personenbeförderung (inklusive Taximarkt)
559 oder zur Nutzung von Wohnraum zeitgemäß gestalten.

560 Im Personenbeförderungsgesetz soll künftig vorgesehen werden, dass die Län-
561 der den Kommunen oder bestimmten Regionen die Genehmigung von Personen-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 20

562 beförderungsleistungen außerhalb einer Taxi-Konzessionsvergabe gestatten kön-
563 nen. Künftig ist zudem jedem Antragsteller, der über ein polizeiliches Führungs-
564 zeugnis ohne einschlägige Verurteilungen sowie über eine Insassenversicherung
565 verfügt, ein Personenbeförderungsschein zu erteilen.

566 Für die zeitgemäße Nutzung von Wohnraum wollen wir die Vermietung für pri-
567 vate Vermieterinnen und Vermieter vereinfachen, die nicht hauptberuflich vermie-
568 ten. Dafür wollen wir Gesetze und Verordnungen zur Vermietung dahingehend
569 prüfen, welche Anforderungen dadurch an privat Vermietende gestellt werden.
570 Gleichzeitig zum zeitgemäßen Rechtsrahmen für neue Geschäftsmodelle brau-
571 chen aber auch die traditionellen Unternehmen mehr Spielraum, um wettbe-
572 werbsfähig zu sein. Wir wollen deshalb faire Regeln für alle: Klare Regeln für
573 die Newcomer und weniger Bürokratie für die Etablierten. So entscheiden am
574 Ende die Kunden, also wir alle, den fairen Wettbewerb um das beste Produkt.

575 **Einfachere Regeln für kleine und mittlere Unterneh-** 576 **men**

577 Kleine und mittlere Unternehmen, Handwerker und Freiberufler bieten den meis-
578 ten Menschen in Deutschland einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz. Sie haben
579 im Regelfall weder Rechts- noch Steuerabteilungen. Je komplizierter das Steuer-
580 ,Sozialversicherungs- oder Arbeitsrecht wird, desto stärker wirkt sich das als takti-
581 scher Nachteil im Wettbewerb mit großen Konzernen aus. Hier wollen wir abhel-
582 fen.

583 **Einfacheres Sozialversicherungsrecht**

584 Wir Freie Demokraten wollen die Regeln auf dem Gebiet der Sozialversiche-
585 rungspflichten vereinfachen. Deshalb fordern wir die Rücknahme der Vorfälligkeit
586 der Sozialversicherungsbeiträge. Denn momentan müssen Arbeitgeber den vor-
587 aussichtlichen Sozialversicherungsbeitrag für den laufenden Monat schätzen und
588 diesen vor der Fälligkeit der Lohnzahlung abführen. Im Folgemonat müssen die
589 Erklärungen dann entsprechend den tatsächlichen Entgelten korrigiert werden.
590 Das führt dazu, dass faktisch nicht mehr zwölf, sondern 24 Monatsabrechnun-
591 gen im Jahr erstellt werden müssen. Gerade für junge Unternehmen ist das eine
592 gewaltige Belastung. Wenn die Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge hinge-
593 gen wieder mit den Lohnzahlungen zusammenfällt, kann die bürokratische Belas-
594 tung an dieser Stelle halbiert werden.

595 **IST-Besteuerung in der Umsatzsteuer**

596 Wir Freie Demokraten wollen in Deutschland den Grundsatz der IST-Besteue-
597 rung bei der Umsatzsteuer durchsetzen. In der Regel gilt für Unternehmen in
598 Deutschland die sogenannte SOLL-Besteuerung. Unternehmen müssen dabei die
599 Umsatzsteuer für einen Auftrag an den Staat zahlen, egal ob der Kunde bereits
600 bezahlt hat. Daher kann ein Unternehmen momentan beantragen, die Umsatz-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 21

601 steuer erst dann zu zahlen, wenn der Kunde gezahlt hat – die sogenannte
602 IST-Besteuerung, die wir zum Grundsatz machen wollen. Voraussetzung für den
603 Antrag auf IST-Besteuerung ist momentan, dass der Umsatz des Unternehmens
604 im Vorjahr nicht höher war als 500.000 Euro. Mit Blick auf Start-Ups ist diese
605 Schwelle jedoch zu niedrig. Durch Digitalisierung und Dynamik von neuen Pro-
606 dukten können Umsätze schnell über diese Schwelle steigen. Daher wollen wir,
607 solange noch nicht der Grundsatz der IST-Besteuerung gilt, diese Schwelle deut-
608 lich erhöhen.

609 **Subventionsbremse für den Bundeshaushalt**

610 Wir Freie Demokraten wollen eine Subventionsbremse für den Bundeshaushalt
611 einführen und alle staatlichen Subventionen überprüfen. Dazu sollen künftig alle
612 Subventionen vom Bundeshaushalt getrennt festgelegt und stufenweise abge-
613 schmolzen werden. Dabei gilt der Grundsatz: Was nicht der Förderung von Inno-
614 vationen dient oder zwingend erforderlich ist, wollen wir streichen. Denn der
615 Staat greift viel zu häufig in wirtschaftliche Prozesse ein, indem er Unternehmen
616 und Verbraucherinnen und Verbrauchern für ein bestimmtes Verhalten Geld zahlt
617 oder Steuervergünstigungen gewährt. Solche Subventionen nützen meist nur we-
618 nigen und schaden dem Gemeinwohl. So zum Beispiel die Kaufprämie für Elek-
619 troautos. Davon profitieren nur große Automobilkonzerne. Bezahlen müssen es
620 die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

621 **Mittelstandsklausel für den Bund**

622 Wir Freie Demokraten wollen eine verbindliche Mittelstandsklausel auf Bundes-
623 ebene einführen. Demnach sollen alle Gesetze und Verordnungen bezüglich ih-
624 rer Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen geprüft werden. Denn der
625 Mittelstand ist das Rückgrat und die Zukunft der deutschen Wirtschaft. Mehr als
626 99 Prozent aller Unternehmen in Deutschland sind kleine und mittlere Unterneh-
627 men. Rund 60 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten
628 dort. Auch die meisten Auszubildenden lernen in kleinen und mittleren Unterneh-
629 men. Deshalb müssen neue Gesetze und Verordnungen dieser besonderen Be-
630 deutung des Mittelstandes in Deutschland gerecht werden.

631 **Landwirtschaft, die sich rechnet**

632 Wir Freie Demokraten wollen, dass die positiven Entwicklungen in der Landwirt-
633 schaft genutzt werden, damit die Landwirtschaft ihre Erlöse am Markt zukunfts-
634 sicher erzielen kann. Das Greening als Kopplung der Direktzahlungen an öffentli-
635 che Leistungen werden wir mit Blick auf Praktikabilität und Bürokratie kritisch be-
636 gleiten. Den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft wollen wir die Einrichtung
637 einer steuerbefreiten Risikoausgleichsrücklage ermöglichen, damit sie eigenver-
638 antwortlich und selbstbestimmt für die branchentypischen Krisen der „Werkbank
639 unter freiem Himmel“ vorsorgen können. Somit werden sie unabhängiger von
640 teuren öffentlichen Liquiditäts- und Rettungsprogrammen. Die jüngsten Preiskri-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 22

641 sen der Branche haben zudem gezeigt, dass wir wieder für einen fairen Wettbe-
642 werb und eine marktwirtschaftliche Preisbildung in der gesamten Wertschöp-
643 fungskette des Lebensmittelhandels sorgen müssen. Dazu wollen wir die kartell-
644 rechtliche Missbrauchsaufsicht und Fusionskontrolle stärken, durch eine Reform
645 des Genossenschaftsrechts die starren Lieferbeziehungen zwischen Genossen-
646 schaften und Erzeugern modernisieren und die innergenossenschaftliche Demo-
647 kratie stärken.

648 **Chancen der Digitalisierung nutzen**

649 Die Digitalisierung ist die umwälzendste Veränderung unseres Lebens seit dem
650 Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Wir Freie Demokraten verste-
651 hen uns als Anwalt der neuen Möglichkeiten der Digitalisierung. Wir richten un-
652 seren Blick vor allem auf die Potenziale für mehr Wohlstand sowie bessere Le-
653 bens- und Arbeitsbedingungen.

654 **Digitaler Binnenmarkt für Europa**

655 Wir Freie Demokraten wollen den europäischen digitalen Binnenmarkt. Denn
656 laut Schätzung der Europäischen Kommission könnten dadurch jährlich 415 Milli-
657 arden Euro erwirtschaftet werden und hunderttausende neue Arbeitsplätze in Eu-
658 ropa entstehen. Allerdings gibt es anders als wir es in Europa bei Waren,
659 Dienstleistungen und Kapital gewohnt sind, im digitalen Bereich Hindernisse beim
660 Grenzübertritt. Die Mitgliedstaaten haben alle ihren eigenen digitalen Markt mit
661 unterschiedlichen Regulierungen. Das wollen wir ändern, indem wir regulierungs-
662 bedingte Barrieren abbauen. In einem gemeinsamen Binnenmarkt kann es zum
663 Beispiel keine Rolle spielen, von welchem Ort aus Verbraucher auf Internetseiten
664 zugreifen, um beispielsweise ein Hotel für den Urlaub zu buchen oder in einem
665 Online-Shop einzukaufen. Durch ungerechtfertigte Zugangssperren werden Bar-
666 rieren im digitalen Binnenmarkt errichtet.

667 **Open-Data und Open-Government-Strategie**

668 Wir Freie Demokraten fordern eine Open-Data und Open-Government-Strategie
669 für Deutschland. Open-Data und Open-Government bedeuten, dass nicht-unter-
670 nehmenbezogene oder nicht-personenbezogene Daten der Verwaltung in ma-
671 schinenlesbarer Form veröffentlicht und frei zugänglich gemacht werden. Eine
672 solche Offenlegung führt zu mehr Transparenz sowie einer größeren Möglichkeit
673 der öffentlichen Teilhabe. Denn nur wenn Bürgerinnen und Bürger informiert
674 sind, können sie auch an der öffentlichen Diskussion teilnehmen. Für Unterneh-
675 men können öffentlich zugängliche Daten wertvolle Informationen zu Absatz-
676 märkten und Standortentscheidungen bringen. Laut Studien kann dieser Wert bis
677 zu 43 Milliarden Euro an Wertschöpfung und 20.000 neue Arbeitsplätze generie-
678 ren. Diese Chance müssen wir nutzen.

679 **Wettbewerbsrecht fit für die Digitalisierung machen**

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 23

680 Wir Freie Demokraten wollen das Wettbewerbsrecht fit für die Digitalisierung
681 machen. In rasant wachsenden digitalen Märkten muss auch die zu erwartende
682 wirtschaftliche Macht des fusionierten Unternehmens berücksichtigt werden. Ein
683 Indikator dafür ist der Transaktionswert, der die Umsatz- und Gewinnerwartungen
684 für die Zukunft widerspiegelt - etwa wenn umsatzmäßig noch kleine Unterneh-
685 men für Milliarden-Beträge gekauft werden, da sie Zugang zu Daten und Kom-
686 munikationskanälen eröffnen. Wir sprechen uns daher dafür aus, dass die Fusi-
687 onskontrolle der nationalen und europäischen Kartellbehörden nicht nur bei Über-
688 schreiten bestimmter Umsatzschwellen greift, sondern zusätzlich auch bei Über-
689 schreiten festgelegter Transaktionswerte beim Kauf eines Unternehmens. Dazu
690 ein Beispiel: Der Anbieter der App „WhatsApp“ hatte etwa 50 Mitarbeiter und
691 Mitarbeiterinnen und verzeichnete bei einem Jahresumsatz von rund 10 Millionen
692 US-Dollar sogar Verluste. Trotzdem hat Facebook ihn 2014 für 22 Milliarden
693 US-Dollar erworben, weil er damals bereits Zugang zu rund 450 Millionen Nutze-
694 rinnen und Nutzern und ihren Daten besaß.

695 **Modernes Urheberrecht**

696 Wir Freie Demokraten wollen ein modernes Urheberrecht, das auch die berech-
697 tigten Interessen von Nutzern und Investoren berücksichtigt. Ein wirksamer
698 Schutz durch das Urheberrecht ist notwendige Voraussetzung für kreative Tätig-
699 keit und für Investitionen in deren wirtschaftliche Verwertung. Das Urheberrecht
700 vermittelt einen eigentumsähnlichen Schutz. Es entwickelt sich im Zuge der Digi-
701 talisierung zu einem Schlüsselrecht für Schaffung kreativer Inhalte und muss ge-
702 rade auch in der digitalen Welt gewährleisten, dass die Erträge aus der Verwer-
703 tung kreativer Leistungen den Urhebern und den weiteren Berechtigten zuflie-
704 ßen.

705 Komplexe Werke, deren Schaffung oft eine Vielzahl von Mitwirkenden und hohe
706 Investitionen erfordern, wären auch in der digitalen Welt ohne den Schutz durch
707 das Urheberrecht nicht möglich. Wir wollen deshalb ein Urheberrecht, das einen
708 einfachen Rechteerwerb und die unbürokratische und transparente Beteiligung
709 der Urheber an der Verwertung ihrer Werke ermöglicht. Dies eröffnet auch
710 Start-ups die Möglichkeit, einfach und rechtssicher die erforderlichen Lizenzen zu
711 erwerben, um mit ihren Investitionen und mit der Verbreitung geistiger Leistungen
712 Geld verdienen zu können.

713 Wir Freie Demokraten setzen dabei vor allem auf technische Lösungen, die es
714 besser als heute ermöglichen, die Entscheidung der Urheber über das „Ob“ und
715 „Wie“ einer erlaubten Nutzung zu automatisieren und die Urheber an der Verwer-
716 tung ihrer kreativen Schöpfungen zu beteiligen. Wir erkennen die Rolle von Ver-
717 wertungsgesellschaften für eine vereinfachte Rechtswahrnehmung an, setzen
718 hier aber auf eine Stärkung des Wettbewerbs, auch in Form von gemeinsamen
719 Vergütungsregeln der Rechteinhaber.

720 **Netzneutralität und Innovationen fördern**

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 24

721 Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Netzneutralität. Dies bedeutet, dass
722 alle Datenpakete im Internet gleichberechtigt sind. So ist sichergestellt, dass kei-
723 ne Meinung diskriminiert wird und neue Unternehmungen Marktzugang erhalten.
724 Diese Chancengleichheit wollen wir schützen und zugleich neue qualitätsgesi-
725 cherte Dienste ermöglichen. Deren diskriminierungsfreie Ausgestaltung ist wett-
726 bewerbsrechtlich abzusichern.

727 **Moderne Infrastruktur für ein modernes Land**

728 Vorankommen ist buchstäblich einfacher, wenn man nicht durch kaputte Stra-
729 ßen oder fehlende Verbindungen aufgehalten wird. Jeder Einzelne, die Gesell-
730 schaft und für die Wirtschaft ist auf eine gut funktionierende Infrastruktur ange-
731 wiesen, um voranzukommen. Machen wir den Weg frei!

732 **Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur**

733 Wir Freie Demokraten wollen die Investitionen des Bundes in die Verkehrsinfra-
734 struktur erhöhen und damit die jahrelange Unterfinanzierung dort beenden. Denn
735 heute verlieren wir viel zu viel Lebens- und Arbeitszeit, weil Straßen, Brücken
736 oder Schienen nicht saniert oder ausgebaut werden: Laut ADAC standen 2015
737 die Autofahrer in Deutschland 341.000 Stunden im Stau. Der Staat nimmt jedes
738 Jahr über 50 Milliarden Euro an Steuern und Abgaben aus dem Straßenverkehr
739 ein. Aber nur etwa ein Fünftel davon fließt in Verkehrsinvestitionen. Angesichts
740 bröckelnder Straßen und Brücken ist das zu wenig.

741 Der Bund muss deutlich mehr Mittel für Verkehrswege bereitstellen. Und das
742 nicht nur für Bundesautobahnen oder -fernstraßen. Wir wollen zudem, dass der
743 Bund in den nächsten 20 Jahren jeweils zwei Milliarden Euro in einen Fonds zur
744 Sanierung der Verkehrsinfrastruktur einzahlt. Denn Kommunen und Länder kön-
745 nen den Sanierungsstau bei ihren Verkehrswegen nicht allein beheben. Die Pla-
746 nung von wichtigen Verkehrsprojekten in Deutschland dauert zu lange, ist oft in-
747 effizient und teuer. Wir Freie Demokraten wollen die Planungsprozesse optimie-
748 ren und mehr Transparenz im Zusammenhang mit der Nutzung des Verbands-
749 klagerechtes.

750 **Trennung von Netz und Betrieb im Schienenverkehr**

751 Wir Freie Demokraten wollen die Netzsparte der Deutsche Bahn AG unabhän-
752 gig machen und somit Netz und Betrieb trennen. Denn nur echter Wettbewerb
753 auf dem Schienennetz führt dazu, dass es effizient genutzt wird und die Kundin-
754 nen und Kunden die besten Angebote erhalten. Momentan kann die Deutsche
755 Bahn aber andere Wettbewerber benachteiligen. Denn sie betreibt fast das ge-
756 samte deutsche Schienennetz. Somit besteht der Anreiz, Mitbewerbern den Zu-
757 gang zum Schienennetz zugunsten der eigenen Transportunternehmen zu er-
758 schweren. Das stellte die Monopolkommission in ihren Sondergutachten mehr-
759 mals fest. Genau das wollen wir ändern. Dazu werden wir Netz und Betrieb bei

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 25

760 der Deutschen Bahn auch eigentumsrechtlich trennen. Im Anschluss sollen die
761 Betreibergesellschaften an die Börse gebracht werden, während die Infrastruktur-
762 und Netzgesellschaften im Eigentum des Bundes verbleibt. Gewinne der Infra-
763 struktur- und Netzgesellschaften dienen der Reinvestition und nicht dem Aus-
764 gleich des Bundeshaushaltes.

765 **Digitalisierungsoffensive im Verkehrswesen**

766 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Digitalisierungsoffensive im Verkehrs-
767 wesen ein. Damit wollen wir den Verkehr hierzulande mit mehr Digitalisierung
768 wieder auf die Überholspur bringen. Ob auf der Straße, Schiene, über Wasser
769 oder in der Luft - überall bieten sich durch intelligente Verkehrssysteme und Mo-
770 bilität 4.0 mit vollautomatisiertem und autonomem Fahren große Chancen: Inno-
771 vative neue Entwicklungen im Verkehrswesen dürfen durch bestehende Monopol-
772 regelungen nicht behindert werden. Wir Freie Demokraten sehen autonomes
773 Fahren als Chance für selbstbestimmte Mobilität und gesellschaftliche Teilhabe
774 für diejenigen, deren Mobilität derzeit eingeschränkt ist. Autonom fahrende Ver-
775 kehrsmittel bieten zudem neue Perspektiven für die Attraktivität des ländlichen
776 Raumes. Wir halten zivilrechtliche Haftungsfragen rund um das autonome Fah-
777 ren für geklärt, sehen jedoch Klärungsbedarf im Strafrecht. Bemanntes autono-
778 mes Fliegen ist bereits heute Realität. Drohnen sind eine Chance für den Ret-
779 tungseinsatz in ländlichen Gebieten, daher fordern wir, die derzeit bestehenden
780 gesetzlichen Beschränkungen von Drohnen im Zusammenhang mit Rettungsein-
781 sätzen abzuschaffen. Wir fordern zudem, dass der öffentliche Personennah- und
782 Fernverkehr seine aktuellen Fahrplandaten in standardisierter maschinenlesbarer
783 Form der Öffentlichkeit frei verwendbar zur Verfügung stellen muss. Ein generel-
784 les Tempolimit auf Autobahnen sowie die weitere Absenkung allgemeiner
785 Höchstgeschwindigkeiten (wie beispielsweise innerorts flächendeckend auf 30
786 km/h) lehnen wir ab.

787 **Nutzung von Öffentlich-privaten Partnerschaften bei Ver-** 788 **kehrsprojekten**

789 Wir Freie Demokraten sprechen uns für Öffentlich-private-Partnerschaften
790 (ÖPP) im Verkehrsbereich aus. Dabei kooperieren Staat und Unternehmen, damit
791 die Steuerzahler von der Effizienz, Schnelligkeit und Flexibilität privatwirtschaftli-
792 cher Unternehmen profitieren können. Die Wirtschaftlichkeit muss über die Real-
793 sierung als staatliches oder ÖPP-Projekt entscheiden. Durch Aktivierung privaten
794 Kapitals kann die Sanierung und der Ausbau der seit Jahren unterfinanzierten
795 Verkehrsinfrastruktur schneller vorangebracht werden. Die Schuldenbremse der
796 öffentlichen Haushalte darf dadurch aber nicht umgangen werden.

797 **Barrierefreiheit**

798 Wir Freie Demokraten fordern mehr Barrierefreiheit. Die Möglichkeit, an allen
799 Facetten des Lebens teilzunehmen, ist Grundvoraussetzung für ein selbstbe-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 26

800 stimmtes Leben. Damit ältere Menschen und Menschen mit Einschränkungen un-
801 gehindert am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, müssen wir Barrieren
802 abbauen. Dies betrifft auch digitale Angebote. Gleichzeitig sollen digitale Ange-
803 bote und Systeme genutzt werden, um Barrieren abzubauen oder zu verringern.
804 Dies bedeutet auch, dass der Staat offene und freie Formate verwenden muss.
805 Für uns Freie Demokraten ist Barrierefreiheit eine Haltung. Deshalb begrüßen wir
806 jeden Schritt in jedem Bereich, der Hindernisse aus dem Weg räumt und somit
807 zu mehr Barrierefreiheit beiträgt. Wir Freie Demokraten definieren aber Barriere-
808 freiheit weiter: Barrierefreiheit auch im Kopf. Wir wenden uns beispielsweise ge-
809 gen jede Art von Diskriminierung, insbesondere gegenüber Älteren. Altersgren-
810 zen müssen der Vergangenheit angehören. Wir wollen eine vorurteilsfreie Ge-
811 sellschaft mit Chancen für jeden.

812 **Privatisieren für bessere Digitalnetze**

813 Wir Freie Demokraten wollen, dass der Bund seine direkten und indirekten Akti-
814 enbeteiligungen an der Deutsche Telekom AG und der Deutsche Post AG voll-
815 ständig verkauft. Denn diese ehemaligen Staatsbetriebe sind heute international
816 tätige Unternehmen, die als Global Player dem Wettbewerb standhalten können.
817 Sie müssen und sollen in dieser Form nicht mehr staatlich kontrolliert werden.
818 Die Garantie für den Standort Bonn kann anders aufrechterhalten bleiben. Zu-
819 dem besteht ein Interessenskonflikt für den Bund: Als Regulierer der Telekommu-
820 nikations- und Postmärkte müsste er für fairen Wettbewerb sorgen. Als Aktionär
821 der größten Unternehmen hat er dagegen ein Interesse an einer hohen Dividen-
822 de und daher den Anreiz, diese Unternehmen bei der Regulierung zu begünsti-
823 gen. Mit den Erlösen aus der Privatisierung lässt sich die notwendige Infrastruktur
824 für die Gigabitgesellschaft stärken, damit Deutschland endlich den technologi-
825 schen Anschluss an andere europäische Länder findet. Deshalb wollen wir den
826 Erlös aus dem Verkauf der Beteiligungen vollständig in den Ausbau des Glasfa-
827 sernetzes investieren.

828 **Kultur gibt Wurzeln und Zukunft zugleich**

829 Ein lebendiger Diskurs ohne Restriktionen ist Grundlage für eine freiheitliche
830 Kultur. Doch in vielen Ländern wird das kulturelle Leben der Bürger einge-
831 schränkt, nur einer Minderheit zugänglich gemacht und zensiert. Wir Freie Demo-
832 kraten wollen die Vielfalt und die Freiheit des Kulturlebens in Deutschland si-
833 chern und für alle Menschen in unserem Land zugänglich machen. Lasst uns
834 freiheitliche Kultur stärken!

835 **Stärkung kultureller Bildung**

836 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Stärkung der kulturellen Bildung ein.
837 Das kulturelle (Vermittlungs-)Angebot darf sich nicht nur auf Kinder und Jugendli-
838 che beschränken, sondern gilt für Menschen aller Altersgruppen und mit ganz
839 unterschiedlichen Lebenshintergründen. Wir streben die Festschreibung eines

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 27

840 Anteils von zehn Prozent des jährlichen Budgets öffentlicher und öffentlich geför-
841 derter Kulturorganisationen für Kulturelle Bildung an. So kann gewährleistet wer-
842 den, dass das Kulturleben in Deutschland seine gesellschaftliche Relevanz be-
843 hält.

844 **Keine staatlichen Eingriffe in das Eigentumsrecht – Kultur-** 845 **gutschutzgesetz**

846 Wir Freie Demokraten lehnen jeden unnötigen staatlichen Eingriff in das Eigen-
847 tumsrecht ab. Daher fordern wir eine Rücknahme jener Teile des Kulturgut-
848 schutzgesetzes (KGSG), die nicht die Raubkunst betreffen. Wir sprechen uns mit
849 Nachdruck für eine freie Fluktuation von Kunstwerken und eine größtmögliche in-
850 ternationale Mobilität von Künstlerinnen und Künstlern aus. Für den Ankauf wich-
851 tiger Kunstwerke durch die öffentliche Hand ist ein Ankaufsfonds einzurichten.
852 Die Restitution geraubter Kunstwerke werden wir durch die Unterstützung der
853 hierfür zuständigen Einrichtungen weiter vorantreiben.

854 **Auswärtige Kulturpolitik**

855 Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Auswärtigen Kulturpolitik. Das vielfälti-
856 ge und offene Kulturleben in Deutschland ist ein besonderes Aushängeschild der
857 Bundesrepublik. Kunst und Kultur gebührt daher zu Recht ein besonderer Stel-
858 lenwert in der deutschen Außenpolitik. Neben Repräsentationsfunktionen über-
859 nehmen sie wichtige Aufgaben im internationalen Dialog. Die Arbeit von Mittler-
860 organisationen wie dem Goethe-Institut und dem Institut für Auslandsbeziehun-
861 gen wollen wir deswegen weiter fördern. Eine wichtige Rolle hierbei spielt die
862 Deutsche Welle. Gleichzeitig unterstützen wir die Idee der Entwicklung eines ge-
863 meinsamen Europäischen Kulturinstituts.

864 **Aufarbeitung der deutschen Diktaturen als kontinuierliche** 865 **Aufgabe**

866 Wir Freie Demokraten wissen, dass die Aufarbeitung und Vermittlung des Un-
867 rechts der beiden deutschen Diktaturen des Nationalsozialismus und der DDR ei-
868 ne kontinuierliche Aufgabe bleiben. Die Gedenkstätten wollen wir mit ausreichen-
869 den Mitteln ausstatten und durch innovative Vermittlungskonzepte die nachfolgen-
870 den Generationen erreichen. Vor allem in der Schule ist zu vermitteln, warum
871 und wie es zu diesen Diktaturen kommen konnte, um die nachwachsenden Bür-
872 gerinnen und Bürger aktuelle und zukünftige Entwicklungen in diese Richtungen
873 erkennen zu lassen. Wir wollen das Stasi-Unterlagen-Archiv zu einem modernen,
874 nutzerfreundlichen Archiv in den Strukturen des Bundesarchivs sowie das Amt
875 des Bundesbeauftragten, insbesondere in seiner Bedeutung für die Opfer der
876 SED-Diktatur, weiterentwickeln.

877 **Moderne Landwirtschaft**

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 28

878 Vorankommen durch eigene Leistung muss überall möglich sein, auf dem Land
879 genauso wie in der Stadt. 50 Prozent der Bevölkerung lebt auf dem Land. Zeit
880 für vernünftige Politik, die Artenvielfalt und artgerechte Tierhaltung sichert und
881 dabei Land- und Forstwirtschaft unterstützt statt behindert!

882 **Selbstbestimmung von Landwirten**

883 Wir Freie Demokraten fördern landwirtschaftliche Unternehmerinnen und Unter-
884 nehmer, die selbstbestimmt und sachkundig ihrer Arbeit nachgehen können. Da-
885 her setzen wir uns für ein praktikables und bewegliches Düngerecht ein. Der
886 Grundsatz einer bedarfs- und standortgerechten Nährstoffversorgung der land-
887 wirtschaftlichen Kulturen bleibt für uns auch in Zukunft der Maßstab der Dün-
888 gung. Landwirtinnen und Landwirte müssen in der Lage bleiben, nach Entzug
889 und Bilanz zu düngen. Die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans zur nachhal-
890 tigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln wollen wir ohne Abstriche vorantrei-
891 ben. Denn eine ausreichende Verfügbarkeit von verschiedenen Mitteln für den
892 Pflanzenschutz und den Vorratsschutz ist im Sinne einer verlässlichen Versor-
893 gung mit Nahrungsmitteln unverzichtbar. Bei öffentlichen Diskussionen über be-
894 stimmte Wirkstoffe zählen für uns nicht Stimmungen, sondern nachvollziehbare
895 Fakten und nicht zuletzt die Stellungnahmen des Bundesinstitutes für Risikobe-
896 wertung. Mit neuen Forschungsrichtungen der Grünen Biotechnologie wie dem
897 „Genome Editing“ wollen wir offen und transparent umgehen. Wir lehnen pau-
898 schalisierende Verbote ab und fordern stattdessen eine faktenbasierte, ergebnis-
899 offene Bewertung neuer Technologien. Große Chancen sehen wir zudem in digi-
900 talen Innovationen für die Landwirtschaft: Wenn sich beispielsweise über Sensoren
901 der Nährstoffgehalt im Boden messen lässt und mittels Drohnen eine punkt-
902 genaue Düngung und Schädlingsbekämpfung möglich wird, können Landwirtin-
903 nen und Landwirte den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln nämlich
904 viel spezifischer steuern.

905 **Sicherung der nachhaltigen Forstwirtschaft**

906 Wir Freie Demokraten wollen die Zukunft der nachhaltigen Forstwirtschaft mit
907 ihren vielfältigen Funktionen für Wirtschaft, Ökologie und Naherholung sichern.
908 Die Bundeswaldinventur, welche Waldbestände und deren Zustand in Deutsch-
909 land erfasst, zeigt: Der deutsche Wald wird naturnah bewirtschaftet. Daher ver-
910 dienen Kommunal- und Privatwaldbesitzer eine Politik, die es ihnen einfach
911 macht. Deshalb wollen wir im Sinne eines Gemeinwohlausgleichs die Förderung
912 im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz fortfüh-
913 ren und zur Stärkung des Kleinprivatwaldes forstwirtschaftliche Zusammen-
914 schlüsse unterstützen. Die Nutzung des klimafreundlichen Rohstoffes Holz wollen
915 wir durch ein gezieltes Innovations- und Forschungsprogramm voranbringen. Mit
916 Blick auf eine verlässliche Versorgung mit dem Rohstoff Holz gehört das Ziel der
917 nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt, fünf Prozent der deutschen Wald-
918 fläche aus der forstwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen und sich selbst zu über-
919 lassen, auf den Prüfstand. Denn Artenschutz und eine nachhaltige Waldbewirt-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 29

920 schaftung in Verbindung mit Alt- und Totholzkonzepten sowie weiteren Maßnah-
921 men des Vertragsnaturschutzes schließen sich keineswegs aus.

922 **Sicherung der Artenvielfalt**

923 Wir Freie Demokraten wollen die Zukunft der Artenvielfalt sichern. Dabei setzen
924 wir bevorzugt auf freiwillige Maßnahmen und den eigentumsfreundlichen Ver-
925 tragsnaturschutz. In diesem Sinne planen wir, die Bundesprogramme „Biologi-
926 sche Vielfalt“ und „Wiedervernetzung“, die in unserer Regierungszeit aufgelegt
927 wurden, weiter auszubauen, um Lebensräume zu erhalten und miteinander zu
928 verbinden. Das Jagdrecht soll weiterhin Vertrauen in die Sachkunde und das
929 selbstbestimmte Handeln von Jägerinnen und Jägern setzen sowie das Recht
930 am Grundeigentum achten. Neben den berechtigten Interessen einer naturnahen
931 Waldbewirtschaftung und der dafür notwendigen Regulierung der Wildbestände
932 wollen wir auch zum Schutz gesunder Populationen räuberische und invasive Ar-
933 ten kontrollieren. Eine Ausweitung der sachlichen Verbote im Bundesjagdgesetz
934 lehnen wir daher strikt ab. Wir wollen eine Fischerei, welche die Bestände erhält
935 und den Tierschutz sichert. Dazu soll die Grundschleppnetz-Fischerei beschränkt
936 werden. Allgemeine Angelverbote für die Freizeitfischerei (zum Beispiel in Natu-
937 ra-2000-Gebieten in der Ausschließlichen Wirtschaftszone der Nord- und Ostsee)
938 indes halten wir für unverhältnismäßig. Da das Grundnahrungsmittel Fisch durch
939 die Überfischung der Meere gefährdet ist, sollen die Rahmenbedingungen für die
940 Aquakultur entbürokratisiert werden.

941 **Artgerechte Tierhaltung und Tierernährung**

942 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine artgerechte Tierhaltung und Tie-
943 rernährung ein. Wünschenswerte Verbesserungen bei der Nutztierhaltung wollen
944 wir durch eine gezielte Agrarinvestitionsförderung erreichen. Starre ordnungs-
945 rechtliche Vorgaben oder zu ehrgeizige Tierwohl-Zertifizierungen hingegen über-
946 fordern vor allem kleine Landwirtschaftsbetriebe und beschleunigen somit den
947 Strukturwandel. Beim Schutz von Heimtieren gilt für uns der Grundsatz „Lenken
948 statt Verbieten“. In diesem Sinne wollen wir die Sachkunde von Heimtierhalten-
949 den verbessern. Modelle wie Positiv- und Negativlisten, welche die Haltung be-
950 stimmter Arten untersagen, lehnen wir entschieden ab. Denn sie führen lediglich
951 zu einer Kriminalisierung von Tierhaltenden und zu einem grauen Markt, der ei-
952 nen wirksamen Tierschutz letztlich nur erschwert.

953 **Flexible Altersvorsorge für moderne Erwerbsbiogra- 954 fien**

955 Vorankommen durch eigene Leistung bedeutet, das Leben selbst in die Hand
956 zu nehmen. Dazu gehört nicht nur, den Menschen ihre Wahlmöglichkeiten zu
957 lassen, damit sie selbstbestimmt ihre eigene Erwerbsbiographie schreiben kön-
958 nen. Dazu gehört auch, ihnen mehr Möglichkeiten zu geben, ihre Altersvorsorge

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 30

959 und ihren Ruhestand flexibel an ihren Lebensweg anzupassen. Werden wir flexi-
960 bel!

961 **Flexiblerer Übergang in den Ruhestand**

962 Wir Freie Demokraten wollen allen Älteren einen flexiblen Übergang in den Ru-
963 hestand ermöglichen. Dazu wollen wir ein politisch festgelegtes Renteneintrittsal-
964 ter und die Hinzuverdienstgrenzen abschaffen. Ob 63, 67 oder sogar 70 – starre
965 Altersgrenzen für den Renteneintritt werden den verschiedenen Lebensentwür-
966 fen längst nicht mehr gerecht. Gerade der flexible Renteneintritt schafft den not-
967 wendigen Freiraum für die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit. Viele Ältere
968 sind heute länger fit und aktiv. Sie wollen ihre Erfahrungen weitergeben oder so-
969 gar nochmal etwas Neues ausprobieren. Andere wiederum können oder wollen
970 im Alter nicht mehr arbeiten. Daher soll künftig die einfache Regel gelten: Ab 60
971 entscheidet jeder selbst, wann er in Rente geht. Wer früher in Rente geht, be-
972 kommt eine geringere, wer später geht, eine entsprechend höhere Rente. Vor-
973 aussetzung ist nur, dass das Einkommen aus gesetzlicher Rente und sonstiger
974 Altersvorsorge über dem Grundsicherungsniveau liegt – also das Existenzmini-
975 mum abgesichert ist.

976 Die Höhe der Rente berechnet sich anhand der durchschnittlichen Lebenserwar-
977 tung der jeweiligen Generation und kann sich über die Jahre verändern. Dieser
978 jahrgangsindividuelle Faktor sorgt für eine solide Finanzierung und einen fairen
979 Ausgleich zwischen den Generationen. Damit trägt jede Generation ihre eigenen
980 Kosten und bürdet sie nicht den nachfolgenden Generationen auf.

981 Zudem setzen wir uns für eine Stärkung der Erwerbsminderungsrenten ein. Wer
982 sich nicht gleich voll zur Ruhe setzen, sondern noch Teilzeit arbeiten möchte, soll
983 es auch einfacher haben als heute. Momentan müssen noch viele Menschen
984 Rentenkürzungen hinnehmen, wenn sie Teilrente und Teilzeitarbeit kombinieren
985 oder nach dem vollen Renteneintritt doch noch einmal wieder arbeiten wollen.
986 Das macht das Arbeiten im Alter für viele unattraktiv. Deshalb wollen wir alle
987 Hinzuverdienstgrenzen neben dem Rentenbezug abschaffen. So kann jeder den
988 Übergang in den Ruhestand so flexibel gestalten, wie er möchte. Und auch die
989 ständigen Diskussionen über die Anhebung des fixen Renteneintrittsalters erübr-
990 gen sich.

991 **Altersvorsorge nach dem Baukastenprinzip**

992 Wir Freie Demokraten wollen die Altersvorsorge nach dem Baukastenprinzip or-
993 ganisieren. Denn das Praktische an Bausteinen ist, dass man sie immer wieder
994 neu und vielseitig kombinieren kann. So kann sich jeder flexibel die Altersvorsor-
995 ge zusammenstellen, die zu seinem Lebensweg passt. Es muss ganz selbstver-
996 ständlich werden, dass eine individuelle Kombination verschiedener Elemente
997 das spätere Alterseinkommen ausmacht. Es ist unumgänglich, das Rentenniveau
998 in der gesetzlichen Rente daran anzupassen, dass die Menschen in Deutschland

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 31

999 immer älter und zugleich weniger werden. Als einzige Alternative zu drastisch
1000 steigenden Beitragssätzen ist die ergänzende Vorsorge unverzichtbar.

1001 Betriebliche und private Altersvorsorge müssen daher attraktiver werden. Zum
1002 Beispiel durch mehr Verbraucherfreundlichkeit und Vergleichbarkeit der Produkte.
1003 Zudem sollte ergänzende Altersvorsorge auf eine breitere Basis gestellt werden.
1004 Dazu sollte in allen Bereichen geförderter Altersvorsorge die Möglichkeit ausge-
1005 weitet werden, auch in Infrastruktur, Aktien und andere Unternehmensbeteiligun-
1006 gen zu investieren. So könnte die Mitte der Gesellschaft auch stärker an den
1007 Chancen von Globalisierung und Digitalisierung teilhaben.

1008 Unser Berufsleben wird zudem immer bunter. Gerade in der digitalen Arbeits-
1009 welt warten viele neue Tätigkeitsfelder und Geschäftsideen. Daher wird sich
1010 auch die berufliche Situation vieler Menschen häufiger verändern. Sie können öf-
1011 ter zwischen Anstellung und Selbstständigkeit, Voll- und Teilzeit sowie In- und
1012 Ausland wechseln. All das muss ohne Nachteile für die eigene Alterssicherung
1013 möglich sein. Wer etwa aus der Anstellung in die Selbstständigkeit wechseln
1014 will, darf nicht benachteiligt werden, sondern muss zum Beispiel seine Ries-
1015 ter-Förderung im „Rentenbaukasten“ behalten können. Diese soll daher künftig
1016 ganz einfach allen zur Verfügung stehen.

1017 **Mehr Übersicht durch freiwilliges Vorsorgekonto**

1018 Wir Freie Demokraten wollen allen Bürgerinnen und Bürgern ein persönliches
1019 Vorsorgekonto anbieten. Es soll übersichtlich zusammenfassen, wie viel Rente
1020 man später aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Vorsorge insgesamt erhält.
1021 Wer möchte, kann sich dieses Konto ganz einfach online auf einem sicheren Bür-
1022 gerportal einrichten. Natürlich muss jeder dabei die Kontrolle über seine Daten
1023 behalten und sich auf höchste Schutzstandards verlassen können. Wir meinen,
1024 dass ein solches Vorsorgekonto zu einer besseren und umfassenderen Altersvor-
1025 sorge führt. Denn wer ausreichend vorsorgen möchte, benötigt einen Überblick
1026 über alle Ansprüche, die er schon gesammelt hat. Das standardisierte Vorsorge-
1027 konto macht das einfach: Mit ein paar Klicks kann so jeder schnell ermitteln, wie
1028 hoch sein Alterseinkommen aus allen Elementen seines „Rentenbaukastens“ ist.
1029 Dadurch schafft das Konto jederzeit Transparenz und deckt mögliche Vorsorgelü-
1030 cken auf.

1031 **Betriebliche Altersvorsorge stärken**

1032 Wir Freie Demokraten wollen die betriebliche Altersvorsorge stärken. Die Re-
1033 form der derzeitigen Bundesregierung ist zu kurz gesprungen. Sie beschränkt
1034 sich auf Unternehmen, die in einen Tarifvertrag einbezogen sind. Damit wird es
1035 vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gerade in kleinen und neu gegründeten
1036 Unternehmen weiter erschwert, eine betriebliche Altersvorsorge aufzubauen. Die
1037 Vorteile der Reform, etwa die liberalisierten Anlagevorschriften und die Zuschüs-
1038 se für Arbeitnehmer mit niedrigen Einkommen, sollen auf alle Beschäftigte aller
1039 Unternehmen ausgeweitet werden. Die Auszahlung von Vorsorgeverträgen darf

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 32

1040 in der Kranken- und Pflegeversicherung nicht beitragspflichtig sein, weil dies eine
1041 unfaire Doppelbelastung darstellt. Die Bundesregierung hebt die Doppelverbeitra-
1042 gung nur für Riester-geförderte Altersvorsorge auf. Wir wollen eine solche Lö-
1043 sung für alle Konzepte der betrieblichen und privaten Altersvorsorge.

1044 Dem Arbeitnehmer soll es ermöglicht werden, dass bei einem Wechsel des Ar-
1045 beitgebers der neue Arbeitgeber in den bestehenden Vorsorgevertrag gegeb-
1046 enfalls in neuer Höhe einzuzahlen hat. Angesichts des inzwischen häufigeren
1047 Wechsels von Beschäftigungsverhältnissen sollten Wartezeiten auf zwei Jahre
1048 beschränkt werden. Betriebe, die dem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern
1049 noch garantierte Direktzusagen geben, sollten für die bestehenden Pensionsver-
1050 pflichtungen entlastet werden. Dazu wollen wir den Berechnungszeitraum für den
1051 handelsrechtlichen Abzinsungssatz von zehn auf zwölf Jahre verlängern und die
1052 Bewertung der Pensionsrückstellungen in der Handels- und Steuerbilanz verein-
1053 heitlichen. Denn die geltenden Regelungen führen angesichts der niedrigen Zin-
1054 sen zu hohen Belastungen und einer ungerechten Besteuerung der Unterneh-
1055 men, was es ihnen erschwert, weiter Direktzusagen zur betrieblichen Altersvor-
1056 sorge zu geben. Verschärfend kommt hinzu, dass Pensionsrückstellungen steu-
1057 erlich nur bis zu der Höhe berücksichtigt werden, wie sie mit einem Marktzins
1058 von sechs Prozent zu bilden wären. Somit können Unternehmen einen Teil ihrer
1059 handelsrechtlichen Pensionsrückstellungen steuerlich nicht geltend machen. Der
1060 Staat bedient sich also auf Kosten der Unternehmen, indem er Scheingewinne
1061 besteuert. Um dies künftig zu verhindern, wollen wir die steuer- und handels-
1062 rechtliche Bewertung von Pensionsrückstellungen angleichen.

1063 **Breitere Investitionsmöglichkeiten für Kapitalsammelstellen**

1064 Wir Freie Demokraten wollen es Lebensversicherern, Pensionskassen und Ver-
1065 sorgungswerken ermöglichen, vermehrt und einfacher in Start-ups, Aktien oder
1066 Infrastrukturprojekte zu investieren. Denn eine freiwillige private Altersvorsorge
1067 ist künftig unverzichtbar, um den Lebensstandard im Alter zu erhalten. Die anhal-
1068 tende Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank verringert jedoch deutlich
1069 die Renditen, da Versicherer, Pensionskassen und Versorgungswerke immer
1070 noch in ihren Anlagemöglichkeiten beschränkt sind und daher einen Großteil ih-
1071 res verwaltenden Kapitals in festverzinslichen Wertpapieren anlegen. Für Sparer
1072 und Sparerinnen wird die private Altersvorsorge dadurch unattraktiv. Dabei könn-
1073 ten gerade bei langen Anlagezeiträumen, wie bei der Altersvorsorge, Aktien und
1074 alternative Anlageformen Chancen auf eine höhere Rendite bieten. Der langfristi-
1075 ge Planungshorizont erlaubt es, temporäre Marktschwankungen auszuhalten. Le-
1076 bensversicherer, Pensionskassen und Versorgungswerke sollen deshalb verstärkt
1077 in Aktien, Infrastrukturprojekte und Unternehmensbeteiligungen investieren könn-
1078 en. Dies bietet zugleich die Chance, Kapital für neue Geschäftsideen oder für
1079 Deutschlands unterfinanzierte Infrastruktur zu mobilisieren.

1080 **Aktivierender Sozialstaat**

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 33

1081 Viele großartige Ideen, Produkte und Unternehmen sind entstanden, weil Men-
1082 schen ihre Ziele und Träume verfolgt haben. Andere Menschen sind bei dem
1083 Versuch, in ihrem Leben voranzukommen, gestolpert. Oftmals sind sie auf die
1084 Hilfe der Gesellschaft angewiesen, um einen neuen Anlauf zu nehmen. Diese
1085 Hilfe unkompliziert und fair zu leisten, ist in einer offenen Gesellschaft selbstver-
1086 ständlich. Der Sozialstaat der Gegenwart jedoch ist bürokratisch, unübersichtlich
1087 und teuer. Helfen wir lieber fair, transparent und unkompliziert!

1088 **Das Versprechen, im Wandel durch Weiterbildung mithalten** 1089 **zu können**

1090 Wir Freie Demokraten setzen auf das Versprechen, dass alle Bürgerinnen und
1091 Bürger durch Weiterbildung beim digitalen Wandel auch mithalten können Die Di-
1092 gitalisierung verändert unser Leben – und prägt die Arbeitswelt von morgen. Wie
1093 bei den großen Umbrüchen in der Vergangenheit, wird uns auch diesmal die Ar-
1094 beit nicht ausgehen. Zahlreiche Jobs werden sich stark verändern, manchen Be-
1095 ruf wird es in Zukunft vielleicht gar nicht mehr geben – genauso werden aber
1096 viele neue Jobs entstehen, die wir uns heute noch gar nicht vorstellen können.
1097 Die Welle der digitalen Gründungen zeigt uns schon heute, welche großen Job-
1098 potenziale bestehen. Aber im Wandel müssen die Menschen durch gute Rah-
1099 menbedingungen und Qualifizierung begleitet werden, denn der Weiterbildungs-
1100 bedarf ist und wird gewaltig sein.

1101 Wir brauchen das Versprechen an alle Bürgerinnen und Bürger, beim digitalen
1102 Wandel auch mithalten zu können. Deshalb muss lebenslanges Lernen noch
1103 stärker vom Schlagwort zur gelebten Realität werden. So können Aufstiegschan-
1104 cen verbessert und das Risiko von Arbeitslosigkeit vermieden werden. Immer
1105 mehr Betriebe unterstützen die Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbei-
1106 ter – aber für Zweidrittel der Beschäftigten bleibt hier noch viel zu tun. Deshalb
1107 muss auch die Arbeitsmarktpolitik die Weiterbildung von Beschäftigten stärker
1108 unterstützen. Diese wird von allen Beschäftigten und Arbeitgebern über Beiträge
1109 finanziert. Daher sollten sinnvolle Weiterbildungsmaßnahmen grundsätzlich auch
1110 für alle Betriebe mit maximal 50 Prozent gefördert werden können – unbürokra-
1111 tisch, bedarfsgerecht und am Markt orientiert. Wir wollen nicht mehr Geld ausge-
1112 ben, sondern bei jedem Euro fragen, ob er nicht besser in Qualifikation als in
1113 Transferzahlungen investiert werden kann. Um alle Bürgerinnen und Bürger un-
1114 abhängig von ihrer Beschäftigung fortlaufend bei Investitionen in ihre eigene
1115 Weiterbildung zu unterstützen, muss darüber hinaus ähnlich dem Bausparen ein
1116 einfaches und unbürokratisches Modell für Bildungssparen steuerlich gefördert
1117 werden.

1118 **Zweite Chance bei persönlichem und wirtschaftlichem** 1119 **Scheitern**

1120 Für uns Freie Demokraten sind der Wille zum Erfolg und der Mut zum Scheitern
1121 zwei Seiten einer Medaille. Deshalb wollen wir jedem Menschen eine zweite

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 34

1122 Chance ermöglichen, wenn er wirtschaftlich oder persönlich gescheitert ist. Ein
1123 Scheitern oder das Drohen desselben kann viele Gründe haben: die Entwertung
1124 von Qualifikationen im Strukturwandel, unternehmerischer Misserfolg, das Schei-
1125 tern privater Lebensentwürfe, Krankheit oder längerfristige Arbeitslosigkeit. Wir
1126 wollen jeden befähigen, immer wieder einzusteigen. Wer erwerbsfähig ist und
1127 die Teilhabe an Arbeit verloren hat, sollte nicht dauerhaft alimentiert werden,
1128 sondern Hilfe zu einer erneuten Chance auf Teilhabe erhalten. Dies ist eine zen-
1129 trale Frage von Fairness. Ziel muss es immer sein, schnellstmöglich wieder den
1130 Einstieg in einen Job zu finden. Und wenn es aufgrund der persönlichen Situati-
1131 on sinnvoll ist, die Arbeitslosigkeit als Gelegenheit zur besseren Qualifikation zu
1132 nutzen, ist das richtig – und heute mit dem „Arbeitslosengeld Weiterbildung“
1133 auch schon vollständig möglich. Eine Verlängerung von Transferzahlungen ist
1134 hingegen kontraproduktiv. Denn nur wer den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt
1135 geschafft hat, kann auch aufsteigen und vorankommen.

1136 Deshalb verteidigen wir einen flexiblen Arbeitsmarkt und die Tarifautonomie und
1137 dürfen etwa die Zeitarbeit oder Befristungen nicht weiter einschränken. Flexibili-
1138 tät am Arbeitsmarkt schafft nicht nur Möglichkeiten zum Einstieg, sondern redu-
1139 ziert auch Arbeitsplatzverluste in Krisen. Darüber hinaus setzen wir uns für ein
1140 Gesamtkonzept zum Empowerment für Erwachsene ein. Elemente dieses Ge-
1141 samtkonzepts sind die Möglichkeit zur Um- und Neuqualifizierung, Hilfen zur Ver-
1142 einbarkeit von Familie und Beruf, eine effektive Schuldnerberatung und erforderli-
1143 chenfalls psychosoziale Betreuung (zum Beispiel bei Suchterkrankungen). Not-
1144 wendig ist es, künftig einfacher auch Grundfertigkeiten unserer Zeit (IT-Grundla-
1145 gen, Englisch) fördern zu können und bei abschlussorientierten Umschulungen
1146 Bürokratie abzubauen, gerade um nachholende duale Berufsausbildungen zu er-
1147 leichtern. Zudem sollten hierbei spezielle Regelungen gefunden werden, damit
1148 auch Menschen ohne berufliche Qualifikation die finanzielle Chance haben, Hel-
1149 fertigkeiten hinter sich zu lassen. Darüber hinaus müssen Kitas auch deshalb
1150 endlich flexibler und verlässlicher werden, damit gerade Alleinerziehende nicht
1151 mehr in so großer Zahl dauerhaft auf die Unterstützung der Solidargemeinschaft
1152 angewiesen sind.

1153 **Abbau überflüssiger Regulierung in der Zeitarbeit**

1154 Wir Freie Demokraten wollen überflüssige Regulierungen bei der Zeitarbeit ab-
1155 bauen. Denn Deutschland braucht auch in Zukunft einen flexiblen Arbeitsmarkt.
1156 Die Weltwirtschaft verändert sich schnell. Durch die Digitalisierung nehmen Pro-
1157 jektaufträge zu. Darauf müssen Unternehmen flexibel reagieren, um wettbe-
1158 werbsfähig zu bleiben. Die Zeitarbeit ist hierfür ein wichtiges Instrument. Die Un-
1159 ternehmen können damit Auftragsspitzen abfangen oder kurzfristig spezialisierte
1160 Fachkräfte finden. Zugleich profitieren die Beschäftigten von der Zeitarbeit. So
1161 erhalten viele Menschen eine Einstiegschance am Arbeitsmarkt. Das zeigen die
1162 Zahlen der Bundesagentur für Arbeit ganz klar: Rund zwei Drittel aller Zeitarbeit-
1163 nehmerinnen und Zeitarbeitnehmer übten vorher keine Beschäftigung aus. Jeder
1164 Vierte hat keinen Berufsabschluss. Für gut Ausgebildete kann die Zeitarbeit in

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 35

1165 der digitalen Welt zudem neue Wege eröffnen – zwischen Selbstständigkeit und
1166 der jahrelangen Arbeit für nur ein Unternehmen. Missbrauch ist in den vergange-
1167 nen Jahren erfolgreich unterbunden worden: Die Tarifpartner haben bereits Lö-
1168 sungen gefunden, damit der Lohn der Zeitarbeitenden bei längeren Einsätzen an
1169 den der Stammbesellschaft angeglichen wird (Equal Pay). Trotzdem hat die Gro-
1170 ße Koalition hier bürokratisiert. Die unnötigen gesetzlichen Vorschriften zur Über-
1171 lassungsdauer und Entlohnung führen zu Unsicherheiten und Aufwand. Dies
1172 wollen wir ändern.

1173 **Bürgergeld**

1174 Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr Transparenz und für die Vereinfachung
1175 bei den steuerfinanzierten Sozialleistungen ein. Aktuell gibt es viele ver-
1176 schiedene Sozialleistungen mit ganz unterschiedlichen Voraussetzungen. Diese
1177 Leistungen sind oft nicht ausreichend aufeinander und mit dem Steuersystem ab-
1178 gestimmt. Wem welche Leistungen zustehen, ist für die Betroffenen und auch
1179 für die Verwaltung oft nicht klar. Das System ist für die Betroffenen schwer
1180 durchschaubar und bestraft sogar teilweise die Arbeitsaufnahme. Beispielsweise,
1181 wenn durch den Wegfall einer ergänzenden Sozialleistung am Ende trotz Arbeit
1182 weniger Geld übrig bleibt.

1183 Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb für die Einführung eines liberalen
1184 Bürgergeldes ein. Dabei werden steuerfinanzierte Sozialleistungen wie beispiels-
1185 weise die Regelleistung und die Unterkunftskosten des Arbeitslosengelds II, die
1186 Grundsicherung im Alter, die Sozialhilfe zum Lebensunterhalt, der Kinderzu-
1187 schlag und das Wohngeld in einer Leistung und an einer staatlichen Stelle zu-
1188 sammengefasst. Das liberale Bürgergeld macht es für alle Menschen, die auf die
1189 Hilfe der Gesellschaft angewiesen sind, einfacher und lässt sie nicht länger von
1190 Amt zu Amt rennen.

1191 Auch die Arbeitsaufnahme lohnt sich mehr, als das heute der Fall ist. Wir wol-
1192 len eine trittfeste Leiter in die finanzielle Eigenständigkeit bauen: Gerade Men-
1193 schen, die es am Arbeitsmarkt schwer haben, gelingt über eine Teilzeittätigkeit im
1194 Rahmen eines Mini- oder Midijobs oft der erste Schritt. Gerade für Menschen im
1195 heutigen Arbeitslosengeld II („Hartz IV-Aufstocker“) lohnt es sich jedoch kaum,
1196 mehr Stunden zu arbeiten und so mehr zu verdienen. Denn die Zuverdienstreg-
1197 gelungen sind demotivierend und werfen den Menschen Knüppel zwischen die
1198 Beine. Deshalb wollen wir diese in einem ersten Schritt reformieren. Es muss ins-
1199 besondere attraktiver werden, vom Mini- in den Midijob zu wechseln und dort die
1200 Stundenzahl immer mehr auszuweiten. Das ist der zentrale gesetzgeberische
1201 Hebel beim Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit, den wir endlich ziehen müs-
1202 sen. Ziel ist, dass es sich wieder lohnt, Schritt für Schritt voranzukommen und ir-
1203 gendwann finanziell ganz auf eigenen Beinen zu stehen. Deshalb setzen wir
1204 Freie Demokraten auf das liberale Bürgergeld, weil sich damit die eigene An-
1205 strengung wieder lohnt. Daher ist das liberale Bürgergeld nicht bedingungslos.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 36

1206 **Neuanfang bei der Förderung von Langzeitarbeitslosen**

1207 Wir Freie Demokraten fordern einen Neuanfang in der Arbeitsförderung für
1208 Langzeitarbeitslose. Denn eine große Zahl von Personen ist seit sehr langer Zeit
1209 langzeitarbeitslos und wird von den klassischen Mitteln der Arbeitsförderung nicht
1210 mehr erreicht. Wir wollen dazu die bereits vorhandenen finanziellen Mittel in der
1211 Grundsicherung für Arbeitslose zusammenfassen, um das Prinzip „Training on
1212 the Job“ für Langzeiterwerbslose fruchtbar zu machen und statt Arbeitslosigkeit
1213 besser sozialversicherungspflichtige Arbeit für die Betroffenen zu unterstützen.
1214 Konkret sollen die finanziellen Leistungen von Bund und Kommunen (Arbeitslo-
1215 sengeld II, Kosten der Unterkunft und Heizung, Krankenversicherungsbeitrag) mit
1216 einem produktivitätsgerechten Lohn des Arbeitgebers kombiniert werden. Für den
1217 bisher Arbeitslosen bedeutet das einen Job und mehr Einkommen als zuvor. Der
1218 Arbeitgeber kann auch Arbeitssuchende mit geminderter Produktivität einstellen.
1219 Die bisher zur Verfügung stehenden Mittel zur Arbeitsmarktintegration von Lang-
1220 zeitarbeitslosen werden weiterhin zur begleitenden Förderung berufsspezifischer
1221 Kompetenzen und für Maßnahmen der psychosozialen Betreuung verwendet.
1222 Wir wissen, dass dieses Konzept Grenzen hat und eine gezielte und präzise
1223 Auswahl der Betroffenen voraussetzt. Die Fehler früherer Modelle von Lohnkos-
1224 tenzuschüssen müssen vermieden werden. Wir sehen diesen Weg aber als
1225 Möglichkeit eines Einstiegs auf dem ersten Arbeitsmarkt für diejenigen Arbeitslo-
1226 sen, die weder mit Qualifizierungsmaßnahmen und Fallmanagement noch mit Ar-
1227 beitsanreizen des Bürgergeldes in den ersten Arbeitsmarkt gebracht werden kön-
1228 nen.

1229 **Reform der Sozialgesetzbücher**

1230 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine sinnvolle Verknüpfung und Verzah-
1231 nung der verschiedenen Sozialgesetzbücher ein. Gerade in einer älter werden-
1232 den Gesellschaft müssen die Leistungen für Gesundheit und Pflege, aber auch
1233 für Menschen mit Behinderungen im Falle einer Erkrankung oder bei Eintritt der
1234 Pflegebedürftigkeit besser miteinander verzahnt werden. Zudem sollten die Sozi-
1235 algesetzbücher verschlankt werden. Denn die Unübersichtlichkeit führt zu einer
1236 zunehmenden Bürokratisierung, unsinnigen Kontrollen und einer zunehmenden
1237 Verunsicherung bei Ärzteschaft, Pflegekräften und Patientinnen und Patienten.

1238 **Altersvorsorge muss sich lohnen**

1239 Wir Freie Demokraten halten es für richtig, die Einkünfte aus privater und be-
1240 trieblicher Altersvorsorge nur teilweise auf die Grundsicherung im Alter anzu-
1241 rechnen. Auch über die vorgesehenen Begrenzungen soll Vorsorge nur prozen-
1242 tual die Leistungen aus der Grundsicherung mindern. Denn freiwillige Altersvor-
1243 sorge muss sich für jeden immer auszahlen. Das betrifft zum Beispiel viele Men-
1244 schen, die lange arbeitslos waren, Teilzeit gearbeitet oder wenig verdient haben.
1245 Es kann nicht sein, dass Einnahmen aus der freiwilligen Vorsorge vollständig auf
1246 die Grundsicherung angerechnet – also voll abgezogen werden. Wir finden: Der

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 37

1247 Anreiz zur zusätzlichen Altersvorsorge gegen Altersarmut muss erhalten bleiben.
1248 Wer sich anstrengt und vorsorgt, muss ein Alterseinkommen über Grundsicherungs-
1249 rungsniveau haben. Und er muss mehr haben als derjenige, der nicht vorgesorgt
1250 hat.

1251 **Vernünftiges Einwanderungsrecht**

1252 In einer offenen Gesellschaft ist es egal, woher jemand kommt. Es ist wichtig,
1253 wohin er mit uns zusammen möchte. Als alternde Gesellschaft sind wir darauf
1254 angewiesen, dass qualifizierte und fleißige Menschen aus anderen Teilen Welt
1255 zu uns kommen. Im Moment fehlen dafür aber klare Regeln, die die erforderli-
1256 chen Qualifikationen festschreiben. Ändern wir das!

1257 **Klare Regeln durch ein Einwanderungsgesetz**

1258 Wir Freie Demokraten wollen ein geordnetes Einwanderungsrecht schaffen, das
1259 nach Möglichkeit in einem Einwanderungsgesetzbuch zusammengefasst wird.
1260 Dabei muss zwischen individuell politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingen und dau-
1261 erhaften Einwanderern klar unterschieden werden.

1262 Das Grundrecht auf Asyl für individuell politisch Verfolgte ist für uns unantast-
1263 bar. Für Kriegsflüchtlinge wollen wir einen eigenen Status schaffen, einen natio-
1264 nalen vorübergehenden humanitären Schutz, der auf die Dauer des Krieges be-
1265 grenzt ist. Nach Identitätsfeststellung soll dieser Status unkompliziert verliehen
1266 und damit das Asylsystem massiv entlastet werden. Kriegsflüchtlinge sollen dabei
1267 nach Beendigung des Krieges in der Regel in ihr Heimatland zurückkehren.

1268 Dauerhafte Einwanderer wollen wir uns wie jedes andere Einwanderungsland
1269 selbst aussuchen. Deutschland ist auf die Einwanderung von qualifizierten und
1270 fleißigen Menschen angewiesen, wenn wir unseren Wohlstand auch zukünftig
1271 erhalten wollen. Dazu wollen wir die Blue Card reformieren, sodass Arbeitskräfte,
1272 die aufgrund eines mit einem in Deutschland ansässigen Arbeitgeber abge-
1273 schlossenen Arbeitsvertrags ihren Lebensunterhalt dauerhaft bestreiten können,
1274 zu uns kommen können. Zudem wollen wir ein Punktesystem schaffen, bei dem
1275 sich Menschen aus aller Welt aufgrund ihres Bildungsgrades, Alter, ihrer Sprach-
1276 kenntnisse und beruflichen Qualifikation um eine Einwanderung nach Deutsch-
1277 land bewerben können. Dabei ist auch Flüchtlingen, die sich entsprechend inte-
1278 griert haben, ein Rechtskreiswechsel und damit eine Einwanderungschance zu
1279 ermöglichen. Natürlich nur, wenn sie dieselben Kriterien erfüllen wie Fachkräfte
1280 aus dem Ausland.

1281 Zu einem geordneten Einwanderungsrecht gehören auch funktionierende Rück-
1282 führungsregelungen. Wer kein Bleiberecht hat, muss konsequent abgeschoben
1283 werden. Dies muss bundeseinheitlich sichergestellt werden. Die der fehlenden
1284 Einwanderungssystematik und viel zu langer Asylverfahren geschuldete Tendenz,
1285 dass bereits integrierte Flüchtlingsfamilien abgeschoben werden, aber umgekehrt

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 38

1286 Findige unser System ausnutzen, ist humanitär nicht verantwortbar, gesellschafts-
1287 politisch gefährlich und auch volkswirtschaftlich ein großer Fehler.

1288 **Doppelte Staatsbürgerschaft**

1289 Wir Freie Demokraten wollen, dass die doppelte Staatsangehörigkeit bezie-
1290 hungsweise die Mehrstaatlichkeit grundsätzlich möglich ist. Einwanderer müssen
1291 zu deutschen Staatsbürgern werden können, ohne ihre kulturellen Wurzeln auf-
1292 zugeben. Der Antrag auf Einbürgerung soll künftig zudem bereits nach vier statt
1293 bisher acht Jahren gestellt werden können. Für eine Einbürgerung gibt es aber
1294 klare Vorgaben, zum Beispiel gute Sprachkenntnisse, eine bestimmte Aufent-
1295 haltsdauer und nicht zuletzt die Akzeptanz unseres Grundgesetzes. Wer das er-
1296 füllt, muss Deutscher werden können – ohne den Zwang, seine alte Staatsbür-
1297 gerschaft abzulegen. Damit ist für uns Freie Demokraten klar: Eine Einbürgerung
1298 kann zwar die Integration fördern; aber sie setzt auch voraus, dass der Einbür-
1299 gerungswillige auf dem Integrationsweg bereits vorangekommen ist. Ohne ein
1300 Band der Zugehörigkeit und ein klares Bekenntnis zu unserem Staat ist eine Ein-
1301 bürgerung für uns undenkbar.

1302 **Bessere Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungs-** 1303 **abschlüsse**

1304 Wir Freie Demokraten wollen die Anerkennung ausländischer Berufs- und Bil-
1305 dungsabschlüsse beschleunigen. Denn ein schneller Zugang zum Arbeitsmarkt
1306 ist doppelt wichtig: Er ist ein Grundpfeiler für eine gelungene Integration und
1307 führt dem deutschen Arbeitsmarkt dringend benötigte Fachkräfte zu. Wer als
1308 Flüchtling in Deutschland anerkannt ist oder über die gesteuerte Fachkräfte-Ein-
1309 wanderung nach Deutschland kommen möchte, soll daher schnell erfahren, was
1310 sein Abschluss hierzulande zählt. Bei der Anerkennung vergeht aber immer
1311 noch zu viel Zeit, weil es sehr viele Einzelvorschriften und unterschiedliche Zu-
1312 ständigkeiten von Bund und Ländern gibt. Das wollen wir ändern, indem wir un-
1313 ter anderem durch mehr Personal die Verwaltungspraxis beschleunigen und die
1314 bundesweite Vergleichbarkeit von ausländischen Abschlüssen sicherstellen. Zu-
1315 dem sollen Eingewanderte und potenzielle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ei-
1316 nen Rechtsanspruch auf vorherige Beratung erhalten, sodass ihnen der Weg zur
1317 Anerkennung ihres Abschlusses konkret aufgezeigt wird.

1318 **Englisch als ergänzende Verkehrs- und Arbeitssprache tes-** 1319 **ten**

1320 Wir Freie Demokraten wollen Englisch als ergänzende Verkehrs- und Arbeits-
1321 sprache in der öffentlichen Verwaltung erproben. Denn der Kontakt mit Behörden
1322 ist für viele Ausländer ein regelmäßiger Kraftakt. Bis die deutsche Sprache si-
1323 cher genug beherrscht wird, um sich allein durch den deutschen Bürokratie-
1324 Dschungel schlagen zu können, braucht es Zeit. Wir möchten nicht, dass
1325 sich ausländische Fachkräfte und Unternehmensgründer und -gründerinnen

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 39

1326 durch anfängliche Sprachbarrieren abschrecken lassen. Mit Englisch als Zweit-
1327 sprache in der Verwaltung wollen wir es Einwandernden deshalb leichter ma-
1328 chen, ihre Verwaltungsangelegenheiten zu regeln und sich über ihre Chancen
1329 und Pflichten in Deutschland zu informieren.

1330 **Gleiche Chancen für alle unabhängig vom Ge-** 1331 **schlecht**

1332 Beim Vorankommen durch eigene Leistung zählt nur was man kann. Es darf
1333 keinen Unterschied machen, woher man kommt oder welches Geschlecht man
1334 hat. Es darf keinen Unterschied beim Vorankommen machen, ob man sich für ei-
1335 ne Familie entschieden hat oder nicht. Hier bleibt noch viel zu tun. Strengen wir
1336 uns mehr an!

1337 **Chancengleichheit von Frauen und Männern**

1338 Wir Freie Demokraten setzen uns für Chancengleichheit von Frauen und Män-
1339 nern ein. Wir wollen, dass jeder Mann und jede Frau passende Rahmenbedin-
1340 gungen vorfindet, um das eigene Potential voll zu entfalten und das Leben nach
1341 eigener Vorstellung zu gestalten. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Eltern frei
1342 entscheiden können, welches Arbeitsmodell sie wählen. Damit Väter und Mütter
1343 Beruf und Familie besser vereinbaren können, wollen wir flexible Angebote zur
1344 Kinderbetreuung, auch in Betrieben, fördern. Einseitige Modelle wie die Steuer-
1345 klasse V wollen wir abschaffen.

1346 **Flexibler Arbeitsmarkt für faire Chancen**

1347 Wir Freie Demokraten fordern einen flexiblen Arbeitsmarkt, der Männern wie
1348 Frauen faire Chancen bietet. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschafts-
1349 forschung zeigt, dass das größte Hindernis für Frauen im Chefsessel Pausen im
1350 Arbeitsleben oder phasenweise Teilzeit darstellen. Um diese Hürden zu überwin-
1351 den, setzen wir uns für flexible Arbeitszeitmodelle und digitale Arbeitsplätze ein.
1352 So wird zeit- und ortsunabhängiges Arbeiten möglich, so dass Familie und Job
1353 leichter vereinbar sind. Ferner wollen wir Frauen noch stärker ermuntern, klassi-
1354 sche Männerbranchen zu erobern, deren Jobs meist besser bezahlt sind als die-
1355 jenigen, die viele Frauen traditionell ergreifen. So kann die Lohnlücke zwischen
1356 den Geschlechtern verkleinert werden.

1357 **Mehr Frauen in Führungsverantwortung**

1358 Wir Freie Demokraten wollen mehr Frauen in Führungsverantwortung, sowohl in
1359 der Wirtschaft als auch im Öffentlichen Dienst. Frauen sind in der Leitung von
1360 Unternehmen sehr erfolgreich und gemischte Teams arbeiten produktiver und er-
1361 folgreicher. Wir erwarten daher von Unternehmen in Deutschland eine deutliche
1362 Verbesserung des Frauenanteils in Führungspositionen und werden uns dafür
1363 auch im Öffentlichen Dienst einsetzen. Eine gesetzliche Quote lehnen wir jedoch

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 40

1364 ab: So werden Frauen zu Platzhaltern degradiert und nicht entsprechend ihrer
1365 Leistungen gewürdigt. Wir setzen vielmehr auf Anreize für die Unternehmen,
1366 verbindliche Berichtspflichten und transparente Selbstverpflichtungen.

1367 **Selbstbestimmt in allen Lebenslagen**

1368 Der Sinn aller Politik ist die Freiheit. Die spürbarste Form der Freiheit ist ein
1369 selbstbestimmtes Leben. Das gilt auch für eine Welt, in der sich viele Lebenssi-
1370 tuationen ändern – durch Technik, den demografischen Wandel oder moderne
1371 Medizin. Heute haben viele Menschen aber den Eindruck, dass die Politik sie
1372 eher erziehen und bevormunden will, als einen Rahmen für selbstbestimmte Ent-
1373 scheidungen bereitzustellen. Sie haben die Sorge, dass es – sei es in der digita-
1374 len oder analogen Welt – immer mehr unbegründete Überwachung gibt, die ihre
1375 Privatsphäre gefährdet. Daher: Schauen wir nicht länger zu! Sorgen wir dafür,
1376 dass die Menschen selbstbestimmt in allen Lebenslagen handeln können.

1377 **Datenschutz in der digitalisierten Welt**

1378 Die Digitalisierung ist für die freie, selbstbestimmte Entscheidung jedes Einzel-
1379 nen Chance und Herausforderung zugleich. Wenn man sich etwa gegen den
1380 Missbrauch personenbezogener Daten nicht zur Wehr setzen kann und der Staat
1381 es versäumt, einem die Mittel dafür an die Hand zu geben, ist die freie, selbstbe-
1382 stimmte Entscheidung in Gefahr. Schützen wir die selbstbestimmte Entscheidung!

1383 **Verfügungsgewalt über personenbezogene Daten**

1384 Wir Freie Demokraten wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger Verfügungsgewalt
1385 über auf ihre Person bezogene Daten haben. Niemand soll sie gegen deren
1386 Willen nutzen können. Dazu braucht es Transparenz: Jeder muss wissen, wer,
1387 wann und warum personenbezogene Daten speichert und darauf zugreift. Wer
1388 entschieden hat, staatlichen oder privaten Stellen Zugriff auf sie zu geben, muss
1389 auch weiterhin die Kontrolle behalten. Es muss überprüfbar sein, ob sich die Nut-
1390 zler an die rechtlichen Rahmenbedingungen halten. Die digitale Infrastruktur ef-
1391 fektiv zu schützen, ist deshalb staatliche Aufgabe ersten Ranges. In enger Zu-
1392 sammenarbeit mit den hier aktiven Unternehmen müssen Verschlüsselungstech-
1393 nologien weiterentwickelt werden, ebenso wie die Sicherheit von Speichern und
1394 Zugriffssystemen. Sensible Daten sollen nur dann außerhalb der Reichweite
1395 deutscher Behörden und Gerichte auf Servern außerhalb des Anwendungsbereiches
1396 der EU-Datenschutzgrundverordnung gespeichert werden dürfen, wenn das
1397 Datenschutz- und Datensicherheitsniveau dort dem der EU-Datenschutzverord-
1398 nung im Wesentlichen entspricht.

1399 **Selbstbestimmung im Internet der Dinge**

1400 Wir Freie Demokraten wollen, dass datenbezogene Geschäftsmodelle und
1401 Selbstbestimmtheit im Internet der Dinge sich nicht ausschließen. Dort, wo

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 41

1402 nicht-personenbezogene Daten in oder durch Maschinen erfasst und gespeichert
1403 werden, sollen nicht nur die Hersteller der Geräte und Dienstleister der Services
1404 ein Recht an der Nutzung der Daten haben, sondern auch die Nutzer der Ma-
1405 schinen selbst. Wir wollen ein eigentumsähnliches Recht an diesen Daten schaf-
1406 fen, das alle Akteure in die Lage versetzt, die gewonnenen Daten für sich zu
1407 nutzen. Damit wollen wir gesellschaftlichen Fortschritt mit Verbraucherschutz und
1408 Datensouveränität in Einklang bringen. Unser Ziel ist es, dass Innovation möglich
1409 bleibt, ohne ungewollt Privatsphäre zu opfern.

1410 **Schutz der Privatsphäre**

1411 Für ein selbstbestimmtes Leben müssen sich die Menschen darauf verlassen,
1412 dass privates auch privat bleibt. Wer seinen intimsten Lebensbereich vor der Ein-
1413 sicht durch Unternehmen oder den Staat schützen will, soll nicht dazu gezwun-
1414 gen, ausgetrickst oder trotzdem bespitzelt werden. Lassen wir Privates auch pri-
1415 vat!

1416 **Keine anlasslose Erhebung und Speicherung personenbezo- 1417 gener Daten**

1418 Wir Freie Demokraten kämpfen gegen jede anlasslose Erhebung und Speiche-
1419 rung von personenbezogenen Daten – sei es aufgrund von Vorratsdatenspeiche-
1420 rung, Fluggastdatenerhebung oder automatischer Kennzeichenerfassung mit dau-
1421 erhafter Datenspeicherung. Denn mehr Daten schaffen nicht mehr Sicherheit. Of-
1422 fensichtlich sind auch nicht fehlende Daten das Problem, sondern fehlendes Per-
1423 sonal, um die Spuren zu verfolgen: Ein Großteil der Terroristen, die in den ver-
1424 gangenen Jahren in Europa Mordanschläge verübten, waren den Behörden be-
1425 kannt – und dennoch konnten sie ihre verbrecherischen Taten ausführen. Um
1426 das zu verhindern, müssen nicht noch mehr Daten unbescholtener Bürgerinnen
1427 und Bürger ohne konkreten Anlass gesammelt werden. Sinnvoller ist es, Gefähr-
1428 der gezielt zu identifizieren und lückenlos zu überwachen.

1429 **Gegen lückenlose Überwachung unbescholtener Bürger**

1430 Wir Freie Demokraten wollen keine lückenlose Überwachung unbescholtener
1431 Bürgerinnen und Bürger. Deshalb wollen wir sowohl die Möglichkeiten zur Funk-
1432 zellenabfrage als auch der Bestandsdatenauskunft deutlich einschränken. Beides
1433 soll grundsätzlich nur noch möglich sein, wenn ein Gericht es erlaubt. Denn bei-
1434 des greift tief in die Grundrechte ein: Mit der Funkzellenabfrage können Strafver-
1435 folgungsbehörden die Verkehrsdaten aller Mobilfunkteilnehmer erheben, die sich
1436 in einem bestimmten Zeitraum in einem festgelegten Gebiet aufgehalten haben.
1437 Durch die Bestandsdatenauskunft können Behörden zur Strafverfolgung und zur
1438 Gefahrenabwehr ermitteln, wem zum Beispiel eine Telefonnummer gehört oder
1439 wem zu einem bestimmten Zeitpunkt eine IP-Adresse zugeordnet war. Zusam-
1440 men mit der neu gefassten Vorratsdatenspeicherung können daraus exakte Be-
1441 wegungsprofile erstellt werden. Das ist für uns ein unangemessener Eingriff in

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 42

1442 die Grundrechte vieler Menschen. Auch die Bekämpfung von Terrorismus und
1443 Kriminalität rechtfertigt nicht die lückenlose Überwachung unbescholtener Bürge-
1444 rinnen und Bürger.

1445 **Quick Freeze statt Vorratsdatenspeicherung**

1446 Wir Freie Demokraten wollen bereits vorhandene Verkehrsdaten im konkreten
1447 Verdachtsfall für die Strafverfolgung sichern („Quick Freeze“). Das ist unser Alter-
1448 nativvorschlag zur Vorratsdatenspeicherung. Quick Freeze sichert anlassbezoge-
1449 ne Daten, die bei den Telekommunikationsunternehmen ohnehin bereits gespei-
1450 chert sind. Nimmt eine Strafverfolgungsbehörde bei dringendem Tatverdacht an,
1451 diese Daten zur Aufklärung von Straftaten zu benötigen, kann sie anordnen,
1452 dass diese vorübergehend „eingefroren“ werden. Ob dem Ermittler die Daten tat-
1453 sächlich zur Verfügung gestellt („aufgetaut“) werden, entscheidet ein unabhängi-
1454 ges Gericht.

1455 **Bargeld ist geprägte Freiheit**

1456 Wir Freie Demokraten setzen uns für die uneingeschränkte Nutzung von Bar-
1457 geld als Zahlungsmittel ein. Bargeld ist ein Teil unserer Freiheit. Es ermöglicht
1458 uns, zum Beispiel ohne staatliche Kontrolle und Überwachung Geld aufzubewah-
1459 ren, Geschäfte ohne Bankgebühren abzuschließen und erfüllt eine wertvolle Auf-
1460 gabe bei der Erziehung unserer Kinder. Denn der Umgang mit Geld lernt sich am
1461 besten mit Scheinen und Münzen. Es gibt keinerlei Anhaltspunkte, dass durch
1462 ein Verbot oder die Einschränkung der Bargeldhaltung Terrorismus oder Krimina-
1463 lität bekämpft werden könnten. Wir Freie Demokraten fordern daher den Erhalt
1464 des Bargelds.

1465 **Effektive Sicherheitsbehörden**

1466 Menschen wollen Freiheit und Sicherheit. Doch wer die Freiheit der Sicherheit
1467 opfert, wird am Ende beides verlieren. Deshalb wollen wir effektive Sicherheits-
1468 behörden, die Sicherheit als den Schutz der Freiheit begreifen. Sie sollen objektiv
1469 in die Lage versetzt werden, mit angemessener Ausstattung und professioneller
1470 Organisation ihren gesetzlichen Aufträgen nachzukommen. Das ist besser, als je-
1471 den Tag symbolische Gesetzesverschärfungen zu diskutieren, die am Ende nur
1472 Freiheit kosten und die ohnehin niemand effektiv umsetzt.

1473 **Haushaltspriorität für Polizei und Justiz**

1474 Wir Freie Demokraten fordern Haushaltspriorität für Polizei und Justiz. Für die-
1475 se beiden klassischen Hoheitsaufgaben des Staates muss deutlich mehr Geld
1476 zur Verfügung stehen. Zusammen mit Bildung, Wissenschaft und Infrastruktur
1477 müssen sie Vorrang vor ideologischen und teuren Prestigeprojekten haben, die
1478 viel Geld kosten, aber für die Menschen nichts bewirken. Denn ein Staat, der
1479 sich in Kleinigkeiten verzettelt, aber seine Kernaufgaben vernachlässigt, verliert

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 43

1480 seine Handlungsfähigkeit. Das hat auch Folgen für den Rechtsstaat: Ermittlungen
1481 werden wegen Arbeitsüberlastung eingestellt und die Verfahrensdauer steigt. Es
1482 ist höchste Zeit für ein Umdenken bei Bund und Ländern. Wir Freie Demokraten
1483 sind überzeugt: Eine vernünftige Personal- und Sachausstattung von Polizei und
1484 Justiz ist die effektivste Waffe im Kampf gegen Verbrecher.

1485 **Ausrüstung und Technik auf dem neuesten Stand für Justiz** 1486 **und Polizei**

1487 Für Polizei und Justiz wollen wir Freie Demokraten eine Ausrüstung auf dem
1488 neuesten Stand der Technik. Bei der Digitalisierung von Polizei und Justiz
1489 braucht es also mehr Tempo. So lassen sich Verfahren beschleunigen und über-
1490 flüssige Bürokratie abbauen: Online-Klagen und elektronische Aktenführung
1491 (E-Justice) sparen Zeit und Geld und erleichtern den Informationsaustausch, zum
1492 Beispiel zwischen dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und den Gerich-
1493 ten. Eine mit Smartphones oder Tablets ausgestattete Polizei kann direkt im Au-
1494 ßeneinsatz Personalien überprüfen oder Anzeigen aufnehmen. Der Rechtsstaat
1495 muss besser organisiert sein als seine Feinde. Das erfordert modernste Technik.
1496 Die Straftäter haben diese nämlich auch.

1497 **Sicherheitsbehörden von Nebensächlichkeiten entlasten**

1498 Wir Freie Demokraten wollen die Sicherheitsbehörden von Nebensächlichkeiten
1499 entlasten. Ihre Tätigkeit unterziehen wir einer umfassenden Aufgabenkritik. So
1500 muss insbesondere die Polizei den nötigen Freiraum für ihre zentralen Aufgaben
1501 bekommen – den Schutz von Leib, Leben und Eigentum der Bürgerinnen und
1502 Bürger. An vielen Stellen der Polizeiarbeit ist Entbürokratisierung und Entlastung
1503 möglich: Man könnte den Blutttest bei unfallfreien Fahrten unter Alkoholeinfluss
1504 abschaffen, Cannabis freigeben oder bei Ruhestörungen, Verkehrsunfällen ohne
1505 Verletzten, der Begleitung von Schwertransporten und dem Objektschutz die Zu-
1506 ständigkeit auf andere Behörden verlagern. Alle diese Wege wollen wir prüfen.
1507 Gleiches gilt für die sogenannten „Victimless Crimes“, also Straftaten ohne Ge-
1508 schädigten. Hier ist zu klären, ob eine Strafverfolgung überhaupt notwendig ist.
1509 Zudem werden wir das ständig wachsende Verwaltungs- und Wirtschaftsstraf-
1510 recht in den Blick nehmen. Dieser Trend ist zu stoppen und möglichst umzukeh-
1511 ren.

1512 **Reform der Sicherheitsarchitektur in Deutschland**

1513 Wir Freie Demokraten wollen eine Reform der Sicherheitsarchitektur in Deutsch-
1514 land. Denn zurzeit sind zu viele Behörden für unsere Sicherheit zuständig: das
1515 Bundesamt für den Verfassungsschutz, das Bundeskriminalamt, die Landesämter
1516 für Verfassungsschutz, die Landeskriminalämter, der Militärischer Abschirmdienst,
1517 das Zoll-Kriminalamt und andere mehr. Diese Strukturen wollen wir straffen und
1518 stärken. Klare Kompetenzabgrenzung ohne Doppelzuständigkeiten ist das Ziel.
1519 Gleichzeitig müssen die Sicherheitsbehörden enger zusammenarbeiten und Infor-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 44

1520 mationen leichter austauschen können, wenn angemessene rechtliche Voraus-
1521 setzungen wie etwa ein Anfangsverdacht auf eine Straftat vorliegen. Das ist zum
1522 Schutz der Bevölkerung notwendig. Hierfür muss es eine funktionierende Koordi-
1523 nierungsstelle geben und einheitliche (unter anderem Ausbildungs-) Standards
1524 beim Bundesamt für Verfassungsschutz und den Landesämtern. Insbesondere
1525 der Einsatz von V-Leuten und dessen Ausgestaltung sowie die Regelungen zum
1526 Austausch von wichtigen Informationen dürfen sich zwischen Bundesländern
1527 nicht unterscheiden. Denn verfassungsfeindliche Bestrebungen machen vor Län-
1528 dergrenzen nicht halt. Neben der verstärkten Koordination und Zusammenarbeit
1529 ist zudem die Möglichkeit der Arbeitsteilung insbesondere wegen geringerer Lei-
1530 stungsfähigkeit der kleineren Landesämter zu untersuchen. So könnte beispiels-
1531 weise Hamburg Spezialaufgaben übernehmen und würde dafür in anderen Punk-
1532 ten durch zum Beispiel Niedersachsen und Schleswig-Holstein entlastet. Wir
1533 Freie Demokraten wissen: Gerade auch ein demokratischer Staat muss sich
1534 schützen. Das macht gut organisierte geheimdienstliche Arbeit unerlässlich.

1535 **Effizientere Kontrolle der Sicherheitsbehörden**

1536 Die Sicherheitsbehörden brauchen eine effizientere Kontrolle. Denn auch für sie
1537 darf es keine rechtsfreien Räume geben. Deshalb wollen wir das parlamentari-
1538 sche Kontrollgremium und die sogenannte G 10-Kommission stärken. Dem Kon-
1539 trollgremium wird ein Parlamentarischer Geheimdienstbeauftragte zur Seite ge-
1540 stellt, den der Deutsche Bundestag wählt und der die Ermittlungsarbeit über-
1541 nimmt. Beide – Kontrollgremium und Beauftragter – erhalten ausreichend Sach-
1542 und Personalmittel, um ihre Kontrollfunktion professionell zu erfüllen. Ihnen ist je-
1543 derzeit ohne Anmeldung ungehinderter Zugang zu den Geheimdiensten sowie
1544 freie Akteneinsicht vor Ort zu gewähren. Zudem soll das Kontrollgremium auf
1545 Antrag von mindestens einem Viertel seiner Mitglieder Geheimdienstmitarbeiter
1546 vorladen können. Ihm dürfen künftig keine Auskünfte mehr verweigert werden.
1547 Dazu gehört auch die vollständige Information über die Zusammenarbeit des
1548 Bundesnachrichtendienstes mit ausländischen Diensten. Dem Kontrollgremium
1549 sollen zudem nicht nur Innenpolitiker, sondern auch Mitglieder des Auswärtigen
1550 und des Verteidigungsausschusses angehören. Die Zuständigkeit der G 10-Kom-
1551 mission wollen wir auf die gesamte Überwachung der Telekommunikation – auch
1552 außerhalb Deutschlands – ausweiten. Diese Maßnahmen richten sich nicht ge-
1553 gen die Geheimdienste, sondern stärken die Legitimation für ihre Arbeit. Denn
1554 die Privatsphäre unbescholtener Bürgerinnen und Bürger sowie die Betriebsge-
1555 heimnisse rechtstreuer Unternehmen müssen vor Ausspähung sicher sein.

1556 **Respekt vor Grundrechten und dem Rechtsstaat**

1557 Wir Freie Demokraten verlangen von jedermann Respekt vor den Grundrech-
1558 ten, dem Rechtsstaat und seinen Gesetzen. Bei innerer Liberalität und Toleranz
1559 kann es für niemanden Rabatt geben. Die Werte unseres Grundgesetzes sind
1560 nicht verhandelbar. Sie garantieren die Gleichberechtigung der Geschlechter, den
1561 Schutz von Minderheiten, die sexuelle Identität und die Religionsfreiheit – auch

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 45

1562 in der Form, ganz frei von Religion zu leben oder sich satirisch mit Religionen
1563 auseinanderzusetzen. Toleranz gegenüber der Intoleranz darf es nicht geben.
1564 Die Ordnung des Grundgesetzes ist jedoch offen für alle, die seine Werte teilen
1565 – unabhängig von Religion und Weltanschauung. Im Rahmen dieser Ordnung
1566 muss es jedem Menschen freigestellt sein, so zu leben, wie er es für richtig hält;
1567 auch wenn dies den Traditionen der Mehrheitsgesellschaft widersprechen mag.
1568 Denn wir lehnen es prinzipiell ab, wenn eine Mehrheit versucht, dem einzelnen
1569 Individuum ihre Kultur aufzuzwingen, sondern respektieren jeden Menschen so
1570 wie er ist.

1571 **Religionsfreiheit und Gleichbehandlung von Kirchen-, Religi-** 1572 **ons- und Weltanschauungsgemeinschaften**

1573 Wir Freie Demokraten setzen uns für die Religionsfreiheit und die Gleichbe-
1574 handlung von Kirchen-, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ein.
1575 Denn zur Freiheit des Einzelnen gehört die Suche nach dem Sinn und den Wer-
1576 ten des eigenen Lebens, die viele Menschen in ihrer persönlichen Glaubensüber-
1577 zeugung und Weltanschauung finden. Daher soll jeder seine Religion ausüben
1578 oder seiner atheistischen oder agnostischen Überzeugung folgen können. Zentral
1579 ist für uns bei jeder Religionsausübung die Orientierung am Grundgesetz. Wo
1580 das Grundgesetz als objektive Werteordnung unserer Gesellschaft missachtet
1581 und Gesetze verletzt werden, enden Toleranz und Respekt. Verständnis für reli-
1582 giösen oder ideologischen Fundamentalismus darf es nicht geben. In diesem Zu-
1583 sammenhang lehnen wir auch die Einflussnahme aus dem Ausland durch die Fi-
1584 nanzierung religiöser Vereine und Einrichtungen ab, wie zum Beispiel durch die
1585 Türkei und Saudi-Arabien in Bezug auf bestimmte Moscheengemeinden.

1586 **Moderne Arbeitswelt**

1587 Selbstbestimmt zu leben, bedeutet auch selbstbestimmt zu arbeiten. Viele Un-
1588 ternehmen und viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind hier längst wei-
1589 ter als der Staat. Viele Regelungen des Industriezeitalters bremsen die Men-
1590 schen und Unternehmen aus, um selbstbestimmter und flexibler zu arbeiten. Än-
1591 dern wir das!

1592 **Betriebsunabhängige Langzeitkonten**

1593 Wir Freie Demokraten fordern betriebsunabhängige Langzeitkonten für Arbeits-
1594 zeit, um mehr Souveränität in der beruflichen Lebensgestaltung zu ermöglichen.
1595 Sowohl die Arbeitswelt als auch unsere privaten Lebensentwürfe haben sich in
1596 den letzten Jahren und Jahrzehnten gewandelt. Die wenigsten von uns fangen
1597 direkt nach der Ausbildung einen Job an, in dem sie bis zum Renteneintritt blei-
1598 ben. Heute wechseln die meisten nach einigen Jahren den Arbeitsort oder den
1599 Arbeitgeber und suchen neue Herausforderungen im Beruf oder auch im Priva-
1600 ten. Damit jeder seinen individuellen Lebensweg beschreiten kann, brauchen wir
1601 mehr Freiräume und hierfür flexiblere Instrumente.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 46

1602 Ein entscheidendes Element hierfür kann ein Langzeitkonto sein – zum Beispiel
1603 für mehr Luft in der „Rush-Hour“ des Lebens, bei der Vereinbarkeit von Arbeit
1604 und Familie, für ein Postgraduiertenstudium oder wenn man mit einem Sabbati-
1605 cal einmal aussetzen will. Ein Langzeitkonto (auch Wertguthaben- oder Zeitwert-
1606 konto genannt) funktioniert so: In einer arbeitsintensiven Phase sammeln Arbeit-
1607 nehmer Überstunden, Boni, Resturlaub und Sonderzahlungen an. Diese werden
1608 in ein Wertguthaben auf dem Langzeitkonto umgewandelt. Auch über eine steu-
1609 erfreie Entgeltumwandlung von Teilen des Gehaltes und Zuschüsse des Arbeit-
1610 gebers kann man Geld ansparen. All das ist bereits jetzt nach dem Flexi II-Ge-
1611 setz möglich, allerdings ist die Verbreitung insbesondere in mittelständischen Un-
1612 ternehmen noch sehr gering.

1613 Wir Freie Demokraten fordern einen Rechtsanspruch auf ein solches Langzeit-
1614 konto. Dieses soll unabhängig vom Arbeitgeber sein, also auch einfacher als
1615 heute übertragbar sein. Das Guthaben soll für alle Formen der Freistellungen ge-
1616 nutzt werden können, bestehende Einschränkungen etwa in der Kombination mit
1617 Elterngeld sollen beseitigt werden. Seitens der Unternehmen brauchen wir Büro-
1618 kratieabbau und Vereinfachungen in der Durchführung, etwa bei Berichtspflichten
1619 und der Entstehung von Urlaubsansprüchen während der Auszeiten. Zudem soll-
1620 te es mehr Freiheiten bei der Kapitalanlage geben. Damit schaffen wir einen gro-
1621 ßen Wurf für mehr Zeitsouveränität und Flexibilität und erleichtern die Umset-
1622 zung individueller Vorstellungen in der Lebensführung.

1623 **Mehr Flexibilität bei der Regulierung von Arbeitszeitmodel-** 1624 **len**

1625 Wir Freie Demokraten fordern mehr Flexibilität bei der Regulierung von Arbeits-
1626 zeitmodellen. Die digitale Arbeitswelt eröffnet mehr Spielraum für die moderne
1627 Arbeitswelt - also wann und wo gearbeitet werden kann. Gleichzeitig findet ein
1628 Umdenken statt: Weg von der Stechuhr, hin zum projektorientierten Arbeiten. Ar-
1629 beitsformen wie die Vertrauensarbeitszeit stellen die Aufgaben in den Vorder-
1630 grund, nicht die Stunden, die man am Arbeitsplatz verbringt. Deshalb wollen wir
1631 das Arbeitszeitgesetz flexibilisieren und die bisherige Grenze der täglichen
1632 Höchstarbeitszeit von acht bzw. zehn Stunden, sowie die elf stündige Ruhezeit
1633 aufheben. Stattdessen soll nur die wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stun-
1634 den vorgegeben sein, so wie es auch die Europäische Arbeitszeitrichtlinie vor-
1635 sieht. Gesetzliche Regelungen und faktische Hürden für mobiles Arbeiten, etwa
1636 durch veraltete Vorschriften der Arbeitsstättenverordnung, halten wir nicht für
1637 sinnvoll. Den Arbeitsschutz für Homeoffice-Arbeitsplätze müssen wir entbürokrati-
1638 sieren. Der öffentliche Dienst als Arbeitgeber sollte an dieser Stelle vorangehen
1639 und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das Recht auf Homeoffice ermögli-
1640 chen, sofern keine dringenden betrieblichen Belange dagegen stehen. Auch die
1641 Vertragsfreiheit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer muss gewahrt bleiben.
1642 Projektorientiertes Arbeiten stellt bisherige Regelungen des Arbeitsrechtes in Fra-
1643 ge und hochqualifizierte, mobile Menschen wünschen immer häufiger freie For-
1644 men der Arbeitsgestaltung. Die Politik muss diesen Trends folgen und darf nicht

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 47

1645 mit immer mehr einschränkenden Vorgaben in die Vertragsfreiheit zwischen Ar-
1646 beitgeber und -nehmer eingreifen. Auch alte Regulierungen der Industriegesell-
1647 schaft passen nicht mehr auf die neue Wirklichkeit und müssen auf ihre Tauglich-
1648 keit hin überprüft werden. Für eine zukunftssichere Arbeitswelt müssen diese
1649 und ähnliche Verordnungen im Gestern verbleiben.

1650 **Positivkriterien für Selbstständige**

1651 Die Vertragsfreiheit zwischen Arbeit-/Auftraggeber und -nehmer muss gewahrt
1652 bleiben. Um zu verhindern, dass Computerexperten und Freelancer fälschlich als
1653 Scheinselbstständige eingeordnet werden, braucht es moderne Positivkriterien.
1654 Denn die Überregulierung etwa von selbständigen Beratungsleistungen führt zur
1655 ständigen Bedrohung durch die Einordnung bewährter Arbeitsmodelle als Schein-
1656 selbstständigkeit. Für Freiberufler und Selbstständige muss durch Positiv-Kriterien
1657 Rechtssicherheit geschaffen werden, indem das Vorliegen eines einzelnen oder
1658 einer Kombination von mehreren Kriterien eine Selbstständigkeit nachweisbar si-
1659 cherstellt. In der Gesetzlichen Krankenversicherung wollen wir die Beitragsbe-
1660 messung für Selbstständige an den tatsächlichen Einnahmen orientieren – alles
1661 andere ist unfair.

1662 **Der Patient im Mittelpunkt**

1663 Selbstbestimmte Entscheidungen sind nicht nur für die Sonnenseiten des Le-
1664 bens. In Notfällen oder Krankheit ist die Möglichkeit, frei zu entscheiden, beson-
1665 ders wichtig. Wenig ist in Deutschland jedoch so durchreguliert wie unser Ge-
1666 sundheitssystem. Enge Vorgaben rücken den Menschen aus dem Mittelpunkt
1667 heraus. Ein Dickicht aus Vorschriften schränkt die eigene Entscheidung ein. Stel-
1668 len wir die Menschen wieder in den Mittelpunkt!

1669 **Mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen**

1670 Wir Freie Demokraten wollen, dass gesetzliche Krankenkassen über die Leis-
1671 tungen, die sie anbieten, stärker miteinander in den Wettbewerb treten können.
1672 Denn ein solcher Wettbewerb trägt dazu bei, dass Patientinnen und Patienten
1673 gut versorgt werden und schneller von medizinischen Fortschritten profitieren.
1674 Bürokratische, zentralistische Lösungen behindern den effizienz- und innovations-
1675 steigernden Wettbewerb, der durch einen klaren wettbewerbs- und kartellrechtli-
1676 chen Rahmen flankiert werden muss. Dazu wollen wir den gesetzlichen Spiel-
1677 raum für Verträge zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern ausweiten,
1678 um innovative Versorgungsformen zu stärken. Verträge für Krankenhausleistun-
1679 gen müssen über die integrierte Versorgung hinaus möglich sein. Wir wollen da-
1680 zu das Instrument der Qualitätsverträge dauerhaft einführen und die bisherigen
1681 Beschränkungen auf wenige Indikationen aufheben. Denn durch diese Verträge
1682 können Krankenkassen mit Krankenhausträgern gegen zusätzliche Anreize hö-
1683 herwertige Qualitätsanforderungen vereinbaren und dadurch die qualitativ hoch-
1684 wertige Versorgung der Patientinnen und Patienten fördern. Außerdem sollte bei

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 48

1685 integrierten und bei rein ambulanten Verträgen der besonderen Versorgung auf
1686 den Nachweis der Wirtschaftlichkeit verzichtet werden, wenn eine besondere
1687 Qualität der Versorgung erreicht wird.

1688 **Freie Wahl der Krankenversicherung**

1689 Wir Freie Demokraten stehen für Eigenverantwortung und Solidarität im Ge-
1690 sundheitssystem, in dem die Wahlfreiheit des Versicherten durch Kassenvielfalt
1691 gewährleistet ist. Dazu setzen wir uns neben einer starken privaten Krankenver-
1692 sicherung (PKV) auch für eine freiheitliche gesetzliche Krankenversicherung
1693 (GKV) ein. Einer als „Bürgerversicherung“ getarnten staatlichen Zwangskasse er-
1694 teilen wir eine klare Absage. Staatlich organisierte und rationierte Zuteilungsme-
1695 dizin führt langfristig zu einer drastischen Verschlechterung der Versorgung der
1696 Bevölkerung und verschärft die demografischen Probleme der gesetzlichen Kran-
1697 kenversicherung.

1698 Jede Bürgerin und jeder Bürger soll frei und unabhängig vom Einkommen wäh-
1699 len können, ob sie oder er sich für den Versicherungsschutz bei der gesetzlichen
1700 Krankenversicherung oder bei einem Anbieter der privaten Krankenversicherung
1701 entscheidet. Hierbei wollen wir die Angebote beider Systeme erhalten und so si-
1702 cherstellen, dass jeder Mensch die Möglichkeit hat, das für sich und seine Le-
1703 bensform am besten geeignete Modell zu wählen. Beide Krankenversicherungen
1704 müssen auch zukunftsfest weiterentwickelt werden. Es muss aber auch Rückwe-
1705 ge aus der PKV in die GKV geben. In beiden Systemen gibt es Reformbedarf.
1706 Im Fall der Öffnung des Marktes muss die PKV verpflichtet werden, jeden An-
1707 tragsteller im Basistarif zu versichern. Zugleich muss die Möglichkeit für jeden
1708 Versicherten verbessert werden, Altersrückstellungen bei einem Versichererwech-
1709 sel innerhalb der PKV mitzunehmen. Die gesetzlichen Kassen sollen mehr
1710 Selbstständigkeit bei Tarifooptionen und Leistungsangeboten bekommen, um den
1711 immer individuelleren Bedürfnissen ihrer Versicherten entgegenzukommen.

1712 Die Versicherungen sollen miteinander im fairen und transparenten Wettbewerb
1713 stehen. Um dieses zu gewährleisten, ist die Effizienz und der Verteilungsmecha-
1714 nismus des Gesundheitsfonds rasch und gründlich zu überprüfen, um entstandene
1715 Marktverzerrungen und Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Vor allem ist der
1716 morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich (MorbiRSA), auf dessen Basis die
1717 Verteilung der Gelder aus dem Gesundheitsfonds an die einzelnen Krankenkas-
1718 sen vorgenommen wird, auf eine manipulationssichere Basis zu stellen.

1719 **Abschaffung der Budgetierung**

1720 Wir Freie Demokraten wollen die Budgetierung im Gesundheitswesen abschaf-
1721 fen. Sie hat zu einer Unterfinanzierung der medizinischen Versorgung sowie zu
1722 einem Ausbluten der gesundheitlichen Versorgung in den ländlichen Regionen
1723 und sozialen Brennpunkten geführt. Derzeit leisten die Bürgerinnen und Bürger
1724 Zusatzbeiträge, ohne damit direkt Einfluss auf Art und Qualität der Behandlung
1725 nehmen zu können. Gleichzeitig werden ihnen Untersuchungen und Therapien

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 49

1726 durch Budgetierung und versteckte Zwangsrationierung vorenthalten. Das schafft
1727 bei Patientinnen und Patienten Unzufriedenheit und Unsicherheit und ist eine
1728 drastische Form von Ungerechtigkeit. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bür-
1729 ger über ihre Behandlung mitentscheiden können und Leistungen sowie Kosten
1730 transparent werden. Nur so haben die Patientinnen und Patienten die Chance,
1731 die erbrachten Leistungen auf ihre Notwendigkeit hin kontrollieren zu können.
1732 Dazu sollen sie die freie Wahl zwischen verschiedenen Tarifen und Selbstbeteili-
1733 gungen haben. Wir wollen, dass die Menschen durch Informationsangebote zum
1734 besseren Selbstmanagement befähigt werden. Dabei sind klare Härtefall- und
1735 Überforderungsregelungen aufzustellen, damit die Kosten für Gesundheit nie-
1736 manden überlasten.

1737 **Weniger Bürokratie bedeutet mehr Zeit für die Pflege**

1738 Wir Freie Demokraten wollen, dass bei Heil- und Pflegeberufen die Patientinnen
1739 und Patienten im Vordergrund stehen und nicht die Bürokratie. Daher wollen wir
1740 den Aufwand für Bürokratie und Dokumentation vermindern, damit mehr Zeit für
1741 Zuwendung zu pflegebedürftigen Menschen zur Verfügung steht. Ein Lösungs-
1742 ansatz ist unter anderem die verstärkte Nutzung von IT- und Assistenzsystemen.
1743 So stellen wir eine menschenwürdige Begleitung sicher.

1744 **Gesellschaftliche Wertschätzung der Pflege**

1745 Wir Freie Demokraten fordern mehr gesellschaftliche Wertschätzung und Wür-
1746 digung der professionellen Pflege. Die Vergütung der Arbeit in der Pflege muss
1747 die fachliche Qualifikation widerspiegeln. Damit fördern wir die Attraktivität des
1748 Berufes. Darüber hinaus fordern wir die integrative Ausbildung der Pflegekräfte.
1749 Integrative Ausbildung bedeutet ein gemeinsames erstes Ausbildungsjahr und
1750 spezialisierte Folgejahre. Eine generalisierte Einheitsausbildung lehnen wir ab.
1751 So erhalten wir eine kompetente Kinder-, Kranken- und Altenpflege. Zudem wol-
1752 len wir familienfreundliche Arbeitszeitmodelle fördern.

1753 **Faire Wettbewerbsbedingungen für Apotheken**

1754 Wir Freie Demokraten wollen die flächendeckende Versorgung mit rezeptpflichti-
1755 gen Arzneimitteln rund um die Uhr sowie die qualifizierte Beratung von Patientin-
1756 nen und Patienten erhalten. Wir setzen uns für faire Rahmenbedingungen zw-
1757 ischen inländischen Apotheken und ausländischen Versandapotheken ein und
1758 möchten die inhabergeführten Apotheken in Deutschland stärken. Ein pausch-
1759 ales Versandhandelsverbot von rezeptpflichtigen Arzneimitteln lehnen wir ab,
1760 denn jede Patientin und jeder Patient sollte die Wahlfreiheit haben, von wem er
1761 sein rezeptpflichtiges Arzneimittel bezieht. Wir halten ein differenziertes Angebot
1762 für zwingend erforderlich, welches einerseits Patientinnen und Patienten die Nut-
1763 zung digitaler Angebote ermöglicht, andererseits die durch die inländischen Apo-
1764 theken bisher sehr gut gewährleistete Versorgungsqualität sicherstellt.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 50

1765 Daher fordern wir Freie Demokraten das Arzneimittelgesetz, die Arzneimittel-
1766 preisverordnung und das Sozialgesetzbuch V dahingehend anzupassen, dass
1767 faire Rahmenbedingungen für die Versorgung mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln
1768 zwischen inhabergeführten Apotheken in Deutschland und ausländischen Ver-
1769 sandapotheken geschaffen werden. Dafür ist dieses Versorgungssystem in
1770 Deutschland im Dialog mit Patientinnen und Patienten sowie Apothekerinnen und
1771 Apothekern weiterzuentwickeln.

1772 Zur Stärkung der inhabergeführten Apotheke vor Ort setzen wir Freie Demokra-
1773 ten uns ferner dafür ein, dass beispielsweise Abrechnungsmöglichkeiten für be-
1774 sondere Leistungen, insbesondere die individuelle Beratung, eingeführt werden.
1775 Ein Sicherstellungszuschlag für Apotheken in abgelegenen Standorten würde zu-
1776 dem dazu führen, dass die leistungsfähigen Strukturen flächendeckend erhalten
1777 bleiben. Zusätzlich müssen Notdienste angemessen honoriert und dringend Büro-
1778 kratie im Arzneimittelwesen abgebaut werden.

1779 **Ausbau Palliativmedizin und Hospizwesen**

1780 Wir Freie Demokraten wollen die Palliativmedizin und das Hospizwesen weiter
1781 ausbauen, um den Menschen individuelle Möglichkeiten anzubieten, am Ende
1782 des Lebens einen selbstbestimmten Weg zu gehen. Dabei sollte neben der Neu-
1783 einrichtung von Hospizen vor allem die Palliativversorgung in Kliniken, Alten- und
1784 Pflegeheimen sowie im häuslichen Umfeld erweitert werden. Insbesondere Pfl-
1785 egeheimen benötigen einen Palliativaufschlag um zur deutlich besseren Personal-
1786 und Finanzierungssituation in den Hospizen aufzuschließen. Deutlich mehr Men-
1787 schen verbringen ihre letzten Tage und Wochen in Pflegeheimen als in Hospizen
1788 – es ist ihr Zuhause. Die meisten Menschen möchten zu Hause sterben. Daher
1789 bedarf es einer flächendeckenden Förderung einer spezialisierten ambulanten
1790 Palliativversorgung (SAPV) in vernetzten Teams aus Ärzteschaft, Pflegekräften,
1791 Psychologinnen und Psychologen, Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten,
1792 Seelsorgenden, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern und ehrenamtlich Helfen-
1793 den, um den Sterbenden und ihren Angehörigen den Abschied vom Leben zu
1794 erleichtern. Diese SAPV-Teams sollten mit telemedizinischer Unterstützung und
1795 einem Minimum an bürokratischer Belastung flexibel ihre wichtige Aufgabe erfül-
1796 len können. Der neue § 217 StGB muss wieder abgeschafft werden. Die Strafan-
1797 drohung für die Beihilfe zur Selbsttötung eines Schwerkranken schafft eine er-
1798 hebliche Grauzone für Palliativmediziner, beeinträchtigt das Vertrauensverhältnis
1799 zwischen Arzt und Patient und verletzt das Selbstbestimmungsrecht als Kern der
1800 Menschenwürde.

1801 **Kontrollierte Freigabe von Cannabis**

1802 Wir Freie Demokraten fordern eine kontrollierte Freigabe von Cannabis. Schät-
1803 zungen zufolge konsumieren rund vier Millionen Menschen in Deutschland Can-
1804 nabis. Damit werden unzählige Menschen kriminalisiert und immense Ressourcen
1805 bei der Polizei gebunden, die etwa bei der Verfolgung von Einbrüchen besser

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 51

1806 eingesetzt wären. Das Verbot von Cannabis erleichtert durch den illegalen Kon-
1807 takt zu Dealern erst recht den Einstieg zu härteren Drogen. Wir setzen uns dafür
1808 ein, den Besitz und Konsum für volljährige Personen zu erlauben. Denn nur mit
1809 einem kontrollierten Verkauf in lizenzierten Geschäften, kann die Qualität kontrol-
1810 liert und so die Weitergabe von verunreinigten Substanzen verhindert sowie der
1811 Jugendschutz gewährleistet werden. Wenn Cannabis dabei ähnlich wie Zigaret-
1812 ten besteuert wird, können jährlich bis zu einer Milliarde Euro zusätzlich einge-
1813 nommen werden. Dieses zusätzliche Geld soll für Prävention, Suchtbehandlung
1814 und Beratung eingesetzt werden.

1815 **Modernes Recht für Ehe und Familie**

1816 Die wichtigsten Entscheidungen sind oft die persönlichsten. Wen wir lieben, wie
1817 wir lieben, wie wir leben, wie wir Kinder erziehen und aufziehen – darin müssen
1818 alle frei sein. Der Staat und die Gesellschaft können Glück nicht verordnen.
1819 Glück kann nur jeder und jede für sich selber finden. Lassen wir jedem diese
1820 Freiheit!

1821 **Öffnung der Ehe**

1822 Wir Freie Demokraten fordern die Öffnung der Ehe für alle. In der halben EU,
1823 den USA, Kanada, Südafrika und selbst in Teilen Mittel- und Südamerikas wurde
1824 die gleichgeschlechtliche Ehe anerkannt. In Deutschland dagegen stellt man sich
1825 immer noch gegen ein Stück Fortschritt, der für viele gar nichts, aber für manche
1826 alles ändert. Wir Freie Demokraten wollen das Prinzip „Gleiche Pflichten, gleiche
1827 Rechte“ für alle Paare umsetzen.

1828 **Kindergeld 2.0**

1829 Wir Freie Demokraten wollen Kinderarmut bekämpfen und deshalb Kinder in
1830 den Mittelpunkt der familienpolitischen Förderung rücken. Dazu wollen wir die
1831 bisher den Eltern zustehenden, kindesbezogenen Leistungen zu einem „Kinder-
1832 geld 2.0“ zusammenfassen und damit einen eigenständigen Anspruch des Kin-
1833 des schaffen. Denn Chancengerechtigkeit und Bildungszugang ist die Grundlage
1834 für das persönliche Vorankommen und ein selbstbestimmtes Leben. Heute ha-
1835 ben Kinder in Deutschland aber noch ungleiche Startchancen im Leben. Ein
1836 Grund dafür ist, dass die familienbezogenen Leistungen wegen der zahlreichen
1837 Bedingungen, Berechtigungen, Anrechenbarkeiten zu kompliziert geregelt sind
1838 und Kinderarmut nicht ausreichend entgegenwirken. So werden zum Beispiel fa-
1839 milienbezogene Leistungen wie Kindergeld, Betreuungsgeld oder Unterhaltsvor-
1840 schuss auf Leistungen nach dem SGB II angerechnet. Das wollen wir ändern:
1841 Der Strauß der kindesbezogenen Leistungen wird zu einem Leistungspaket ge-
1842 bündelt und von einer zentralen Stelle ausbezahlt. Dieses „Kindergeld 2.0“ be-
1843 steht aus folgenden Komponenten: Dem einkommensunabhängigen Grundbe-
1844 trag, dem einkommensabhängigen Kinder-Bürgergeld (Flexibetrag), das die wirt-
1845 schaftliche Situation der Eltern berücksichtigt, und den Gutscheinen für Leistun-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 52

1846 gen für Bildung und Teilhabe. Darüber soll zum Beispiel die Mitgliedschaft im
1847 Sportverein oder das Erlernen eines Musikinstrumentes in einer Musikschule un-
1848 bürokratisch möglich sein. Diese Neuregelung des Kindergeldes soll sicherstellen,
1849 dass die Leistungen auch bei den Kindern ankommen. Falls Erziehungsberechtig-
1850 te hier Geld zweckentfremden, ermöglicht der eigenständige Anspruch des Kin-
1851 des, das Geld anderweitig verwalten zu lassen, zum Beispiel von Verwandten
1852 oder dem Jugendamt. Zudem fallen durch die Bündelung der Leistungen unnöti-
1853 ge bürokratische Hemmnisse weg.

1854 **Wechselmodell**

1855 Variante A:

1856 Wir Freie Demokraten wollen das sogenannte „Wechselmodell“ als Modell zur
1857 Regelung der Betreuung minderjähriger Kinder nach Trennung und Scheidung
1858 der Eltern sowohl im gesellschaftlichen Bewusstsein als auch in der Rechtspre-
1859 chung implementieren. Denn Kinder haben ein Recht auf beide Elternteile, auch
1860 nach einer Trennung und Scheidung. Das BGB setzt derzeit jedoch an verschie-
1861 denen Stellen voraus, dass minderjährige Kinder nach Trennung und Scheidung
1862 ihrer Eltern bei einem der beiden Elternteile leben und der andere Elternteil sei-
1863 nen Unterhaltspflichten durch Barzahlungen nachkommt (Residenzmodell). In den
1864 zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten haben sich die Lebenswirklichkeiten
1865 der Familien und die Betreuungsmodelle aber geändert. Nach Trennung und
1866 Scheidung praktizieren Eltern häufiger Betreuungsmodelle, bei denen entweder
1867 beide Elternteile die Kinder im gleichen Umfang betreuen (paritätisches Wechsel-
1868 modell) oder der zeitliche Umfang der Betreuung über die im Residenzmodell üb-
1869 lichen Umgangskontakte hinausgeht (asymmetrisches Wechselmodell). Die ge-
1870 gesellschaftliche Entwicklung vom starren Residenzmodell hin zu individuellen Lö-
1871 sungen für das Kind kann in der momentanen Rechtsprechung jedoch nicht ab-
1872 gebildet werden. Es geht deshalb nun darum, dass die Abgrenzung von Resi-
1873 denz- und Wechselmodell in ihrer jeweiligen Ausprägung mehr und mehr ver-
1874 schwindet und zugunsten passgenauer individueller Lösungen überwunden wird.
1875 Gesetzgebung und Rechtsprechung, die Beratungspraxis der Behörden, insbe-
1876 sondere der Jugendämter, haben dieser Entwicklung Rechnung zu tragen. Ziel
1877 der gesetzgeberischen Entwicklungen muss es sein, im Rahmen des Kindeswoh-
1878 les dem Recht von Kindern auf beide Elternteile Rechnung zu tragen. Alle Be-
1879 treuungsmöglichkeiten beziehungsweise Aufteilungen sollen zukünftig gleichbe-
1880 rechtigt nebeneinander stehen. Es wird kein bestimmtes Modell präferiert. Das
1881 Gesetz muss die „modelloffene“ Wahrnehmung der gesamten elterlichen Verant-
1882 wortung unter Maßgabe des Kindeswohles vorsehen. Auch das Unterhaltsrecht,
1883 das Recht der rechtlichen Vertretung des Kindes, das Sozialrecht, das Steuer-
1884 recht und das Rentenrecht sind zu überprüfen und gegebenenfalls dahingehend
1885 anzupassen, dass sie individuellen Lösungen von elterlicher Verantwortung und
1886 Kindesaufenthalt angemessen Rechnung tragen.

1887 Variante B:

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 53

1888 Wir Freie Demokraten wollen das sogenannte „Wechselmodell“ als Modell zur
1889 Regelung der Betreuung minderjähriger Kinder nach Trennung und Scheidung
1890 der Eltern zum Regelfall machen. Dies bedeutet eine gemeinsame Betreuung der
1891 Kinder mit zeitlicher Verteilung zwischen ein Drittel/zwei Drittel bis hin zur hälfti-
1892 gen Teilung. Falls die Eltern sich bei einer Trennung nicht über den gewöhnli-
1893 chen Aufenthalt ihrer Kinder einigen können, so entscheidet ein Familiengericht.
1894 Wir sind der Ansicht, dass das Wechselmodell dem Kindeswohl besser Rech-
1895 nung trägt und wollen daher, dass die Gerichte dieses künftig als Regelmodell
1896 anwenden. Deshalb fordern wir im Einklang mit der Wissenschaft, internationa-
1897 len Rechtsnormen und den Empfehlungen des Ausschusses für Antidiskriminie-
1898 rung und Gleichstellung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates ei-
1899 ne neue Rechtsgrundlage: Zukünftig ist im Streitfall durch die Familiengerichte
1900 grundsätzlich anzunehmen, dass die gemeinsame elterliche Betreuung von Tren-
1901 nungskindern in der Regel dem Kindeswohl am besten entspricht (Vorrang des
1902 Prinzips der Doppelresidenz, analog zur elterlichen Sorge). Im Einzelfall kann
1903 diese Annahme Gegenstand der gerichtlichen Überprüfung sein. Andere Gestal-
1904 tungen zum Wohle des Kindes können notwendig sein. Entsprechend wollen wir
1905 auch das Unterhaltsrecht, das Recht der rechtlichen Vertretung des Kindes, das
1906 Sozialrecht, das Steuerrecht und das Rentenrecht überprüfen und dort anpassen,
1907 wo individuelle Lösungen von elterlicher Betreuung und Kindesaufenthalt dies er-
1908 fordern.

1909 **Einführung der Verantwortungsgemeinschaft**

1910 Wir Freie Demokraten setzen uns für die Einführung der Verantwortungsgemeinschaft als Rechtsinstitut ein. In einer Zeit, in der traditionelle Familienstrukturen gerade im Alter nicht immer tragen, wächst der Bedarf an neuen Formen gegenseitiger Absicherung – jenseits von Verwandtschaft oder Liebesbeziehungen. Deshalb wollen wir im Bürgerlichen Gesetzbuch neben der Ehe das Rechtsinstitut der Verantwortungsgemeinschaft mit flexiblen Bausteinen der Verantwortungsübernahme zwischen zwei oder mehreren Personen einführen. Um Rechtsklarheit gegenüber anderen Verpflichtungen zu wahren, dürfen diese Personen weder verheiratet, verpartnert oder in gerader Linie miteinander verwandt sein. Begünstigungen durch den Staat im Steuer- und Sozialrecht, aber auch im Erbrecht, sind nur gerechtfertigt, wenn die Partner volle Unterhalts- und Einstandspflichten wie Ehepaare übernehmen.

1922 **Ablehnung von Homo- und Transphobie sowie Rassismus**

1923 Wir Freie Demokraten halten Homo- und Transphobie für genauso wenig akzeptabel wie Rassismus. Sie sind der Boden, auf dem Gewalt und Diskriminierung gedeihen. Wir stehen für Vielfalt und Wertschätzung in der Gesellschaft. Insbesondere mit konkreten Maßnahmen für Bildung, Förderung von Selbsthilfe und Diversity Management, aber auch durch Sensibilisierung staatlicher Entscheidungsträger sollen Toleranz und Akzeptanz gestärkt werden. Die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld ist dazu mit zusätzlichen Mitteln auszustatten. Um rechtliche

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 54

1930 Diskriminierungen wegen geschlechtlicher oder sexueller Identität zu beseitigen,
1931 wollen wir zum Beispiel das überholte Blutspende-Verbot für homo- und bisexuel-
1932 le Männer abschaffen und das Transsexuellengesetz endlich so erneuern, dass
1933 die Personenstands- und Namensänderung ohne diskriminierende Hürden erfolgt.
1934 Die Krankenkassen müssen einheitlich die Kosten für alle geschlechtsangleichen-
1935 den Behandlungen bei Transsexualität übernehmen.

1936 **Presse- und Meinungsfreiheit sichern**

1937 Selbstbestimmung setzt Information voraus. Nur wer weiß, was um ihn herum
1938 geschieht, kann souveräne Entscheidungen treffen. Deshalb setzen wir uns für
1939 Presse- und Meinungsfreiheit ein. Denn der Wettbewerb der Ideen und die Quali-
1940 tät der Berichterstattung sind der beste Schutz vor Desinformation und Manipula-
1941 tion.

1942 **Fake-News**

1943 Wir Freie Demokraten setzen uns für die Meinungs- und Pressefreiheit ein.
1944 Auch erfundene oder verfälschte Nachrichten, die sich in sozialen Netzwerken
1945 und einigen Presseportalen finden lassen, sind von der Meinungs- und Presse-
1946 freiheit abgedeckt. Diese muss gerade dann gelten, wenn andere Meinungen als
1947 die eigenen verbreitet werden. Das bedeutet für uns, dass wir jede Form von
1948 staatlicher Kontrolle oder Prüfung auf die Richtigkeit von Nachrichten oder Mel-
1949 dung ablehnen. Ebenso lehnen wir die Einführung eines Straftatbestands der
1950 Desinformation ab.

1951 **Hass-Postings**

1952 Wir Freie Demokraten fordern, dass Polizei und Staatsanwaltschaft strafbewehr-
1953 te Postings in Sozialen Netzwerken konsequenter verfolgen. Hierzu müssen die-
1954 se Behörden finanzielle und personell angemessen ausgestattet werden. Den
1955 Betreibern der Angebote dürfen diese Aufgaben nicht übertragen werden. Sie
1956 sind keine Zensurbehörde. Das Gewaltmonopol des Staates muss überall gelten.

1957 **Öffentlich rechtlichen Rundfunk reformieren**

1958 Wir Freie Demokraten fordern eine Neudefinition des Auftrages des öffent-
1959 lich-rechtlichen Rundfunks verbunden mit einer Verschlinkung. Die Gebühren-
1960 zahlерinnen und Gebührenzahler sollen aber keine Doppelstrukturen finanzieren,
1961 wie sie bei 60 eigenständigen Hörfunkprogrammen unvermeidbar und bei sich
1962 ähnelnden Sendungen im Fernsehen offenkundig sind. Deshalb wollen wir eine
1963 grundlegende Modernisierung des öffentlichen Rundfunks vorantreiben, die sich
1964 in der Struktur und dem Angebot an den Bedürfnissen der Menschen orientiert,
1965 die ihn bezahlen. Wir fordern eine Refokussierung auf die Themen Bildung, Kul-
1966 tur und Information. Dazu gehört auch, dass dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk
1967 die Möglichkeit gelassen werden muss, eigen- und auftragsproduzierte Inhalte

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 55

1968 länger in den Mediatheken vorzuhalten, sofern dafür die Rechte vorhanden sind
1969 und angemessen vergütet werden. Über einer Präzisierung des Grundversor-
1970 gungsauftrages mit Fokus auf Public-Value und einer klaren Aufgabenbeschrei-
1971 bung möchte die FDP erreichen, dass der Rundfunkbeitrag nicht nur stabil bleibt,
1972 sondern mittelfristig auch auf die Hälfte gesenkt werden kann.

1973 **Freiheit und Menschenrechte weltweit**

1974 Freiheit ist kein Egoismus. Niemand kann sie für sich allein beanspruchen. Sie
1975 ist ein Ordnungsprinzip für alle, das nicht an Grenzen halt macht. Daher verfol-
1976 gen wir Freie Demokraten das Ziel, Freiheit und Menschenrechte weltweit zu
1977 stärken.

1978 Auch der beste Zweck rechtfertigt nicht jedes Mittel. Wir stehen für den Vor-
1979 rang von Diplomatie, Gespräch, Austausch und „Wandel durch Handel“ vor mili-
1980 tärischer Intervention. Wenn es aber die Sicherheit Europas oder die Beendi-
1981 gung massenhafter, dauernder und schwerster Menschenrechtsverletzungen er-
1982 fordern, dann muss Deutschland auch bereit sein, einen militärischen Beitrag zu
1983 leisten. Davor wird man vor dem Hintergrund der sich verändernden Weltlage
1984 nicht die Augen verschließen können.

1985 Wir sind davon überzeugt, dass Europa ein Kontinent der Freiheit und der Men-
1986 schenrechte bleiben soll. Deshalb setzen wir darauf, dass die Europäische Union
1987 ihre Handlungsfähigkeit erhöht, ihre Durchsetzungskraft stärkt, aber sich nicht im
1988 Kleinklein verzettelt.

1989 Daher: Schauen wir nicht länger zu! Sorgen wir dafür, dass Freiheit und Men-
1990 schenrechte weltweit gestärkt werden!

1991 **Besonnene Außenpolitik**

1992 Vielen kommt es so vor, als sei die Welt aus den Fugen geraten. Doch Angst
1993 ist ein schlechter Ratgeber und darf nicht unser Handeln bestimmen! Unserer
1994 Kompass sind Besonnenheit statt Panik, Vernunft statt Populismus, klarer Blick
1995 nach vorn statt Orientierungslosigkeit. Seien wir vernünftig!

1996 **Europa und die USA – Die westliche Wertegemeinschaft** 1997 **stärken**

1998 Wir Freie Demokraten bekennen uns zu der transatlantischen Partnerschaft. Die
1999 transatlantischen Beziehungen, die auch Belastungen aushalten, sind eines der
2000 großen friedentiftenden Elemente in Europa und der Welt. Sie sind aufgrund der
2001 vielen Vorteile Kernbestand liberaler Außenpolitik. Die Wahl Donald Trumps zum
2002 neuen US-Präsidenten hat Fragen aufgeworfen, seine ersten Maßnahmen haben
2003 auch Irritationen ausgelöst. Doch aus berechtigter Kritik an der Politik der neuen
2004 US-Regierung darf kein Antiamerikanismus werden. Angesichts der Möglichkeit,

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 56

2005 dass die USA eine weniger aktive globale Rolle spielen könnten, ist aus Sicht der
2006 Freien Demokraten die Stärkung der Europäischen Union unabdingbar. Dafür
2007 muss die EU mehr denn je ihre Differenzen überwinden, auf Grundlage ihrer ge-
2008 meinsamen Werte außenpolitische Prioritäten setzen und die eigene sicherheits-
2009 politische Handlungsfähigkeit stärken.

2010 Innerhalb der NATO muss Europa eine stärkere Rolle einnehmen. Entsprechend
2011 seiner Wirtschaftskraft muss auch Deutschland in der NATO mehr Verantwortung
2012 übernehmen. Wir wollen uns auch dafür einsetzen, dass Deutschland selbstbe-
2013 wusst für den Freihandel eintritt, der positive Auswirkungen auf Beschäftigung,
2014 Einkommen und Wachstum auf beiden Seiten des Atlantiks hat. Die USA sind ei-
2015 ner der wichtigsten Exportmärkte der deutschen Wirtschaft und die transatlanti-
2016 schen Wirtschaftsbeziehungen ein Motor für globales Wachstum. Vor diesem
2017 Hintergrund muss der transatlantische Dialog eine neue außenpolitische Priorität
2018 erhalten. Dazu gehören neben zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontak-
2019 ten auch regelmäßige Parlaments- und Regierungskonsultationen mit den USA
2020 auf Ministerebene, wie sie schon mit Frankreich, Spanien, Indien, Brasilien und
2021 China bestehen. Auf akademischer Ebene sollen neben dem universitären Aus-
2022 tausch auch Schüleraustauschprogramme, die seit Jahren rückläufig sind, ge-
2023 stärkt und erweitert werden. Außerdem muss der Fachkräfteaustausch zwischen
2024 und innerhalb von Unternehmen durch Visa-Erleichterungen entbürokratisiert und
2025 ausgeweitet werden. All diese Maßnahmen schaffen Vertrauen bei gleichzeitigem
2026 konkretem Nutzen für die Menschen in beiden Ländern.

2027 **Klare Haltung gegenüber Russland**

2028 Wir Freie Demokraten fordern die russische Regierung auf, die völkerrechtswid-
2029 rige Besetzung der Krim und den Krieg in der Ostukraine unverzüglich zu beeen-
2030 den. Diese verletzen nicht nur das Gewaltverbot nach Art. 2 Ziffer 4 der Charta
2031 der Vereinten Nationen, sondern auch die Souveränität und territoriale Integrität
2032 der Ukraine. Zudem beobachten wir die zunehmende Unterdrückung der Opposi-
2033 tion und Zivilgesellschaft in Russland mit großer Sorge und treten dafür ein, die-
2034 se Menschenrechtsverletzungen klar zu benennen und zu verurteilen. Für uns
2035 gelten die Prinzipien der europäischen Friedensordnung, zu denen sich auch
2036 Russland bekannt hat: die souveräne Gleichheit der Staaten, die Unverletzlichkeit
2037 ihrer Grenzen, die friedliche Beilegung von Konflikten sowie die freie Bündnis-
2038 wahl, Demokratie und Achtung der Menschenrechte. Für uns Freie Demokraten
2039 sind diese Prinzipien nicht verhandelbar. Solange Präsident Putin seine Interven-
2040 tionspolitik fortsetzt, müssen daher die Sanktionen gegen Russland aufrechter-
2041 halten und eine Wiederaufnahme Russlands in die G8 ausgeschlossen werden.
2042 Im Falle einer erneuten militärischen Eskalation müssen die Sanktionen gegen
2043 Russland weiter verschärft werden. Im Gegenzug können Sanktionen bei einem
2044 substantiellen Einlenken der russischen Regierung gelockert oder aufgehoben
2045 werden. Als Nachbarn auf dem europäischen Kontinent sind Deutschland und die
2046 EU mit Russland eng verbunden – wirtschaftlich, kulturell und politisch. Gerade
2047 in schwierigen Zeiten ist es unerlässlich, miteinander im Gespräch zu bleiben. Ob

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 57

2048 auf politischer Ebene, wie in der OSZE oder im NATO-Russland-Rat oder durch
2049 zivilgesellschaftliche Kontakte: Dialog schafft Vertrauen, Vertrauen schafft Sicher-
2050 heit. Mittelfristig muss es unser Ziel sein, über Dialog und vertrauensbildende
2051 Maßnahmen wieder zu einer verlässlichen Partnerschaft mit Russland zu kom-
2052 men.

2053 **Bekanntnis zur Nato**

2054 Wir Freie Demokraten bekennen uns zur NATO und fordern einen Ausbau der
2055 Kooperation mit der EU. Denn die NATO ist das erfolgreichste Sicherheitsbündnis
2056 aller Zeiten. Eine Weiterentwicklung und Stärkung der Handlungsfähigkeit der Si-
2057 cherheitspolitik der EU leistet einen maßgeblichen Beitrag zu den Fähigkeiten der
2058 NATO. Das Atlantische Bündnis muss zudem gestärkt werden, da die NATO wei-
2059 terhin die zentrale Garantie für unsere Sicherheit ist. Wir Freie Demokraten for-
2060 dern deshalb den Ausbau des Dialoges und der Zusammenarbeit der NATO und
2061 der EU für ein notwendiges komplementäres Handeln und wollen Konkurrenz
2062 zwischen den europäischen Sicherheitsinstitutionen verhindern. Um die Fähig-
2063 keitslücke zu den USA zu schließen, müssen die europäischen Staaten im Be-
2064 reich der digitalen Sicherheit den Auf- und Ausbau des privaten Sektors weiter
2065 vorantreiben. So wird Europa zu einem besseren Partner innerhalb der NATO.
2066 Als solcher müssen wir uns unserer Verantwortung stärker bewusst werden und
2067 diese auch aktiv wahrnehmen. Dies schließt eine stärkere Beteiligung an der Fi-
2068 nanzierung der NATO, aber auch an Einsätzen und Missionen mit ein.

2069 **Verstärkte Kooperation mit den östlichen Nachbarn der EU**

2070 Wir Freie Demokraten fordern eine verstärkte Kooperation mit den östlichen
2071 Nachbarn der EU. Die Ukraine, Moldau und Georgien haben im Rahmen der
2072 EU-Nachbarschaftspolitik Assoziierungsabkommen angenommen. Dieser Weg
2073 der vertieften Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn muss weiter ausge-
2074 baut werden. Daher sollte die EU ihre Politik strategisch anpassen und verstärkt
2075 mit den Partnern sicherheitspolitisch arbeiten, die sich für die europäische Aus-
2076 richtung entschieden haben. Wir wollen die Demokratie und die wirtschaftliche
2077 Transformation in diesen Ländern fordern und fördern.

2078 **EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beenden**

2079 Wir Freie Demokraten wollen die Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei
2080 in der bisherigen Form beenden und die Beziehungen mit der Türkei auf eine
2081 neue Grundlage enger sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit
2082 stellen. Denn eine von Präsident Erdogan zunehmend autoritär regierte Türkei
2083 kann für uns Freie Demokraten kein Kandidat für eine Vollmitgliedschaft in der
2084 EU sein. Grundlage für die Mitgliedschaft in der EU sind und bleiben die Kopen-
2085 hager Kriterien. Insbesondere die darin geforderten Bedingungen für einen
2086 funktionierenden Rechtsstaat erfüllt die Türkei zur Zeit eindeutig nicht. Die Tür-
2087 kei ist und bleibt aber als NATO-Mitglied und als eng mit der EU vernetzter Nach-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 58

2088 bar ein unverzichtbarer Partner, so wie umgekehrt auch die Türkei auf die Ko-
2089 operation mit der EU angewiesen bleibt. Wie sich in mittlerer und ferner Zukunft
2090 die gegenseitigen Beziehungen der EU und der Türkei entwickeln können, bleibt
2091 offen. Umso mehr, als die EU sich selbst in einem Veränderungsprozess hin zu
2092 Modellen mit unterschiedlichen Integrationstiefen befindet, die in der Zukunft
2093 neue Formen der Einbindung in gemeinsame europäische Strukturen bieten
2094 könnten.

2095 **Umgang mit dem Brexit**

2096 Wir Freie Demokraten bedauern die Brexit-Entscheidung der britischen Bürge-
2097 rinnen und Bürger, wollen aber nun pragmatisch mit der Situation umgehen.
2098 Denn wir respektieren diese Entscheidung. Es gilt jetzt, in einem partnerschaftli-
2099 chen Verfahren die Bedingungen des Austritts mit London zu verhandeln. Dabei
2100 wollen wir auch die Interessen Schottlands und Nordirlands angemessen berück-
2101 sichtigen. Sollten sie sich dazu entschließen, aus dem Vereinigten Königreich
2102 auszuschcheiden, so sollten ihnen, genauso wie auch Großbritannien, die Türen
2103 der EU wieder offen stehen. Es ist wichtig, Großbritannien als einen starken
2104 Partner der EU zu erhalten, aber nicht um jeden Preis: Ein „Rosinenpicken“ oder
2105 die Aufgabe grundlegender Prinzipien des Binnenmarktes kommt für uns nicht in
2106 Frage. Besonders wichtig ist, dass die EU und Großbritannien vor Frühjahr 2019
2107 Klarheit über ihr zukünftiges Verhältnis schaffen, damit die nächsten Wahlen
2108 zum Europäischen Parlament auf neuer Grundlage durchgeführt werden können.

2109 **Chancen des Freihandels nutzen**

2110 Wir Freie Demokraten wollen die Chancen des Freihandels nutzen. Wachsende
2111 Tendenzen des Protektionismus lehnen wir ab. Der Alltag ist vielfältig geworden:
2112 die Pasta aus Italien, die Jeans aus der Türkei und das Handy aus Korea oder
2113 China. All das ist Normalität und eine Bereicherung für unser Leben. Der Welt-
2114 handel ist der größte Motor für Wohlstand und schafft die Grundlagen für Be-
2115 schäftigung und Einkommen. Grenzüberschreitender Handel kann das Potenzial
2116 für inklusiven und nachhaltigen Wohlstand am ehesten entfalten, wenn rechts-
2117 verbindliche Regelung für globale Wertschöpfungsketten bestehen. Wir Freie
2118 Demokraten setzen uns daher für eine Stärkung der multilateralen, rechtbasier-
2119 ten Handelsbeziehungen ein. Wir wollen dazu die Welthandelsorganisation
2120 (WTO) als zentralen Ort zur Schaffung eines gerechten globalen Welthandels-
2121 systems stärken. Viele Menschen haben Angst, dass Freihandel den hierzulande
2122 hohen Verbraucher- und Arbeitsschutz gefährdet. Wenn wir aber Handelshem-
2123 nisse abbauen und gleichzeitig unsere hohen Standards bei Menschenrechten,
2124 Lebensmittel- und Umweltsicherheit als Rechtsgrundlage nehmen, haben wir die
2125 einmalige Chance, der Globalisierung gerechte Regeln zu geben. Freihandelsab-
2126 kommen können den rechtlichen Rahmen festlegen, um diese hohen Nachhaltig-
2127 keitsstandards zur Grundlage unseres Handels zu machen. Deutschland ist die
2128 exportstärkste und gleichzeitig aber auch exportabhängigste Volkswirtschaft welt-
2129 weit und braucht den auf Rechtsgrundlagen beruhenden freien Handel. Die

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 59

2130 Angst vor Freihandel muss daher Optimismus und der Hoffnung auf Fortschritt
2131 und Frieden weichen.

2132 **Förderung der internationalen Rüstungskontrolle und Abrüs-** 2133 **tung**

2134 Wir Freie Demokraten wollen die internationale Rüstungskontrolle und Abrüs-
2135 tung vorantreiben. Die Weiterverbreitung von nuklearen, biologischen und chemi-
2136 schen Waffen ist eine Gefährdung der internationalen Sicherheit. Weitere Staa-
2137 ten stehen an der Schwelle zur Nuklearmacht, bestehende Nuklearmächte wol-
2138 len wieder aufrüsten und die Bedeutung von Atomwaffen scheint in der globalen
2139 Sicherheitspolitik wieder zuzunehmen. Bestehende Abrüstungsregime drohen da-
2140 bei zu stagnieren und die internationale Norm der Nichtverbreitung von Massen-
2141 vernichtungswaffen wird geschwächt. Wir brauchen deshalb einen neuen diplo-
2142 matischen Anlauf für Rüstungskontrolle und Abrüstung. Deutschland sollte hier
2143 zusammen mit seinen engen Partnern eine Führungsrolle übernehmen.

2144 **Datenschutz und -sicherheit international gedacht**

2145 Durch Globalisierung und Digitalisierung sind Staaten heute vernetzter denn je.
2146 Das ermöglicht aber auch neue Formen der Wirtschaftsspionage und Cyberatta-
2147 cken und erfordert neue Strategien für Datenschutz und Cybersecurity. Sorgen
2148 wir grenzüberschreitend für digitale Sicherheit!

2149 **Verbesserung der nationalen und europäischen Datensicher-** 2150 **heit**

2151 Wir Freie Demokraten wollen eine Verbesserung der nationalen und europäi-
2152 schen Strategie zur Datensicherheit (Cyber Security). Die fortschreitende Digitali-
2153 sierung erhöht zunehmend die Bedeutung des Cyberraums für globale Kommuni-
2154 kation, wirtschaftliche Innovation und strategische Infrastruktureinrichtungen.
2155 Ebenso steigt die Relevanz des Cyberraums für Nachrichtendienste und auslän-
2156 dische Streitkräfte sowie Wirtschaftsspionage und organisierte Kriminalität. Allein
2157 die deutsche Bundesregierung registriert pro Tag rund 20 hochspezialisierte Cy-
2158 berangriffe auf die Netze des Bundes. Die Zahl der Cyberangriffe auf große
2159 deutsche Unternehmen liegt noch viel höher, wie die rund vier Millionen automati-
2160 sierten Angriffe pro Tag auf die Infrastruktur der Deutschen Telekom verdeutli-
2161 chen. Deshalb braucht es sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene
2162 eine abgestimmte Strategie zum Schutz von privaten Unternehmen und öffentli-
2163 chen Einrichtungen gleichermaßen, um diesen neuen Bedrohungen zu begeg-
2164 nen. Nationale Lösungen können aber langfristig alleine nicht bestehen. Auch im
2165 Cyberraum lohnt es sich, die europäischen Fähigkeiten zu bündeln. Im globalen
2166 Kontext wollen wir den Abschluss eines internationalen Informationsfreiheitsab-
2167 kommens vorantreiben, das die Freiheit und Unabhängigkeit des Internets auch
2168 in Zukunft sichern, sowie die Überwachung und Zensur des Internets eindämmen
2169 soll.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 60

2170 **Besserer Schutz von Daten, die in die USA übermittelt wer-** 2171 **den**

2172 Wir Freie Demokraten setzen uns für besseren Schutz von Daten ein, die in die
2173 USA übermittelt werden. Die USA bleiben ein zentraler Akteur in der digitalen
2174 Welt. Unzählige Internetunternehmen, darunter die größten der Welt, haben hier
2175 ihren Sitz. Allerdings sind personenbezogene Daten bei Verbindungen, Übermitt-
2176 lung und Speicherung in die USA deutlich schlechter geschützt, als es innerhalb
2177 von Europa der Fall ist. Mit dem vereinbarten „Privacy Shield“ als Nachfolger der
2178 „Safe-Harbor Regelung“ gibt es nur unzulänglichen Schutz. Daher fordern wir, ein-
2179 nen wirksamen Datenschutz in Freihandelsabkommen wie TTIP mit aufzuneh-
2180 men. Freihandelsabkommen sind eine Chance für die Öffnung des Weltmarktes
2181 und die internationale Zusammenarbeit. Sie bieten aber auch die Möglichkeit, die
2182 Durchsetzbarkeit von Daten- und Verbraucherrecht international zu stärken. Nach
2183 dem Scheitern des Safe Harbor-Abkommens zwischen der EU und den USA und
2184 der derzeitigen Diskussion um die Legitimität des Privacy-Shield Nachfolgeab-
2185 kommens muss deshalb schnellstmöglich eine rechtssichere und technisch durch-
2186 setzbare Lösung für den transatlantischen Datenaustausch gefunden werden,
2187 der die europäischen Datenschutzstandards respektiert.

2188 **Asylpolitik wieder ordnen**

2189 Die großen Flüchtlingsbewegungen der letzten Jahre stellen Deutschland und
2190 Europa vor eine Herausforderung, die bisher mit Chaos und staatlichem Organi-
2191 sationsversagen beantwortet wurde. Es wurde reagiert statt agiert. Rechtsstaatli-
2192 che Mittel und klare Regeln können Ordnung in Einwanderung und Asylpolitik
2193 bringen. Leiten wir das wieder in geordnet Bahnen!

2194 **Menschenrecht auf Asyl**

2195 Wir Freie Demokraten halten das Menschenrecht auf Asyl für nicht verhandel-
2196 bar. Effektive Mechanismen zur Entscheidung über die Schutzbedürftigkeit müs-
2197 sen weiterentwickelt werden. Anträge von Asylsuchenden aus sicheren Her-
2198 kunftsstaaten sollen in den Registrierungszonen, den sogenannten Hotspots,
2199 schnellstmöglich entschieden werden. Gleichzeitig ist aber entscheidend, dass
2200 Konflikte, Armut, Hunger und fehlende Rechtsstaatlichkeit vor Ort bekämpft wer-
2201 den müssen. Oberste Priorität hat die Beilegung von bewaffneten Konflikten. Um
2202 Menschen die lebensgefährliche Flucht zu ersparen, möchten wir es ermögli-
2203 chen, Asylanträge auch bereits im Ausland zu stellen. Ein Visum aus humanitä-
2204 ren Gründen sollte nach Schweizer Vorbild ebenfalls erteilt werden, wenn im Ein-
2205 zelfall offensichtlich ist, dass Leib und Leben des Antragstellers oder der Antrag-
2206 stellerin unmittelbar, ernsthaft und konkret gefährdet sind.

2207 **Europäische Lösungen**

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 61

2208 Wir Freie Demokraten wollen die Flüchtlingsfrage in enger Kooperation mit eu-
2209 ropäischen Nachbarregionen lösen. Wenn Staaten eine besondere Verantwort-
2210 tung bei der Aufnahme von Flüchtlingen übernehmen, wie etwa der Libanon
2211 oder Jordanien, wollen wir sie neben stark erhöhten finanziellen Beiträgen für
2212 Einrichtung und Betrieb des Schul- wie auch Gesundheitswesens bei der Schaf-
2213 fung von Sonderwirtschaftszonen unterstützen, um die Situation der Flüchtlinge
2214 zu verbessern. Dort sollen Investitionen aus der EU vereinfacht und Handels-
2215 hemmnisse für die Ausfuhr in die EU beseitigt werden. Außerdem wollen wir
2216 mehr Anreize für reguläre Migration aus den betroffenen Regionen schaffen.
2217 Deutschland und die EU müssen die Anzahl an Arbeitsmarkt- und Ausbildungsvi-
2218 sa erhöhen. Zudem muss bereits in den betroffenen Staaten über Wege regulä-
2219 rer Migration aufgeklärt und dafür geworben werden.

2220 **Fairer Schlüssel für die Verteilung von Flüchtlingen in Euro-** 2221 **pa**

2222 Wir Freie Demokraten wollen einen fairen Schlüssel für die Verteilung von
2223 Flüchtlingen in Europa durchsetzen. Um die Flüchtlingskrise zu meistern, braucht
2224 es die Beteiligung aller EU-Mitgliedstaaten. Deswegen fordern wir, die Dub-
2225 lin-III-Verordnung durch einen fairen Verteilungsschlüssel zu ersetzen. Flüchtlinge
2226 mit Bleibeperspektive müssen nach verbindlichen Quoten verteilt werden. Zur
2227 Berechnung der Quoten sind Bevölkerungsstärke und Wirtschaftskraft eines Lan-
2228 des maßgeblich. Bei der individuellen Entscheidung müssen auch Kriterien wie
2229 familiäre Bindung oder Sprachkenntnisse berücksichtigt werden. Länder, die sich
2230 dieser Art der Solidarität verweigern, sollen in einen Fonds einzahlen müssen.
2231 Der Fonds soll wiederum Aufnahme- und Grenzstaaten außerhalb der EU bei der
2232 Bewältigung der Flüchtlingskrise finanziell unterstützen.

2233 **Europäisch abgestimmte Entwicklungszusammenarbeit**

2234 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine europäisch abgestimmte, effektive
2235 und wirksame Entwicklungszusammenarbeit ein, die auf Qualität der eingesetzten
2236 Mittel setzt statt auf deren Quantität. Dabei legen wir Wert auf eine bessere Dif-
2237 ferenzierung bei der Auswahl der Partnerländer. Es muss verstärkt auf die Kriteri-
2238 en Bedarf, Leistungsfähigkeit, Entwicklungsbereitschaft und Effizienz der Maß-
2239 nahmen geachtet werden. Nötig sind neue Kooperationen zur Integration der
2240 deutschen und lokalen Privatwirtschaft und Entwicklungspartnerschaften mit neu-
2241 en Gebern. Wir fordern kohärentere Ansätze innerhalb der Bundesregierung,
2242 insbesondere zwischen Wirtschafts-, Außen-, Handels- und Entwicklungspolitik
2243 sowie in Abstimmung mit der europäischen Entwicklungszusammenarbeit. Zu-
2244 sätzlich ist eine abgestimmte Außen-, Sicherheits-, Handels-, und Entwick-
2245 lungspolitik nötig, die verstärkt auf Krisenprävention und Konfliktbewältigung als wich-
2246 tigstes Mittel zur Bekämpfung von Fluchtursachen setzt.

2247 *Europa bleibt unsere Zukunft*

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 62

2248 Wir Freie Demokraten sind überzeugte Europäer. Denn die Geschichte hat ge-
2249 zeigt, in welche Sackgassen aggressiver Nationalismus führt. Das europäische
2250 Projekt hat unserem Kontinent Frieden und Wohlstand gebracht. Doch kann nie-
2251 mand übersehen, dass einzelne Teile heute noch nicht perfekt sind. Daher lasst
2252 uns Europa stärker machen, indem wir seine Schwächen beheben!

2253 **Reformen für eine bessere EU**

2254 Wir Freie Demokraten fordern institutionelle Reformen für mehr Transparenz
2255 und Effizienz in der EU. Das Europäische Parlament soll nach einem einheitli-
2256 chen Wahlrecht mit staatenübergreifenden Listen und Spitzenkandidaten gewählt
2257 werden. Es muss zu einem Vollparlament mit Initiativrecht aufgewertet werden.
2258 Ein Sitz in Brüssel ist dabei ausreichend. Das spart Zeit und Geld im Vergleich
2259 zum Parallelbetrieb zwischen zwei Parlamentssitzen. Die EU-Kommission kann
2260 auf 16 Kommissare verkleinert werden. Hierbei sollten klare und einfach zure-
2261 chenbare Ressorts vergeben werden, die den EU-Zuständigkeiten entsprechen.
2262 Ferner soll sich die Kommission nur um die Dinge kümmern, die besser auf euro-
2263 päischer Ebene geregelt werden und den Rest den nationalen Ebenen überlas-
2264 sen. Der Rat der Europäischen Union muss sich zu einer modernen zweiten
2265 Kammer entwickeln. Dort kann jeder Mitgliedsstaat seine Position öffentlich vor-
2266 tragen. Mit diesen Reformen schaffen wir Transparenz und Effizienz, die wich-
2267 tigsten Bausteine für eine gelungene Integration.

2268 **Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten**

2269 Wir Freie Demokraten möchten, dass die europäische Integration durch ein „Eu-
2270 ropa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ vereinfacht wird. Auch nach dem
2271 Brexit mit zukünftig 27 Mitgliedstaaten bleibt die europäische Integration ange-
2272 sichts der Vielfalt und Unterschiedlichkeiten der Mitgliedsstaaten ein schwieriger
2273 Prozess. Deshalb möchten wir differenzierte Möglichkeiten für unterschiedliche
2274 Tiefen und Geschwindigkeiten bei der weiteren Integration schaffen. Mitgliedstaa-
2275 ten, die an der Weiterentwicklung der EU nicht oder nur langsamer teilnehmen
2276 wollen, sollen die anderen nicht aufhalten. Wenn weitere Schritte der europäi-
2277 schen Integration nicht von allen Mitgliedstaaten mitgetragen werden, wollen wir
2278 mehr Gebrauch von den Möglichkeiten der „Verstärkten Zusammenarbeit“ ma-
2279 chen, um die Integration mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten voranzutreiben.
2280 Wir sind davon überzeugt, dass der europäische Einigungsprozess fortgesetzt
2281 werden muss, hin zu einer dezentral und bundesstaatlich verfassten Europäi-
2282 schen Union. Dieser Weg ist das erklärte Gegenmodell zum Rückfall Europas in
2283 nationalstaatliche Kleinstaaterei einerseits oder die Schaffung eines zentralisier-
2284 ten europäischen Superstaats andererseits.

2285 **Effektiver Schutz der EU-Außengrenzen**

2286 Wir Freie Demokraten wollen einen effektiven Schutz der EU-Außengrenzen.
2287 Nur so können wir wirksam kontrollieren, wer in die EU einreist und gleichzeitig

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 63

2288 die Grenzen zwischen den EU-Mitgliedstaaten offenhalten. Die Grenzagentur
2289 FRONTEX soll von der jetzigen zwischenstaatlichen Struktur zu einem echten
2290 europäischen Grenzschutz mit eigener Handlungsbefugnis und Kontrolle durch
2291 das Europäische Parlament ausgebaut werden. Sie braucht zentrale Führung,
2292 genügend schlagkräftiges Einsatzpersonal und modernste Überwachungs- und
2293 Reaktionsmittel. Wie alle EU-Akteure ist FRONTEX an die Europäische Charta
2294 der Grundfreiheiten gebunden, denn innere Sicherheit in Europa darf nie auf
2295 Kosten der Menschenrechte erzielt werden.

2296 **Echte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Europa**

2297 Wir Freie Demokraten wollen eine echte Gemeinsame Außen- und Sicherheits-
2298 politik (GASP) in Europa. Wir stehen zum Ziel, dass Europa gemeinsam Verant-
2299 wortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit trägt und wollen die GASP der EU
2300 stärken. Nur wenn wir in Fragen globaler Abkommen geeint auftreten, wird die
2301 europäische Stimme Gewicht erlangen. Der Hohen Vertreterin der EU für Außen-
2302 und Sicherheitspolitik sollte dabei eine Schlüsselposition als „EU-Außenministe-
2303 rin“ zukommen. Nur wenn es uns gelingt, auch in den strittigen Fragen im pas-
2304 senden Moment eine europäische Antwort zu geben, wird man uns als Friedens-
2305 macht ernst nehmen. Deswegen setzen wir uns für einen konsequenten Ausbau
2306 der gemeinsamen Fähigkeiten ein, auch abseits der Europäischen Verträge. Viel-
2307 mehr sollen auch einzelne EU-Staaten zusammenarbeiten, wenn es ihre Fähig-
2308 keiten und Sicherheit erhöht.

2309 **Nutzung europäische Synergien bei Rüstungsentwicklung 2310 und -beschaffung**

2311 Wir Freie Demokraten wollen mehr europäische Synergien für die Rüstungsent-
2312 wicklung und -beschaffung. Rüstungsentwicklung und -beschaffung ist nicht nur
2313 politisch hochbrisant, sondern auch extrem kostspielig. Um Geld zu sparen und
2314 die europäische Partnerschaft zu vertiefen, soll es auch für die Rüstungsindus-
2315 trie einen funktionierenden Binnenmarkt mit einheitlichen Beschaffungsregeln ge-
2316 ben. Arbeiten die Mitgliedsländer zusammen, muss Geld nicht durch jedes Land
2317 einzeln ausgegeben werden, sondern es reicht die einmalige und zentrale Inves-
2318 tition. Verwenden die europäischen Armeen die gleiche Ausrüstung, können in
2319 folgenden Schritten die gemeinsame Ausbildung und militärische Integration wei-
2320 ter vorangetrieben werden.

2321 **Die Europäische Union braucht eine Europäische Armee**

2322 Wir Freie Demokraten wollen den Aufbau einer europäischen Armee. Dazu stre-
2323 ben wir schrittweise eine engere Verzahnung und den Ausbau der gemeinsamen
2324 Fähigkeiten der Streitkräfte der integrationswilligen Mitgliedsländer an und damit
2325 die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion. Der erste Schritt hierzu
2326 wäre die Nutzung des im EU-Vertrag bereits vorhandenen Instruments der Stän-
2327 digen Strukturierten Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen. Die Aufstellung eu-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 64

2328 ropäischer, multinationaler Verbände gehört dazu ebenso wie eine schrittweise in-
2329 tegrierte gemeinsame militärische Ausrüstung. So können Kosten optimiert und
2330 bisher getrennte Waffensysteme miteinander kompatibel gemacht werden. Es
2331 gilt, Strategien, Ausbildung und Einsatzverfahren anzugleichen und auf EU-Ebe-
2332 ne zu integrieren. Ein gemeinsames Hauptquartier könnte aus den Stabselemen-
2333 ten der fünf bereits bestehenden supranationalen Korps hervorgehen. Bei all
2334 diesen Schritten muss parallel die Interoperabilität mit Kräften und Instrumenten
2335 der NATO weiter verstärkt werden. Nur gemeinsam kann die EU auch in Zukunft
2336 Sicherheit für ihre Bürgerinnen und Bürger garantieren, insbesondere angesichts
2337 eines Präsidenten Trump, der das Verhalten der USA zunehmend unvorherseh-
2338 bar macht.

2339 **Menschenrechte gelten weltweit**

2340 Menschenrechte gelten weltweit, doch sieht die Realität in vielen Ländern der
2341 Welt sieht immer noch anders aus. Freiheit und Menschenrechte sind aber
2342 Grundprinzipien, die nicht an Grenzen halt machen. Fordern wir sie ein!

2343 **Universalität der Menschenrechte**

2344 Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Universalität der Menschenrechte und
2345 lehnen jegliche Versuche ab, ihre Anwendbarkeit zu relativieren. Wir wenden
2346 uns gegen jede Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Religion, Hautfarbe,
2347 ethnischer Herkunft, sexueller Orientierung, Behinderung, Alter oder einem sons-
2348 tigen Status. Die Unterdrückung oder Angriffe auf anderer Menschen und Bevöl-
2349 kerungsgruppen sind stets Angriffe auf die Freiheit der ganzen Gesellschaft. So
2350 treten wir unter anderem entschlossen der Diskriminierung von Lesben, Schwu-
2351 len, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen in der Außen- und Entwick-
2352 lungspolitik entgegen und setzen uns dafür ein, LGBTI-Projekte weltweit zu för-
2353 dern und bei Strafverschärfungen gegen LGBTI die Entwicklungszusammenarbeit
2354 zu kürzen.

2355 **Werteorientierte Entwicklungspolitik**

2356 Wir Freie Demokraten fordern eine wertorientierte Entwicklungspolitik, die auf
2357 Qualität statt auf Quantität der eingesetzten Mittel setzt, und einen besonderen
2358 Fokus auf Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und soziale Marktwirt-
2359 schaft hat. Die Grundlagen unseres Handelns sind dabei die Nachhaltigkeits-
2360 agenda 2030 der Vereinten Nationen und das Pariser Klimaabkommen. Eine zü-
2361 gige Umsetzung der Agenda 2030 erfordert einen kohärenten Ansatz innerhalb
2362 der Bundesregierung, insbesondere zwischen Wirtschafts-, Außen- und Entwick-
2363 lungspolitik sowie in Abstimmung mit der Europäischen Entwicklungszusammen-
2364 arbeit. Dazu setzen wir Freie Demokraten auf neue Partnerschaften und Koope-
2365 rationen mit allen relevanten Partnern, insbesondere mit der Privatwirtschaft. Es
2366 gilt dabei, die am wenigsten entwickelten Länder in den Blick zu nehmen, vor al-
2367 len Dingen auf dem Chancenkontinent Afrika. Die wichtigste Grundlage für die

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 65

2368 Armutsbekämpfung sind Bildung, Ausbildung und Qualifikation genauso wie die
2369 Chance auf eine wirtschaftliche Perspektive für den Einzelnen. Die Möglichkeiten,
2370 die sich durch Innovationen, Digitalisierung und neue Technologien bieten, müs-
2371 sen wir für Entwicklungsländer stärker in den Fokus nehmen und fördern.

2372 **Maßnahmen gegen Grund- und Menschenrechtsverletzun-** 2373 **gen in der EU**

2374 Wir Freie Demokraten setzen uns für Maßnahmen gegen EU-Staaten ein, die
2375 dauerhaft Grund- und Menschenrechte verletzen. Wir beobachten die innenpoliti-
2376 schen Entwicklungen in einigen EU-Staaten mit Sorge. Wer die verfassungsmä-
2377 ßige Gewaltenteilung in Frage stellt, greift den Rechtsstaat in seinem Fundament
2378 an. Wer die politische Kontrolle der Medien verschärft, zeigt, dass er von Mei-
2379 nungs- und Pressefreiheit wenig hält. Die EU ist auf gemeinsame Werte wie
2380 Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Demokratie gestützt, die gemäß Artikel
2381 2 des Vertrags über die Europäische Union für jedes Mitglied verbindlich sind.
2382 Wir setzen uns für eine Reform der Rechtsstaatskontrolle ein, um bei dauerhaf-
2383 ten Verletzungen unserer Werte auch unterhalb der Schwelle des Stimmentzugs
2384 wirksame Sanktionen verhängen zu können. Denn nur wenn wir selbst von der
2385 Wirkungskraft unserer Werte überzeugt sind und ihnen bei Gegenwind Geltung
2386 verschaffen, stärken wir Europa als Wertegemeinschaft.

2387 **Weltweite Anerkennung des Internationalen Strafgerichts-** 2388 **hofs**

2389 Wir Freie Demokraten setzen uns für die weltweite Anerkennung des Internatio-
2390 nalen Strafgerichtshofs (IStGH) ein. Der IStGH ist bei schwersten Menschen-
2391 rechtsverletzungen zuständig, sofern die Strafverfolgung im eigenen Land nicht
2392 willens oder nicht in der Lage ist, die Verbrechen vor Gericht zu bringen. Zahlrei-
2393 che Länder haben die Statuten des Gerichtshofes nicht unterzeichnet oder ratifi-
2394 ziert, unterlaufen die Gerichtsbarkeit oder kündigten gar ihre Mitgliedschaft aus
2395 politischen Gründen wieder auf. Als Freie Demokraten unterstützen wir mit Nach-
2396 druck seine Arbeit und Stärkung. Nur durch ihn können auch einzelne Amtsträger
2397 konsequent zur Verantwortung gezogen werden und rechtsstaatliche Prinzipien
2398 weltweit zur Anwendung kommen.

2399 **Entschiedene Bekämpfung von Terror**

2400 Internationaler Terrorismus gefährdet weltweit Freiheit und Menschenrechte.
2401 Dem muss sich Deutschland mit seinen Partnern entschlossen entgegenstellen.
2402 Seien wir standhaft!

2403 **Bessere internationale Kooperation zur Terrorismusbekämp-** 2404 **fung**

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 66

2405 Wir Freie Demokraten wollen eine bessere internationale Kooperation zur Terror-
2406 rismusbekämpfung. Der internationale Terrorismus macht nicht vor Ländergren-
2407 zen halt und ist das Problem der gesamten Staatengemeinschaft. Daher ist es
2408 auch nicht nur Aufgabe weniger Länder, dieser Bedrohung entgegenzutreten. Die
2409 internationale Gemeinschaft muss hier zusammenstehen. Der für die Terrorab-
2410 wehr notwendige Datenaustausch und die konsequente Zusammenarbeit der Ge-
2411 heimdienste muss deshalb organisiert werden. Außerdem sind die europäischen
2412 Gremien wie Europol und das Amt des Anti-Terror-Koordinators der Union aufzu-
2413 werten. Europol soll zu diesem Zweck zu einer EU-Bundespolizei ausgebaut und
2414 ein EU-Nachrichtendienst gegründet werden, welche beide dem EU-Parlament
2415 gegenüber rechenschaftspflichtig sind. Wichtig ist, dass ein Austausch nicht zur
2416 anlasslosen und verdachtsunabhängigen Überwachung aller EU-Bürgerinnen und
2417 EU-Bürger missbraucht wird. Es geht darum, die Rechte der Menschen zu schüt-
2418 zen und nicht selbst anzugreifen.

2419 **Bekämpfung des Islamistischen Terrorismus**

2420 Wir Freie Demokraten haben erkannt, dass der Kampf gegen den internationa-
2421 len islamistischen Terrorismus wie gegen den sogenannten Islamischen Staat
2422 und Al-Qaida eine globale Herausforderung darstellt. Um dieser Bedrohungslage
2423 entschlossen entgegenzutreten, ist es notwendig, eng mit ausländischen Nach-
2424 richtendiensten zu kooperieren, die finanzielle Basis von Terrorgruppierungen zu
2425 zerschlagen und an rechtlich legitimierte Militärmaßnahmen mitzuwirken. Gleich-
2426 zeitig müssen regionale Kräfte, die sich gegen islamistische Terrorgruppierungen
2427 stellen, gestärkt und mit Beratung, Ausbildung und Ausrüstung unterstützt wer-
2428 den.

2429 **Wirksame Maßnahmen gegen den radikalen Salafismus**

2430 Wir Freie Demokraten fordern wirksame Maßnahmen gegen den radikalen Sala-
2431 fismus, einer ultra-konservativen Glaubensrichtung innerhalb des Islams. Dabei
2432 setzen wir auch auf die Kooperation mit all jenen Musliminnen und Muslimen und
2433 entsprechenden Verbänden, die Intoleranz, Gewalt und religiösen Extremismus
2434 bekämpfen wollen. Unser Ziel ist ein flächendeckendes Vorgehen, das Repressi-
2435 on und Prävention vereint.

2436 Voraussetzung ist eine intensivere Beobachtung gewaltbereiter salafistischer Ex-
2437 tremisten durch den Verfassungsschutz. Auf Grundlage der erzielten Erkenntnis-
2438 se muss alles rechtlich Mögliche unternommen werden, um salafistische Bestre-
2439 bungen effektiv zu unterbinden: Versammlungs- und Vereinsverbote, konsequen-
2440 te Strafverfolgung, Aus- und Wiedereinreisebeschränkungen für Gefährder sowie
2441 deren gezielte Überwachung, beispielsweise mittels elektronischer Fußfessel.

2442 Um der Radikalisierung junger Menschen entgegenzuwirken, darf salafistischer
2443 Propaganda kein Raum bleiben. Deshalb braucht es eine umfassende Prävention
2444 in Schulen, Moscheen, Jugendzentren, aber auch in Internetforen und sozialen
2445 Netzwerken. Die bisherigen Bemühungen und Investitionen sind dafür bei weitem

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 67

2446 nicht ausreichend. Insbesondere im Bereich der sozialen Medien muss mehr Auf-
2447 klärungsarbeit geleistet werden, welche die jungen Menschen niedrigschwellig er-
2448 reicht. Der sogenannte Islamische Staat investiert ein Vielfaches dessen, was der
2449 Staat an Gegenmaßnahmen ergreift. Die Ausbildung von Multiplikatoren und
2450 Fachkräften zur Erkennung und Verhinderung der Radikalisierung muss verstärkt
2451 werden.

2452 Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Einbindung geläuterter Rückkehrer und
2453 Aussteiger in die Aufklärungsarbeit. Sie können authentisch von ihren Erlebnis-
2454 sen, den falschen Versprechungen und der Realität im Islamischen Staat berich-
2455 ten. Auch die mittlerweile zahlreichen betroffenen Eltern radikalierter junger
2456 Menschen sollten in die Aufklärungsarbeit einbezogen werden. Mit besseren Bil-
2457 dungschancen und einer stärkeren Wertevermittlung kann dem Salafismus eben-
2458 falls der Nährboden entzogen werden.

2459 **Sicherheitspolitik mit Augenmaß**

2460 Freiheit und Menschenrechte lassen sich nicht immer friedlich verteidigen. Ge-
2461 waltanwendung muss immer das letztmögliche Mittel in engsten Grenzen sein,
2462 wenn alles andere bereits versucht wurde. Stellen wir das sicher!

2463 **Parlamentsvorbehalt für gemeinsame EU- und NATO-Einsät- 2464 ze weiterentwickeln**

2465 Für uns Freie Demokraten ist und bleibt die Bundeswehr eine Parlamentsarmee.
2466 Das Parlamentsbeteiligungsgesetz hat sich zur Schaffung von Rechtssicherheit
2467 bei bewaffneten Einsätzen der Bundeswehr im Ausland bewährt. Im Lichte der
2468 angestrebten verstärkten Schaffung gemeinsamer EU- und NATO- Einsatzkräfte
2469 wollen wir den Parlamentsvorbehalt des Deutschen Bundestags unter voller Be-
2470 rücksichtigung der Maßgaben des Bundesverfassungsgerichts so weiterentwi-
2471 ckeln, dass gemeinsame Einsätze multinationaler Verbände von EU und NATO
2472 verfassungsfest ermöglicht werden.

2473 **Modernisierung der Bundeswehr**

2474 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine moderne Bundeswehr mit einsatzori-
2475 entierten Strukturen ein, die sowohl zur Bündnis- und Landesverteidigung wie für
2476 internationale Einsätze befähigt ist. Dazu muss die Bundeswehr besser ausge-
2477 stattet werden. Der Modernisierungsprozess der Bundeswehr muss weiter voran-
2478 getrieben und den neuen Anforderungen angepasst werden. Dabei wollen wir
2479 auch die Attraktivität des militärischen Dienstes steigern. Denn die Bundeswehr
2480 steht im Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern um die besten Bewerberinnen
2481 und Bewerber. Um den Personalbedarf weiterhin zu decken und junge Men-
2482 schen für den anspruchsvollen Dienst zu gewinnen, muss die Attraktivität des
2483 Dienstes kontinuierlich verbessert werden. Entscheidende Faktoren sind dabei
2484 moderne und ausreichende Ausrüstung, Arbeitszeitbelastung, Weiterbildungs-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 68

2485 möglichkeiten, Versetzungshäufigkeit, die Versorgung im Falle der Verwundung
2486 und nicht zuletzt die Vereinbarkeit von Familie und Dienst.

2487 **Keine Waffenlieferungen in Krisengebiete**

2488 Wir Freie Demokraten wollen keine Waffenlieferungen in Krisengebiete. Denn
2489 Rüstungsexporte in Konfliktregionen können bereits instabile Regionen noch wei-
2490 ter destabilisieren. Die Unsicherheit und Bedrohung für die Menschen in den be-
2491 troffenen Gebieten wird hierdurch nachhaltig erhöht und die Chancen auf Frie-
2492 dens- und Konfliktlösungen können ebenfalls behindert werden. Es sollte deshalb
2493 auch für die Zukunft Grundpfeiler deutscher Außenpolitik sein, Rüstungsexporte
2494 in Konfliktregionen auszuschließen. Die Entscheidung über Rüstungsexporte soll
2495 auch weiterhin durch die Bundesregierung erfolgen als Teil ihrer exekutiven Kern-
2496 aufgaben. Jedoch fordern wir, dass ein Rüstungsexportgesetz die bestehenden
2497 nationalen, europäischen und internationalen Exportrichtlinien deutlich präzisiert
2498 und dadurch zu mehr Transparenz im Regierungshandeln und zu besserer Be-
2499 teiligung des Deutschen Bundestags führt.

2500 **Politik, die rechnen kann**

2501 Politik muss gestalten. Aber sie ist kein Wunschkonzert. Die Dinge müssen so
2502 angepackt werden, dass sie funktionieren und finanzierbar sind. Kurz: Wir brau-
2503 chen eine Politik, die rechnen kann.

2504 Gemessen daran, laufen viele Dinge in Deutschland aus dem Ruder: Die Belas-
2505 tung der Bürger mit Steuern und Abgaben ist in Deutschland nicht nur höher als
2506 anderswo, sondern steigt weiterhin an – und das, obwohl der Staat immer mehr
2507 Geld zur Verfügung hat.

2508 Wir wollen, dass der Staat mit dem Geld der Bürger sparsamer umgeht. Wir
2509 wollen, dass er es cleverer investiert als bislang. Wir wollen, eine neue Balance
2510 zwischen den Einnahmen der Bürger und den Einnahmen des Staates herstellen.

2511 **Faire Balance zwischen Bürger und Staat**

2512 Eine Politik, die rechnen kann, achtet auf eine faire Balance zwischen den Be-
2513 lastungen der Bürgerinnen und Bürger und den Einnahmen des Staates. Hier ist
2514 Deutschland einiges aus dem Gleichgewicht geraten. Stellen wir die Balance
2515 wieder her!

2516 **Fairer Anteil der Bürgerinnen und Bürger am Wachstum**

2517 Wir Freie Demokraten wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger wieder einen
2518 fairen Anteil an den Wachstums- und Wohlstandsgewinnen haben. Seit über
2519 zehn Jahren ist die Steuer- und Abgabenquote kontinuierlich angewachsen. Zwi-
2520 schen Bürgerinnen und Bürgern und dem Staat öffnet sich eine gewaltige Sche-
2521 re: Das Lohnniveau stieg von 2005 bis 2015 gerade mal um 23 Prozent. Das

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 69

2522 Steueraufkommen von Bund, Ländern und Gemeinden erhöhte sich dagegen im
2523 gleichen Zeitraum um fast 50 Prozent. Mit hohen Steuern in Zeiten niedriger Zin-
2524 sen treibt die Politik einen Keil zwischen Bürgerinnen und Bürger und den Staat.
2525 Das führt insbesondere zur Enteignung der Mittelschicht und der kleineren Ein-
2526 kommen. Deshalb wollen wir ein grundlegendes Umdenken in der Steuerpolitik.
2527 Von Wachstums- und Wohlstandsgewinnen darf nicht allein der Staat profitieren.
2528 Wir wollen die Balance zwischen Privat und Staat wiederherstellen und deshalb
2529 die übermäßige Umverteilung von Privat zu Staat beenden. Dabei halten wir ein
2530 Entlastungsvolumen von mindestens 30 Milliarden Euro für eine angemessene
2531 Zielgröße – gerade vor dem Hintergrund des von der Steuerschätzung vorherge-
2532 sagten zusätzlichen Steueraufkommens von mehr als 110 Milliarden Euro bis
2533 zum Ende der Wahlperiode 2021. Wir wollen dabei eine seriöse Steuer- und
2534 Haushaltspolitik verantworten. Deshalb knüpfen wir die Umsetzung unserer steu-
2535 erlichen Forderungen an das tatsächliche Eintreffen der durch die Steuerschät-
2536 zung prognostizierten Steuererhöhungen. Die Einführung neuer Steuern –
2537 wie etwa der Vermögensteuer oder Finanztransaktionssteuer – lehnen wir ab.

2538 **Faire Einkommensteuer**

2539 Wir Freie Demokraten wollen einen fairen Tarif bei der Einkommensteuer. Heu-
2540 te steigt die Steuerlast bei kleinen und mittleren Einkommen besonders schnell
2541 an. Das ist leistungsfeindlich und ungerecht. Ein Durchschnittsverdiener darf nicht
2542 fast schon den höchsten Steuersatz zahlen. Deshalb wollen wir den Tarif „nach
2543 rechts verschieben“, sodass der jeweils nächste Steuersatz erst bei einem höhe-
2544 ren Einkommen steigt. Den sogenannten Mittelstandsbauch wollen wir abflachen
2545 und so einen leistungsgerechteren Tarif gestalten. Am Splittingverfahren für Ehe-
2546 und eingetragene Lebenspartnerschaften wollen wir festhalten und Familien da-
2547 durch entlasten, dass wir die Kinderfreibeträge anheben und Betreuungskosten
2548 bis zum Höchstbetrag steuerlich voll absetzbar machen. Außerdem wollen wir ei-
2549 ne weitergehende steuerliche Absetzbarkeit von gesetzlichen Unterhaltsleistun-
2550 gen einführen. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen wir die Pausch-
2551 beträge erhöhen und die Steuererklärung insgesamt weiter vereinfachen.

2552 **Belastungsgrenze für Steuern und Sozialabgaben**

2553 Wir Freie Demokraten wollen eine Belastungsgrenze für Steuern und Sozialab-
2554 gaben im Grundgesetz festschreiben. Denn wir wollen, dass den Bürgerinnen
2555 und Bürgern genügend von ihrem Einkommen bleibt, damit sie sich ihre Wün-
2556 sche erfüllen und eine eigene Altersvorsorge leisten können. Nur moderate Steu-
2557 er- und Beitragssätze schaffen diese notwendigen Freiräume. Die Gesamtbelas-
2558 tungsgrenze sollte 50 Prozent nicht überschreiten.

2559 **Keine heimlichen Steuererhöhungen durch die Kalte Pro- 2560 gression**

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 70

2561 Wir Freie Demokraten wollen den Einkommensteuertarif so ändern, dass der
2562 Staat nicht länger von heimlichen Steuererhöhungen profitiert. Nach Berechnun-
2563 gen des ifo Instituts hat der Staat seit 2010 ein zusätzliches Steueraufkommen in
2564 Höhe von 70 Milliarden Euro über die sogenannte Kalte Progression erhalten. Im
2565 gleichen Zeitraum ist für eine vierköpfige Familie, die ihr zu versteuerndes Jah-
2566 reseinkommen von 40.000 Euro um 20 Prozent steigern konnte, die jährliche
2567 Steuerbelastung um 40 Prozent gestiegen. Allein durch die Kalte Progression hat
2568 diese Familie unter dem Strich laut ifo Institut seit 2010 mehr als 3.000 Euro ver-
2569 loren. Wenn eine regelmäßige Korrektur des Einkommensteuertarifs unterbleibt,
2570 werden die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auch in den kommenden Jahren
2571 erhebliche Mehrbelastungen zu tragen haben. Bis zum Jahr 2030 erhöhen sich
2572 die jährlichen Mehreinnahmen auf 65 Milliarden Euro. Wir wollen einen dauer-
2573 haften Einstieg in eine regelmäßige Anpassung des Steuertarifs an die Inflation –
2574 der Tarif wird also „auf Räder gestellt“.

2575 **Solidaritätszuschlag wie versprochen abschaffen**

2576 Wir Freie Demokraten wollen den Solidaritätszuschlag abschaffen. Der Solidari-
2577 tätszuschlag war und bleibt eine nicht auf Dauer angelegte Sondersteuer. Seine
2578 Einführung im Jahr 1991 war von der Politik mit der Finanzierung der Deutschen
2579 Einheit gerechtfertigt worden. Bereits seit dem Jahr 2011 übersteigen die So-
2580 li-Einnahmen die jährlichen Ausgaben aus dem Solidarpakt. Ende 2019 läuft der
2581 Solidarpakt aus. Dann ist die Erhebung des Solidaritätszuschlags nicht mehr zu
2582 rechtfertigen. Die Abschaffung des Solidaritätszuschlags ist eine Frage der politi-
2583 schen Glaubwürdigkeit. Wir wollen den Solidaritätszuschlag innerhalb der nächs-
2584 ten Legislaturperiode abschaffen.

2585 **Gerechte Erbschaftssteuer**

2586 Wir Freie Demokraten wollen, dass sich Sparen und Vermögensaufbau lohnen.
2587 Ein nachhaltiger Umgang mit Vermögen ist gut: für jeden einzelnen Bürger und
2588 jede einzelne Bürgerin, ihre Familien und die Gesellschaft. Die Weitergabe von
2589 erarbeitetem Eigentum und Vermögen und die Fortführung von Familienunterneh-
2590 men darf durch steuerliche Regelungen nicht behindert werden. Anstrengung
2591 muss sich lohnen. Für Unternehmen ist eine Besteuerung der Unternehmenssub-
2592 stanz schädlich. Deshalb lehnen wir eine Wiedereinführung der Vermögensteuer
2593 und eine weitere Verschärfung der Erbschaftsteuer ab. So halten wir die Unter-
2594 nehmer in Deutschland und sichern die Arbeitsplätze hier bei uns. Bei Erbschaf-
2595 ten zwischen Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartnern wollen wir, dass zu-
2596 künftig keine Erbschaftsteuer anfällt.

2597 **Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer**

2598 Wir Freie Demokraten wollen bei der Grunderwerbsteuer einen Freibetrag von
2599 bis zu 500.000 Euro einführen. Denn die Steuertreiberei der Bundesländer macht
2600 es Familien aus der Mittelschicht fast unmöglich, Wohneigentum zu erwerben.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 71

2601 Der Freibetrag soll für den Erwerb von Wohnimmobilien durch natürliche Perso-
2602 nen gelten. Erst darüber kommt es zur Entstehung der Steuer. Dies ist notwen-
2603 dig, weil seit 2006 die Grunderwerbsteuerlast deutlich gestiegen ist, was vielen
2604 den Erwerb der eigenen Immobilie erschwert. Denn einige Bundesländer haben
2605 seitdem ihren Grunderwerbsteuersatz fast verdoppelt: Von dreieinhalb auf sechs-
2606 einhalb Prozent. Bei einem Kaufpreis von 300.000 Euro beispielsweise fallen
2607 dort dann fast 20.000 Euro zusätzlich für die Grunderwerbsteuer an. Mit dem
2608 vorgeschlagenen Freibetrag würde die Grunderwerbsteuer in diesem Fall auf null
2609 sinken, also gar nicht anfallen. Dadurch wollen wir es den Menschen erleichtern,
2610 ihren Traum vom eigenem Haus oder der eigenen Wohnung zu verwirklichen
2611 und zugleich für das Alter vorzusorgen. Denn wer im Alter keine Miete zahlt, hat
2612 mehr Freiräume.

2613 **Regeln einhalten**

2614 Eine Politik, die rechnen kann, setzt faire Regeln. Diese Regeln gelten aber
2615 auch für Staat und Politik ausnahmslos selber. In Deutschland und Europa wur-
2616 den die eigenen Regeln in den letzten Jahren aber allzu gerne links liegen gelas-
2617 sen, um es sich einfach zu machen. Es darf aber nicht der einfachste Weg das
2618 Ziel von Politik sein. Das Ziel muss der richtige Weg sein!

2619 **Euro nachhaltig stabilisieren**

2620 Wir Freie Demokraten wollen die Glaubwürdigkeit der im europäischen Recht
2621 verankerten Nichtbeistandsklausel stärken. Diese besagt, dass weder die Euro-
2622 päische Union noch einzelne Mitglieder für die Schulden eines anderen Mitglieds-
2623 staates haften müssen. Sie soll hierdurch sicherstellen, dass die Mitgliedsstaaten
2624 die Folgen ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik tragen und somit Haushaltsdiszi-
2625 plin wahren. Wer den Staaten Geld leiht, soll deren eigene Bonität zur Grundla-
2626 ge dafür machen, wie hoch die Zinserwartung ist und nicht fremde Bonität. Denn
2627 nur so kann der Zins als ökonomische Schuldenbremse wirken. Allerdings hat
2628 die Große Koalition mit ihrer Zustimmung zum dritten Hilfspaket für Griechenland
2629 die Glaubwürdigkeit der Nichtbeistandsklausel erheblich in Frage gestellt. Denn
2630 sie hat Finanzhilfen gebilligt, obwohl die Schuldentragfähigkeit Griechenlands
2631 nicht gesichert war.

2632 Wir wollen, dass die Vermischung von Verantwortung durch gemeinschaftliche
2633 Haftung ausgeschlossen bleibt. Deshalb darf der Europäische Stabilitätsmecha-
2634 nismus (ESM) nicht als ständiger Nothelfer missbraucht werden, sondern ESM-Fi-
2635 nanzhilfen dürfen nur strikt nach den dafür vorgesehenen Regeln vergeben wer-
2636 den. Um nicht dauerhaft falsche Anreize zu setzen, wollen wir zudem, dass die
2637 Ausleihkapazität des ESM kontinuierlich wieder zurückgefahren wird. ESM-Hilfen
2638 sollen auch nicht dauerhaft durch weitere Maßnahmen der Europäischen Zentral-
2639 bank ergänzt oder ersetzt werden. Eine Staatsfinanzierung durch die Notenpres-
2640 se lehnen wir strikt ab. Zudem wollen wir eine Staateninsolvenzordnung für die
2641 Eurozone schaffen, damit bei fehlender Schuldentragfähigkeit eine geordnete

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 72

2642 Schuldenumstrukturierung als Ausweg aus der bisher endlosen Rettungsroutine
2643 möglich wird. Denn nur so kann die Gefahr gebannt werden, dass die Wäh-
2644 rungsunion zu einer dauerhaften Transferunion zu Lasten der europäischen
2645 Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wird.

2646 **Verfahren für geordnete Staatsinsolvenzen in der Eurozone** 2647 **schaffen**

2648 Wir Freie Demokraten wollen ein Verfahren für geordnete Staatsinsolvenzen in
2649 der Eurozone schaffen. Dadurch können Mitglieder der Währungsunion ihre
2650 Schulden in einem regelgeleiteten Verfahren restrukturieren, wenn sie politisch
2651 und ökonomisch nicht mehr in der Lage sind, ihre Schuldentragfähigkeit wieder-
2652 herzustellen. Die Gläubiger erhalten anders als bei einem ungeordneten Verfah-
2653 ren Planungssicherheit und Fehlanreize auf den Finanzmärkten werden reduziert.
2654 Denn mit einem Insolvenzverfahren wird der Ausfall eines Staates als Schuldner
2655 zum realistischen Szenario, was das Risikobewusstsein der Gläubiger erhöht. Ein
2656 wirksamer Insolvenzmechanismus setzt voraus, dass ein politisch unabhängiges
2657 Gremium für die Überwachung des Verfahrens zuständig ist. Verbindliche Regeln
2658 sollen allen Beteiligten Sicherheit darüber bieten, wann das Verfahren beginnt
2659 und dass es zügig beendet werden kann. Damit einzelne Gläubiger die Umschul-
2660 dungsverhandlungen nicht blockieren können, sind die Umschuldungsklauseln in
2661 den europäischen Staatsanleihen entsprechend anzupassen. Zudem muss das
2662 Verfahren zwingend mit einem klaren makroökonomischen Reformprogramm ver-
2663 bunden sein. Finanzhilfen durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)
2664 sollen zeitlich begrenzt und nur gegen strikte Auflagen gewährt werden. Hier gilt
2665 ganz klar das Prinzip: Solidarität gegen Solidität. Eine automatische Verlängerung
2666 der Laufzeiten von Staatsschulden zu Beginn des Verfahrens könnte außerdem
2667 dazu beitragen, den Finanzierungsbedarf zu senken.

2668 **Geregeltes Austrittsverfahrens aus dem Euro-Währungsge-** 2669 **biet**

2670 Wir Freie Demokraten wollen die europäischen Verträge so anpassen, dass Mit-
2671 gliedsstaaten nach einem geregelten Verfahren aus dem Euro-Währungsgebiet
2672 austreten können, ohne ihre EU-Mitgliedschaft zu verlieren. Denn wenn ein Staat
2673 dauerhaft überfordert ist, seine Wettbewerbsfähigkeit und Schuldentragfähigkeit
2674 innerhalb der Währungsunion wiederherzustellen, kann der Austritt aus dem Eu-
2675 ro sinnvoll und notwendig sein. Mit der Rückkehr zu einer eigenen Währung und
2676 der Möglichkeit, diese abzuwerten, kann dieser Staat seine Wettbewerbsfähigkeit
2677 steigern. Staaten scheuen diesen Weg aber, weil er bislang rechtlich an den
2678 Austritt aus der Europäischen Union gekoppelt ist. Diese Koppelung wollen wir
2679 beenden.

2680 **Keine Privilegierung von Staatsanleihen in der Bankenregu-** 2681 **lierung**

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 73

2682 Wir Freie Demokraten wollen die bevorzugte Behandlung von Staatsanleihen
2683 von Zentralregierungen des Europäischen Wirtschaftsraumes bei der europäi-
2684 schen Regulierung von Banken und Versicherungen beenden und durch markt-
2685 orientierte Ansätze ersetzen. Die aufsichtsrechtliche Fiktion der Risikolosigkeit der
2686 von Euroländern begebenen Anleihen war eine wesentliche Ursache der euro-
2687 päischen Staatsschuldenkrise. Noch heute führt diese marktferne Praxis zu Fehl-
2688 alloktionen am Kapitalmarkt: Zum Beispiel werden Aktien oder Unternehmens-
2689 anleihen im Wettbewerb um Anlegergelder marktwidrig benachteiligt. Auch für
2690 Staatsanleihen muss daher gelten, dass diese mit Eigenkapital zu unterlegen
2691 sind und eine Großkreditgrenze Klumpenrisiken vorbeugen muss. Außerdem soll-
2692 te die Möglichkeit der mehrjährigen Verlängerung von Staatsanleihen geschaffen
2693 werden, damit die Risiken sich im Zinsniveau frühzeitig abbilden und den Gläubi-
2694 ger Möglichkeit entnommen wird, sich von Risiken auf Kosten der Staatenge-
2695 meinschaft zu befreien.

2696 **Automatische Sanktionen für den Stabilitäts- und Wachs-** 2697 **tumspakt**

2698 Wir Freie Demokraten wollen die Durchsetzung automatischer Sanktionen zur
2699 Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der Europäischen Union. Denn
2700 die bisher bestehenden Kontroll- und Sanktionsmechanismen funktionieren nicht.
2701 Wissenschaftliche Studien zeigen, dass EU-Mitglieder laufend gegen die Eu-
2702 ro-Stabilitätskriterien verstoßen, ohne dass es zu finanziellen Sanktionen kommt.
2703 Damit der Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht bloß Absichtserklärung bleibt,
2704 brauchen wir neue Regeln, die die EU-Mitgliedsstaaten spürbar zu mehr Haus-
2705 haltdisziplin bewegen. Zentral ist für uns dabei, dass die Sanktionen bei einem
2706 abgeschlossenen Defizitverfahren automatisch vollzogen werden. Denn wenn
2707 Sanktionen ständig aus politischen Gründen ausgesetzt werden, sind sie un-
2708 glaubwürdig. Zudem sollte die Blockierung von Unterstützungsgeldern durch die
2709 EU-Kommission als Sanktionsmaßnahme möglich sein.

2710 **Effektiv haushalten**

2711 Eine Politik, die rechnen kann, achtet auf Einnahmen und Ausgaben. Was für
2712 jeden Bürger selbstverständlich ist, muss auch für Staat und Politik gelten: Nicht
2713 mehr Geld ausgeben als man hat. Handeln wir wieder danach!

2714 **Schuldenabbau**

2715 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Deutschland seine Altschul-
2716 den abbaut, statt sich auf der „schwarzen Null“ auszuruhen. Denn sollte eines
2717 Tages das Zinsniveau wieder ansteigen, dann bricht uns der hohe Schuldenberg
2718 möglicherweise finanziell das Genick. Schließlich waren es vor allem die niedri-
2719 gen Zinsen und Rekordsteuereinnahmen, die in den letzten Jahren einen ausge-
2720 glichenen Haushalt ermöglicht haben. Es wären sogar Haushaltsüberschüsse
2721 zum Schuldenabbau möglich gewesen, wenn die Bundesregierung die zusätzli-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 74

2722 chen Einnahmen nicht sofort wieder für neu geschaffene Ausgabenposten ver-
2723 wandt hätte. Der Schuldenberg ist nach wie vor hoch. Mit 71,2 Prozent des Brut-
2724 toinlandsproduktes lag Deutschlands Schuldenstandsquote 2015 über der
2725 60-Prozent-Marke nach den Maastricht-Kriterien, die die wirtschaftliche Stabilität
2726 des Euroraumes sicherstellen sollen. Deutschland muss daher mit gutem Beispiel
2727 vorangehen und seine Schulden zügig abbauen. Ein nachhaltiger Schuldenab-
2728 bau ist zudem eine Frage der Generationengerechtigkeit. Schließlich kann sich
2729 das Zinsniveau mittelfristig wieder ändern. Steigende Zinszahlungen reduzieren
2730 zusammen mit vielen weiteren Zahlungsverpflichtungen des Staates dann immer
2731 mehr den haushaltspolitischen Ausgabenspielraum – und damit auch die Zu-
2732 kunftschancen unserer Kinder und Enkel.

2733 **Jeder haftet für die eigenen Schulden**

2734 Wir wollen, dass jede staatliche Ebene – Kommune, Bundesland, Bund – für
2735 ihre eigenen Schulden haftet. Deshalb wollen wir die Eigenverantwortung im
2736 deutschen Föderalismus stärken und eine Insolvenzordnung für Gebietskörper-
2737 schaften nach dem Vorbild der Schweiz schaffen. Denn heute stehen die Ge-
2738 bietskörperschaften in einer Haushaltsnotlage als „Ultima Ratio“ füreinander ein.
2739 Dadurch ergibt sich faktisch eine Haftungsgemeinschaft. Diejenigen, die gut wirt-
2740 schaften, müssen die Risiken derjenigen mittragen, die schlecht wirtschaften.
2741 Das wiederum setzt die disziplinierende Wirkung des Kapitalmarktes, beispiele-
2742 wise durch Zinsaufschläge, außer Kraft. Wir wollen aber Anreize für solides
2743 Haushalten schaffen und klare Regeln für den Fall einer Überschuldung. Die Bei-
2744 spiele der Schweiz und Kanada zeigen, dass die Eigenverantwortung für die
2745 Schulden der Kantone und Provinzen zu solideren öffentlichen Finanzen führt.
2746 Eine Insolvenzordnung regelt im Fall der Überschuldung die Umstrukturierung der
2747 Schulden, ermöglicht eine geordnete Gläubigerbeteiligung und sichert die Hand-
2748 lungsfähigkeit der Kommune, des Landes oder des Bundes bei der Bereitstellung
2749 von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen.

2750 **Maßnahmen zur Vermeidung von Verstößen gegen die** 2751 **Schuldenbremse**

2752 Wir Freie Demokraten wollen Bund und Länder in die Lage versetzen, frühzeitig
2753 und nachhaltig möglichen Verstößen gegen die Schuldenbremse entgegenzuwir-
2754 ken. Die Schuldenbremse regelt, dass der Bund seit 2016 und die Länder ab
2755 2020 grundsätzlich ausgeglichene Haushalte aufweisen müssen. Abgesehen von
2756 wenigen Ausnahmen ist für die Länder dann keine Neuverschuldung mehr zu-
2757 lässig. Für den Bund ist die strukturelle Verschuldung auf 0,35 Prozent des Brut-
2758 toinlandsproduktes pro Jahr begrenzt. Die Gewerbesteuer sollte daher langfristig
2759 durch einen kommunalen Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht auf die Körper-
2760 schaftsteuer und auf die zuvor abgesenkte Einkommensteuer sowie einen höhe-
2761 ren Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer ersetzt werden. Zwischenzeitlich
2762 sollte die gewerbesteuerliche Bemessungsgrundlage um gewinnunabhängige
2763 Hinzurechnungen bereinigt und damit an die einkommen- und körperschaftsteuer-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 75

2764 liche Bemessungsgrundlage angeglichen werden. Darüber hinaus wollen wir
2765 wirksame Klagemöglichkeiten einführen, etwa durch eine aufschiebende Wirkung
2766 der Klageerhebung bei gerügten Verstößen gegen die Schuldenbremse. Zudem
2767 soll der Stabilitätsrat stärkere Befugnisse zur Überwachung und Kontrolle der
2768 Umsetzung der Schuldenbremsen der Länder erhalten, zum Beispiel durch Wi-
2769 derspruchsrechte gegen Länderhaushalte. Neuverschuldungen sollen künftig nur
2770 noch mit Zweidrittelmehrheit in den Parlamenten beschlossen werden dürfen.

2771 **Rahmenbedingungen für eine starke Wirtschaft**

2772 Eine Politik, die rechnen kann sorgt für eine starke Wirtschaft. Denn es kann
2773 nur verteilt werden, was vorher auch erwirtschaftet wurde. Wenn es der Wirt-
2774 schaft gut geht, haben auch der Staat und die Gesellschaft mehr davon. Dafür
2775 brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen. Stellen wir sie bereit!

2776 **Verbesserte Abschreibungsbedingungen**

2777 Wir Freie Demokraten wollen die Abschreibungsbedingungen verbessern. Für
2778 uns setzt ein faires Steuersystem die notwendigen Impulse für Innovation, Wirt-
2779 schaftswachstum und Beschäftigung in Deutschland. Wir wollen deshalb die de-
2780 gressive AfA für bewegliche Wirtschaftsgüter wiedereinführen, auch um den
2781 technologischen Wandel zu beschleunigen. Für digitale Anlagegüter wie Hard-
2782 und Software wollen wir einheitliche und verkürzte Abschreibungsfristen von
2783 höchstens drei Jahren, um die kurzen technologischen Zyklen dieser Güter fair
2784 abzubilden und die Investitionen in die Digitalisierung zu stärken. Die Grenze für
2785 die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter wollen wir ebenfalls erhö-
2786 hen. Auch die steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen in den Woh-
2787 nungsbau sind nicht attraktiv. Hier wollen wir die Bedingungen verbessern und
2788 die lineare Abschreibung von zwei Prozent auf drei Prozent erhöhen.

2789 **Einführung einer technologieoffenen steuerlichen For- 2790 schungsförderung**

2791 Wir Freie Demokraten wollen eine technologieoffene steuerliche Forschungsför-
2792 derung einführen. Dadurch sollen die Unternehmen in Deutschland einen be-
2793 stimmten Prozentsatz ihrer Personalaufwendungen für Forschung und Entwick-
2794 lung (FuE) als Steuergutschrift (Forschungsprämie) erhalten. Forschung und Inno-
2795 vationen werden also indirekt über das Steuersystem gefördert. Denn die Stärke
2796 unserer Wirtschaft liegt in der Innovationskraft der Unternehmen, in Spitzentech-
2797 nologien, -produkten und -dienstleistungen. Und das umso mehr im digitalen
2798 Zeitalter. Daher sind FuE-Investitionen entscheidend für die künftige Wettbe-
2799 werbsfähigkeit und damit Arbeitsplätze und Wohlstand. Bestehende Förderinstru-
2800 mente, wie die Projektförderung mit direkten Mitteln, reichen hier nicht aus. Sie
2801 ist vor allem für kleine und mittlere Unternehmen wegen der vielen Auflagen und
2802 übermäßigen Bürokratie zu unattraktiv. Die steuerliche Forschungsförderung ist
2803 dagegen unbürokratisch, da Projektanträge und Genehmigungsverfahren entfal-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 76

2804 len. Zudem können die Unternehmen gleichermaßen davon profitieren, unabhän-
2805 gig von der Branche oder Art und Inhalt der Innovationsideen. Viele andere
2806 OECD- und EU-Mitgliedsstaaten verfügen bereits über dieses Instrument. Auch
2807 die Expertenkommission Forschung und Innovation der Bundesregierung emp-
2808 fiehlt seit Jahren, die steuerliche Forschungsförderung einzuführen. Das wollen
2809 wir tun, damit deutsche Unternehmen nicht länger einen Standortnachteil haben.
2810 Wir wollen, dass Forschungsprämie mit der Steuerschuld verrechnet oder – im
2811 Verlustfall – als negative Einkommensteuer ausgezahlt wird. Diese Liquiditäts-
2812 spritze hilft besonders Start-ups und Unternehmen in Erneuerungs- oder Krisensi-
2813 tuationen.

2814 **Verbesserte Standortbedingungen für den Industriestandort** 2815 **Deutschland**

2816 Wir Freie Demokraten sehen mit Sorge, dass wichtige Schlüsselbranchen in
2817 Deutschland durch verschlechterte politische Rahmenbedingungen sowie im eu-
2818 ropäischen Maßstab überbordende Auflagen und Beschränkungen belastet wer-
2819 den. Als Ergebnis einer falschen Energiepolitik verliert Deutschland vor allem
2820 Unternehmen und Beschäftigte im Bereich der energieintensiven Industrien. Da-
2821 von sind insbesondere die Chemie-, Stahl-, Metall-, Textil-, Bau- und Rohstoffin-
2822 dustrie betroffen. Wir wollen uns für bessere Investitionsbedingungen am Stand-
2823 ort Deutschland einsetzen, damit die Investitionstätigkeit der Industrie nicht weiter
2824 zurückgeht, die zunehmend neue Anlagen und Standorte im Ausland errichtet.
2825 Wir wollen diesen wichtigen Branchen auch zukünftig wettbewerbsfähige Pro-
2826 duktionsbedingungen in Deutschland ermöglichen, weil damit über eine Million
2827 hochqualifizierte, überdurchschnittlich vergütete Arbeitsplätze verbunden sind.
2828 Deutschland ist Industriestandort und Deutschland muss Industriestandort blei-
2829 ben.

2830 **Internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten**

2831 Wir Freie Demokraten setzen uns für die internationale Wettbewerbsfähigkeit
2832 des Wirtschaftsstandorts Deutschland ein. Leistungsfähige Häfen und Flughäfen
2833 sind für das Exportland Deutschland von strategischer Bedeutung. Denn unser
2834 Wohlstand hängt wesentlich vom Handel mit anderen Ländern ab. Häfen und
2835 Flughäfen sichern unseren Zugang zu den internationalen Märkten. Kapazitäts-
2836 beschränkungen lehnen wir deshalb ab. Branchenbezogene Steuern- und Ge-
2837 bühren müssen sich am europäischen Niveau orientieren und dürfen nicht zu ei-
2838 ner Benachteiligung deutscher Standorte führen. Der freie Zugang zu den Fi-
2839 nanz- und Kapitalmärkten ist essentiell für die deutsche Wirtschaft. Der Finanz-
2840 platz Deutschland steht in einem intensiven globalen Wettbewerb. Einseitige Be-
2841 lastungen und nationale Alleingänge lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir auf
2842 die Weiterentwicklung europäischer und weltweit gültiger Regulierungsstandards.
2843 Die sichere Rohstoffversorgung ist grundlegend für unser Land. Wir wollen des-
2844 halb weitere internationale Rohstoffpartnerschaften abschließen und zugleich
2845 Handelshemmnisse abbauen. Mit Blick auf die wirtschaftliche Gewinnung heimi-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 77

2846 scher Bodenschätze, wollen wir die notwendige Investitions- und Planungssicher-
2847 heit schaffen. Wichtige Beiträge zur Versorgungssicherheit können auch Innova-
2848 tionen zur Ressourceneffizienz und zur Nutzung nachwachsender Rohstoffe in
2849 der Bioökonomie leisten. Entsprechende Ansätze in Forschung und Entwicklung
2850 wollen wir daher gezielt voranbringen.

2851 **Anspruch auf verbindliche Auskunft im Steuerrecht**

2852 Wir Freie Demokraten wollen durch einen Anspruch auf verbindliche Auskünfte
2853 im Steuerrecht durch die Finanzverwaltung zukünftig wirklich Rechtssicherheit
2854 schaffen. Im Vordergrund muss stehen, dass Bürger oder Unternehmer durch die
2855 verbindliche Auskunft die steuerlichen Folgen einer geplanten wirtschaftlichen
2856 Entscheidung mit möglichst wenig Aufwand, innerhalb einer angemessenen Zeit
2857 und sicher im Vorherein absichern kann.

2858 **Klare internationale Regeln für fairen Steuerwettbewerb**

2859 Wir Freie Demokraten wollen, dass alle Unternehmen – auch und gerade große
2860 internationale Unternehmen – selbstverständlich ihren Beitrag zur Finanzierung
2861 des Gemeinwesens leisten. Heute ist es so, dass gerade internationale Konzerne
2862 das internationale Steuerrecht zu aggressiver Steuerplanung ausnutzen. Wir set-
2863 zen uns dafür ein, dass sowohl auf internationaler Ebene der Gruppe der zwan-
2864 zig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) als auch auf Ebene der Eu-
2865 ropäischen Union Konzepte entwickelt werden, die eine faire Besteuerung für al-
2866 le Unternehmen sicherstellen, den Standort Deutschland aber nicht gefährden.

2867 **Generationengerechtigkeit**

2868 Eine Politik, die rechnen kann, hat nicht nur das Heute im Blick. Politik auf
2869 Pump, die heute Wahlgeschenke verteilt, die die Generationen von morgen be-
2870 zahlen müssen, ist ungerecht. Haushalten wir generationengerecht!

2871 **Einführung einer Generationenbilanzierung von Gesetzen**

2872 Wir Freie Demokraten wollen, dass die zukünftigen Generationen entlastet wer-
2873 den. Deshalb wollen wir die Nachhaltigkeitsprüfung von Gesetzen anhand von
2874 Nachhaltigkeitsindikatoren stärken, parlamentarisch effektiv verankern und durch
2875 eine Generationenbilanzierung ergänzen. Dabei werden Leistungen der Gesell-
2876 schaft für nachfolgende Generationen den Lasten gegenübergestellt: Etwa Aus-
2877 gaben für Bildung, Infrastruktur und soziale Sicherheit auf der Haben-Seite und
2878 Belastungen durch Staatsverschuldung, Pensionslasten und Verpflichtungen aus
2879 Generationenverträgen auf der Soll-Seite. Dies schafft Transparenz, vor allem,
2880 weil auch die impliziten Schulden erfasst werden, also zukünftige Zahlungsver-
2881 pflichtungen durch zugesagte staatliche Leistungen. Die Generationenbilanzie-
2882 rung trägt somit zu einer nachhaltigen Finanzplanung bei und soll deshalb bei
2883 der Gesetzesfolgeabschätzung genutzt werden. Die Umstellung auf die doppelte

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 78

2884 Buchführung in Kommunen und öffentlich-rechtlichen Körperschaften (Doppik) in
2885 den Haushalten der Länder und des Bundes ist hier ein erster wichtiger Schritt.

2886 **Schuldenbremse 2.0**

2887 Wir Freie Demokraten wollen eine „Schuldenbremse 2.0“ für die Sozialversiche-
2888 rungssysteme im Grundgesetz verankern. Denn Leistungen von gesamtgesell-
2889 schaftlichem Interesse dürfen nicht weiter zu hohen Beiträgen für die Beitrags-
2890 zahlenden führen. Eine „Schuldenbremse 2.0“ soll festschreiben, dass versiche-
2891 rungsfremde Leistungen künftig vollständig aus dem Bundeshaushalt und nicht
2892 mehr aus den Sozialversicherungskassen finanziert werden. Dies ist notwendig,
2893 um die nachhaltige Finanzierung der Sozialversicherungssysteme zu sichern.
2894 Denn diese werden durch viele versicherungsfremde Leistungen belastet. Dazu
2895 zählen Leistungen an nicht versicherte Personen, nicht durch Beiträge gedeckte
2896 Leistungen an Versicherte oder auch Leistungen, die nicht dem Zweck der jewei-
2897 ligen Sozialversicherung entsprechen. Zugleich wollen wir verhindern, dass die
2898 bisherige Schuldenbremse durch einen Griff in die Sozialkassen umgangen wird,
2899 indem zusätzliche soziale Leistungen dort versteckt werden. Dabei streben wir
2900 keine generelle Kürzung der Leistungen an, sondern fordern deren korrekte Zu-
2901 ordnung: Allgemeine sozialpolitische Aufgaben sollen direkt dem Bundeshaushalt
2902 zugeordnet werden. Bestimmte versicherungsfremde Leistungen können auch
2903 weiter von den Sozialversicherungsträgern ausgezahlt werden, zum Beispiel um
2904 Bürokratie zu vermeiden. Im Gegenzug muss der Bund ihnen aber die Kosten
2905 hierfür vollständig aus Bundesmitteln erstatten.

2906 **Beendigung der Niedrigzinspolitik der EZB**

2907 Aus Sicht der Freien Demokraten muss die Niedrigzinspolitik so schnell wie
2908 möglich zurückgeführt werden. Denn sonst gibt es keine Anreize, Strukturrefor-
2909 men voranzutreiben und das Schuldenmachen zu beenden. Der Grund für die
2910 Niedrigzinspolitik liegt vor allem am niedrigen Wachstum in der EU, das auf die
2911 massive Reformabstinenz in Europa zurückzuführen ist.

2912 **Neustart in der Energiewende**

2913 Eine Politik, die rechnen kann, bringt das Wünschenswerte mit dem Machbaren
2914 in Einklang. Die Energiewende ist das genaue Gegenbeispiel dazu: Das Wün-
2915 schenswerte wird ohne Rücksicht auf das Machbare verfolgt, ohne dass es dabei
2916 erreicht würde. Wagen wir also einen Neustart bei der Energiewende!

2917 **Vollendung des europäischen Energiebinnenmarktes**

2918 Wir Freie Demokraten wollen die Energiewende zu einem gesamteuropäischen
2919 Projekt machen, in dessen Zentrum die Ziele Wirtschaftlichkeit, Versorgungssi-
2920 cherheit und Umweltschutz stehen. Dazu müssen die Liberalisierung des Energie-
2921 binnenmarktes abgeschlossen und der transeuropäische Netzausbau gestärkt

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 79

2922 werden. Strom soll dort produziert werden, wo die Standortbedingungen die ge-
2923 ringsten Kosten erlauben. Der EU-Emissionshandel als marktwirtschaftliches
2924 Steuerungsinstrument zur kosteneffizienten Vermeidung von Emissionen muss
2925 gestärkt aus der bevorstehenden Reform hervorgehen und auf weitere Sektoren
2926 (zum Beispiel Wohnen und Verkehr) ausgedehnt werden.

2927 **Wettbewerb und Marktwirtschaft für den Energiemix der Zu-** 2928 **kunft**

2929 Wir Freie Demokraten setzen uns für einen vielfältigen Energiemix ein und ste-
2930 hen neuen Technologien dabei offen gegenüber, auch wenn auf fossile Energie-
2931 träger auf absehbare Zeit nicht verzichtet werden kann. Erneuerbare Energien
2932 sind für uns ein wichtiges Element im Energiemix der Zukunft. Sie haben auf
2933 dem deutschen Strommarkt bereits einen Anteil von rund 30 Prozent. Damit ist
2934 das Ziel des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), die Markteinführung erneu-
2935 erbarer Energien zu erreichen, längst umgesetzt. Viele Bestandsanlagen und
2936 Neubauprojekte können an geeigneten Standorten heute ohne Subventionen
2937 wirtschaftlich betrieben werden. Auch für die erneuerbaren Energieträger müssen
2938 in Zukunft die Regeln des Marktes mit allen Chancen und Risiken gelten. Denn
2939 nachhaltige und subventionsfreie Geschäftsmodelle lassen sich nur im technolo-
2940 gieneutralen Wettbewerb unter marktwirtschaftlichen Bedingungen durchsetzen.
2941 Deshalb sollen künftig nicht Gesetze und durch die Politik festgelegte Ausbauzie-
2942 le darüber entscheiden, mit welchem Energieträger und welcher Technologie zur
2943 Energieversorgung beigetragen wird. Anstelle weit in eine ungewisse Zukunft ge-
2944 planter Ausbauziele für erneuerbare Energieträger soll das Auswahlverfahren
2945 des Marktes die Leitplanken der Investitionen in Netz und Kraftwerkskapazitäten
2946 setzen. Das Tempo beim Zubau der erneuerbaren Energien muss mit dem Aus-
2947 baustand der Übertragungs- und Verteilnetze in einem zusammenwachsenden
2948 europäischen Energiebinnenmarkt sowie der Entwicklung von Speicher- und
2949 Steuerungstechniken zusammenpassen. Deshalb wollen wir das Dauersubventi-
2950 onssystem des EEG mit Einspeisevorrang und -vergütung beenden. Anlagen mit
2951 Förderzusage genießen Bestandschutz.

2952 **Wirtschaftlich tragfähiger Ausbau der Stromnetze**

2953 Wir Freie Demokraten sind für einen wirtschaftlich tragfähigen Netzausbau, der
2954 die Interessen der Bürgerinnen und Bürger aber auch der Unternehmen an hoher
2955 Versorgungssicherheit und niedrigen Strompreisen in einem europäischen Strom-
2956 binnenmarkt fördert. Mit dem Ausstieg aus der Kernenergienutzung und dem ra-
2957 santen Ausbau der erneuerbaren Energieträger hat sich die Belastung der Strom-
2958 netze erheblich erhöht. Wird jetzt nicht gehandelt, steigen die Kosten der Ener-
2959 giewende noch weiter. Für das bestehende Angebot an erneuerbaren Energien
2960 müssen Netzengpässe vor allem durch neue Leitungen und verbesserte Techno-
2961 logien (zum Beispiel Digitalisierung) beseitigt werden. Um künftig steigende Kos-
2962 ten zu vermeiden, müssen erneuerbare Energien besser, das heißt verbrauchs-
2963 und kapazitätsgerecht in den Markt integriert werden. Im Sinne des Verursacher-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 80

2964 prinzipis fordern wir für alle Energieerzeuger mehr Verantwortung für die Netzsta-
2965 bilität. Das jetzige System der Netzfinanzierung muss reformiert werden, damit
2966 Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen endlich entlastet werden. Auch
2967 beim Netzausbau sind die Belastungen auf das unvermeidbare Maß zu reduzie-
2968 ren. So wollen wir die Bürgerinnen und Bürger zum Beispiel bei der Netzumlage
2969 entlasten. Dazu sollen die Betreiber von Erzeugungsanlagen die Kosten für den
2970 Netzanschluss (zumindest teilweise) tragen.

2971 **Windkraftanlagen brauchen öffentliche Akzeptanz**

2972 Wir Freie Demokraten wollen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in der
2973 Energiepolitik unterstützen. Vor allem die Energieerzeugung durch Windkraftanla-
2974 gen stößt bei immer mehr Menschen auf Widerstand, weil damit oftmals eine
2975 drastische Einschränkung der Lebensqualität für die Anwohnerinnen und Anwoh-
2976 ner sowie massive Eingriffe in die Natur und das Landschaftsbild verbunden
2977 sind. Deshalb sind die gesetzlichen Mindestanforderungen an die Errichtung sol-
2978 cher Anlagen so zu ändern, dass bei zunehmender Größe von Windkraftanla-
2979 gen und einer damit verbundenen stärkeren Belastung auch der Abstand zur
2980 nächsten Wohnbebauung, zu Brutstätten etc. entsprechend steigt. Das sehen wir
2981 mit der sogenannte 10H-Regel gewährleistet: Hier beträgt der Abstand zur
2982 Wohnbebauung mindestens das Zehnfache der Gesamthöhe der Windkraftanla-
2983 ge. Außerdem sollen sich die Abstandsgrenzen zu Brutstätten und Nahrungsha-
2984 bitaten gefährdeter Vogelarten verbindlich nach den Empfehlungen der Länderar-
2985 beitsgemeinschaft der Vogelschutzarten richten (Helgoländer Papier). Die beson-
2986 dere baurechtliche Privilegierung von Windkraftanlagen im Außenbereich soll
2987 entfallen.

2988 **Klimaverträglichkeit und Effizienz**

2989 Der Schutz des Klimas ist zu wichtig, um in bürokratisch und planwirtschaftlich
2990 anzugehen. Trotzdem dominieren diese Strategien mit verheerenden Folgen: Die
2991 Kosten laufen aus dem Ruder, ohne dass es zu angemessenen Erfolgen kommt.
2992 Ändern wir die Strategie in Richtung Marktwirtschaft!

2993 **Weltweite Klimaschutzpolitik**

2994 Wir Freie Demokraten treten für eine vernünftige, international abgestimmte Po-
2995 litik auf Basis des Klimaschutzabkommens von Paris ein und lehnen nationale Al-
2996 leingänge ab. Wir wollen den Emissionshandel als globales Klimaschutzinstru-
2997 ment weiterentwickeln und dafür internationale Kooperationspartner gewinnen.
2998 Das wird uns nur gelingen, wenn wir uns langfristig realistische Ziele setzen und
2999 auf unnötige Markteingriffe verzichten. Technisch gibt es viele Wege das Klima
3000 zu schützen. Aus unserer Sicht sind alle gesellschaftlich akzeptierten Technologi-
3001 en und Energieträger gleichermaßen geeignet, die sich marktwirtschaftlich be-
3002 haupten können und eine sichere Energieversorgung gewährleisten. Daher leh-
3003 nen wir auch auf Ebene der Europäischen Union technische Auflagen zur Treib-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 81

3004 hausgasminderung ab und treten für einen Verzicht auf Subventionen für Ver-
3005 meidungstechnologien ein.

3006 **Stärkung des EU-Emissionshandel für den Klimaschutz**

3007 Wir Freie Demokraten wollen mit dem EU-Emissionshandel als zentralem
3008 Steuerungsinstrument im Klimaschutz die Innovationskraft der Märkte nutzen. Wir
3009 Freie Demokraten wollen mit dem EU-Emissionshandel als zentralem Steuer-
3010 rungsinstrument im Klimaschutz die Innovationskraft der Märkte nutzen, zunächst
3011 in der EU, so schnell wie möglich weltweit. Bis heute hat die deutsche Energie-
3012 wende mehr als 150 Milliarden Euro gekostet, ohne dass es zu einer wirklichen
3013 Reduzierung der Emissionen gekommen wäre. Eine Unzahl von Klimaschutzzie-
3014 len und -instrumenten für unterschiedliche Lebensbereiche und Branchen verteu-
3015 ern den Klimaschutz unnötig und blockieren die Mittel für alternative Optionen
3016 der Treibhausgasreduzierung. Bessere Impulsgeber für klimafreundliche Innova-
3017 tionen sind ein weltweiter Preis für CO₂-Emissionen, langfristig verlässliche
3018 Emissionsziele und unternehmerische Flexibilität beim Handel mit den Emissions-
3019 zertifikaten. Deshalb wollen wir als ersten Schritt den EU-Emissionshandel durch
3020 eine Ausweitung auf weitere Sektoren stärken und damit fit für zukünftige Ko-
3021 operationen mit anderen internationalen Emissionshandelssystemen machen.
3022 Gleichzeitig lehnen wir Eingriffe in die Preisbildung am Markt für Emissionszertifi-
3023 kate wie etwa Mindestpreise ab. Mit den Erlösen aus der Versteigerung der
3024 Emissionszertifikate sollen keine Subventionstöpfe gefüllt werden.

3025 **Stromsteuer senken**

3026 Wir Freie Demokraten wollen die Stromverbraucherinnen und -verbraucher ent-
3027 lasten und deshalb die Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau absen-
3028 ken. Heute macht die Stromsteuer einen erheblichen Anteil des Strompreises
3029 aus. Die Stromsteuer sollte das Klima schützen und die Rente finanzieren. Bei-
3030 des hat sich als Illusion erwiesen. Stromeinsparungen durch hohe Strompreise
3031 bewirken unter den Bedingungen des europäischen Emissionshandels keine
3032 Treibhausgasminderungen. Für eine nachhaltige Finanzierung der Rente ist eine
3033 vernünftige Rentenreform nötig, kein Stopfen der Finanzierungslöcher durch die
3034 Stromsteuer.

3035 **Für den Wettbewerb neuer Technologien**

3036 Wir Freie Demokraten stehen neuen Technologien gerade auch im Klimaschutz
3037 offen gegenüber. Niemand kann heute sagen, wie die Energieversorgung in 50
3038 Jahren aussehen wird. Daher lehnen wir langfristige Pläne, mit denen für jeden
3039 Wirtschaftssektor spezifische Emissionsziele mittels restriktiver Vorgaben umge-
3040 setzt werden sollen, grundsätzlich ab. Dauersubventionssysteme wie das Erneuer-
3041 bare Energien Gesetz (EEG) behindert die Durchsetzung neuer Ideen und
3042 müssen deshalb abgeschafft werden. Wir Freie Demokraten wollen die Potentia-
3043 le der energietechnischen und energiewirtschaftlichen Verknüpfung von Strom,

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 82

3044 Wärme, Mobilität und Rohstoffen sowie deren Infrastrukturen („Sektorkopplung“)
3045 bei der Reduzierung von Treibhausgasemissionen marktwirtschaftlich nutzen. Wir
3046 lehnen eine planwirtschaftliche Umsetzung durch die Bundesregierung ab. Denn
3047 wir sehen in staatlicher Investitionslenkung, wie beispielsweise der zwangswei-
3048 sen Einführung von Elektroautos durch ein Verbot von Verbrennungsmotoren,
3049 keine geeignete Klimaschutzstrategie. Auch die Digitalisierung im Energiemarkt
3050 muss mit marktwirtschaftlichen Prinzipien statt staatlichem Zwang vorangetrieben
3051 werden. Intelligente Stromzähler sind derzeit Voraussetzung für lastabhängige
3052 Stromtarife. Sie helfen Angebot und Nachfrage besser zu steuern und ermögli-
3053 chen zugleich Kosteneinsparungen bei den Kunden. Bei der Einführung intelli-
3054 genter Stromzähler sind hohe Datenschutzstandards strikt zu beachten. Auch
3055 hier gilt: Nachhaltige und subventionsfreie Geschäftsmodelle lassen sich nur im
3056 technologieneutralen Wettbewerb unter marktwirtschaftlichen Bedingungen durch-
3057 setzen. Nur in neuen Technologien die am Markt bestehen, stecken wirtschaftli-
3058 che Chancen und neue Beschäftigungsfelder. Und auch Möglichkeiten für eine si-
3059 chere Energieversorgung, eine effizientere Energienutzung und für reduzierte
3060 Treibhausgasemissionen.

3061 **Keine Alleingänge in der Klimapolitik ohne Nutzen**

3062 Wir Freie Demokraten wollen, dass Energiepolitik nicht zur Verbotspolitik wird.
3063 Heute werden den Menschen die Ziele der Energiepolitik mit immer neuen Vor-
3064 schriften, Subventionen und Zwangsabgaben aufgezwungen. Wir wollen markt-
3065 wirtschaftliche Anreize und keine Verzichts- und Verbotsideologie mit staatlicher
3066 Gängelung. Nationale Alleingänge wie den Klimaschutzplan 2050 lehnen wir ab.
3067 Er schreibt für einzelne Sektoren in Deutschland konkrete Einsparziele vor, ohne
3068 einen wesentlichen Klimaeffekt zu haben. Damit verteuert er das Leben der
3069 Menschen und gefährdet Arbeitsplätze. Mit solcher planwirtschaftlichen Bevor-
3070 mundung nehmen wir uns die notwendige Offenheit für den technischen Fort-
3071 schritt. Zudem sind gemeinsame europäische Klimaziele festgelegt. Das heißt,
3072 dass jede Tonne in Deutschland zusätzlich gespartes CO₂ in anderen europäi-
3073 schen Ländern zusätzlich ausgestoßen werden kann. Alleingänge Deutschlands
3074 in der Klimapolitik sind also ökologisch wirkungslos. Daher müssen die Klimaziele
3075 Deutschlands wieder an die gemeinsamen europäischen Ziele angeglichen wer-
3076 den.

3077 **Ein unkomplizierter Staat**

3078 Das Leben ist schon kompliziert genug. Da braucht niemanden einen Staat, der
3079 es komplizierter als nötig macht. Deshalb setzen wir uns für einen Perspektiv-
3080 wechsel in der Politik ein: Die Dinge sollen künftig nicht so geregelt werden,
3081 dass sie es den Behörden so einfach wie möglich machen, ihre Ziele zu errei-
3082 chen. Die Dinge sollen künftig so regelt werden, dass sie es den Bürgern so ein-
3083 fach wie möglich machen, ihre Ziele im Rahmen der Gesetze zu erreichen.

3084 **Effiziente und unkomplizierte Verwaltung**

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 83

3085 Ein unkomplizierter Staat macht es Menschen und Unternehmen einfach. Er
3086 spart Zeit, Nerven und Behördengänge. Machen wir Deutschland unkompliziert!

3087 **Bürokratieabbau durch Ausbau der Behörden zu** 3088 **One-Stop-Shops**

3089 Wir Freie Demokraten wollen den Menschen den Umgang mit Behörden erleich-
3090 tern und diese konsequent zu One-Stop-Shops ausbauen. Bürger und Unterneh-
3091 men sollen nicht mehr zu verschiedenen Behörden müssen, um etwas zu erledigen,
3092 sondern nur noch zu einem Anlaufpunkt, an dem alles nötige erledigt werden
3093 kann – am besten online. So müssen alle Daten nur einmal erfasst werden
3094 und vormals unterschiedliche Anmeldevorgänge bei unterschiedlichen Stellen
3095 werden synchronisiert. Daher fordern wir die Ausweitung der sogenannten Ein-
3096 heitlichen Stelle. Dafür sollen die einheitlichen Ansprechpartner nach der Dienst-
3097 leistungsrichtlinie (2006/123/EG) auf alle Verwaltungsbereiche ausgedehnt wer-
3098 den. Dafür muss die IT-Infrastruktur des öffentlichen Sektors in Deutschland dyn-
3099 amisch fortentwickelt werden. Dazu gehört die Konsolidierung der IT-Strukturen
3100 und die weitere Digitalisierung der Verwaltungsprozesse in den Behörden sowie
3101 zwischen den Behörden, Bürgern und der Wirtschaft. Die mittelständische
3102 IT-Wirtschaft ist dabei wegen ihrer hohen Innovationsfähigkeit und ihrer ord-
3103 nungspolitischen Bedeutung besonders zu berücksichtigen.

3104 **Einführung des "Once-Only"-Prinzips**

3105 Wir Freie Demokraten fordern, dass Unternehmen Informationen, die sie an Be-
3106 hörden weitergeben, nur einmal übermitteln müssen, wenn sie das wollen. Gerade
3107 für kleine und mittelständische Unternehmen nehmen Formulare und Verwal-
3108 tung einen unnötig hohen Teil ihrer kostbaren Zeit ein. Verschärft wird dieser
3109 Zeit-Killer noch, wenn die gleichen Informationen von unterschiedlichen verlangt
3110 werden. Daher fordern wir mehr Transparenz bei den Behörden untereinander:
3111 Wenn Unternehmen Informationen einmal weitergegeben haben, sollen die Be-
3112 hörden in ihrem Auftrag auch für die Weitergabe an weitere relevante Stellen
3113 sorgen („Once-Only“-Prinzip). Für die Weitergabe sensibler Daten muss es natür-
3114 lich angemessene Regelungen geben, welche Informationen zu welchem Zweck
3115 weitergegeben werden darf. Wenn Arbeitgeber per Gesetz zur Herausgabe von
3116 Daten verpflichtet sind, muss dies auf die für Arbeitgeber unbürokratischste Art
3117 möglich sein. Bereits heute werden die vielen elektronischen Verfahren zwischen
3118 Arbeitgebern und den Behörden dadurch erschwert, dass Arbeitnehmer der elek-
3119 tronischen Übermittlung der Daten widersprechen können. Das heißt, Arbeitgeber
3120 müssen Papierformulare ausfüllen, wenn Arbeitnehmer dies möchten, obwohl be-
3121 reits elektronische Verfahren existieren. Das konterkariert die erhofften Vorteile
3122 der elektronischen Datenübertragung. Die Einschränkung muss daher bei der
3123 Auskunftspflicht liegen, nicht bei der Art der Datenübertragung.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 84

3124 **Innovationsprinzip zusätzlich zum Vorsorgeprinzip bei politi-** 3125 **sch en Entscheidungen**

3126 Wir Freie Demokraten wollen, dass für politische Entscheidungen das Innovati-
3127 onsprinzip ergänzend zum Vorsorgeprinzip gilt. Das bedeutet, dass bei der Fol-
3128 genabschätzung nicht nur auf mögliche Risiken einer Maßnahme geschaut wird.
3129 Genauso intensiv muss ermittelt werden, welche Chancen verloren gehen, wenn
3130 man die Maßnahme unterlässt.

3131 **Vereinfachung der Dokumentationspflichten beim Mindest-** 3132 **lohn**

3133 Wir Freie Demokraten fordern eine Vereinfachung der Dokumentationspflichten
3134 beim Mindestlohn. Zum 1. Januar 2015 wurde in Deutschland der flächende-
3135 ckende Mindestlohn eingeführt. Die Gesetzgebung bürdet den Arbeitgebern dabei
3136 bürokratische Lasten auf, die in vielen Bereichen noch weit schwerer wiegen als
3137 die zusätzlichen Lohnkosten. Die Dokumentationspflichten führen besonders bei
3138 kleinen und mittelständischen Unternehmen zu einem Papierkrieg. Der damit ver-
3139 bundene Kontrollzwang verhindert eine flexible Gestaltung des Arbeitsalltags. So
3140 werden zum Beispiel Home-Office Lösungen gesetzlich erschwert.

3141 **Bürokratieabbau durch "one in, two out"-Prinzip bei der Ge-** 3142 **setzung**

3143 Wir Freie Demokraten wollen die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger und
3144 Betriebe durch zu viel Regulierung abbauen. Dazu schlagen wir eine zeitliche
3145 Begrenzung von Gesetzen sowie das „one in, two out“-Prinzip vor. Neue Rege-
3146 lungen sollen nur dann verabschiedet werden, wenn zugleich in doppeltem Um-
3147 fang Folgekosten an anderer Stelle zurückgeführt werden. Außerdem sollen
3148 neue Regelungen ein Ablaufdatum erhalten, damit überprüft werden kann, ob sie
3149 sich bewähren.

3150 **Digitalisierung richtig nutzen**

3151 Ein unkomplizierter Staat nutzt alle Möglichkeiten, die sich durch die Digitalisie-
3152 rung bieten, um für seine Bürger schneller, anwendungsfreundlicher und günsti-
3153 ger zu werden. Legen wir endlich los damit!

3154 **Einführung eines Digitalministeriums**

3155 Wir Freie Demokraten fordern die Einführung eines Digitalministeriums. Digitali-
3156 sierung ist eine der zentralen Herausforderungen der Gegenwart. Das macht sie
3157 zu einer komplexen Querschnittsaufgabe. Wir wollen das Kompetenzgerangel
3158 zwischen fünf Ministerien in Sachen Digitalisierung beenden. Wir setzen uns da-
3159 für ein, dass die Fäden in einer Hand zusammenlaufen. Diese Synergieeffekte
3160 führen zu einer schlankeren und effizienteren Regierung.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 85

3161 **Flächendeckendes Glasfasernetz**

3162 Wir Freie Demokraten wollen überall in Deutschland hochleistungsfähiges Inter-
3163 net durch flächendeckende Gigabit-Infrastrukturen sowohl im Festnetz als auch
3164 beim Mobilfunk. Glasfaser überträgt bereits heute Daten deutlich schneller als die
3165 weit verbreiteten Kupferkabel. Selbst wenn Kupferkabel mittels des sogenannten
3166 Vectoring nachgerüstet werden, erreichen sie nicht annähernd die Übertragungs-
3167 geschwindigkeit von Glasfaser. Der Ausbau soll in Regions-Clustern ausgeschrie-
3168 ben werden, sodass ein Ausbau auch im ländlichen Raum attraktiv ist. Alle Pro-
3169 vider müssen Kapazitäten auf neuen Glasfaserleitungen mieten können. Dies er-
3170 möglicht echten Wettbewerb bis an die Grundstücke bei gleichzeitiger Refinan-
3171 zierung über die kommenden Jahrzehnte.

3172 **Digitale Infrastruktur auf dem neuesten Stand**

3173 Wir Freie Demokraten wollen die digitale Infrastruktur – privater und staatlicher
3174 Stellen – auf den neuesten Stand der Technik bringen und effektiv schützen. Der
3175 unbefugte Zugriff auf persönliche Daten durch Dritte ist nicht nur ein Schaden für
3176 das betroffene Unternehmen, sondern vor allem auch für die betroffenen Kun-
3177 den. Daher setzten wir uns für eine Haftung des Anbieters bei Fahrlässigkeit ein,
3178 wenn zum Beispiel nicht der Stand der Technik verwendet wurde. Wir Freie De-
3179 mokraten fordern ein Grundrecht auf Verschlüsselung. Die Weiterentwicklung
3180 von Verschlüsselungstechnologien, der Sicherheit von Speichersystemen und
3181 von qualifizierten Zugriffs- und Berechtigungslogiken muss hierzu stärker voran-
3182 getrieben werden. Gesetzliche Beschränkungen oder Verbote kryptographischer
3183 Sicherungssysteme lehnen wir genauso wie den Einsatz von Backdoors und die
3184 staatliche Beteiligung an digitalen Grau- und Schwarzmärkten ab.

3185 **Freies WLAN im öffentlichen Raum**

3186 Wir Freie Demokraten möchten mehr freies WLAN in öffentlichen Räumen, Ge-
3187 bäuden und dem öffentlichen Nahverkehr ermöglichen. Soweit europäisches
3188 Recht es zulässt, sollen WLAN Betreiber für Urheberrechtsverletzungen nicht
3189 mehr als Störer in Haftung genommen werden, die von Nutzern begangen wur-
3190 den. Wir setzen uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass Betreiber von
3191 WLAN für die Unterlassung und Beseitigung von Rechtsverletzungen der Nutzer
3192 nicht mehr in Anspruch genommen werden.

3193 **Nutzerfreundliche Identifizierung mit dem Personalausweis**

3194 Für uns Freie Demokraten muss jeder am digitalisierten Leben teilhaben kön-
3195 nen – sicher und unkompliziert. Wir wollen den Personalausweis weiter entwi-
3196 ckeln zu einer nutzerfreundlichen digitalen Identifizierung. Ob gegenüber Behör-
3197 den, im Gesundheitswesen, im Austausch mit Banken, Unternehmen oder der
3198 Nutzer untereinander – überall soll eine sichere, digital nachweisbare Identifizie-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 86

3199 rung zum Einsatz kommen können. Sie könnte alle anderen Berechtigungskarten
3200 und Identitätsnachweise ersetzen.

3201 **E-Health**

3202 Ein gutes Gesundheitssystem ist buchstäblich Lebensqualität. Viele Chancen
3203 bleiben hier bislang ungenutzt, weil wir Potenziale der Digitalisierung durch
3204 „E-Health“ nicht heben. Nutzen wir die Chance und machen unserer Gesund-
3205 heitssystem unkomplizierter und smarter zugleich!

3206 **Ausbau digitaler Gesundheitsdienstleistungen**

3207 Wir Freie Demokraten setzen uns für den weiteren Ausbau digitaler Gesund-
3208 heitsdienstleistungen und für verbesserte Rahmenbedingungen für eine sichere
3209 Digitalisierung des Gesundheitssystems ein, die sich an den Bürgerinnen und
3210 Bürgern als dessen Nutzerinnen und Nutzer orientiert. Denn digitale Dienstleis-
3211 tungen sorgen für ein effizienteres, schnelleres und sichereres Gesundheitssys-
3212 tem. Sogenannte E-Health-Systeme, bei denen relevante Daten gesammelt und
3213 nutzbar gemacht werden, bieten eine Vielzahl von Möglichkeiten, um Verbesse-
3214 rungen im Gesundheitswesen einzuführen. Diese Systeme ermöglichen bei einer
3215 dezentralen Speicherung beim und in der Verfügungsgewalt des jeweiligen Bür-
3216 gers und der jeweiligen Bürgerin den schnellen Zugriff im Notfall, soweit dies
3217 auch von den Patientinnen und Patienten gepflegt und gewünscht wird. Zum
3218 Dienst am Menschen gehört auch der Schutz seiner Daten. Der Staat muss die
3219 Hoheit des Einzelnen über seine Daten stets gewährleisten. Patientinnen und Pa-
3220 tienten bestimmen über ihre Daten und wer wann wie lange und für welchen
3221 Zweck darauf zugreifen darf. Daher ist auch jeder Zugriff zu dokumentieren, da-
3222 mit Missbrauchsversuche zügig geahndet werden können. Die Digitalisierung ver-
3223 bindet dabei das Ziel des Bürokratieabbaus mit der Entschlackung von Diagnos-
3224 tik-, Dokumentations- und Abstimmungsprozessen und erweitert Forschungsmög-
3225 lichkeiten zur Bekämpfung von Krankheiten. Dabei setzen wir uns für die techni-
3226 schen Möglichkeiten des freiwilligen, direkten und sicheren Datenaustauschs zwi-
3227 schen den Beteiligten im Gesundheitswesen bei Sicherung des höchstmöglichen
3228 Niveaus an Datenschutz und -sicherheit ein.

3229 **Ambulante Versorgung stärken**

3230 Wir Freie Demokraten wollen, dass die ambulante ärztliche Versorgung und die
3231 Niederlassung in eigener Praxis mit Übernahme einer langfristigen, wohnortna-
3232 hen Verantwortung für die Patientenversorgung wieder an Attraktivität gewinnt.
3233 Die niedergelassenen Haus- und Fachärzte sind die Basis der flächendeckenden
3234 und hochwertigen ambulanten ärztlichen Versorgung in unserem Land. Beson-
3235 ders die demografische Entwicklung und die Zunahme des Anteils älterer Men-
3236 schen erfordert ein gutes Angebot in diesem Bereich. Die ambulante ärztliche
3237 Versorgung und die Orientierung auf die häusliche Umgebung erleichtert zudem
3238 die Einbeziehung der Pflege und weiterer medizinischer Berufe. Hier steht der

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 87

3239 Patient im Mittelpunkt. Zentralisierte Versorgungsformen haben sich bisher nur
3240 punktuell als praktikabel erwiesen.

3241 **Bremsen beim Wohnungsbau lösen**

3242 Ein Staat, der die Dinge unnötig kompliziert macht, darf sich nicht wundern,
3243 wenn nichts mehr passiert. Kaum ein Lebensbereich wurde in den letzten Jahren
3244 so stark reguliert wie der Wohnungsbau. Die Folgen: Die Kosten steigen und es
3245 wird viel zu wenig gebaut. Lösen wir diese Bremsen und sorgen für mehr
3246 Wohnraum!

3247 **Mehr Wohnraum schaffen**

3248 Wir Freie Demokraten wollen die Wohnungsnot in deutschen Großstädten be-
3249 kämpfen. Mangel kann man aber nicht verwalten. Es muss schlicht mehr Wohn-
3250 raum her. Dazu wollen wir den Neubau von Wohnungen attraktiver machen und
3251 zum Beispiel die jährliche Abschreibungsrate für Gebäude von zwei auf drei
3252 Prozent erhöhen. Dies setzt Anreize zum Bauen, weil Investitionen schneller
3253 steuerlich geltend gemacht werden können.

3254 **Mietpreisbremse abschaffen**

3255 Wir Freie Demokraten wollen die sogenannte Mietpreisbremse abschaffen.
3256 Denn sie ist tatsächlich eine Wohnraumbremse, weil sie Investitionen in mehr
3257 Wohnraum verhindert. Gerade Privatpersonen überlegen sich im Moment genau,
3258 ob sich Investitionen noch lohnen. Dabei stellen sie laut der Gebäude- und Woh-
3259 nungszählung 2011 etwa zwei Drittel der Mietwohnungen bereit und wollen ge-
3260 wöhnlich auch keine horrenden Renditen erwirtschaften. Wenn sich die Vermie-
3261 tenden aus dem Markt zurückziehen, verknappt das Wohnungsangebot weiter.
3262 Die Chancen auf bezahlbaren Wohnraum werden dadurch nicht besser.

3263 **1:1-Umsetzung der EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie**

3264 Wir Freie Demokraten wollen die EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie so umset-
3265 zen, dass einzelne Verbrauchergruppen beim Neu- oder Umbau von Wohnei-
3266 gentum nicht unnötig benachteiligt werden. Denn die EU-Richtlinie sieht vor,
3267 dass der Wert eines Neu- oder Umbaus bei einer Prüfung der Kreditwürdigkeit
3268 ein entscheidendes Kriterium sein kann, statt allein auf das Einkommen des
3269 Schuldners zu schauen. Die deutsche Umsetzung klammert diese Möglichkeit
3270 aber aus. Gerade junge Familien vor einer Elternzeit oder Rentnerinnen und
3271 Rentner ziehen so den Kürzeren, wenn allein ihr Einkommen zur Berechnung
3272 herangezogen wird und sie deswegen keine Finanzierung mehr erhalten. Des-
3273 halb wollen wir die restriktiven Gesetzesvorschriften der Großen Koalition auf ei-
3274 ne 1:1 Umsetzung der EU-Richtlinie zurückführen.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 88

3275 **Zweckbindung der Bundesmittel zur Wohnungsbauförde-** 3276 **rung**

3277 Wir Freie Demokraten fordern eine Zweckbindung der Bundesmittel zur Woh-
3278 nungsbauförderung. Vor allem in deutschen Ballungsräumen fehlen tausende
3279 Wohnungen, der Bedarf wächst von Jahr zu Jahr. Um diesen Engpass zu be-
3280 kämpfen, stellt der Bund jährlich rund 500 Millionen Euro zur Verfügung. Anstatt
3281 damit die dringend benötigten Wohnungen zu bauen, versinken diese Gelder
3282 aber zum Teil in den Kassen der Länder und Städte. Wir fordern daher eine
3283 Zweckbindung der Bundesmittel: Geld, das zur Errichtung von Wohnungsbau
3284 zur Verfügung gestellt wird, muss auch dafür eingesetzt werden.

3285 **Nie genug gute Ideen**

3286 Gute Ideen kann man nie genug haben. Auch wir haben hier nur einen Teil un-
3287 serer Ideen für Deutschland darstellen können. Wir laden alle Bürgerinnen und
3288 Bürger in Deutschland dazu ein, diese und viele weitere Ideen mit uns zu disku-
3289 tieren. Sie alle finden sich auf fdp.de/themen.

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 89

Antrag S001

Betr.: Aufnahme bundesunmittelbarer Mitglieder

Antragsteller: Bundesvorstand der Freien Demokraten

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 **§ 3 Abs. 5 Bundessatzung wird wie folgt geändert:**
- 2 **1. § 3 Abs. 5 Satz 2 Bundessatzung:**
- 3 **Ersetze:** ... Bundesvorstandes, der...
- 4 **Durch:** ... Präsidiums, das ...
- 5 **2. Folgender Satz 3 wird neu angefügt:**
- 6 § 19 Absatz (3) findet keine Anwendung.

Begründung:

Bei Annahme der vorgeschlagenen Änderungen würde § 3 Abs. 5 Bundessatzung künftig wie folgt lauten:

„Die Mitgliedschaft kann in begründeten Ausnahmefällen auf Antrag auch unmittelbar bei der Bundespartei erworben werden. Diese Anträge bedürfen der Genehmigung des Präsidiums, das über sie im Benehmen mit dem zuständigen Landesverband entscheidet. § 19 Absatz (3) findet keine Anwendung.“

Mit der vorgeschlagenen Änderung wird eine eigene Zuständigkeit des Präsidiums für die Genehmigung von Anträgen auf bundesunmittelbare Mitgliedschaft begründet.

Aufgrund eines Beschlusses des Bundesvorstands wird diese Entscheidung bereits jetzt durch das Präsidium getroffen.

Allerdings ist diese gemäß § 19 Abs. 3 Bundessatzung dem Bundesvorstand bekannt zu machen und die Frist von einem Monat ab Bekanntgabe abzuwarten. Während dieser können mindestens drei Mitglieder des Bundesvorstandes beantragen, dass über die Genehmigung der bundesunmittelbaren Mitgliedschaft durch den Bundesvorstand Beschluss gefasst wird.

Den Mitgliedern des Antragstellers ist nicht erinnerlich, dass es seit der Einführung der bundesunmittelbaren Mitgliedschaft zu einer Befassung des Bundesvorstands gemäß § 19 Abs. 3 Bundessatzung kam. Dennoch ist stets die Frist von einem Monat einzuhalten.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 90

Zusammen mit der Wartezeit, die durch der Lage der Sitzungstermine des Präsidiums entstehen kann, ergibt sich auf diese Weise häufig ein Zeitraum von mehreren Monaten, bis ein Antragsteller Auskunft über die Genehmigung seiner bundesunmittelbaren Mitgliedschaft erhält.

Mit der vorgeschlagenen Änderung ließe sich dieser Zeitraum – ohne Schaden für die bisherige Genehmigungspraxis – um einen Monat verkürzen. Der Antrag steht damit im Einklang mit den Bestrebungen, den Aufnahmezeitraum auch auf Ebene der Gliederungen zu verkürzen.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 91

Stellungnahme des Bundessatzungsausschusses zum Satzungsänderungsantrag S001 zum ordentlichen BPT am 28. bis 30. April 2017

Betr.: Aufnahme bundesunmittelbarer Mitglieder

Der Antrag ist zulässig.

In der parteirechtlichen Literatur ist die Frage, ob dem Präsidium einer Partei eine eigene Beschlusskompetenz zukommt oder nicht, ungeklärt.

Weder ist eine Mehrheit für die eigenständige Wahrnehmung von Kompetenzen auf satzungsrechtlicher Basis auszumachen, noch für die gegenteilige Auffassung. Teilweise wird die Frage auch nicht erörtert, so dass hierin offenbar kein Problem gesehen wird.

In Anbetracht der geringen Anzahl von bundesunmittelbaren Mitgliedern (z.Zt. insgesamt 174, davon 93 Deutsche und 81 Ausländer) sowie der Häufigkeit der Antragstellung und der durchgängig durch den Bundesvorstand erteilten Genehmigungen in den letzten Jahren (2014: 8 Anträge, davon 3 Deutsche und 5 Ausländer; 2015: 4 Anträge, davon 2 Deutsche und 2 Ausländer; 2016: 11 Anträge, davon 3 Deutsche und 8 Ausländer), ist es rechtlich vertretbar, die alleinige Zuständigkeit für die Genehmigung von Anträgen auf bundesunmittelbare Mitgliedschaft dem Präsidium zu übertragen.

Anzahl, Häufigkeit und Bedeutung machen deutlich, dass es sich dabei nicht um eine dem Vorstand als Kerngeschäft der Geschäftstätigkeit allein vorbehaltenen Aufgabe handelt, sondern eher um eine dem laufenden Geschäft zuzuordnende und nach Häufigkeit und Bedeutung nachrangige Tätigkeit. Das Präsidium kann insoweit eigenständig Vorstandsaufgaben wahrnehmen, es ist kein „bloßes Hilfsorgan“ des Vorstandes (vgl. § 11 Abs. 4 Satz 1 PartG).

Da das Präsidium in der Regel häufiger tagt als der Bundesvorstand, ist die Neuregelung darüber hinaus auch geeignet, das in der FDP durchgängig bestehende Ziel, die Zeit zwischen Antragstellung auf Mitgliedschaft und Entscheidung hierüber deutlich zu verkürzen, umzusetzen.

Trotz der nach Auffassung des Bundessatzungsausschusses rechtlich vertretbaren Satzungsänderung sei darauf hingewiesen, dass mit der Neuregelung satzungsdogmatisch Neuland betreten wird, da bislang dem Präsidium außer der Möglichkeit des Einsetzens von Arbeitsgruppen (§ 22 Abs. 6 BS), keine weiteren eigenen Kompetenzen zur Letztentscheidung übertragen worden sind.

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 92

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 93

Antrag A100

Betr.: Einstieg zum Aufstieg – für eine moderne berufliche Bildung

Antragsteller: Bundesvorstand der Jungen Liberalen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Für uns Liberale zählt nicht, woher jemand kommt, sondern wohin er möchte.
2 Der individuelle soziale Hintergrund darf bei der persönlichen Entwicklung und
3 Ausbildung keine unüberwindbare Hürde darstellen. Der Staat schafft dann faire
4 Chancen, wenn er die soziale Mobilität erhöht, also insbesondere Aufstiegschan-
5 cen eröffnet und indem er die Durchlässigkeit nach oben verbessert. Wenn die
6 Aufzüge zwischen verschiedenen sozialen Schichten in einer Gesellschaft funk-
7 tionieren, werden Talent, Ehrgeiz und Anstrengung belohnt. Neben einem erfolg-
8 reichen Schulabschluss und der Möglichkeit ein Studium aufzunehmen, ist die
9 Absolvierung einer Berufsausbildung der Garant für eine selbstbestimmte Zu-
10 kunft – aber sie muss auch wieder der Einstieg für den Aufzug zum Aufstieg
11 sein.

12 Die deutsche Berufsausbildung genießt in der Welt einen exzellenten Ruf, wäh-
13 rend sie in Deutschland vor großen Herausforderungen steht. Sowohl die duale
14 Ausbildung als auch die vollzeitschulische Ausbildung mit ihren jeweiligen Ver-
15 knüpfungen von theoretischen und praktischen Elementen haben sich dabei be-
16 währt. Das deutsche Ausbildungssystem verbindet den Bildungs- und Arbeits-
17 markt, verringert die Jugendarbeitslosigkeit, ermöglicht die Ausbildung qualifizier-
18 ter, junger Fachkräfte und sorgt für die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit unse-
19 rer Wirtschaft. Gleichzeitig sinkt jedoch die Zahl der abgeschlossenen Ausbil-
20 dungsverträge ebenso wie die Zahl der Ausbildungsstellen und der Ausbildungs-
21 betriebe, während die Zahl der nicht besetzten Ausbildungsplätze steigt. Junge
22 Liberale wollen deshalb Hürden für junge Menschen vor, in und nach der Berufs-
23 ausbildung abbauen, die Ausbildung wieder – unabhängig vom Schulabschluss
24 – attraktiver machen und damit den Einstieg zum Aufstieg ermöglichen.

25 **Dafür setzen wir uns ein:**

26 **Einstieg erleichtern**

27 • Berufsschulen sollen genau wie Universitäten verschiedene Modelle für
28 die Schulgebühr anbieten. Darunter soll es für Berufsschüler auch immer
29 die Möglichkeit zu nachgelagerten Schulgebühren geben. Wir wollen wei-
30 terhin eine enge Kooperation zwischen Betrieb und Berufsschule gewähr-
31 leisten. Wir wollen eine ausbildungsplatznahe Beschulung, damit auch Aus-
32 bildungsplätze in kleineren Betrieben erhalten werden können und die

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 94

33 Fahrtwege für die Auszubildenden keine unüberwindbare Hürde darstellen.
34 Sind Ausbildungsplatz-nahe Schulen nicht möglich, setzen wir vermehrt auf
35 die Digitalisierung und E-Learning-Möglichkeiten.

36 • Analog zur allgemeinen Studierendenvertretung soll eine allgemeine Aus-
37 zubildendenvertretung die Möglichkeit bekommen, Auszubildenden Wohn-
38 heime und ÖPNV-Tickets anzubieten. Hierfür setzen wir vor allem auf
39 Selbstorganisation und Eigeninitiative der Auszubildenden. Auch Koopera-
40 tionen mit Studierendenvertretungen begrüßen wir ausdrücklich. Hierzu bö-
41 te sich unter anderem der Umbau von ehemaligen Kasernen und anderen
42 stillgelegten Objekten zu Wohneinrichtungen an. Ferner wollen wir ein Sys-
43 tem für ein bezahlbares Nahverkehrsticket für Auszubildende schaffen.

44 • Auszubildende, die aus finanziell schwierigen Verhältnissen kommen,
45 brauchen eine gesicherte finanzielle Grundlage. Deshalb müssen das
46 Schüler-BAföG und die Berufsausbildungsbeihilfe erhöht und zukünftig an
47 die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst werden.

48 • Viele kleine und mittlere Unternehmen können heute die Anforderungen
49 der Ausbildungsordnungen nicht komplett erfüllen. Hierbei wollen wir auch
50 das Zusammenwirken kleinerer Betriebe mit dem Ziel der Ausbildungsako-
51 operation fördern – insbesondere im ländlichen Raum. Die Organisation der
52 Berufsausbildung in Form eines Baukastensystems soll es ermöglichen,
53 dass auch kleinere Unternehmen Berufsausbildung anbieten können.

54 • Der Übergang von Schule und Beruf muss verbessert werden. Wir wollen,
55 dass die Schule junge Menschen auch verstärkt auf die Herausforderungen
56 des Lebens und des Arbeitsmarktes vorbereitet. Hierzu sollten Jugendliche
57 so früh wie möglich an praxisorientiertem Unterricht in der Schule und an
58 Praktika in Betrieben teilnehmen. Diese Programme sollen fester Bestand-
59 teil des Lehrauftrages jeder Schulform sein, um die Berufswahl zu erleich-
60 tern. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass die Einführung eines
61 flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns nicht dazu führt, dass Ju-
62 gendliche auf eine Berufsausbildung verzichten, um stattdessen einer Voll-
63 zeitbeschäftigung ohne Berufsausbildung nachzugehen.

64 **Jugendliche mitnehmen**

65 • Wir wollen das Prinzip „kein Abschluss ohne Anschluss“ verwirklichen.
66 Hierzu ist es erforderlich, möglichst alle Jugendliche zu einem Schulab-
67 schluss und zu einer Ausbildungsreife zu führen – in gemeinsamer Arbeit
68 mit dem Elternhaus, dem schulischen Umfeld und der Sozialarbeit. Jugend-
69 liche mit Haupt- und mittlerem Schulabschluss schaffen zudem immer sel-
70 tener nahtlos der Sprung von der Schule in die Ausbildung. Wir wollen ins-
71 besondere für diese jungen Menschen Lebenschancen und Perspektiven
72 schaffen – mit lokalen Netzwerken aus Schulen, Eltern, Wirtschaft, Indus-
73 trie- und Handelskammer, Kommunen und Vereinen, da insbesondere auch
74 persönliche Netzwerke eine Plattform zur Ausbildungsvermittlung bieten –
75 und die Ausbildungseignung der Jugendlichen verbessern können.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 95

- 76 • Wir wollen Jugendliche und Betriebe bei der Berufsausbildung unterstüt-
77 zen und eine Modularisierung der Ausbildung in bestimmten Ausbildungs-
78 berufen anstreben, die auch für leistungsschwächere Jugendliche eine Teil-
79 qualifizierung auf Basis der vorhandenen und verstärkt zu fördernden Res-
80 sourcen bietet. So wäre es zum Beispiel möglich, die Ausbildung mit wei-
81 terführenden Modulen zu einem späteren Zeitpunkt, nach einer längeren
82 Phase der Berufstätigkeit, fortzusetzen. Wir wollen ferner innerbetriebliche
83 Hilfs- und Unterstützungsangebote, auch mit sozialpädagogischem Hinter-
84 grund, sowie Modelle der assistierten Ausbildung ausbauen, um vorzeitigen
85 Ausbildungsabbrüchen entgegenzutreten.
- 86 • Die Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen mit schwierigem sozialen
87 Umfeld und von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist weiterhin unter-
88 durchschnittlich. Wir wollen die Ausbildungsbeteiligung insgesamt, aber ins-
89 besondere für diese Gruppe erhöhen. Hierzu ist es wichtig, lokale Netzwer-
90 ke aus Arbeitsagenturen, Geschäftsführern mit Migrationshintergrund, Inte-
91 grationslotsen, Ausbildungsberatern, Industrie- und Handelskammer, Verei-
92 nen sowie Kommunen zu initiieren.
- 93 • Wir begrüßen die umfassenden Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten,
94 die die berufsbildenden Schulen bieten. Hier werden Schulabschlüsse auf
95 allen Qualifikationsebenen erworben bzw. nachgeholt und die fachgebunde-
96 ne oder allgemeine Hochschulreife mit besonderem Qualifikationsprofil er-
97 langt. In den berufsbildenden Schulen werden Fachkräfte für verschiedene
98 Wirtschaftsbereiche und nicht zuletzt für Pflege und Erziehung auch in
99 Vollzeit ausgebildet. Vielfach gelingt es, Schülerinnen und Schülern, die
100 das allgemein bildende Schulwesen ohne Abschluss verlassen haben,
101 durch intensive Betreuung und Praxisbezug zu neuem Erfolg und Selbst-
102 vertrauen zu verhelfen. Eine einheitliche Festlegung der Wochenstunden
103 des berufsbezogenen Unterrichtes lehnen wir für das Berufsschulwesen
104 ab.

105 **Für eine moderne berufliche Bildung**

- 106 • Wir wollen ein attraktives Ausbildungssystem – auch für leistungsstärkere
107 Schüler und Abiturienten. Hierzu braucht es attraktive Arbeitsbedingungen,
108 flexible und familienfreundliche Arbeitszeiten, geldwerte Vorteile, Ausbil-
109 dungsverbände mit mehreren Unternehmen, eine angemessene Vergütung
110 und verlässliche Aufstiegschancen. Diese Ausbildungsbedingungen sollten
111 nicht nur von privaten Unternehmen, sondern auch vom Staat garantiert
112 werden. Eine Verbeamtung sollte nur noch bei der Wahrnehmung hoheitli-
113 cher Tätigkeiten (Steuer, Justiz, Polizei usw.) erfolgen. Zudem muss die
114 Durchlässigkeit in der Beamtenlaufbahn (insbesondere zwischen gehobe-
115 nem und höheren Dienst) und bei den Entgeltgruppen des öffentlichen
116 Dienstes erhöht werden.
- 117 • Die einheitliche gesetzgeberische Festlegung für eine Mindestausbildungs-
118 dauer lehnen wir ab. Ob zwei, drei, vier oder fünf Jahre – die Ausbildungs-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 96

119 dauer muss von den Ausbildungsinhalten sowie den Anforderungen der
120 Unternehmen in den unterschiedlichen Branchen abhängen. Zudem wollen
121 wir keine weitere Akademisierung von Ausbildungsberufen. In vielen Berei-
122 chen, wie zum Beispiel in Gesundheits- und Pflegeberufen, ist es nicht er-
123 forderlich, neue Zugangsvoraussetzungen zu schaffen. Auch im Hinblick
124 auf die anerkannten Ausbildungsberufe muss es eine Erweiterung für der-
125 zeit nicht anerkannte Ausbildungsberufe geben, sofern eine Ausbildung
126 Sinn ergibt. Durch die Deregulierung werden mehr Anreize für Betriebe ge-
127 boten, sodass diese mehr Ausbildungsplätze anbieten können.

128 • Wir wollen einen Ausbau von Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtun-
129 gen sowie einen Rechtsanspruch auf kostenlose Kinderbetreuung ab dem
130 Ende des Mutterschutzes. Wir wollen eine Weiterentwicklung der Angebote
131 von Kindertagesstätten und eine Stärkung von Betriebskindergärten, so-
132 dass eine größtmögliche Nähe zwischen Kind und Eltern geschaffen wer-
133 den kann. Ein familienfreundliches Arbeitsumfeld ist sowohl für Auszubil-
134 dende mit Kindern, als auch für junge Fachkräfte wichtig.

135 • Wir wollen, dass noch mehr duale Studienplätze zur Verfügung gestellt
136 werden – insbesondere über den technischen und wirtschaftlichen Bereich
137 hinaus. Das duale Studium, also die Verknüpfung aus einem Studium und
138 einer praktischen Ausbildung, ist ein großer Gewinn für die Betriebe – und
139 eine gute Möglichkeit für einen qualifizierten Berufseinstieg. Hierbei ist es
140 wichtig, die Ausbildungszeit nicht in einem zu kurzen zeitlichen Fenster zu
141 veranschlagen und den dualen Studenten auch eine Perspektive auf einen
142 Master-Abschluss zu ermöglichen.

143 • Branchenfonds oder Ausbildungsumlagen lösen keine Probleme auf dem
144 Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Vielmehr müssen freiwillige Ausbildungs-
145 pakte mit Politik, Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften geschlos-
146 sen werden. Damit werden die Unternehmen nicht aus der Ausbildungsver-
147 antwortung entlassen, aber erhalten gleichzeitig die notwendige unterneh-
148 merische Freiheit bei der betriebsinternen Personalstruktur.

149 **Perspektiven zum Aufstieg**

150 • Wir wollen berufliche Weiterbildungsmaßnahmen, die mit ihrem eigenständigen
151 Profil eine gleichwertige, praxisorientierte Alternative zu einem Hochschulstudium
152 bieten – und konkrete Karriereperspektiven eröffnen. Darüber
153 hinaus muss Auszubildenden auch der parallele Erwerb einer Hochschulrei-
154 fe ermöglicht werden. Die Studienfinanzierung, die Weiterbildung und das
155 Nachholen schulischer und beruflicher Abschlüsse sollen in einem Gesetz
156 zusammengeführt werden – und damit den Einstieg in ein lebenslanges
157 Lernen sichern.

158 • Die Mittel für Stipendienprogramme müssen erhöht werden. Die Angebote
159 müssen dabei nicht nur für Studium und Promotion, sondern auch für Wei-
160 terbildungen ausgeweitet werden. Das Begabtenförderungswerk berufliche

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 97

- 161 Bildung soll daher besser ausgestattet und die Förderungsstrukturen für pri-
162 vate Stiftungen attraktiver gemacht werden.
- 163 • Wir wollen, dass Menschen, die eine dafür angemessene Zeit lang in ei-
164 nem Betrieb ohne Berufsausbildung gearbeitet haben, einen Ausbildungs-
165 abschluss in einem verkürzten, teilweise berufsbegleitenden Modell erlan-
166 gen können. Es ist nicht einzusehen, warum Arbeitnehmer, die eine ange-
167 messene Zeit in ihrem Beruf gearbeitet haben und damit praktisch ihren
168 Beruf ausüben, deutlich schlechter gestellt werden sollen.
 - 169 • Wir wollen eine deutlich verbesserte Anerkennung internationaler Universi-
170 täts- und Ausbildungsabschlüsse. Wir wollen die sogenannte „formale Teil-
171 lanerkennung“, wonach beispielsweise ein Ingenieur aus einem
172 Nicht-EU-Staat zumindest als Fachtechniker in der Europäischen Union ar-
173 beiten kann, als wichtigen Zwischenschritt für eine migrationsfreundlichere
174 Politik. Hierbei sollte den Unternehmen, die Zuwanderer einstellen möchten,
175 auch eine größere Entscheidungskompetenz gesetzgeberisch übertragen
176 werden.
 - 177 • Wir wollen konkrete Perspektiven für Studienabbrecher. Hierzu zählt eine
178 umfassende Anerkennung von Prüfungsleistungen für den Übergang in das
179 Ausbildungssystem, Gründungsberatung, die Möglichkeit einen schnellen
180 berufsqualifizierenden Abschluss zu erwerben und Varianten zum Umstieg
181 in ein duales Studiensystem.
 - 182 • Wir wollen den Ausbildungsmarkt in Europa vernetzen. So müssen Pro-
183 gramme, bei denen freie Ausbildungsplätze mit motivierten Jugendlichen
184 aus europäischen Ländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit besetzt wer-
185 den, ausgebaut werden. Wir brauchen gemeinsame europäische Standards
186 und analog zum Bologna-Prozess einen flexiblen europäischen Ausbil-
187 dungs- und Arbeitsmarkt, der die Mobilität in der Europäischen Union er-
188 höht – und damit den Dialog von jungen Europäern stärkt.
 - 189 • Wir fordern für Flüchtlinge die Möglichkeit schnellstmöglich eine Arbeit
190 aufnehmen zu können. Die hierfür erforderliche Arbeitserlaubnis soll auch
191 nach dem Erhalt eines Jobangebots unkompliziert online erfragt werden
192 können. Das Aufnehmen einer Arbeit soll grundsätzlich möglich sein, so-
193 bald ein Flüchtling registriert wurde und sein Asylantrag gestellt wurde. Ei-
194 ne Vorrangprüfung soll entfallen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 98

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 99

Antrag A101

**Betr.: Integration durch Sprache: Deutschkenntnisse
ausländischer Studenten stärken**

Antragsteller: Bundesvorstand der Liberalen Hochschulgruppe

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Wir Freie Demokraten betrachten mit Sorge, dass viele der mehr als 300.000
2 ausländischen Studenten in Deutschland unzureichend integriert sind. Wir sehen
3 hier die Hochschulen in der Pflicht, Bedingungen für eine bessere Integration zu
4 schaffen.

5 Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Nur wer gut Deutsch spricht, kann am
6 gesellschaftlichen Leben außerhalb der Hochschulen teilhaben. Wer kaum
7 Deutsch spricht, geht dem deutschen Arbeitsmarkt nach dem Studium sehr wahr-
8 scheinlich verloren.

9 Bei einigen rein englischsprachigen konsekutiven Masterstudiengängen an deut-
10 schen Hochschulen sind keinerlei Deutschkenntnisse für eine Zulassung erfor-
11 derlich. Die betroffenen Hochschulen sind daher verantwortlich, wenn die Integra-
12 tion ausländischer Studenten aufgrund fehlender oder unzureichender Deutsch-
13 kenntnisse scheitert.

14 Daher fordern die Freien Demokraten, dass

15 1. alle Studierenden, die sich in einen fremdsprachigen Studiengang ein-
16 schreiben und zum Zeitpunkt der Zulassung keine Deutschkenntnisse auf
17 dem Niveau B1 oder höher (nach dem gemeinsamen europäischen Refe-
18 renzrahmen oder vergleichbar) vorweisen können, verpflichtend einen
19 Sprachkurs besuchen müssen. Ausgenommen hiervon sind nur Masterstu-
20 diengänge. Dementsprechend ist das Angebot an Sprachkursen zu erhö-
21 hen.

22 2. die Hochschulen für ausländische Studenten, welche einen deutschspra-
23 chigen Studiengang absolvieren und deren Muttersprache nicht Deutsch ist
24 oder deren Sprachkenntnisse unterhalb der Niveaustufe C2 des Gemeinsa-
25 men Europäischen Referenzrahmens (oder vergleichbar) liegen, Intensiv-
26 sprachkurse vor Semesterbeginn sowie semesterbegleitende Sprachkurse,
27 sämtliche Stufen nach den gemeinsamen europäischen Referenzrahmen
28 umfassen, anbieten sollen, deren Teilnahme freiwillig ist. Die Intensiv-
29 sprachkurse sollen Informationen zur Landeskunde und Orientierungshilfen
30 für das Studium in Deutschland beinhalten. Außerdem ist ein Rahmenpro-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 100

- 31 gramm mit landeskundlichen Exkursionen und musischen bzw. kulturellen
32 Veranstaltungen begrüßenswert.
- 33 3. an den Hochschulen Buddy- bzw. Mentorenprogramme angeboten werden,
34 bei denen sich erfahrene Studenten ehrenamtlich für die Integration der in-
35 ternationalen Studienanfänger engagieren. Dadurch soll auch der sprachli-
36 che, kulturelle und fachliche Austausch zwischen Studenten aus Deutsch-
37 land und dem Ausland gefördert werden.
- 38 4. der Bund weiterhin Integrations- und Betreuungsprogramme für ausländi-
39 sche Studenten finanziert, da viele Hochschulen entsprechende Angebote
40 nicht aus ihrem regulären Etat finanzieren können.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 101

Antrag A102

Betr.: Bewerbungsgebühren an Hochschulen

Antragsteller: Bundesvorstand der Liberalen Hochschulgruppe

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir Freie Demokraten beobachten die Einführung von Bewerbungsgebühren an
- 2 privaten Hochschulen und die Forderung nach Bewerbungsgebühren an staatli-
- 3 chen Hochschulen.

- 4 Wir lehnen Gebühren für Studienplatzbewerbungen an staatlichen Hochschulen
- 5 ab. Bei der Bewerbung um einen Studiengang sollen die Leistungen des Bewer-
- 6 bers zählen. Die finanziellen Mittel des Bewerbers dürfen dahingegen keine Rolle
- 7 spielen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 102

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 103

Antrag A103

Betr.: Einführung studentischer Präsidiumsmitglieder

Antragsteller: Bundesvorstand der Liberalen Hochschulgruppe

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir Freie Demokraten sprechen uns für die Einrichtung von studentischen Vize-
2 präsidenten an allen Hochschulen aus. Der Aufgabenbereich für die Vizepräsi-
3 denten soll Studium und Lehre sein, sodass die gemeinsame Gestaltung der
4 Hochschule von Lehrenden und Lernenden auch auf der obersten Verwaltungs-
5 ebene garantiert wird.
- 6 Die Wahl der studentischen Vizepräsidenten soll in Form einer Direkt- bzw. Ur-
7 wahl erfolgen und als gültig gelten, wenn mindestens fünfzehn Prozent aller
8 Wahlberechtigten der Studierenden sich beteiligt haben. Wird das Quorum nicht
9 erreicht, bleibt das Amt bis zur erfolgreichen Wahl eines Vizepräsidenten unbe-
10 setzt. Es ist maximal eine Wiederwahl möglich. Die Amtszeit des studentischen
11 Vizepräsidenten beträgt zwei Semester mit der Möglichkeit der einmaligen Wie-
12 derwahl.
- 13 Über eine mögliche Aufwandsentschädigung entscheidet der akademische Senat
14 im Rahmen der Hochschulautonomie. Außerdem garantiert der Senat die Zurver-
15 fügungstellung von Arbeitsräumen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 104

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 105

Antrag A200

Betr.: Erhöhung der Einkommensgrenze für Minijobs von 450 Euro auf 500 Euro

Antragsteller: Bundesvorstand des Bundesverbandes Liberale Frauen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Einkommensgrenze für Minijobs wird von 450 Euro auf 500 Euro erhöht. In
- 2 Zukunft wird die Einkommensgrenze der Minijobs an die jeweiligen Erhöhungen
- 3 des Mindestlohns gekoppelt.

Begründung:

Minijobs sind ein wichtiges Element der Beschäftigung geworden. Zum einen, weil es sich um eine niederschwellige Möglichkeit zum Berufseinstieg handelt, zum anderen, weil sie eine flexible Lösung für Arbeitgeber bieten.

Durch Minijobs ist es möglich, Beschäftigungsspitzen abzufangen und insbesondere im Saisongeschäft Menschen in Arbeit zu bringen.

Häufig werden Minijobs von Müttern genutzt, die noch keiner Vollzeittätigkeit nachgehen wollen.

Mit der ersten Erhöhung des Mindestlohns sollte auf die Erhöhung der Lebenshaltungskosten reagiert werden. Allerdings führt eine Erhöhung des Mindestlohns ohne eine Anpassung der Minijob-Einkommensgrenze de facto dazu, dass die Arbeitszeiten verkürzt werden, ohne, dass ein Arbeitnehmer finanziell davon profitiert. Durch eine Reduktion der Stundenzahl ist aber weder den Unternehmern geholfen, da es sich häufig trotzdem nicht lohnt, eine zusätzliche Kraft einzustellen, noch den Arbeitnehmern.

Gerade Unternehmer im Mittelstand sind allerdings sehr daran interessiert, dass ihre Mitarbeiter von Lohnerhöhungen profitieren. Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation führt in der Regel zu einer größeren Zufriedenheit am Arbeitsplatz.

Um eine jährliche Gesetzesänderung zu vermeiden, wäre es sinnvoll, die Einkommensgrenze der Minijobs in Zukunft jeweils um den Prozentsatz zu erhöhen, der der Steigerung des Mindestlohns entspricht.

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 106

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 107

Antrag A201

Betr.: Anhebung der 450 Euro (Minijobber) Hinzuverdienstgrenze auf 520 Euro und Dynamisierung mit dem gesetzlichen Mindestlohn

Antragsteller: Kreisverband Emmendingen, Kreisverband Konstanz und Kreisverband Heidenheim

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir Freie Demokraten fordern einmalig die Anhebung der Hinzuverdienstgrenze
- 2 von 450 Euro-Minijobs auf 520 Euro. Ab dem Jahre 2018 soll mit der jeweiligen
- 3 Erhöhung des Mindestlohnes auch die Hinzuverdienstgrenze für Minijobs dyna-
- 4 misch angehoben werden. Parallel hierzu soll die Hinzuverdienstgrenze für Ar-
- 5 beitslose ohne Verrechnung mit Leistungen von der Bundesagentur für Arbeit
- 6 von derzeit 165 Euro auf 190 Euro angehoben und entsprechend dynamisiert
- 7 werden.

Begründung:

Durch die Einführung des Mindestlohns stehen vielen Arbeitgebern, die vor der Einführung des Mindestlohns weniger als 8,50 Euro bzw. seit 2017 bezahlt hatten, immer weniger Stunden pro Arbeitnehmer zu, da die 450 Euro Hinzuverdienstgrenze nicht angehoben wurde. Es war nicht Ziel des Mindestlohns im Minijobber-Bereich eine geringere Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich herzustellen. Daher ist die Anhebung der Hinzuverdienstgrenze zwingend, zur Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft des Arbeitgebers und zum Ausgleich der fehlenden Stunden pro Arbeitsplatz. Der durchschnittliche Lohn im 450 Euro Minijob (Brutto-für-Netto!) lag bei ca.58,5 Monatsstunden. Heute erhält der Arbeitgeber nur noch rund 51 Stunden dafür. Die Neuberechnung der Hinzuverdienstgrenze ergäbe also 517,14 Euro. Daher fordern wir einmalig die Anhebung der Hinzuverdienstgrenze der Minijobber auf 520 Euro. Des Weiteren soll dann ab dem Jahr 2018 die Hinzuverdienstgrenze für Minijobber durch die Kopplung an den Mindestlohn dynamisiert werden. Ergänzend hierzu dürfen aktuell arbeitslose Arbeitnehmer nur 165 Euro ohne Verrechnung mit Leistungen von der Bundesagentur für Arbeit hinzuverdienen. Dies waren früher etwa 21,5 Stunden. Hier muss die Anhebung auf 190 Euro erfolgen und ebenfalls dynamisiert werden. Der positive gewünschte Effekt, nämlich durch Aufnahme eines Minijobs wieder in reguläre Arbeit zu gelangen wird hierbei attraktiv unterstützt. Arbeitnehmer und Arbeitgeber gewinnen hierdurch gleichermaßen.

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 108

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 109

Antrag A202

Betr.: Keine Kammer-Doppelmitgliedschaften für Gründer

**Antragsteller: Kreisverband Hildburghausen, Thomas Vollmar (LV
Thüringen)**

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir Freie Demokraten fordern Existenzgründungen und Kleinstunternehmen von
- 2 einem Zwang zu möglicher Mehrfach-Kammerzugehörigkeit zu befreien. Weiter-
- 3 hin sind Unternehmer im Nebenerwerb unterhalb eines Gewerbeertrages von
- 4 10.000 Euro jährlich (Grundfreibetrag) von Kammerbeiträgen zu befreien. Leis-
- 5 tungen, die solche Unternehmen von Kammern in Anspruch nehmen, sind im
- 6 Gegenzug auf dem Gebührenwege für diese Unternehmen kostenpflichtig.

Begründung:

Wir Freie Demokraten sind die Partei der Gründer und Start-Ups. Die meisten Gründerinnen und Gründer haben am Anfang nichts außer den Mut zur Selbstständigkeit. Wenn man diesen unterstützen will – was dringend nötig ist – muss man ihnen „Stolpersteine“ aus dem Weg räumen.

Der Antrag entspricht diesem Ansinnen und macht unsere Gründerinitiative konkreter. Wir wollen die für Gründer belastende Überregulierung eindämmen, denn eine erzwungene Zugehörigkeit zu mehreren Kammern ist weder für die Gründer, noch für die Kammern nützlich.

Ein Werbebüro beispielsweise, das auch Fotografie anbietet wird automatisch der IHK und der HWK zugeordnet. Man kann sich nicht dagegen wehren und auch eine Beitragsfreiheit wird nur selten gewährt. Welcher Nutzen ergibt sich durch die Mehrfachzugehörigkeit für die Kammern? Sie erschafft nur weitere Bürokratie für beide Seiten.

Nehmen dagegen vom Beitrag befreite Gründer Leistungen der Kammern in Anspruch, dann sollten sie diese im Gegenzug auch bezahlen.

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 110

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 111

Antrag A203

Betr.: Schützen durch Nützen – Für eine moderne innovative Land- und Forstwirtschaft

Antragsteller: Landesverband Niedersachsen, Christian Lindner (LV Nordrhein-Westfalen), Christian Dürr (LV Niedersachsen), Volker Wissing (LV Rheinland-Pfalz), Hermann-Otto Solms (LV Hessen), Christel Happach-Kasan (LV Schleswig-Holstein), Friedrich Bullinger (LV Baden-Württemberg), Stefan Birkner (LV Niedersachsen), Hermann Grupe (LV Niedersachsen) und Karlheinz Busen (LV Nordrhein-Westfalen)

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 Schützen durch Nützen – Für eine moderne innovative Land- und Forstwirtschaft
- 2 Die Hälfte der Menschen in Deutschland lebt im ländlichen Raum, der etwa 90
- 3 Prozent der Fläche unseres Landes ausmacht. Viele Menschen leben von und
- 4 arbeiten in der Natur oder verbringen ihre Freizeit darin. Landwirte und Waldbe-
- 5 sitzer bewirtschaften ihr Eigentum, wie in jedem Privatunternehmen üblich, zur
- 6 Gewinnerzielung. Sie haben unsere ökologisch wie touristisch attraktiven Kultur-
- 7 landschaften seit Generationen nachhaltig geformt, um ihre Familien zu ernäh-
- 8 ren. Jäger, Angler und Imker nutzen die Produkte der Natur, die sie durch ihre
- 9 Tätigkeit erhalten, positiv gestalten und vielfältiger werden lassen. Wir Freie De-
- 10 mokraten stehen an der Seite dieser Naturnutzer und bekennen uns gemäß dem
- 11 Prinzip „Schützen durch Nützen“ zu ihren Leistungen für Natur und Gesellschaft.
- 12 Denn eine Politik für Landwirte, Waldeigentümer, Jäger, Angler und Imker ist ei-
- 13 ne Politik für den ländlichen Raum.
- 14 Landwirtschaft und Forstwirtschaft – die wichtigsten Wirtschaftszweige im ländli-
- 15 chen Raum
- 16 Eine starke Landwirtschaft und eine starke Forstwirtschaft inklusive der vor- und
- 17 nachgelagerten Wertschöpfungsketten sind die wichtigsten Wirtschaftszweige im
- 18 ländlichen Raum. Sie haben dort insbesondere für die Beschäftigung eine beson-
- 19 dere Bedeutung. Sie sind Garanten für Arbeitsplätze in der Region. Forstwirt-
- 20 schaft, holzbearbeitende sowie -verarbeitende Industrie, Holzhandwerk, Papier-
- 21 wirtschaft, Holzhandel und diverse Zulieferer beschäftigen als Cluster Forst und
- 22 Holz über eine Million Menschen in Deutschland. Das Agribusiness umfasst die
- 23 gesamte Lebensmittelkette von der Urproduktion bis zum Verbraucher und bietet
- 24 4,5 Millionen Arbeitsplätze. Wir Freie Demokraten fordern:

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 112

25 · Ländliche Räume brauchen eine starke landwirtschaftliche und eine starke
26 forstwirtschaftliche Wertschöpfungskette mit einer flächendeckend gesicherten
27 Produktionsbasis ohne überbordende Bürokratie durch unnötige Auflagen. Land-
28 und Forstwirtschaft verdienen eine Politik, die es ihnen einfach macht.

29 · Eine 1:1-Umsetzung von EU-Recht in deutsches Recht sorgt für gleichwertige
30 Wettbewerbsbedingungen in den EU-Staaten.

31 · Das Recht auf Eigentum darf nicht durch enteignungsähnliche Eingriffe ausge-
32höhlt werden.

33 · Durch die Ermöglichung einer steuerbefreiten Risikoausgleichsrücklage für die
34 Betriebe der Land- und Forstwirtschaft ist sicherzustellen, dass diese eigenver-
35 antwortlich und selbstbestimmt für die besonderen branchentypischen Krisen der
36 „Werkbank unter freiem Himmel“ vorsorgen können.

37 Die Produktionsbasis für unsere Land- und Forstwirtschaft sind die land- und
38 forstwirtschaftlichen Flächen in Deutschland. Im Zeitraum von 2012 bis 2015 be-
39 trug der tägliche Flächenverlust für Siedlung und Verkehr 66 Hektar. Es ist sinn-
40 voll, diesen weiter zu senken, beispielsweise auch durch die Revitalisierung von
41 Industriebrachen und nicht mehr benötigten Verkehrsflächen. Für den Erhalt von
42 land- und forstwirtschaftlichen Flächen reicht es jedoch nicht aus, den Fokus auf
43 die Innenentwicklung von Städten und Gemeinden zu legen. Aktuelle Kompensa-
44 tionsregelungen nach den Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes und unko-
45 ordinierte Maßnahmen im Naturschutz tragen zusätzlich dazu bei, dass der Land-
46 und Forstwirtschaft täglich wertvolle Produktionsgrundlage entzogen und die
47 nachhaltige Rohstoffproduktion eingeschränkt wird, ohne gleichzeitig einen Mehr-
48 wert für die Umwelt zu schaffen. Wir Freie Demokraten fordern:

49 · Die Länder sollen die Möglichkeit erhalten, das sogenannte Ersatzgeld anderen
50 Instrumenten der Kompensation gleichzustellen. Dabei wird zum Ausgleich eines
51 Eingriffes zweckgebunden Geld gezahlt, das in bedeutende Maßnahmen des Na-
52 turschutzes im gleichen Naturraum investiert wird und den Fokus auf Qualität
53 statt Quantität legt.

54 · Es muss ermöglicht werden, Ersatzgelder für die Revitalisierung von Industrie-
55 brachen und nicht mehr benötigten Verkehrsflächen zu nutzen. Damit wird mehr
56 für den Schutz der Natur erreicht als durch Stilllegung land- oder forstwirtschaft-
57 lich genutzter Flächen.

58 · Vorhaben im Naturschutz wie beispielsweise die Umsetzung von Natura 2000
59 oder die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt dürfen nicht dazu führen,
60 dass es zu einem Entzug der Produktionsgrundlage für Land- und Forstwirtschaft
61 kommt. Daher gehört beispielsweise die Zielsetzung, fünf Prozent der deutschen
62 Waldfläche aus der forstwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen, auf den Prüfstand.

63 Land- und Forstwirtschaft betreiben Pflanzenschutz, um ihre Bestände vor Schäd-
64 den durch Krankheiten zu schützen. Das entspricht dem Prinzip der Nachhaltig-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 113

65 keit, weil so eine gute Flächeneffizienz erreicht, gesunde Nahrungsmittel produ-
66 ziert und über Generationen herangewachsene Wälder vor Schäden bewahrt
67 werden. Im integrierten Pflanzenschutz spielt auch der chemische Pflanzenschutz
68 eine wichtige Rolle. Der Einsatz und die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln
69 darf nicht politisch entschieden werden, wie es aktuell bei der Verlängerung der
70 Zulassung von Glyphosat auf EU-Ebene der Fall ist. Gerade zum Schutz der
71 Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der Natur ist eine fachliche Beurteilung
72 auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse notwendig. Wir Freie Demo-
73 kraten fordern:

74 · Wirkstoffe, die bei definierten Anwendungen vom Bundesamt für Verbraucher-
75 schutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) im Einvernehmen mit den weiteren zu-
76 ständigen Einrichtungen in Deutschland wie dem Bundesinstitut für Risikobewer-
77 tung (BfR) sowie von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EF-
78 SA) auf EU-Ebene für unbedenklich erklärt werden, müssen auch zugelassen
79 werden. Der Land- und Forstwirtschaft dürfen wichtige Wirkstoffe nicht aus ideo-
80 logischen Gründen entzogen werden.

81 Forstwirtschaft – seit Generationen gelebte Nachhaltigkeit

82 Seit über 300 Jahren wird das Prinzip der Nachhaltigkeit in der deutschen Forst-
83 wirtschaft gelebt, die dadurch eine weltweite Vorbildfunktion eingenommen hat.
84 Der Wald leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und sorgt für sauberes
85 Trinkwasser sowie für saubere Luft. Das Gleichgewicht zwischen Ökologie, Öko-
86 nomie und Sozialem stand bei der Produktion des wichtigen Rohstoffs Holz so
87 schon immer im Mittelpunkt. Damit stabile und produktive Wälder diesen Roh-
88 stoff auch morgen noch in ausreichender Menge zur Verfügung stellen, dürfen
89 die Waldeigentümer nicht in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt werden.
90 Wir Freie Demokraten fordern:

91 · Es darf bei der Baumartenzusammensetzung im privaten und öffentlichen
92 Wald keine ideologischen Vorgaben geben. Wo zum Beispiel Fichtenbestände
93 aus klimatischen Gründen keine Zukunft mehr haben, darf ein wachsender Anteil
94 der Douglasie zur Sicherung der Nadelholzversorgung künftiger Generationen
95 nicht blockiert werden.

96 · Wir brauchen eine Förderung forstfachlicher Betreuung im Kleinprivatwald und
97 forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse, damit die breite Eigentümerstruktur so-
98 wie eine wirksame Holzmobilisierung im Wald auch in Zukunft erhalten werden
99 kann.

100 Landwirtschaft – innovativer und zukunftsorientierter denn je

101 Unsere Landwirtschaft ist bereit und auch in der Lage, sich dynamischen Verän-
102 derungsprozessen zu stellen. In der Produktion und Vermarktung bietet die Digi-
103 talisierung ganz neue Chancen, dem Verbraucher Lebensmittel anzubieten, die
104 nach seinen Wünschen erzeugt werden. Die Produktion von Nahrungsmitteln ist

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 114

105 immer ressourcenschonender möglich. Entwicklungen wie Big Data, in denen die
106 Landwirtschaft oft sogar Vorreiter ist, machen dies möglich. So lassen sich mit
107 der Präzisionsdüngung schon heute erhebliche Mengen Dünger sparen, während
108 gleichzeitig die Erträge steigen. Im Pflanzenschutz ist es mit neuen Applikations-
109 techniken bald möglich, Unkrautbehandlungen einzelpflanzengenau durchzuführen.
110 Ressourcenschonende digitale Assistenzsysteme der Landwirtschaft 4.0
111 kommen auch im Bereich der Tierhaltung zum Einsatz, um eine optimale Nah-
112 rungsversorgung zu erreichen, negativen Stress zu vermeiden und die Gesund-
113 heit zu fördern. Die Fortsetzung dieser positiven Entwicklung kann nur gemein-
114 sam mit den Landwirten gelingen. Das Wissen der hervorragend ausgebildeten
115 jungen Landwirte muss dabei genutzt werden. Sie sind die Experten in der Land-
116 wirtschaft und unsere wichtigste Ressource für die Zukunft. Wir Freie Demokra-
117 ten fordern:

118 · Eine Strategie zur Digitalisierung in der Landwirtschaft muss erarbeitet und
119 umgesetzt werden. In dieser Strategie müssen unter anderem Fragen der Daten-
120 hoheit, der Transparenz landwirtschaftlicher Erzeugung gegenüber den Kunden
121 sowie des Zugangs zu wichtigen öffentlichen Geo- und Katasterdaten geklärt
122 werden.

123 · In der Diskussion über die Zukunft der Landwirtschaft sind ökonomische Not-
124 wendigkeiten gleichberechtigt zu ökologischen Fragestellungen zu bewerten. Hö-
125 here Standards durch bessere Technik können nur erreicht werden, wenn die
126 Betriebe mit neuer Technik auch Geld verdienen können.

127 · Es ist sicherzustellen, dass das Fachwissen weiterhin innerhalb der verschie-
128 denen landwirtschaftlichen Ausbildungs- und Studiengänge vermittelt wird sowie
129 Weiterbildungsmöglichkeiten ausreichend und entsprechend der Entwicklung der
130 Technik zur Verfügung stehen. Dies darf nicht für zusätzliche bürokratische Qua-
131 lifizierungspflichten und Sachkundenachweise missbraucht werden.

132 · Für die Gestaltung und Durchsetzung des Tierschutzrechts ist laut Artikel 20a
133 des Grundgesetzes der Staat verantwortlich. Ein Verbandsklagerecht für Tier-
134 schutzorganisationen liefe indessen auf eine Teilprivatisierung des Staatsziels
135 Tierschutz hinaus, würde die Veterinärverwaltung erheblich zusätzlich beanspru-
136 chen und ist daher abzulehnen. Stattdessen setzen wir auf eine starke, gut aus-
137 gestattete und handlungsfähige Veterinärverwaltung in den Ländern.

138 · Das Baurecht muss den landwirtschaftlichen Unternehmerinnen und Unterneh-
139 mern auch in Zukunft Chancen zur betrieblichen Entwicklung ermöglichen. Bau-
140 rechtliche Tierhaltungsobergrenzen oder kommunale Genehmigungsvorbehalte
141 für die Nutztierhaltung lehnen wir ab.

142 Damit alle Akteure der Agrarwirtschaft in Zukunft von der positiven Gesamtent-
143 wicklung der Branche profitieren können, ist eine funktionierende marktwirtschaft-
144 liche Preisbildung in der gesamten Wertschöpfungskette des Lebensmittelhan-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 115

145 dels – vom Hof bis zum Warenregal – entscheidend. Wir Freie Demokraten for-
146 dern:

147 · Die kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht sowie die Fusionskontrolle müssen
148 gestärkt werden, um einen fairen Wettbewerb in der Branche zu sichern. Politi-
149 sche Einmischungen in die wichtige Arbeit der Kartellbehörden in Form soge-
150 nannter Ministererlaubnisse sind zu unterbinden.

151 Die Novellierung des Düngerechts in Deutschland wird aufgrund eines noch im-
152 mer nicht repräsentativen deutschen Nitratmessnetzes durchgeführt. Statt indivi-
153 duelle Maßnahmen dort umzusetzen, wo es wirklich Probleme mit einer steigen-
154 den Nitratkonzentration im Grundwasser gibt, wird den landwirtschaftlichen Be-
155 trieben zusätzlicher finanzieller und bürokratischer Aufwand in erheblichem Um-
156 fang aufgelastet. Experten gehen von mehreren Milliarden Euro pro Jahr aus.
157 Gleichzeitig erschließt sich Fachleuten auf den ersten Blick, dass viele der neuen
158 Regelungen (zum Beispiel das Verbot der Strohausgleichsdüngung im Herbst bei
159 bestimmten Früchten) keinerlei zusätzlichen Nutzen für den Wasserschutz brin-
160 gen. Wir Freie Demokraten fordern:

161 · Der Grundsatz einer bedarfs- und standortgerechten Nährstoffversorgung der
162 landwirtschaftlichen Kulturen muss auch in Zukunft der Maßstab der Düngung
163 bleiben.

164 · Wo es wirklich Probleme gibt, zum Beispiel in Regionen mit zu hohen Gülle-
165 aufkommen, besteht das vorherrschende Ziel darin, den Transport vorhandener
166 wertvoller Wirtschaftsdüngermengen in Ackerbauregionen zu fördern, damit es
167 durch die gleichzeitige Einsparung von mineralischem Dünger insgesamt zu posi-
168 tiven Umwelteffekten kommt.

169 · Damit zukünftig der Nitratgehalt des Grundwassers in der EU vergleichbar ist,
170 bedarf es der Entwicklung eines einheitlichen repräsentativen europaweiten Ni-
171 tratmessnetzes auf wissenschaftlicher Grundlage ohne Beeinflussung durch die
172 Politik.

173 Infektionen mit MRSA und anderen antibiotikaresistenten Erregern stellen eine
174 zunehmende Gefahr für Mensch und Tier dar. Standardantibiotika wirken nicht
175 gegen sie, so dass die Behandlungsalternativen begrenzt sind. Resistente Erre-
176 ger können Menschen, Haustiere und Nutztiere besiedeln. Eine Strategie zur
177 Vermeidung von Antibiotikaresistenzen muss aus diesem Grund den fachgerech-
178 ten Einsatz von Antibiotika in allen genannten Bereichen gewährleisten. Die
179 Landwirtschaft hat durch die Umsetzung der 16. Novelle des Arzneimittelgesetzes
180 mit erheblichem Aufwand dazu beigetragen, dass der Antibiotikaverbrauch in der
181 Tierhaltung um über die Hälfte reduziert wurde. Wir Freie Demokraten fordern:

182 · Gemäß dem One-Health-Ansatz als integrativen Ansatz müssen Human- und
183 Veterinärmedizin zusammenarbeiten, um das bestmögliche Ergebnis bei der Be-
184 kämpfung resistenter Erreger zu erreichen.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 116

185 · Für die Erforschung von neuen Antibiotikawirkstoffen und Alternativen zur anti-
186 biotischen Therapie oder deren Vermeidung sind mehr finanzielle Mittel zur Ver-
187 fügung zu stellen.

188 · Das staatliche Antibiotika-Monitoring der Tierhaltung hat sich bewährt. Daher
189 müssen statt der heute geltenden systembedingt immer weiter sinkenden Kenn-
190 zahlen, bei deren Überschreitung Maßnahmenpläne zur Senkung des Antibiotika-
191 einsetzes nötig werden, wissenschaftlich festgelegte Grenzwerte eingeführt wer-
192 den.

193 Naturschutz mit den Menschen

194 Jäger, Angler und Imker sind die wahren Naturschützer in Deutschland. Sie brin-
195 gen einen erheblichen Teil ihrer Zeit und ihres Geldes auf, um sich für Land-
196 schaftsschutz, Wasserschutz und Artenschutz zu engagieren. Diese Eigeninitiati-
197 ve wird den Menschen, die zum größten Teil eine anerkannte Prüfung durchlau-
198 fen haben, durch staatliche Einflussnahme immer schwerer gemacht. Die deut-
199 sche Umsetzung der europäischen FFH- und Vogelschutzrichtlinie im Rahmen
200 von Natura 2000 stellt mittlerweile eine flächendeckende Bedrohung für zahlrei-
201 che Formen der Naturnutzung, insbesondere das Angeln, dar. Ideologische Jagd-
202 gesetze in den Ländern erschweren grundlos das Eigentumsrecht der Jagd aus-
203 übung und die durch Jäger übernommenen Pflichten wie die Hege und die Pfl-
204 ge des Wildes. Bei all diesen staatlichen Maßnahmen muss immer wieder genau
205 abgewogen werden, ob Einschränkungen für die Menschen und zusätzlicher Nut-
206 zen für die Umwelt in einem angemessenen Verhältnis stehen. Wir Freie Demo-
207 kraten fordern:

208 · Für Jäger, Angler, Imker und andere Naturnutzer darf es keine ideologischen
209 Einschränkungen im Zugang zur Natur und in der Nutzung der Natur geben.

210 · Die Naturnutzer sind bei Verfahren, die zu staatlichen Eingriffen in den freien
211 Zugang zur Natur und die Nutzung der Natur führen können, deutlich stärker als
212 bisher zu beteiligen.

213 Ziele des Naturschutzes lassen sich am besten gemeinsam mit den betroffenen
214 Landwirten, Forstwirten, Waldbauern, Jägern, Anglern und Imkern definieren und
215 durch individuell an die jeweiligen Gegebenheiten vor Ort angepasste Maßnah-
216 men erreichen. Dieses Vorgehen ist effizienter als die Bewirtschafter pauschal
217 mit ordnungsrechtlichen Verboten zu überziehen, die die nachhaltige Rohstoff-
218 produktion bei uns vor Ort einschränken. Wir Freie Demokraten fordern:

219 · Bei der Umsetzung von Naturschutzziele müssen das Zusammenspiel aller
220 Naturnutzer und der eigentumsfreundliche Vertragsnaturschutz mit einem finanzi-
221 ellen Ausgleich der Bewirtschaftungsbeeinträchtigungen das Maß der Dinge sein.

222 Durch die steigende Population des Wolfes in Deutschland entstehen zuneh-
223 mend Nutzungskonflikte mit Tierhaltern. Dabei sind sowohl private Hobbytierhalter
224 als auch Landwirte betroffen. Die als positiv wahrgenommene Weidetierhaltung

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 117

225 wird nachhaltig gefährdet. Eine Diskussion über die aktuelle Einstufung des Wol-
226 fes in Anhang IV der FFH-Richtlinie erst zu führen, wenn eine kritische Populati-
227 onsgröße beziehungsweise der von der EU definierte „günstige Erhaltungszu-
228 stand“ erreicht ist, würde unnötig Zeit kosten – gerade weil die Mühlen der Politik
229 manchmal sehr langsam mahlen. Arten- und Naturschutz sind wichtig, können
230 aber nur mit den Menschen durchgesetzt werden. An Wichtigkeit gewinnt dieser
231 Grundsatz, wenn dann noch Existenzen bedroht sind, wie es bei Tierhaltern
232 durch den Wolf aktuell der Fall ist. Wir Freie Demokraten fordern:

233 · Der Wolf ist von Anhang IV in Anhang V der FFH-Richtlinie zu überführen.

234 Der Wolf muss ins Jagdrecht aufgenommen werden, um eine Bestandsregulie-
235 rung im Sinne eines nachhaltigen Interessenausgleichs zwischen Menschen und
236 Artenschutz zu erreichen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 118

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 119

Antrag A204

Betr.: Zentrale Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen jetzt stärken und mittelfristig in eine Stiftung überführen

Antragsteller: Bundesfachausschuss Justiz, Innen, Integration und Verbraucherschutz

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Für uns bleibt es unerlässlich, dass sich die Bundesrepublik Deutschland ihrer
2 geschichtlichen Verantwortung stellt und nicht müde wird, NS-Verbrechen aufzu-
3 arbeiten und daran beteiligte Personen auch in Gerichtsverfahren mit ihrer Ver-
4 antwortung zu konfrontieren. Sie spricht sich dafür aus, das Personal der Zentra-
5 len Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg möglichst kurzfristig
6 aufzustocken, damit auch angesichts des Alters möglicher tatbeteiligter Personen
7 Sachverhalte zur Übermittlung an die zuständigen Staatsanwaltschaften zwecks
8 Einleitung etwaiger Ermittlungsverfahren zügig und intensiviert aufgearbeitet wer-
9 den können.

10 Für die Zukunft setzen wir uns für die Errichtung einer gemeinsamen Stiftung
11 von Bund und Ländern ein, die die Aufgabe haben soll, den Umfang der Bun-
12 desrepublik Deutschland mit der Bewältigung und juristischen Aufarbeitung der
13 NS-Verbrechen zu dokumentieren, den in Ludwigsburg gesammelten umfangrei-
14 chen Dokumentenbestand am Stück als Sonderbestand zu erhalten und zu archi-
15 vieren und ihn der Öffentlichkeit und der wissenschaftlichen Forschung zugäng-
16 lich zu machen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 120

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 121

Antrag A300

Betr.: Für faire Rahmenbedingungen in der Versorgung mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln

Antragsteller: Bundesfachausschuss Gesundheit

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir Freie Demokraten wollen die flächendeckende Versorgung mit rezeptpflichti-
2 gen Arzneimitteln rund um die Uhr sowie die qualifizierte Beratung von Patientin-
3 nen und Patienten erhalten. Wir setzen uns für faire Rahmenbedingungen zw-
4 ischen inländischen Apotheken und ausländischen Versandapotheken ein und
5 möchten die inhabergeführten Apotheken in Deutschland stärken.
- 6 Ein pauschales Versandhandelsverbot von rezeptpflichtigen Arzneimitteln leh-
7 nen wir ab, denn jede Patientin und jeder Patient sollte die Wahlfreiheit haben,
8 von wem er sein rezeptpflichtiges Arzneimittel bezieht. Wir halten ein differen-
9 ziertes Angebot für zwingend erforderlich, welches einerseits Patientinnen und
10 Patienten die Nutzung digitaler Angebote ermöglicht, andererseits die durch die
11 inländischen Apotheken bisher sehr gut gewährleistete Versorgungsqualität si-
12 cherstellt.
- 13 Daher fordern wir Freie Demokraten die Bundesregierung auf, das Arzneimittel-
14 gesetz (AMG), die Arzneimittelpreisverordnung (AMPreisV) und das Sozialgesetz-
15 buch V dahingehend anzupassen, dass faire Rahmenbedingungen für die Ver-
16 sorgung mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln zwischen inhabergeführten Apotheken
17 in Deutschland und ausländischen Versandapotheken geschaffen werden. Dafür
18 ist dieses Versorgungssystem in Deutschland im Dialog mit Patienten und Apo-
19 thekern weiterzuentwickeln.
- 20 Zur Stärkung der inhabergeführten Apotheke vor Ort setzen wir Freie Demokra-
21 ten uns ferner dafür ein, dass beispielsweise:
- 22 1. Abrechnungsmöglichkeiten für besondere Leistungen, insbesondere die in-
23 dividuelle Beratung, eingeführt werden.
 - 24 2. Ein Sicherstellungszuschlag für Apotheken in abgelegenen Standorten
25 eingeführt wird, damit die leistungsfähigen Strukturen flächendeckend er-
26 halten bleiben.
 - 27 3. Notdienste angemessen honoriert werden.
 - 28 4. Ein Bürokratieabbau im Arzneimittelwesen angestrebt wird.

Begründung:

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 122

Die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln erfolgt bisher durch ca. 20.000 Apotheken, die im Wettbewerb untereinander und mit dem Versandhandel für nicht rezeptpflichtige Arzneimittel stehen.

In Deutschland sind die Preise für rezeptpflichtige Arzneimittel gesetzlich durch die Arzneimittelpreisverordnung (AMPreisV) geregelt. Der letztendliche Apothekenabgabepreis setzt sich somit aus dem Grundpreis für das Arzneimittel zuzüglich eines Festzuschlages für die Apotheke zusammen und wird bundeseinheitlich erhoben. Zudem hat der Gesetzgeber die Apotheken verpflichtet für die Abgabe von rezeptpflichtigen Arzneimitteln an gesetzlich Versicherte einen Apothekenabschlag einzuräumen. Dieser beträgt derzeit 1,77 Euro pro rezeptpflichtigem Arzneimittel und wird vom o.g. Apothekenabgabepreis abgezogen.

Diese gesetzlich geregelten Preise der Apotheken beinhalten die Verpflichtung der Apotheken zur Herstellung, zur Prüfung, zur flächendeckenden Abgabe und Beratung bei Arzneimitteln sowie zur Einrichtung von Nacht- und Wochenend-Notdiensten. Versandapotheken dagegen erhalten zwar den gleichen Arzneimittelpreis, erfüllen aber nicht im gleichen Ausmaß die vorgenannten Verpflichtungen. So können sie als ergänzender Versorger dienen, jedoch auf Grund Ihrer Limitierung z.B. keinen Nacht- und Wochenend-Notdienst mit sofortiger Verfügbarkeit der rezeptpflichtigen Medikamente anbieten.

Der Europäische Gerichtshof hat nun die AMPreisV für ausländische Versandapotheken als verfassungswidrig erklärt und erlaubt ausländischen Versandapotheken damit Boni und Rabatte auf rezeptpflichtige Arzneimittel zu gewähren und diese kostengünstiger anzubieten. Dadurch entsteht ein Ungleichgewicht zwischen den ausländischen Anbietern und den inländischen Apotheken, da es den inländischen Apotheken durch die AMPreisV weiterhin nicht erlaubt ist Einkaufspreise und Rabatte mit den Herstellern zu verhandeln und weiterzugeben.

Es ist im Interesse des Gesetzgebers faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den einzelnen Arzneimittelversorgern in Zukunft sicherzustellen, damit eine adäquate und wirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln erhalten bleibt. Diese darf aber nicht durch ein rechtlich höchst fragwürdiges Versandhandelsverbot erreicht werden, welches nicht nur die Wahlfreiheit der Patientinnen und Patienten einschränkt, sondern auch die inländischen Apotheken betrifft, die bisher am Versandhandel für rezeptpflichtige Arzneimittel teilgenommen haben.

Vielmehr sollten die inhabergeführten Apotheken in Deutschland gestärkt werden. Dabei sind insbesondere die durch sie geschaffenen Strukturen und Leistungen zu würdigen, die sie von ausländischen Versandapotheken abgrenzen. Dieses kann neben einer angemessenen Honorierung des Notdienstes u.a. über den Abbau der umfangreichen Dokumentationsverpflichtungen erfolgen, der den Apothekerinnen und Apothekern mehr Zeit für die individuelle Beratung ihrer Patientinnen und Patienten einräumt.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 123

Antrag A301

Betr.: Vielfältige Vertriebswege für Arzneimittel und fairer Wettbewerb zwischen in- und ausländischen Apotheken

Antragsteller: Kreisverband Grafschaft Bentheim, Kreisverband Helmstedt, Kreisverband Wolfenbüttel und der Landesfachausschuss Soziales und Gesundheit Niedersachsen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir Freie Demokraten setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass
- 2 • der Versand von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln innerhalb
3 Deutschlands und aus EU-Ländern nach Deutschland weiterhin möglich ist.
- 4 • entsprechend der Vorschläge der deutschen Monopolkommission die bun-
5 des- und europarechtlichen Voraussetzungen für einen begrenzten Preis-
6 wettbewerb beim Einzelhandel mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln
7 in Deutschland geschaffen werden.
- 8 • dabei faire Rahmenbedingungen für die Versorgung auch mit verschrei-
9 bungspflichtigen Arzneimitteln für die inhabergeführten Apotheken in
10 Deutschland und für ausländische Versandapotheken hergestellt werden.
- 11 • den Patienten/Kunden die freie Wahl der Apotheke erhalten bleibt.

Begründung:

Versandhandel als Ergänzung der Versorgung mit Arzneimitteln

Ziel muss es sein, eine leicht zugängliche, qualitätsgesicherte und flächendeckende Versorgung mit allen Arten von Arzneimitteln zu sichern. Dabei sollen die Bürger zwischen zertifizierten Versandapotheken und Präsenzapotheken frei wählen können und selbst entscheiden, ob und auf welchem Weg sie Beratung durch die Apotheke in Anspruch nehmen wollen. Um den Richtlinien des EU-Binnenmarktes zu entsprechen, dürfen die Regeln ausländische Versandapotheken nicht behindern. Darüber hinaus müssen sie aber so gestaltet sein, dass inländische Apotheken nicht benachteiligt werden.

In Ergänzung zur Versorgung durch die traditionellen und vertrauten Präsenzapotheken funktioniert der Versandhandel mit fast allen Arzneimittelgruppen bereits seit 2004 zur Zufriedenheit der Kunden und der Krankenkassen. Auf der Website des Bundesgesundheitsministeriums wird beschrieben, welche Qualifikationen und Leistungen nachgewiesen werden müssen, damit europäische Apotheken für den Versandhandel in und nach Deutschland zugelassen werden.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 124

(<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/krankenversicherung/online-ratgeber-arzneimittel-heilmittel-hilfsmittel/apotheken.html>). Entsprechend zertifizierte Versandapotheken sind nicht weniger qualifiziert und vertrauenswürdig als traditionelle Apotheken und bieten individuelle und kompetente Beratung in deutscher Sprache an: schriftlich, telefonisch oder per Chat. Diskretion bei der Beratung ist dabei leichter zu wahren, als in der Apotheke vor Ort.

Die Mehrwertsteuer für Arzneimittel ist fast überall im europäischen Ausland niedriger als in Deutschland. Seit 2013 ist deshalb vom deutschen Bundesfinanzministerium festgelegt, dass ausländische Versandapotheken den deutschen gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) Nettopreise in Rechnung stellen und die GKV die deutschen Steuersätze an deutsche Finanzämter zahlen.

Festpreise für verschreibungspflichtige Arzneimittel (Rx) in Deutschland

Frei verkäufliche Arzneimittel (ca. 15 % des Apothekenumsatzes) sind nicht preisgebunden. Die Preise für das Zusatzsortiment sind ebenfalls frei kalkulierbar.

Aber die Abgabepreise für verschreibungspflichtige Arzneimittel (ca. 90 % des Umsatzes) sind in Deutschland in einem komplizierten Geflecht von Rabattverträgen und Abschlägen für die GKV für alle Apotheken einheitlich vorgeschrieben. Deutsche Apotheker haben derzeit keinen Spielraum bei der Preisgestaltung für Rx. Ihr Honorar für die Abgabe von Rx (incl. ggf. Beratung) bemisst sich nach der Zahl der abgegebenen Packungen. Abgesehen von evtl. Großhandelsrabatten ist auf den Cent genau gesetzlich festgelegt, wieviel eine Apotheke an einer Rx-Packung verdient (3 %-Zuschlag auf Listeneinkaufspreis plus 8,35 € Fixbetrag pro Packung minus 1,77 € GKV-Rabatt pro Packung minus 0,16 € pro Packung für den Nacht- und Notdienstfonds). Für gesetzlich Versicherte rechnet die Apotheke direkt mit den Krankenkassen ab. Dabei werden Zuzahlungen der Versicherten (zwischen 5,00 € und 10 € pro Arzneimittel) berücksichtigt und den GKV gut geschrieben. Die Zuzahlungen sind für die Apotheke durchlaufende Posten. Privat Versicherte bezahlen die amtlichen Preise für Rx zunächst selbst. Nachlässe auf Zuzahlungen oder andere finanzielle Anreize für Apothekenkunden sind im Zusammenhang mit Rx in Deutschland verboten. Beratungs- und sonstige Serviceleistungen werden mit Ausnahme von Nacht- und Notdienst nicht gesondert vergütet.

Nacht- und Notdienst

In Gegenden mit geringer Apothekendichte wird die einzelne Apotheke durch Nacht- und Sonntagsdienste besonders belastet. Ein Betrag von 2,50 € pro Kunde ist dafür kein ausreichendes Honorar. Deshalb gibt es seit 2013 zusätzlich den Nacht- und Notdienst-Fonds, in den alle Apotheken - auch in- und ausländische Versandapotheken - 0,16 € pro abgegebene Packung Rx einzahlen. Der Fonds wird quartalsweise unter den Apotheken je nach Zahl der geleisteten Dienste ausgeschüttet. Derzeit beträgt die Vergütung pro Dienst knapp 280 €. Auf diese Weise bekommen die Landapotheken für die vielen

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 125

geleisteten Dienste mehr ausgezahlt als die Großstadtapotheken. Versandapotheken leisten keine Not- und Nachtdienste und erhalten keine Vergütung aus dem Fonds.

Inanspruchnahme in- und ausländischer Apotheken

Nach Angaben der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA) vom 9. November 2016 beziehen 99 von 100 Patienten Rx in einer deutschen Apotheke, also zu Festpreisen. Ebenfalls nach Angaben der ABDA beziehen 88 % der Patienten, die ständig mehr als drei Medikamente benötigen, diese aus ihrer Stammapotheke vor Ort (ABDA Zahlen-Daten-Fakten 2016).

Die Abnahme der Apothekenzahl im ländlichen Raum

In den letzten Jahren ist die Zahl der Apotheken mehr oder weniger gleichmäßig zurückgegangen, zuletzt in der Größenordnung von etwa 1 - 1,5 % pro Jahr (ABDA Zahlen-Daten-Fakten 2016). Seit längerem gibt es zahlreiche Berichte darüber, wie schwer es ist, Nachfolger für eine Apotheke im ländlichen Raum zu finden und dass junge Apotheker wenig motiviert sind, in dünn besiedelten Gegenden mit schwacher Infrastruktur eine neue Apotheke zu eröffnen. Diese Probleme sind ähnlich wie bei Hausärzten.

Im März 2016 ergab eine Umfrage, dass gerade einmal 14 % der befragten Apotheker die Konkurrenz durch Versandhandel als wichtigen Grund für Apothekenschließungen ansahen, an siebter Stelle von zwölf möglichen Gründen. Der Zusammenhang von Apothekenschließungen mit Versandhandel wurde also von den befragten Apothekern als nachrangig empfunden (<http://www.ifhkoeln.de/apokix>).

Das Urteil des EuGH vom 19. Oktober 2016

Zum Missfallen deutscher Apotheker und des deutschen Bundesgesundheitsministeriums werden seit einiger Zeit von ausländischen Versandapotheken Zuzahlungen für verschreibungspflichtige Arzneimittel ganz oder teilweise in Boni umgewandelt, mithin also Rabatte gewährt.

Im März 2015 wurde der EuGH gebeten, zu klären, ob es sich bei den Rabatten der ausländischen Versandapotheken um unlauteren Wettbewerb handele. Am 19.10.2016 erging das Urteil (EuGH v. 19.10.2016 - C-148/15). Daraus geht hervor, dass nicht die Rabatte europarechtswidrig sind, sondern die in Deutschland geltenden Festpreise für Rx, wenn diese auch für ausländische Versandapotheken verbindlich sind. Das Urteil wird damit begründet, dass der freie Warenverkehr behindert wird, wenn ausländische Apotheken bei Lieferungen nach Deutschland gezwungen sind, sich an die deutschen Festpreise für Rx zu halten.

Generell sind Behinderungen des freien Warenverkehrs innerhalb der EU nur zulässig, wenn ohne diese Einschränkung Gesundheit und Leben von Menschen nachweislich gefährdet sind. Eine flächendeckende qualitativ hochwertige Versorgung mit Arzneimitteln

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 126

ist ein Teil der Sicherung von Gesundheit und Leben. Die Verfechter der Festpreise für Rx konnten allerdings nicht belegen, dass Festpreise für Rx tatsächlich von Bedeutung für eine gute, gleichmäßige und flächendeckende Versorgung mit Arzneimitteln sind. Deshalb schlussfolgerte der EuGH, dass Festpreise für Rx keine geeigneten Maßnahmen sind, um Gesundheit und Leben von Menschen zu schützen (Rn 46).

Die Vertreter der Bundesregierung und der Apothekerverbände konnten auch nicht nachweisen, dass durch Festpreise für Rx eine bessere geografische Verteilung der Präsenzapotheken in Deutschland erreicht wird. Nach Ansicht des Gerichtes ist sogar möglich, dass mehr Preiswettbewerb ein dafür geeigneteres Mittel ist.

Auch sah das Gericht die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Präsenzapotheken durch den Versandhandel und evtl. Rabatte nicht gefährdet, gerade weil sie vor Ort präsent sind und Rezepte mit höchstens geringfügiger zeitlicher Verzögerung beliefern können sowie Not- und Nachdienst leisten.

Weil die Rx-Festpreise den angegebenen Zweck nicht erfüllen, sind sie nach dem Urteil des EuGH beim grenzüberschreitenden Versand nach Deutschland nicht gerechtfertigt. Für Regelungen zum Gesundheitsschutz innerhalb Deutschlands ist der EuGH nicht zuständig.

Das Urteil des EuGH vom 19. Oktober 2016 erlaubt also Versandapotheken aus anderen EU-Ländern ihren Kunden in Deutschland Rabatte auf verschreibungspflichtige Arzneimittel einzuräumen. Für deutsche Apotheken, auch für deutsche Versandapotheken, sind Rabatte weiterhin verboten.

Die Benachteiligung deutscher Apotheken aufheben

Es ist verständlich, dass die deutsche Apothekerschaft sich derzeit ungerecht behandelt fühlt, zumal die ausländischen Versandapotheken nun besonders aggressiv mit Rabatten werben. Zur Lösung des Problems wird gefordert, den Versandhandel mit Rx allgemein – auch für deutsche Versandapotheken – zu verbieten. Aber die Forderung nach einem Verbot des Versandhandels mit Rx widerspricht Verbraucherinteressen und wird sich bei Gegenklagen nicht durchsetzen lassen, denn die Richter des EUGH haben im Zuge des jüngsten Verfahrens bereits alle Argumente geprüft, die aus Sicht der Bundesregierung und der Apothekerverbände gegen den seit 2004 etablierten Versandhandel mit Rx und damit verbundene Rabatte sprechen.

Dagegen ist offensichtlich, dass der Versandhandel (auch mit Rx) - in Ergänzung zu den unentbehrlichen Präsenzapotheken vor Ort - eine gute, flächendeckende Versorgung der Bevölkerung unterstützt. Die Fixierung der Rx-Handelsspanne in Apotheken trägt nach Meinung des EuGH aber nichts zu dieser guten Versorgung bei, sondern behindert eher eine gleichmäßigere regionale Verteilung der Präsenz-Apotheken.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 127

Aufgrund des EuGH-Urteils ist davon auszugehen, dass Rx-Festpreise auch beim Handel innerhalb Deutschlands nicht gerichtsfest damit begründet werden können, dass sie für eine gute, sichere und flächendeckende Versorgung mit Arzneimitteln unabdingbar sind.

Ungerecht ist, dass ausländische Apotheken Boni geben dürfen, deutsche aber nicht. Folgerichtig ist daher die Forderung, in einem definierten Rahmen Rabatte auf Rx zu erlauben bzw. die strikte Preisbindung aufzugeben, damit auch deutsche Apotheken die Möglichkeit haben, in einem gewissen Rahmen ihre Abgabepreise für Rx selbst festzulegen. Ein solcher Rahmen für mögliche Rx-Preise in Deutschland kann für Präsenz- und für in- und ausländische Versandapotheken einheitlich sein und damit europarechtlich Bestand haben.

Ein Vorschlag zur Lockerung der Festpreise für Rx

Aufgrund wissenschaftlicher Studien plädiert die deutsche Monopolkommission bereits seit mehreren Jahren für einen begrenzten Preiswettbewerb beim Handel mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln (BT-Drucksache 17/2600 18. Hauptgutachten der Monopolkommission 2008/2009 S. 54-61). Nach diesem Modell bleibt das deutsche Preisfindungssystem für Arzneimittel bis zur Ebene des Großhandels unberührt. In einem eng begrenzten Rahmen käme es zu einem Preiswettbewerb, der sich allein auf die Honorierung der Leistungen der einzelnen Apotheke beziehen würde. Gerade Apotheken in Gegenden mit geringer Apothekendichte könnten dadurch Vorteile erwirtschaften.

Nach diesem Vorschlag würden die Krankenkassen den Apotheken nur die Einkaufspreise für Rx erstatten. Die Zuzahlungen der Patienten an die GKV und der Kassenrabatt der Apotheken würden entfallen. Stattdessen würden die Patienten aus eigener Tasche eine Servicepauschale zahlen, die von jeder einzelnen Apotheke innerhalb einer staatlich festgelegten Ober- und Untergrenze festgelegt wird, etwa bis maximal 10 €, d. h. in der Größenordnung der derzeitigen deutschen Apothekenmarge. Die Taxe könnte für Nacht- und Wochenenden höher sein, als zu normalen Öffnungszeiten. Sie könnte auch nach Arzneimittelgruppen differenziert werden. In den Fällen, in denen derzeit Versicherte der GKV von Zuzahlungen befreit sind, sollen die Kassen den Versicherten eine „mittlere“ Servicepauschale erstatten, etwa 5 €.

Es ist damit zu rechnen, dass Versandapotheken niedrigere Taxen verlangen würden. Trotzdem bleibt es ein Vorteil für Präsenzapotheken, dass sie „am Weg“ liegen und nach dem Arztbesuch eine schnelle Anwendung des Arzneimittels ermöglichen. Auch das Vertrauen zum Hausapotheker und seine Beratung u. a. bei Selbstmedikation und Prävention sollte in seiner Wirkung nicht unterschätzt werden. Es gibt zahlreiche Aspekte der Beratung und besonderer Dienstleistungen, die nur Präsenzapotheken leisten und für die höhere Taxen erwartet werden können.

Die Möglichkeit zum Bezug preisgünstigerer Arzneimittel durch den Versandhandel bietet insbesondere chronisch Kranken eine willkommene Entlastung.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 128

Die Einrichtung des Nacht- und Notdienst-Fonds muss erhalten bleiben. Dabei könnte von in- und ausländischen Versandapotheken ein höherer Beitrag pro Packung verlangt werden, als von Präsenzapotheken, z. B. 20 cent statt 16 cent.

Wichtig ist, dass zum Erhalt der freien Apothekenwahl gesetzlich sichergestellt wird, dass gesetzliche und private Krankenkassen ihren Versicherten diese freie Wahl uneingeschränkt zugestehen.

Chancen durch Freiheit

Die Mitgliedschaft in der EU-Wirtschaftsgemeinschaft, die fortschreitende Digitalisierung und Vernetzung, die demographische und andere unaufhaltsame Entwicklungen führen in Apotheken wie in praktisch allen Branchen dazu, dass sich Marktstrukturen verändern und traditionelle Geschäftsmodelle angepasst werden müssen. Dadurch ergeben sich neue Chancen, aber auch Risiken, die eingegrenzt werden müssen.

Mit dem beschriebenen System wäre ein erster Schritt zu einem fairen Wettbewerb innerhalb der deutschen Apotheken und zwischen deutschen Präsenzapotheken und ausländischen Versandapotheken getan. Die derzeitige Ungleichbehandlung von in- und ausländischen Apotheken in Bezug auf die Rx-Abgabe-Preise würde aufgehoben und gleichzeitig eine bedarfsangepasste regionale Verteilung von Präsenzapotheken gefördert. Es eröffnet den deutschen Apotheken neue Freiräume.

Den deutschen Apotheken ist zu wünschen, dass Forderungen fallen gelassen werden, die im Lichte der aktuellen europäischen Rechtsprechung keinen Bestand haben können. Stattdessen sollte so schnell wie möglich mit allen Beteiligten in allen Einzelheiten geklärt werden, wie die Festpreise für Rx sozialverträglich und europarechtskonform gelockert werden können.

In weiteren Schritten sollte über Anpassungen der Großhandelspreise innerhalb Europas, eine sinnvolle und gezielte Förderung pharmazeutischer Forschung sowie über Erleichterungen bei den Auflagen für Apothekenausstattung und –Sortiment verhandelt werden.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 129

Antrag A302

Betr.: **Sicherstellung einer hochwertigen Versorgung mit
verschreibungspflichtigen Arzneimitteln**

Antragsteller: **Landesverband Baden-Württemberg**

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Durch die Entscheidung des EuGH, wonach sich ausländische Versandapothe-
2 ken nicht an die in Deutschland geltende Preisbindung halten müssen, ist eine
3 Wettbewerbsverzerrung entstanden. Alternativen zum Versandhandelsverbot
4 müssen von allen Betroffenen diskutiert und erarbeitet werden. Wir Freie Demo-
5 kraten fordern ein befristetes Untersagen des Versandhandels mit rezeptpflichti-
6 gen Arzneimitteln, damit die Sicherheit bei der Arzneimittelversorgung der Patien-
7 tinnen und Patienten gewährleistet bleibt.

Begründung:

Der Europäische Gerichtshof hat am 19. Oktober 2016 entschieden, dass die deutsche Preisbindung für verschreibungspflichtige Arzneimittel (RX-Arzneimittel) in den Schutzbereich der Warenverkehrsfreiheit gemäß Artikel 34 AEUV eingreift. Bis zum Jahr 2004 war der Versandhandel mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln verboten. Die rot-grüne Bundesregierung hat dies mit dem GKV-Modernisierungsgesetz (GMG) geändert. Die FDP hat seinerzeit im Deutschen Bundestag gegen dieses Gesetz gestimmt. Die jetzige Entscheidung des EuGH eröffnet ausschließlich im europäischen Ausland angesiedelten Versandapotheken die Gewährung von Rabatten beim Handel mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln. Der Versand mit nicht verschreibungspflichtigen Arzneimitteln, sogenannten OTC-Arzneimitteln, war bisher schon im Preiswettbewerb möglich und soll dies auch weiterhin bleiben.

Sinn der Arzneimittelpreisverordnung (AMPreisV) ist es, dass verschreibungspflichtige Arzneimittel in allen Apotheken zum gleichen Preis erhältlich sind. Damit soll verhindert werden, dass hilfebedürftige Patienten Preise vergleichen müssen. Außerdem soll eine flächendeckende Arzneimittelversorgung gewährleistet werden. Apotheken sollen in einen Qualitätswettbewerb treten und ein möglicherweise ruinöser Preiswettbewerb für Apotheken verhindert werden. Die Arzneimittelpreisverordnung ist ein sinnvolles Instrument, um die Versorgung mit Arzneimitteln flächendeckend sicherzustellen. Im Sinne des Verbraucherschutzes sollten die Regelungen der AMPreisV innerhalb Deutschlands auch zukünftig gelten.

Die Gewährung von Rabatten im Bereich verschreibungspflichtiger Arzneimittel führt zu Rosinenpickerei und Fehlanreizen. Während der akut Erkrankte beispielsweise sein

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 130

Antibiotikum sofort benötigt und die volle Zuzahlung zu leisten hat, könnte ein beispielsweise längerfristig Erkrankter, der von der Zuzahlung befreit ist, Rabatte im Versandhandel aus dem Ausland (für inländischer Versender bleibt es beim Rabattverbot) nutzen, die dem Grunde nach der Solidargemeinschaft zustehen. Denn wer keine Zuzahlung zu leisten hat, dem bezahlt die gesetzliche Krankenversicherung sein Arzneimittel voll. Wenn also aus einer unentgeltlichen Abgabe von Arzneimitteln zusätzliche Vorteile entstehen, dann müsste dies im Sinne des Solidargedankens der gesetzlichen Krankenversicherung zur Verfügung stehen.

Arzneimittel sind Güter besonderer Art. Bei ihrer Anwendung geht es um das sensible Gut Gesundheit. Damit ein Arzneimittel überhaupt auf den Markt gelangt, benötigt es eine behördliche Zulassung. Um eine solche Zulassung zu erhalten, muss das Pharma-Unternehmen in aufwendigen Prüfungen die pharmazeutische Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit des Arzneimittels nachweisen. Zudem bestehen neben diesen und anderen arzneimittelrechtlichen Bestimmungen vielfältige Regelungen zur Preisbildung und Erstattung von Arzneimitteln durch die Krankenversicherungen und weitere Kostenträger. Sowohl die Herstellung als auch der Verkauf, die Werbung und der Umgang mit Arzneimitteln erfordert eine besondere Sensibilität. Die Einnahme von Arzneimitteln kann mit Nebenwirkungen verbunden sein. Zum Schutz des Patienten und um die Arzneimitteltherapiesicherheit zu gewährleisten, besteht bei der Abgabe von Arzneimitteln in der öffentlichen Apotheke deshalb eine Beratungspflicht. Der Patient, der Medikamente benötigt, befindet sich häufig in einer Notlage und kann deshalb keine klassische Konsumentenentscheidung treffen. Der Apotheker als Heilberufler ist ethischen Ansprüchen und einer Berufsordnung unterworfen. Für ihn steht das Wohl des Patienten im Vordergrund, nicht die Profitmaximierung. Hinzu kommt der Aspekt, dass bei verschreibungspflichtigen Arzneimitteln meist keine klassische Nachfrager-Anbieter-Situation besteht. Die Entscheidung über die Notwendigkeit eines Produktes trifft der Arzt, der Patient wendet das Produkt an, die Bezahlung erfolgt durch die Krankenkasse. Durch den Anwender erfolgt also weder die Entscheidung für ein bestimmtes Produkt, noch ist er in der Lage, eine Kosten-Nutzen-Abwägung zu vollziehen.

Werden keine politischen/gesetzgeberischen Maßnahmen ergriffen, würden die Apotheken durch das Urteil des EuGH einem Preiswettbewerb mit ausländischen Versandapotheken ausgesetzt. Dieser Preiswettbewerb fände aus hiesiger Sicht unter ungleichen Wettbewerbsbedingungen statt. Während Apotheken vor Ort Gemeinwohlpflichten wie die Notdienstversorgung oder die Rezepturherstellung erbringen, trifft dies auf ausländische Versandapotheken nicht zu. Es besteht die Gefahr, dass viele öffentliche Apotheken möglicherweise diesen Wettbewerb nicht bestehen. Künftig könnten insbesondere viele chronisch kranke Patienten ihre Arzneimittel bei ausländischen Versandapotheken bestellen. Damit brähe eine wichtige Einnahmequelle für die Apotheken vor Ort weg. Über diese Aspekte hinaus sind beispielsweise auch die Versorgung mit Betäubungsmitteln oder die Beschaffung von Präparaten, die von Lieferengpässen betroffen sind, zu nennen. Die Honorierung der sogenannten Gemeinwohlpflichten erfolgt zu einem großen Teil über eine Mischkalkulation im Zusammenhang mit der Honorierung der Abgabe und Beratung von Fertigarzneimitteln

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 131

durch die Apotheke. Bezogen auf die Anzahl abgegebener Packungen lag der Anteil verschreibungspflichtiger Arzneimittel im Jahr 2015 bei 53,3 %, der Umsatzanteil bei 83,3 % (Quellen: Deutscher Apothekerverband, ABDA-Statistik, IMS Health, Insight Health).

Die Preisbindung ist im Arzneimittelgesetz (§ 78 AMG) und der darauf basierenden Arzneimittelpreisverordnung geregelt. Die Preisbindung für verschreibungspflichtige Arzneimittel ist eine tragende Säule des deutschen Arzneimittelwesens. Die Arzneimittelpreisverordnung macht das Sachleistungsprinzip in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) erst möglich. Sie ist zudem Basis für viele Steuerungs- und Kostendämpfungsinstrumente im Gesundheitswesen: Beispielsweise fußen die gut 21.000 Rabattverträge zwischen Krankenkassen und Arzneimittelherstellern auf einer einheitlichen und transparenten Preisgestaltung. Ein wesentliches Element des einheitlichen Preises für verschreibungspflichtige Arzneimittel ist unter anderem die Überlegung, dass keineswegs bei Verknappung von Produkten der Preis entscheidend dafür sein darf, wer dieses Produkt bekommt und wer nicht. Die immer wieder entstandenen Engpässe bei der Belieferung von Arzneimitteln in der Vergangenheit sowie insbesondere die jüngsten Probleme bei der zeitnahen Versorgung der Patienten mit Zytostatika zeigt, dass eine Marktverengung die Versorgung und damit die Gesundheit der Patienten gefährden kann.

Das Bundesverfassungsgericht (Beschluss v. 4. November 2015 – 2 BvR 282/13) erklärte die Preisregulierung bei verschreibungspflichtigen Arzneimitteln mit dem Grundgesetz/Unionsrecht vereinbar. Durch die Entscheidung des EUGH, wonach sich ausländische Apotheken nicht an die in Deutschland geltende Preisbindung halten müssen, ist eine konkrete Gefährdung deutscher Apotheken und damit auch der flächendeckenden Arzneimittelversorgung zu befürchten. Aus gutem Grund ist der Versandhandel mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln in allen EU-Mitgliedsstaaten außer Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, den Niederlanden, Schweden und Großbritannien untersagt. In diesen Ländern gibt es jedoch teilweise andere, erhebliche staatliche Eingriffe. Um einige Beispiele zu nennen:

Großbritannien: Das stark staatlich beeinflusste Gesundheitssystem NHS limitiert den Zugang für Apotheken zum System, indem es nur mit einer bestimmten Anzahl von Apotheken Verträge abschließt. Hinzu kommen jährliche Geldspritzen für Apotheken, um die Versorgung im ländlichen Bereich zu sichern. Dieses „Grundeinkommen“ (additional payments) wird derzeit 1.300 Apotheken gewährt und beträgt in diesem Jahr 11.600 Pfund (17.600 Pfund in 2017).

Dänemark: Bei der Einführung des Rx-Versands in Dänemark wurde zunächst nur eine Versandapotheke, betrieben vom Apothekerverband, zugelassen. Zudem wurde ein Ausgleichsfonds eingerichtet. Ländliche Apotheken mit kleinem Umsatz werden unterstützt von überdurchschnittlich großen Apotheken. Eine weitere Vorgabe ist, dass die Apotheke vor dem Versand eines Arzneimittels telefonisch Kontakt mit dem Patienten aufnehmen muss. Die Zahl der Apotheken wie auch das jährliche Budget für den gesamten Apothekenmarkt sind staatlich vorgegeben.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 132

Schweden: Bis 2009 gab es in Schweden nur die staatliche Apothekenkette Apoteket. Nach wie vor gehört 1/3 der Apotheken Apoteket an. Es gibt spezielle staatliche Vorgaben, um die Versorgung im ländlichen Bereich aufrecht zu erhalten.

Finnland: Voraussetzung für den Rx-Versand ist ein telefonischer Patientenkontakt vor jeder Versendung.

Niederlande: Voraussetzung dafür, als Patient in den Niederlanden das verordnete Arzneimittel als Sachleistung zu erhalten, ist ein entsprechender Vertrag zwischen Krankenkasse und Apotheke. Damit ist in gewisser Weise die freie Apothekenwahl eingeschränkt.

Darüber hinaus ist in jedem Mitgliedstaat die dortige sozialrechtliche Lage zu berücksichtigen, die teilweise eine Erstattung von Arzneimittelkosten von vertraglichen Vereinbarungen mit den Versandapotheken abhängig machen kann. Kaum ein anderer Mitgliedstaat dürfte es den Apotheken so einfach machen wie Deutschland mit seinem Rahmenvertrag, dem man auch als ausländischer Versandanbieter per simpler Erklärung beitreten kann.

Die unterschiedlichen Apotheken-, Arzneimittel- und Gesundheitssysteme sind auf nationaler Ebene durch eine Vielzahl von Regelungen miteinander verwoben. Dies führt dazu, dass grundlegende Eingriffe an einzelner Element das Gesamtsystem gefährden können. Deshalb finden in allen europäischen Ländern staatliche Eingriffe in die Preisbildung verschreibungspflichtiger Arzneimittel statt. Im europäischen Vergleich ist der Apothekenmarkt in Deutschland nicht stärker reguliert als in anderen Ländern. Während es in Deutschland seit 1958 für Apotheker eine Niederlassungsfreiheit gibt, findet in 61 % der EU-Mitgliedsstaaten (betroffen sind 63% der Einwohner der EU und 62% der Apotheken) eine staatliche Niederlassungsbeschränkung statt. In Deutschland gibt es für OTC-Arzneimittel eine Lockerung des Werbeverbots, es besteht die Preisfreigabe bei OTC-Arzneimitteln sowie eine Filialisierungsmöglichkeit (1 Hauptapotheke plus max. 3 Filialen pro Apotheker).

Diese Informationen zeigen, dass man natürlich Alternativen zu einem RX-Versandhandelsverbot diskutieren kann. Sie zeigen aber auch, dass sie kurzfristig keine besseren Lösungen darstellen. Dies betrifft auch weitere Themenbereiche, wie etwa Überlegungen, eine bessere Honorierung für Beratungsleistungen oder auch Sicherstellungszuschläge für Apotheken im ländlichen Raum vorzusehen. Auch die Sicherstellung und Vergütung im Bereich der Nacht- und Wochenenddienste sind aufzugreifen und durchaus auch neue Wege einer Versorgung beispielsweise über Portalpraxen an unseren Krankenhäusern zu überlegen. Darüber hinaus wissen wir, dass in anderen Ländern Apotheken weitere Leistungen erbringen. Dies alles ist aber sehr sorgfältig abzuwägen, da dies Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit und damit auf die zuverlässige Versorgung der Patienten mit Medikamenten hat. Was wir Freie Demokraten auf jeden Fall nicht wollen, ist der Verlust der Versorgungssicherheit, den Verlust der Freiberuflichkeit unserer Apotheken und Ersatz durch staatliche

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 133

Versorgungsmodelle. Wir wollen auch kein staatliches Gesundheitssystem wie in skandinavischen Ländern oder in Großbritannien.

Zur Sicherstellung einer hochwertigen und sicheren Versorgung mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln ist ein Untersagen des Versandhandels mit diesen Gütern besonderer Art das nicht nur geeignete, sondern erforderliche Mittel, um die erheblichen Wettbewerbsunterschiede zwischen Versandhandel und öffentlicher Apotheke in diesem Bereich ausgleichen zu können.

Ein komplettes Verbot des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Medikamenten könnte als „Maßnahme gleicher Wirkung“ im Sinne des Artikels 34 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) einzustufen sein. Weiter hat der Europäische Gerichtshof in seinem Urteil vom 19. Oktober 2016 dargelegt, dass das Ziel der Gewährleistung einer flächendeckenden sicheren und qualitativ hochwertigen Arzneimittelversorgung grundsätzlich als Ansatzpunkt für die Anerkennung einer Ausnahme (Artikel 36 AEUV) vom Verbot des Artikels 34 AEUV in Betracht kommt. Beschränkungen des freien Warenverkehrs ließen sich aber gemäß Artikel 36 AEUV nur dann mit Erfolg rechtfertigen, wenn sie geeignet sind, die Verwirklichung des verfolgten legitimen Ziels zu gewährleisten, und wenn sie nicht über das hinausgehen, was zur Erreichung dieses Ziels erforderlich ist. Dabei obliege es den nationalen Behörden, die dafür erforderlichen Beweise in jedem Einzelfall beizubringen. Rechtfertigungsgründe, auf die sich ein Mitgliedstaat berufe, müssten daher von einer Untersuchung zur Geeignetheit und Verhältnismäßigkeit der von diesem Mitgliedstaat erlassenen Maßnahme sowie von genauen Angaben zur Stützung seines Vorbringens begleitet sein. Ein nationales Gericht müsse, wenn es eine nationale Regelung darauf prüft, ob sie zum Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen nach Artikel 36 AEUV gerechtfertigt ist, mit Hilfe statistischer Daten, auf einzelne Punkte beschränkter Daten oder anderer Mittel objektiv prüfen, ob die von dem betreffenden Mitgliedstaat vorgelegten Beweise bei verständiger Würdigung die Einschätzung erlauben, dass die gewählten Mittel zur Verwirklichung der verfolgten Ziele geeignet sind. Außerdem habe das nationale Gericht zu prüfen, ob es möglich ist, diese Ziele durch Maßnahmen zu erreichen, die den freien Warenverkehr weniger einschränken. Auch diese Anforderungen lassen sich ohne Zweifel auf ein nationales Verbot übertragen, mit dem der Versandhandel mit Arzneimitteln unterbunden wird.

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 134

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 135

Antrag A303

Betr.: Arzneimittelversorgung wieder gewährleisten: Aufbau einer strategischen Arzneimittelrohstoffreserve

Antragsteller: Bundesfachausschuss Gesundheit

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir setzen uns für die Sicherstellung der Versorgung der Bürger mit wichtigen
- 2 Arzneimitteln ein.

- 3 Eine politische Verantwortung besteht in der Sicherung der Rohstoffe für die
- 4 Arzneimittelherstellung, um Lieferengpässe, wie es sie in der Vergangenheit gab,
- 5 zu vermeiden. Möglichkeiten bestehen in der Förderung der Herstellung von Arz-
- 6 neimittel in Deutschland durch eine verpflichtende Bevorratung mit Arzneimittel-
- 7 rohstoffen, ähnlich der strategischen Ölreserve.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 136

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 137

Antrag A304

Betr.: Kindeswohl schützen – Recht auf Impfung für alle Kinder

Antragsteller: Bundesvorstand der Jungen Liberalen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Heutzutage können wir in Deutschland im Alltag vergleichsweise sicher und ge-
2 sund leben. Das war noch vor wenigen Jahrzehnten anders: Erst durch die flä-
3 chendeckende Impfung mehrerer Generationen konnten tödliche Krankheiten wie
4 Pocken oder Kinderlähmung hierzulande weitestgehend ausgerottet werden.

5 Doch die Impfquote in Deutschland nimmt inzwischen wieder ab: So werden
6 beispielsweise durchschnittlich nur noch 37 Prozent der Kinder rechtzeitig und
7 ausreichend gegen Masern geimpft. Zum Vergleich: 95 Prozent wären notwen-
8 dig, um einen ausreichenden, populationsweiten Schutz sicherzustellen. Dieser
9 alarmierende Zustand hat so weit geführt, dass es zuletzt in Deutschland wieder
10 zu so vielen Masern-Ausbrüchen kam wie seit 10 Jahren nicht mehr – darunter
11 auch zu mehreren Todesfällen.

12 Nicht zuletzt durch unwissenschaftliche Vorurteile und Impfmüdigkeit gefährden
13 immer mehr Personen dadurch fahrlässig die Gesundheit ihrer, aber auch ande-
14 rer Kinder. Dies können wir nicht weiter hinnehmen. Denn auch das Erziehungs-
15 recht der Eltern kennt Grenzen, wenn es zulasten des Wohlergehens und der
16 Gesundheit des Kindes geht. Kinder sollten deshalb zum Schutze ihrer körperli-
17 chen Unversehrtheit ein Recht auf Impfschutz erhalten.

18 Wir Freie Demokraten fordern daher die Durchsetzung einer allgemeinen Impfpflicht für Kinder bis 14 Jahre gemäß § 20 Absatz 6 Infektionsschutzgesetz. Die vorzunehmenden Impfungen sollen sich an den Empfehlungen der ständigen Impfkommision des Robert Koch Instituts (STIKO) orientieren. Der behandelnde Kinderarzt ist dazu angehalten, die Erziehungsberechtigten bei den regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen auf die Impfpflicht hinzuweisen. Mögliche rechtliche Folgen aus einem Nichtbeachten der Regelung sollen aber allein die Erziehungsberechtigten treffen. Ausgenommen von der Impfpflicht sind Personen, die aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden können.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 138

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 139

Antrag A305

Betr.: Befürwortung des Urteils des BVerwG vom 2. März 2017 über den Zugang in extremen Ausnahmesituationen zu einem Betäubungsmittel, das eine schmerzlose Selbsttötung ermöglicht

Antragsteller: Rudolf Rentschler (LV Baden-Württemberg), Christian Abel (LV Baden-Württemberg), Renata Alt (LV Baden-Württemberg), Eckhard Behrens (LV Baden-Württemberg), Jens Brandenburg (LV Baden-Württemberg), Alexander Brecht (LV Baden-Württemberg), Hosam el Miniawy (LV Baden-Württemberg), Charlotta Eskilsson (LV Baden-Württemberg), Giesela Geckler (LV Baden-Württemberg), Christopher Gohl (LV Baden-Württemberg), Gabriele Heise (LV Baden-Württemberg), Hauke Hilz (LV Bremen), Tom Hoyem (LV Baden-Württemberg), Andrea Kanold (LV Baden-Württemberg), Marcel Klinge (LV Baden-Württemberg), Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (LV Bayern), Bärbl Maushart (LV Baden-Württemberg), Gesine Meißner (LV Niedersachsen), Alexander Pokorny (LV Berlin), Susan Schneider (Auslandsgruppe Europa), Erik Schweikert (LV Baden-Württemberg), Armin Serwani (LV Baden-Württemberg), Mathia Specht-Habbel (LV Berlin), Benjamin Strasser (LV Baden-Württemberg), Stefan Tritschler (LV Baden-Württemberg), Manfred Vohrer (LV Baden-Württemberg), Andreas Weik (LV Baden-Württemberg) und Volker Wissing (LV Rheinland-Pfalz)

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Wir Freie Demokraten begrüßen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom
2 2. März 2017, wonach in Extremfällen (unerträgliche Leidenssituation bei schwe-
3 rer und unheilbarer Krankheit) Patienten der Zugang zu einem Betäubungsmittel,
4 das eine würdige und schmerzlose Selbsttötung ermöglicht, nicht verwehrt wer-
5 den darf, sofern ihnen keine zumutbare Alternative zur Verfügung steht und
6 wenn sie in dieser Situation frei und ernstlich entschieden haben, ihrem Leben
7 ein Ende setzen zu wollen.

8 Wir Freie Demokraten erwarten zudem, dass diese Entscheidung auch umge-
9 setzt wird.

Begründung:

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 140

Für uns ist das Recht auf Selbstbestimmung ein fundamentales Prinzip. Das Bundesverwaltungsgericht hat in genau diesem Sinne entschieden und sein Urteil abgeleitet aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht, das sich aus Art 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art 1. Abs. 1 GG ergibt.

Es gibt jedoch auch nicht unerhebliche politische Kräfte, die das anders sehen. Deshalb bietet es sich an, darauf hinzuweisen, dass diese Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts auch umzusetzen ist. Adressat ist das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM).

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 141

Antrag A306

**Betr.: Kein Fahrerlaubnisentzug bei Straftaten ohne
Zusammenhang mit dem Führen eines Kraftfahrzeugs**

Antragsteller: FDP Niederbayern

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir Freie Demokraten lehnen eine Änderung der derzeitigen Rechtslage ab, wo-
- 2 nach ein Entzug der Fahrerlaubnis künftig auch bei Straftaten ohne einen Zu-
- 3 sammenhang mit dem Führen eines Kraftfahrzeuges möglich sein soll.

Begründung:

Die derzeitige Regierung und der derzeitige Bundesjustizminister haben im August 2016 angekündigt, einen Gesetzesentwurf vorlegen zu wollen, wonach Richter künftig neben den bisher möglichen Geld- bzw. Freiheitsstrafen auch den Führerschein entziehen können sollen, wenn kein Zusammenhang mit dem Führen eines Kraftfahrzeugs vorliegt.

Ein Führerscheinentzug soll demnach unter anderem bei der Vernachlässigung von Unterhaltungspflichten, bei Steuerhinterziehung oder bei Hass-Kommentaren in Betracht kommen.

Demnach soll ein Entzug des Führerscheins zur Anwendung kommen, wenn eine Geldstrafe alleine keinen Eindruck hinterlässt und eine Freiheitsstrafe zu einschneidend wäre.

Außer Acht gelassen wird dabei, dass wenn eine Geldstrafe jedoch nicht einschneidend genug und eine Freiheitsstrafe zu einschneidend wäre, eine Freiheitsstrafe auf Bewährung außerdem möglich ist.

So ließen sich grundsätzlich auch „wohlhabende Menschen“ entsprechend sanktionieren, die nach Ansicht der derzeitigen Regierung von Geldstrafen angeblich weniger betroffen sind. Was unter „wohlhabenden Menschen“ zu verstehen ist, bleibt offen.

Aber auch hier lässt die Regierung komplett außer Acht, dass Geldstrafen sich aus der Zahl der Tagessätze und deren Höhe zusammensetzen. Die Höhe wiederum bemisst sich nach den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen (=Nettoeinkommensprinzip) des Täters.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 142

Auch Zinsgewinne werden berücksichtigt und teilweise auch das Vermögen des Täters. Etwa die Vermögenserträge aus spekulativen Wertsteigerungen können berücksichtigt werden.

Es erscheint auch im Hinblick auf das Gleichheitsgebot problematisch eine Strafart einführen zu wollen, die speziell eine bestimmte Personengruppe („wohlhabende Menschen“) besonders betreffen soll.

Ferner ist zu bedenken, dass ein Führerscheinentzug Berufsfahrer, Pendler und in ländlichen Regionen Wohnende ungleich härter trifft, als Leute, die nicht auf das Auto angewiesen sind oder überhaupt keinen Führerschein haben. Teilweise wäre deren Wirkung einem Arbeitsverbot gleichzusetzen und die Bewegungsfreiheit wird eingeschränkt.

Die gewünschte Zielgruppe „wohlhabende Menschen“ wird im Zweifelsfall leichter auf Alternativen (Taxi, Chauffeur,...) zurückgreifen können.

Sinn und Zweck des Fahrerlaubnisentzugs ist die Verkehrssicherheit. Dabei soll es auch bleiben.

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 143

Antrag A307

Betr.: Namensfreiheit im deutschen Recht

Antragsteller: Bundesvorstand der Jungen Liberalen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Namen sind ein Ausdruck von persönlicher Individualität. Dennoch hat der Ein-
2 zelne derzeit so gut wie keinen Einfluss auf seinen eigenen Namen – denn Na-
3 mensänderungen sind in Deutschland überaus kompliziert und nur in Sonderfäl-
4 len erlaubt. So entscheidet zumeist die einmalige Entscheidung der Eltern dar-
5 über, wie man sein Leben lang genannt wird. Diese Regelung halten wir für anti-
6 quiert und illiberal. Wir wollen es jedem freistellen, selbst darüber zu entschei-
7 den, wie sein Name lauten soll.

8 Wir Freie Demokraten fordern daher, im deutschen Recht den Grundsatz der
9 Namensfreiheit zu verankern. Vor- und Nachname(n) sollen demnach mit Volljäh-
10 rigkeit mittels einer einseitigen Willenserklärung durch den Namensträger frei ge-
11 ändert werden können. Damit diese Namensänderung Rechtswirksamkeit erlangt,
12 ist die Erklärung vor der zuständigen Behörde abzugeben. Die Gebühren hierfür
13 müssen in einem angemessenen Rahmen liegen und den tatsächlichen Kosten
14 (zum Beispiel für die Ausstellung einer entsprechenden Urkunde und neuer Aus-
15 weise/Pässe) entsprechen. Zum Schutz des Rechtsverkehrs wird die Namensän-
16 derung behördlich im Melde- und Personenstandsregister aufgenommen.

17 Das bürokratische und für die Bürger oftmals auch entwürdigende Verfahren der
18 Namensänderung nach dem Gesetz über die Änderung von Familiennamen und
19 Vornamen wird dadurch obsolet und ist abzuschaffen. Für die Eintragung eines
20 Künstlernamens ist die in § 9 Absatz 3 Personalausweisgesetz geforderte Nach-
21 weispflicht ersatzlos zu streichen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 144

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 145

Antrag A308

Betr.: Eine Hochschule für alle! Studieren mit Beeinträchtigung ermöglichen

Antragsteller: Bundesvorstand der Liberalen Hochschulgruppe

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Zahlreiche Studierende in Deutschland haben eine Behinderung oder chroni-
2 sche Krankheit, die sie in ihrem Studium einschränken. Der Begriff „Chronische
3 Erkrankung“ ist hierbei definiert als eine ärztlich oder psychotherapeutisch attes-
4 tierte Erkrankung, bei der im Attest eine eingeschränkte Studienfähigkeit beschei-
5 nigt ist. Die Hochschulen erweisen sich dabei nicht als barrierefrei, zumal die
6 Hochschulverwaltung und die Lehrenden oft vergessen, dass Barrierefreiheit
7 nicht gleichzusetzen mit „rollstuhlgerecht“ ist.

8 Wir Freie Demokraten sehen vor allem in den Punkten Information und Bera-
9 tung, Studierbarkeit der Prüfungs- und Studienordnungen, Finanzierung und
10 BAföG und Barrierefreiheit Nachholbedarf, damit die Hochschulen für jeden zu-
11 gänglich und absolvierbar sind.

12 Die Maßnahmen an der Universität zur Verbesserung der Studiensituation sind
13 in enger Kooperation mit den entsprechenden Personen durchzuführen.

14 **Informationen und Beratung**

15 Schon in den ersten Wochen an einer Hochschule müssen die Studierenden
16 auch ohne eine Beeinträchtigung auf Beratungs- und Informationsmöglichkeiten
17 hingewiesen werden, denn die etwa ein Viertel der Studierenden mit Behinde-
18 rung oder chronischen Krankheiten erwarben ihre Beeinträchtigung erst nach
19 Studienbeginn. Studierende mit Beeinträchtigungen müssen insbesondere Bera-
20 tungsangebote zur Studienfinanzierung bzw. Finanzierung des beeinträchtigungs-
21 bedingten Mehrbedarfes, zum Umgang mit längerer beeinträchtigungsbedingter
22 Studienunterbrechung und zum Berufseinstieg gemacht werden. Auch eine psy-
23 chologische Beratungsinstanz muss für Studierende mit Behinderung oder chro-
24 nischer Krankheit zugänglich sein. Elementar ist dabei, dass die Studierenden
25 diese Hilfe selbstverständlich und anonym erhalten, damit Hemmschwellen ge-
26 senkt werden können.

27 Studierende mit Behinderungen oder chronischen Krankheiten sind in der Hoch-
28 schulverwaltung immer individuell zu behandeln. Die Freien Demokraten spre-
29 chen sich für eine zentrale Vermittlungsstelle aus, die zu Beratungsterminen,
30 Sprechstunden etc. hinzugezogen werden kann und die individuell für die spezifi-
31 schen Belange zuständig ist.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 146

32 Des Weiteren muss die Hochschule dafür Sorge tragen, dass die Lehrenden
33 ausreichend für die Problematik sensibilisiert werden. Es darf nicht sein, dass
34 Nachteilsausgleiche, der erfolgreiche Studienabschluss oder die allgemeine per-
35 sönliche Lage von der Gunst der Lehrenden abhängig ist.

36 **Die Studierbarkeit von Prüfungs- und Studienordnungen**

37 Die Prüfungs- und Studienordnungen erweisen sich in der Regel als zu starr
38 und zu wenig flexibel, was zu einer massiven Studienzeitverlängerung, Intensi-
39 vierung der Prüfungsbelastung führt. Die Freien Demokraten fordern Prüfungs-
40 ordnungen mit weniger verbindlichen Vorgaben, sondern mit mehr Flexibilität hin-
41 sichtlich der Prüfungs- und Studiengestaltung, damit zum Beispiel Prüfungszeit-
42 räume flexibler gestaltet werden können. Zusätzlich bestehen die Freien Demo-
43 kraten auf eine Abschaffung der Anwesenheitspflichten und der Regelstudienzeit
44 insbesondere für die betreffenden Personen.

45 Studierende mit Beeinträchtigung bedürfen häufig einer speziellen Aufarbeitung
46 der Lehrmaterialien, wobei sich die Lehrenden auch an barrierefreien Open-Ac-
47 cess-Optionen orientieren sollen und den Studierenden obligatorisch und selbst-
48 verständlich digital zur Verfügung gestellt werden müssen.

49 Eine besondere Liberalisierung der Prüfungsordnung ist dahingegen notwendig,
50 als dass Studierende mit attestierten chronischen Erkrankungen und Behinderun-
51 gen für Prüfungsleistungen, die sie aufgrund von diesen nicht ablegen können
52 (zum Beispiel Laborpraktika), äquivalente Prüfungen ablegen können, sofern die
53 Arbeitssicherheit gewährleistet ist und dass mit dem angestrebten Studienab-
54 schluss eine Beschäftigung in diesem Berufsfeld möglich ist.

55 **Finanzierung des Studiums und BAföG**

56 Studierende mit Beeinträchtigung geraten schnell in einen „Teufelskreis“, da ihre
57 Beeinträchtigung sie nicht plangemäß studieren lassen und sie so in Finanzie-
58 rungsnöte geraten. Das BAföG darf für Studierende mit Behinderungen und chro-
59 nischen Krankheiten nicht mehr an Studienzeiten gekoppelt werden. Die Freien
60 Demokraten weisen einmal mehr darauf hin, dass die BAföG-Anträge vereinfacht
61 und die Förderungen transparenter werden müssen. Für Studierende mit attes-
62 tierter chronischer Erkrankung oder Behinderung, die zu einer Beeinträchtigung
63 des Studiums führt, darf es keine Langzeitstudiengebühren geben. Wenn krank-
64 heitsbedingt ein Urlaubssemester beantragt wird, dürfen die Zahlungen des
65 BAföG-Amtes nicht eingestellt werden. Für die Antragsteller ist eine besondere
66 Beratung und Hilfestellung bei dem Ausfüllen der Formulare zu stellen.

67 **Barrierefreiheit**

68 Die Hochschulen müssen barrierefrei werden. Insbesondere bei Aufzügen, Ram-
69 pen und entsprechenden sanitären Einrichtungen und deren Mehrbedarf müssen
70 die Hochschulen nachrüsten. Sie müssen so selbstverständlich zum Bild der
71 Hochschule gehören, dass Studierende ihre Beeinträchtigung nicht gleich offen-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 147

72 baren müssen, indem sie zum Beispiel nach dem Schlüssel für die rollstuhlge-
73 rechte Toilette fragen müssen. Damit beeinträchtigte Studierende nicht bei alltäg-
74 lichen Tätigkeiten behindert werden, sollen flächendeckend Schließanlagen an
75 beispielsweise Hygienebereichen installiert werden, die nur dem Euroschlüssel
76 zu öffnen sind. Des Weiteren sind schwere Türen zu vermeiden und möglichst
77 auf automatische Türen umzustellen. Aber auch was die Akustik, Farbunterschie-
78 de zwischen Wänden und Türen, Belüftungssysteme, die Bestuhlung der Lehr-
79 räume betrifft sehen die Freien Demokraten Nachholbedarf. Wenn Studierende
80 längere Prüfungszeiten genehmigt bekommen, sollen sie auch die Ruheräume
81 dafür zur Verfügung erhalten. Wer eine halbe Stunde länger eine Klausur
82 schreibt, braucht auch in den letzten dreißig Minuten die Ruhe dafür. Ebenso
83 müssen die Mensen allergikerfreundlicher ausgestattet werden, in dem sie zum
84 Beispiel alle Lebensmittel ausreichend deklarieren, die Speisen einzeln und glu-
85 tenfreies Essen anbieten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 148

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 149

Antrag A309

Betr.: Vielfalt der Religionen – 500 Jahre nach der Reformation

Antragsteller: Bundesfachausschuss Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und Kommission Freiheit und Ethik

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **I. Wir Freie Demokraten stehen für den Fortschritt der offenen Bürgergesell-**
2 **schaft**

3 Freie Demokraten fordern und leben religiöse Toleranz, achten weltanschauliche
4 Vielfalt und üben gegenseitigen Respekt in einer offenen Bürgergesellschaft und
5 in einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Wir bekennen uns zu einer
6 freiheitlichen Bürgergesellschaft, die offen ist für den Fortschritt, durch Freiheit
7 Chancen bietet und in der faire Regeln für alle gelten. Wir gehören verschiedenen
8 Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften an, oder halten uns be-
9 wusst von ihnen fern. Uns eint wechselseitige Wertschätzung und Respekt vor
10 dem Glauben oder Nichtglauben und der Überzeugung der jeweils Anderen.

11 Unser Land und seine Bürger genießen im Vergleich zu den Menschen in ande-
12 ren Ländern und in anderen Epochen ein sehr hohes Maß an Freiheit, Wohl-
13 stand und Sicherheit. Dafür sind wir dankbar. Der Gedanke an den Umbruch,
14 den die Reformation vor gut 500 Jahren in Deutschland, in Europa und darüber
15 hinaus bewirkt hat, ist uns Verpflichtung, auch für die Zukunft die rechtsstaatli-
16 chen Rahmenbedingungen für eine tolerante und offene Bürgergesellschaft zu
17 sichern, in der Fortschritt möglich ist. Die Bürgertugenden eines liberal-republika-
18 nischen Ethos, die darüber hinaus für ein gedeihliches Zusammenleben von
19 Menschen unterschiedlicher Glaubensrichtungen und Weltanschauungen erfor-
20 derlich sind, sind vor allem Sache der Bürgerinnen und Bürger. Sie müssen von
21 den Menschen kommen und können nicht vom Staat verordnet werden.

22 **II. Die Reformation wertete den einzelnen Menschen auf**

23 Mit der Reformation wurde das alte, mittelalterliche Weltbild „Eine Kirche, ein
24 Reich“ erschüttert. Sie brachte im Zusammenspiel mit der Entwicklung des Heili-
25 gen Römischen Reichs Deutscher Nation und dem Aufstieg seiner Nachbarstaa-
26 ten konfessionelle Vielfalt nach Deutschland und – zwar bedingt – erste Ausprä-
27 gungen von Religionsfreiheit. Durch Luthers Übersetzung des Neuen Testaments
28 und anschließend auch des Alten Testaments wurden die Menschen in die Lage
29 versetzt, selbst über ihren Glauben reden und urteilen zu können, da sie die Bi-
30 bel selbst verstehen und beurteilen konnten.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 150

31 Die Reformation brachte Menschen dazu, zunächst nur religiöse, dann auch po-
32 litische Fragen selbständig zu beurteilen. Der von Johannes Gutenberg erfunde-
33 ne Buchdruck ermöglichte es, Schriften, Meinungen und Lehren, aber auch Hetze
34 und Polemik, schneller und weiter als zuvor zu verbreiten. Letztlich wäre die
35 Aufklärung ohne Reformation nicht denkbar. Die Reformation läutete daher eine
36 neue Epoche ein, in der die Vormacht von Institutionen wie Kirche und staatli-
37 cher Herrschaft im Verhältnis zum einzelnen Menschen relativiert wurde.

38 Bei Luther, Melanchthon, Zwingli und Calvin standen das Individuum und sein
39 Gewissen stärker im Mittelpunkt als in der mittelalterlichen Kirche („Priestertum al-
40 ler Gläubigen“, „Freiheit eines Christenmenschen“). Dem Menschen wurde Würde
41 und innere Freiheit zugemessen. Sprache, Wissen und Erziehung erfuhren eine
42 Aufwertung.

43 Die Reformation war neben der Renaissance und dem Humanismus ein wesent-
44 licher Faktor, der vom Mittelalter in die Neuzeit führte. Aus der Koexistenz von
45 Staat und Religion ging schließlich in der Folge der Aufklärung und der französi-
46 schen Revolution der säkulare Staat in verschiedenen Modellen hervor.

47 Luthers Lehre von den zwei Reichen beziehungsweise zwei Regimentern ist
48 ideengeschichtlich als eine der Wurzeln der heute verfassungsmäßig verbürgten
49 Trennung von Kirche und Staat zu sehen. Wenn man zugleich unveräußerliche
50 Rechte eines jeden Menschen anerkennt, folgt aus dieser Trennung auch die po-
51 sitive und negative Religionsfreiheit des Einzelnen.

52 Die Betonung menschlicher Freiheit und die damit einhergehende Individualisie-
53 rung führt einerseits in eine zunehmende Säkularisierung, andererseits aber auch
54 in die Freisetzung des Weltlichen als eines autonomen, allein vom Menschen mit
55 seinem Verstand und seinen Gefühlen geleiteten Bereichs. Trotz Säkularisierung
56 bleiben bis heute die religiösen Wurzeln aller modernen Gesellschaften erkenn-
57 bar.

58 Das Gedankengut von Luther und das der anderen Reformatoren bewirkte so-
59 ziale und politische Umbrüche von historischer Dimension, darunter auch die
60 konfessionelle Spaltung von Deutschland und Europa, religiöse Intoleranz und
61 Verfolgung Andersgläubiger in allen Konfessionen und durch alle Konfessionen,
62 Glaubenskriege bis hin zur Katastrophe des Dreißigjährigen Krieges. Die Stär-
63 kung der Fürsten in Verbindung mit der Reformation und Ständefreiheit war ei-
64 nerseits eine Grundlage für den deutschen Föderalismus, die Verbindung von
65 Klerus und weltlicher Obrigkeit hat andererseits in verschiedenen Teilen Deutsch-
66 lands die Entwicklung einer freiheitlichen Gesellschaft lange Zeit behindert.

67 Die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist das Ergebnis eines Jahrhunder-
68 te währenden Prozesses, bei dem Religion positiv wie negativ eine wichtige Rol-
69 le gespielt hat. Die konsequente Nutzung der deutschen Sprache für die Ausein-
70 andersetzung mit den Inhalten der Reformation ermöglichte immer mehr Men-
71 schen, am gesellschaftlichen Diskurs teilzunehmen. Wer mit Andersgläubigen

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 151

72 und Andersdenkenden konfrontiert war, aber letztlich mit ihnen zusammenleben
73 musste, hatte zu lernen, dass er in seinem Handeln das Recht des Anderen in
74 gleicher Weise wie sein eigenes achtet und bei der Durchsetzung seiner Interes-
75 sen auf Gewalt verzichtet. Die hiermit verbundenen Werte wie etwa der Men-
76 schenwürde und der Toleranz gilt es zum Wohl und zum Schutz Aller immer
77 wieder zu verteidigen.

78 **III. Unser Land ist heute von der Vielfalt der Religionen und Weltanschauun-** 79 **gen geprägt**

80 Die Individualisierung der Lebensstile, die gesellschaftliche Entwicklung der letz-
81 ten Jahrzehnte, die gewachsene Mobilität der meisten Menschen, das erweiterte
82 Angebot an religiösen und weltanschaulichen Aktivitäten und Gemeinschaften,
83 Fehlentwicklungen bei etablierten Kirchen, die starke Einwanderung nach
84 Deutschland und erhebliche Binnenwanderungen haben

85 · die Bindung an religiöse Gemeinschaften gelockert;

86 · vorher geschlossene konfessionelle Milieus zum Teil aufgebrochen;

87 · eine neue Pluralität von Sinn-Angeboten befördert: von Psychogruppen und
88 esoterischen Gemeinschaften bis hin zum Neu-Heidentum und fernöstlichen
89 Glaubensüberzeugungen;

90 · das Spektrum und die Bandbreite religiöser oder weltanschaulicher Aktivitäten
91 und Gemeinschaften verbreitert: So gibt es atheistische, agnostische und huma-
92 nistische genauso wie streng gläubige Menschen, die zum Teil auch fundamenta-
93 listischen Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften angehören.

94 Infolge der deutschen Einheit sind deutliche Unterschiede in Glaubensfragen
95 zwischen Ost und West festzustellen. Durch von Zuwanderung nach Deutsch-
96 land leben inzwischen rund 4,3 Millionen Muslime – zum Teil seit mehreren Ge-
97 nerationen – bei uns. Glaube und Religion sind in verschiedenen gesellschaftli-
98 chen Gruppen weiterhin von großer Bedeutung. In der öffentlichen Debatte ha-
99 ben indes auch agnostische, atheistische und humanistische Stimmen – zum Teil
100 sehr offensiv – an Bedeutung gewonnen.

101 Das Verhältnis zwischen christlichen Kirchen, anderen Glaubens- und Weltan-
102 schauungsgemeinschaften und dem Staat ist sowohl im Grundgesetz und in den
103 Landesverfassungen als auch in zahlreichen Verträgen zwischen dem Staat und
104 den Vertretern von Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften rechtlich ge-
105 regelt.

106 Das gesellschaftliche Zusammenleben der vielfältigen verschiedenen Glaubens-
107 und Weltanschauungsgemeinschaften ist heute trotz Spannungen insgesamt
108 friedlich. Der gesellschaftliche Frieden ist aber immer wieder gefährdet. Immer
109 wieder müssen Rechtsstaat und Bürgergesellschaft freiheitliche Antworten auf
110 diejenigen religiöse Praktiken und Regeln finden, welche mit Buchstaben wie

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 152

111 Geist der verfassungsmäßigen Ordnung, insbesondere der Grundrechte, nicht in
112 Einklang zu bringen sind.

113 Die liberale Verfassung und gesellschaftspolitische Liberalität haben unserem
114 Land gut getan. Denn das Freiheitsverständnis unseres Grundgesetzes garantiert
115 allen Gläubigen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften das Recht auf
116 Entfaltung und Gleichbehandlung, solange sie die liberale Grundordnung achten.
117 Zugleich haben die Prinzipien demokratischer Ordnung, wie sie sich aus dem
118 Grundgesetz und der von ihm geprägten Rechtsordnung ergeben, unbedingten
119 Vorrang vor Machtansprüchen religiöser oder ideologischer Art. Damit meinen
120 wir:

121 - Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung sichert in einem historisch
122 selten erreichten Maß die freie und ungestörte Ausübung von Glaubens- und
123 Gewissensfreiheit. Staat und Recht achten in Deutschland die Gewissensent-
124 scheidungen und die Glaubensausübung des Einzelnen.

125 - Konflikte über Glaubensfragen und -praktiken sind heute stärker Konflikte zwi-
126 schen Menschen mit unterschiedlichen Bekenntnissen und Überzeugungen als
127 zwischen Gläubigen und dem Staat. Wir bekennen uns zum Recht aller Men-
128 schen, ihren religiösen oder anderen weltanschaulichen Überzeugungen zu fol-
129 gen, sie offen zu leben und sie öffentlich zu bekennen. Wir erwarten aber auch
130 von allen Menschen, dass sie anderen Menschen genau dasselbe Recht zuge-
131 stehen, und wir erwarten von allen Menschen und Gemeinschaften Toleranz und
132 Kompromissbereitschaft, wenn die Ansprüche und Wünsche von Menschen ver-
133 schiedener Glaubens- und Nichtglaubensrichtungen aufeinanderprallen.

134 - Alle Bürgerinnen und Bürger haben das Gewaltmonopol des Staates zu re-
135 spektieren. Paralleljustiz ist inakzeptabel. Inakzeptabel sind für uns auch herme-
136 tisch abgeschlossene Parallelgesellschaften auf religiöser und ethnischer Grund-
137 lage, soweit sie in ihren Praktiken und Handlungsweisen nicht mit der grundge-
138 setzlichen Werteordnung in Übereinstimmung stehen.

139 - Wir wünschen und suchen das Gespräch mit allen Religions- und Weltan-
140 schauungsgemeinschaften, die diese Grundsätze mittragen, und wir bekennen
141 und behaupten diese Grundsätze gegenüber allen Gesprächspartnern. Im Zwei-
142 fel wollen wir den Gesprächsfaden aufrechterhalten. Wir halten Abstand zu Reli-
143 gions- oder Weltanschauungsgemeinschaften, die sich für machtpolitische oder
144 wirtschaftliche Interessen aus dem In- oder Ausland einspannen lassen.

145 - Kooperationspartner unseres Gemeinwesens und insbesondere der Bundes-
146 länder können nur solche Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sein,
147 die in politischer Hinsicht im In- und Ausland Grund- und Menschenrechte sowie
148 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und im Inland die verfassungsmäßige, frei-
149 heitlich-demokratische Grundordnung ohne Vorbehalte bejahen und mittragen.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 153

150 Die Anerkennung der Grundrechte als Freiheitsrechte und die Achtung vor den
151 Rechten anderer ermöglichen die gesellschaftliche Koexistenz von Religionen
152 und Glaubensgemeinschaften. Diese Einsichten verpflichten liberale Religionspo-
153 litik.

Begründung:

Der Bundesparteitag hat im Jahre 2015 beschlossen, den BFA Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sowie die Kommission Freiheit und Ethik zu beauftragen, vor dem Hintergrund der aktuellen und erwarteten Entwicklung der Gesellschaft das Verhältnis der in Deutschland vertretenen Glaubensgemeinschaften untereinander und zur freiheitlichen Gesellschaft zu analysieren und entsprechende Grundsätze zu formulieren und dem ordentlichen Bundesparteitag 2016 zu berichten. Der dort eingebrachte Antrag konnte aus Zeitgründen nicht behandelt werden und wurde an den Bundesvorstand verwiesen.

Der Bundesvorstand hat sich wesentliche Teile (IV-VII) des Antrags als Grundlage für Gespräche mit Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften zu eigen gemacht.

Er hat den BFA Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und die Kommission Freiheit und Ethik beauftragt, die Teile I-III noch einmal zu überarbeiten und dem Bundesvorstand als Antragsgrundlage zum Bundesparteitag 2017 zuzuleiten.

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 154

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 155

Antrag A400

**Betr.: Die westliche Wertegemeinschaft sichern und stärken – Ein
10 Punkte Plan für die zukünftige transatlantische
Partnerschaft**

Antragsteller: Bundesfachausschuss Internationale Politik

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Das klare Bekenntnis zu einer starken transatlantischen Partnerschaft mit den
2 USA und Kanada, die auch Belastungen aushält, gehört zum Kernbestand libera-
3 ler Außenpolitik. Angesichts der Möglichkeit, dass die USA eine weniger aktive
4 globale Rolle spielen könnten, ist aus unserer Sicht die Stärkung des transatlanti-
5 schen Dialogs gerade jetzt genauso notwendig wie die Stärkung der Europäi-
6 schen Union. Denn wenn der Atlantik breiter würde, ginge das auch zu Lasten
7 Deutschlands und Europas, der EU und der NATO. Die Wahl Donald Trumps hat
8 Fragen aufgeworfen, seine ersten Maßnahmen haben auch Irritationen ausgelöst.
9 Doch aus berechtigter Kritik an der Politik des neuen US-Präsidenten darf kein
10 Antiamerikanismus werden. Aus einer veränderten amerikanischen Außenpolitik
11 darf aber auch kein Nachteil für Deutschland und Europa entstehen.

12 Dazu stellen wir Freie Demokraten die folgenden 10 Punkte in den Mittelpunkt
13 der transatlantischen Beziehungen:

14 **1. Gespräche suchen, nicht meiden**

15 Die USA bleiben unser wichtigster Verbündeter und unsere sicherheitspolitische
16 Rückversicherung. Die Irritationen über erste Maßnahmen der Trump-Administra-
17 tion dürfen nicht zu Sprachlosigkeit führen, sondern müssen das Gegenteil be-
18 wirken. Die Bundesregierung muss sich daher für einen intensiven Dialog einset-
19 zen. Dazu gehören neben zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontakten
20 vor allem auch regelmäßige parlamentarische Gespräche und Regierungskonsul-
21 tationen mit den USA auf Ministerebene, wie sie schon mit Frankreich, Spanien,
22 Indien, Brasilien und China bestehen.

23 **2. Wähler von Donald Trump ernst nehmen und besser verstehen**

24 Donald Trump konnte neue Wähler mobilisieren. Dazu gehörten gerade Ange-
25 hörige der Mittelschicht im Mittleren Westen sowie Arbeiter in früher stark von In-
26 dustrie geprägten Staaten, die sich durch die Globalisierung bedroht fühlen. Die-
27 sen Trend zu ignorieren wäre falsch, genauso wie es falsch war, diese Regionen
28 lange zu ignorieren. Die Bundesregierung muss ein Generalkonsulat im Mittleren
29 Westen einrichten, um die Dialog- und Informationsgewinnung in dieser Region
30 zu intensivieren, denn diese Wahlen haben gezeigt, dass die Vereinigten Staa-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 156

31 ten nicht nur aus Ost- oder Westküste bestehen. Im Übrigen leben gerade in
32 diesen Teilen der USA die meisten Amerikaner deutscher Abstammung.

33 **3. Für internationale Zusammenarbeit, gegen Isolation**

34 Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und eine offene Gesellschaft sind
35 nicht selbstverständlich. Wir müssen uns verstärkt und bestimmt für ihren Erhalt
36 einsetzen. Für uns ist die Freiheit unteilbar. Wer die Freiheit in der Gesellschaft
37 will und gegen die Freiheit in der Wirtschaft ist, oder wer eine freie Wirtschaft,
38 aber keine liberale Gesellschaft will, der wird am Ende beides verlieren. Das
39 müssen wir gegenüber der neuen US-Administration selbstbewusst zum Aus-
40 druck bringen. Aufgrund des spürbaren Rückzugs der USA aus der weltpoliti-
41 schen Verantwortung muss Europa sein multilaterales Engagement stärken. Den-
42 noch muss die neue US-Administration auch wissen, dass eine Schwächung des
43 transatlantischen Bündnisses und ein Auseinandertreiben des freiheitlichen Euro-
44 pas die Stellung der USA als Weltmacht, die G7 und den Westen insgesamt ge-
45 fährdet. Nur mit Deutschland und Europa als strategischen Verbündeten können
46 die Amerikaner die Verteidigung der Freiheit und unserer gemeinsamen Grund-
47 werte durchsetzen.

48 **4. Europa muss sicherheitspolitisch erwachsen werden**

49 Europa muss seine Interessen und Werte deutlich und engagiert vertreten. Da-
50 für muss die Europäische Union mehr denn je ihre Differenzen überwinden, auf-
51 grund gemeinsamer Werte außenpolitische Prioritäten setzen und ihre eigene si-
52 cherheitspolitische Handlungsfähigkeit stärken. *Business as usual* ist keine Opti-
53 on mehr. Die drängendsten Themen sind dabei die Gewährleistung der inneren
54 wie äußeren Sicherheit. Echte Fortschritte bei der Bekämpfung der organisierten
55 Kriminalität, reisender Einbrecherbanden oder des globalen Terrorismus, bei der
56 wirksamen Sicherung unserer Außengrenzen oder in der gemeinsamen Außen-
57 und Sicherheitspolitik hat die Bundesregierung nicht vorzuweisen. Dabei liegen
58 einige Lösungen klar auf der Hand: Europa braucht einen eigenen Grenz- und
59 Küstenschutz, ein europäisches FBI, das gemeinsam mit nationalen Polizeibehör-
60 den ermittelt sowie eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die diesen
61 Namen auch verdient.

62 **5. NATO stärken**

63 Die NATO bleibt unverzichtbar für die Sicherheit Europas. Bereits die Oba-
64 ma-Administration hat angekündigt, sich angesichts dynamischer Machtverschie-
65 bungen stärker dem pazifischen Raum zuzuwenden („Asian pivot“) und von Eu-
66 ropa mehr Eigenverantwortlichkeit in unserem strategischem Raum einzufordern.
67 Dazu sind die europäischen Mitglieder der NATO objektiv bisher nicht in der La-
68 ge. Deshalb muss Deutschland verlässlich und berechenbar an der Seite der
69 USA stehen und in der NATO entsprechend seiner Wirtschaftskraft mehr Verant-
70 wortung übernehmen. Angesichts sinkender nationaler Haushaltsbudgets und vor
71 dem Hintergrund der verschärften Sicherheitslage muss die Bundesregierung der

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 157

72 Verpflichtung des NATO-Gipfels von Wales nachkommen, schrittweise mindes-
73 tens 2 Prozent des Bruttoinlandproduktes für Verteidigung und davon 20 Prozent
74 für Großgeräte sowie Forschung und Entwicklung auszugeben. Wir Freie Demo-
75 kraten bekennen uns zur NATO und fordern einen Ausbau der NATO-EU-Zu-
76 sammenarbeit.

77 **6. Digitale Sicherheit im Bündnis erhöhen**

78 Um die Fähigkeitslücke zu den USA zu schließen, müssen die europäischen
79 Staaten im Bereich der digitalen Sicherheit den Auf- und Ausbau des privaten
80 Sektors sowie staatlicher Fähigkeiten weiter vorantreiben. Wir Freie Demokraten
81 wollen eine Verbesserung der nationalen und europäischen Strategie zur Daten-
82 sicherheit (Cyber Security). Die fortschreitende Digitalisierung erhöht zunehmend
83 die Bedeutung des Cyberraums für globale Kommunikation, wirtschaftliche Inno-
84 vation und strategische Infrastruktureinrichtungen. Ebenso steigt die Relevanz
85 des Cyberraums für Nachrichtendienste und ausländische Streitkräfte sowie Wirt-
86 schaftsspionage und organisierte Kriminalität. Deshalb braucht es sowohl auf na-
87 tionaler als auch auf europäischer Ebene eine abgestimmte Strategie zum
88 Schutz von personenbezogenen Daten, privaten Unternehmen und öffentlichen
89 Einrichtungen gleichermaßen, um diesen neuen Bedrohungen zu begegnen.

90 **7. Gemeinsam gegen den Terrorismus, mit rechtsstaatlichen Mitteln**

91 Wirksame Terrorbekämpfung erfordert eine differenzierte, gemeinsame Analyse
92 der unterschiedlichen terroristischen Bedrohungen und einen entsprechend varia-
93 blen Strategiemix. Dazu gehört auch die Bekämpfung des IS und mit ihm assozi-
94 ierter islamistischer Terrorgruppen. Die Zusammenarbeit mit den USA und dessen
95 Geheimdiensten spielt dabei eine Schlüsselrolle. Allerdings darf die Kooperation
96 mit den USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus nur mit rechts-
97 staatlichen Mitteln erfolgen, insbesondere lehnen wir jede Form von Folter ab.
98 Schon die Diskussion darüber schädigt die westliche Wertegemeinschaft. Wichtig
99 ist darüber hinaus, dass ein notwendiger Datenaustausch nicht zur anlasslosen
100 und verdachtsunabhängigen Überwachung aller Bürgerinnen und Bürger miss-
101 braucht wird. Es geht darum, die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu schüt-
102 zen, nicht, diese Rechte selbst auszuhöhlen.

103 **8. Offene Märkte für Wachstum und Wohlstand**

104 Deutschland muss sich in Europa und der Welt für freie Märkte und einen fairen
105 Handel einsetzen. Protektionismus ist nicht im Interesse der Bundesrepublik und
106 ihrer Partner – denn am Ende protektionistischer Importersatzpolitik stehen regel-
107 mäßig höhere Preise, schlechtere Qualität, galoppierende Inflation und sinkender
108 Lebensstandard für die breite Mitte. Die Botschaft Europas muss sein, dass offe-
109 ne Märkte allen nützen, denn US-Unternehmen sind in der EU genauso aktiv wie
110 umgekehrt. Darum halten wir ein Abkommen zur Verbesserung der Handels- und
111 Investitionsbeziehungen zwischen Europa und Nordamerika weiterhin für notwen-
112 dig. Der Abschluss eines Freihandelsabkommens der EU mit Kanada war ein

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 158

113 wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Gleichzeitig sollten sich die USA und
114 Europa für eine Wiederbelebung der Doha-Runde einsetzen – denn die multilate-
115 rale Institution der WTO ist auf lange Sicht der beste Weg zu einem funktionsfä-
116 higen Welthandelssystem.

117 **9. Für eine international abgestimmte Umweltpolitik**

118 Wir Freie Demokraten wollen durch international abgestimmtes Handeln die Le-
119 bensgrundlagen der wachsenden Weltbevölkerung sichern. Dabei setzen wir auf
120 die Innovationskraft des Wettbewerbs. Denn innovative Ansätze und neue Tech-
121 nologien sind ein wesentlicher Motor des Klimaschutzes – nicht nur auf dem
122 deutschen Markt, sondern weltweit. Das Pariser Abkommen war ein wichtiger
123 Schritt zur globalen Reduktion von Treibhausgas-Emissionen. Alle Unterzeichner-
124 staaten, die USA eingeschlossen, müssen jetzt aber auch den gleichen Ehrgeiz
125 bei der Umsetzung an den Tag legen.

126 **10. Verstärker Austausch von Kultur und Wissenschaft**

127 Eine wichtige Ebene des Austauschs sind die engen gesellschaftlichen und kul-
128 turellen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA. Auf akademischer
129 Ebene sollten neben dem universitären Austausch auch Schüleraustauschpro-
130 gramme, die seit Jahren rückläufig sind, durch freiwillige Bündelung der ver-
131 schiedenen Akteure und durch mögliche neue Initiativen, auch institutioneller Art,
132 gestärkt und erweitert werden. Hierzu ist die Rolle des Koordinators für die
133 deutsch-amerikanische zwischengesellschaftliche Kooperation deutlich zu stär-
134 ken. Außerdem muss der Fachkräfteaustausch zwischen und innerhalb von Un-
135 ternehmen durch Visa-Erleichterungen entbürokratisiert und ausgeweitet werden.
136 All diese Maßnahmen schaffen Vertrauen bei gleichzeitigem konkretem Nutzen
137 für die Menschen in beiden Ländern.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 159

Antrag A401

Betr.: **Recht wahren, Werte verteidigen, den Dialog führen – 10
Vorschläge für die Zusammenarbeit mit Russland**

Antragsteller: **Bundesfachausschuss Internationale Politik**

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Russland hat durch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und das militäri-
2 sche Eingreifen in der Ostukraine die seit dem 2. Weltkrieg geltende Weltfrie-
3 densordnung gravierend verletzt. Grenzen mit militärischen Mitteln zu verändern,
4 ist ein Tabubruch, der nicht hingenommen werden darf. Dennoch gilt: Für liberale
5 Außenpolitik in der Tradition Hans-Dietrich Genschers endete Europa nie an der
6 Außengrenze der EU. Die Nachbarn im Osten sind Teil Europas, Deutschland
7 und die EU bleiben mit Russland wirtschaftlich, kulturell und politisch eng verbun-
8 den. Um Frieden und Stabilität in Europa und der Welt zu sichern, ist konstrukti-
9 ve Zusammenarbeit unverzichtbar. Wenn diese nicht möglich ist, so ist dennoch
10 der ständige Dialog das Mittel der Wahl, um Missverständnisse über die jeweili-
11 gen Absichten zu vermeiden.

12 Um einen weiteren Anstieg der Spannungen mit möglicherweise gefährlichen
13 Fehleinschätzungen der Entscheidungsträger zu vermeiden, setzen sich die Frei-
14 en Demokraten für die folgenden zehn Punkte ein:

15 **1. Im Gespräch bleiben**

16 Wir Freie Demokraten wollen Gesprächskanäle auch für die Zukunft offen hal-
17 ten, denn Dialog ermöglicht gegenseitiges Verstehen, was zu mehr Sicherheit
18 führen kann. Grundlage des Dialogs sind die drei Dimensionen des Helsinki-Pro-
19 zesses: 1. Vertrauensbildende Maßnahmen im Sicherheits- und Verteidigungsbe-
20 reich, 2. wirtschaftliche und wissenschaftliche Kooperation und 3. humanitäre
21 Maßnahmen zum Schutz der Bürgerrechte.

22 Für uns Freie Demokraten ist klar, dass der Dialog mit Russland nur von der
23 festen Grundlage der klaren und unzweideutigen Verankerung Deutschlands in
24 EU und NATO geführt werden kann. All jenen, die Deutschlands Westbindung
25 mit dem Ziel einer angeblichen "Äquidistanz" aufweichen wollen, erteilen wir eine
26 klare Absage. Ziel des Dialogs mit Russland muss die Rückkehr des Landes
27 zum Völkerrecht, ein Ende der Gewalt und die Wiederherstellung des gegenseiti-
28 gen Vertrauens sein.

29 Die FDP setzt sich dafür ein, Problemfelder klar zu benennen, um Interessen-
30 konflikte zu verstehen und mit dem Ziel ihrer Auflösung zu bearbeiten. Dabei ge-
31 bietet die Ehrlichkeit zu sagen, dass es weder schnelle noch einfache Lösungen

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 160

32 geben wird. Dies gilt für die politische Ebene, die Vereinten Nationen, die OSZE,
33 den NATO-Russland-Rat sowie für das aktuelle Sanktionsregime.

34 **2. Völkerrecht und europäische Friedensordnung in den Mittelpunkt stellen**

35 Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, das Selbstbestimmungsrecht der Völker,
36 die staatliche Souveränität und die territoriale Unversehrtheit der Mitgliedsstaaten
37 der Vereinten Nationen bzw. der OSZE sowie die in den wichtigsten Resolutio-
38 nen der UN niedergelegten Prinzipien sind die Grundsteine der europäischen
39 Friedensordnung.

40 Basis der Zusammenarbeit mit Russland sind die Europäische Menschenrechts-
41 konvention, die KSZE-Schlussakte, die Charta von Paris und das Budapester
42 Memorandum, in dem Russland die Unabhängigkeit der Ukraine 1994 ausdrück-
43 lich anerkannt hat. Daher steht das Recht der Ukraine und anderer östlicher
44 Nachbarn der EU auf freie Bündniswahl in voller Souveränität außer Frage. Die-
45 se Prinzipien, zu denen sich Russland wiederholt ausdrücklich bekannt hat, sind
46 für uns Freie Demokraten die Grundlage des Dialogs.

47 Die FDP steht zu den gegen Russland verhängten Sanktionen. Im Fall einer
48 weiteren militärischen Eskalation in der Ukraine muss Europa diese weiter ver-
49 schärfen, denn sie sind kein Selbstzweck, sondern dienen einzig der Wiederein-
50 gliederung Russlands in die internationale Friedensordnung. Dabei muss die EU
51 unbedingt mit einer Stimme sprechen. Gegenwärtig exportiert der Kreml vor al-
52 lem Angst und militärische Macht. Er zerstört damit das Vertrauen, das sich vor-
53 angegangene Führungen erworben haben. Wir Freie Demokraten treten dafür
54 ein, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ein solches Vertrauensverhält-
55 nis erneut möglich werden kann. Dazu braucht es weniger Erklärungen; nötig
56 sind vielmehr konkrete Handlungen. Eine Aufhebung der Sanktionen kann daher
57 nur bei voller Umsetzung der Minsker Vereinbarungen und der Beendigung der
58 widerrechtlichen Besetzung und Annexion der Krim erfolgen.

59 **3. Unfreundlichen Akten entschlossen begegnen**

60 Desinformationskampagnen, hybride Bedrohungen und Propaganda muss
61 Deutschland entschieden entgegentreten, gerade im Hinblick auf die Bundes-
62 tagswahl 2017. In Anlehnung an die „Global Strategy“ spricht sich die FDP dafür
63 aus, die nötigen institutionellen und politischen Schritte einzuleiten, um die Wider-
64 standsfähigkeit der europäischen Mitgliedsstaaten und ihrer Gesellschaft zu stär-
65 ken. Der Bundesnachrichtendienst muss Entscheidungsträger darüber informie-
66 ren, ob es Akte gibt, die auf die Beeinflussung der Wahl abzielen. Im Interesse
67 demokratisch-pluralistischer Informationsversorgung muss die Deutsche Welle
68 auch im Inland empfangbar werden. Das russische Programm muss sich mit ei-
69 nem Programm (TV und Internet) an die Russischsprachigen in Deutschland
70 wenden, damit diese nicht allein auf russisches Fernsehen angewiesen sind.

71 **4. Gemeinsame Interessen gemeinsam verfolgen**

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 161

72 Deutschland, die EU und Russland bleiben durch gemeinsame außenpolitische
73 Interessen wie etwa der Schaffung von Stabilität in Zentralasien und Afghanistan
74 verbunden. In der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus, unter dem die
75 Menschen in Russland gelitten haben und von dem sie sich wie Deutsche und
76 EU-Bürger zu Recht nach wie vor bedroht fühlen, ist ein gemeinsames Vorgehen
77 zwingend geboten. Das gilt auch für die Eindämmung der Verbreitung von nu-
78 klearem Material, das zur Waffenherstellung genutzt werden kann. Gegenüber
79 dem Iran hat es eine gemeinsame Linie in den Verhandlungen gegeben, diese
80 muss auch in der Umsetzungsphase aufrechterhalten werden. Die russische Füh-
81 rung muss verstehen, dass deutsche Außenpolitik weder von der EU-Außenpoli-
82 tik, noch von den Werten unseres liberalen demokratischen Systems und den
83 Menschenrechten zu trennen ist.

84 **5. Demokratie fördern und stärken**

85 Russland stellt sein autoritär-nationalistisches Gesellschaftsmodell zunehmend
86 als Alternative zu den Wertevorstellungen der liberalen, westlichen Demokratien.
87 Statt die dringend notwendige Modernisierung von Staat, Wirtschaft und Gesell-
88 schaft durchzuführen, werden grundlegende Prinzipien wie Presse- und Ver-
89 sammlungsfreiheit, die Freiheit des politischen und religiösen Bekenntnisses,
90 freie Wahlen und die Unabhängigkeit der Justiz und der Presse unterminiert. Op-
91 positionelle werden durch die Justiz an der Teilnahme am politischen Wettbe-
92 werb gehindert, durch Propaganda persönlich gebrandmarkt oder sogar an Leib
93 und Leben bedroht. Zahlreiche Todesfälle sind bis heute nicht aufgeklärt.

94 Die menschenrechtliche und demokratische Dimension der OSZE darf auf kei-
95 nen Fall ausgeblendet werden. Daher unterstützt die FDP Wahlbeobachtungs-
96 missionen wie während der letzten Duma-Wahl im September 2016 und setzt
97 den Dialog mit demokratischen oppositionellen Kräften fort. Ziel ist dabei nicht
98 "regime change", wie fälschlicherweise unterstellt, sondern die Unterstützung ei-
99 nes fairen politischen Wettbewerbs.

100 **6. Zivilgesellschaft unterstützen**

101 Kritik an der russischen Führung ist nicht gleichbedeutend mit Kritik an Russ-
102 land. Die gegen Russland verhängten Sanktionen stellen keine Abkehr von der
103 russischen Zivilgesellschaft dar. Vielmehr unterstützen wir die Arbeit von Nichtre-
104 gierungsorganisationen, politischen Stiftungen und unseren liberalen Partnern.
105 Kontakte in anderen Bereichen, etwa in der Wirtschaft oder Kultur, sind in erheb-
106 lichem Maße von den Kontakten in der Zivilgesellschaft abhängig. Mit großer
107 Sorge beobachten wir die Lage der Opposition und Zivilgesellschaft in Russland
108 und fordern von der Bundesregierung, Verletzungen der Grund- und Menschen-
109 rechte klar zu benennen. Klar ist: Zivilgesellschaftliche Kontakte zwischen Russ-
110 land und der EU sind integraler Bestandteil jedes Dialogs. Daher kritisieren wir
111 die Einführung von Gesetzen, die diesen Dialog behindern. Hier sind unter ande-
112 rem die folgenden Gesetze zu nennen: 1. Das Gesetz von 2013, dem nach
113 Nichtregierungsorganisationen, welche Geld aus dem Ausland erhalten als „aus-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 162

114 ländische Agenten“ gebrandmarkt werden. 2. Das Gesetz über unerwünschte
115 ausländische Organisationen vom Mai 2015, welches russische Nichtregierungs-
116 organisationen von ausländischer Finanzierung und internationaler Zusammenar-
117 beit abschneidet.

118 **7. Kultur und Wissenschaft zu Brücken machen**

119 Deutschland und Russland können auf einen bis ins Mittelalter zurückreichen-
120 den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch aufbauen. Die FDP setzt sich
121 für die Diversität und Freiheit von Kunst, Kultur und Wissenschaft ein und fördert
122 den freien Austausch auf der Regierungs- und der zivilgesellschaftlichen Ebene.
123 Wir müssen einander besser verstehen, im wahrsten Sinne des Wortes. Rus-
124 sischunterricht muss in Deutschland denselben Stellenwert haben wie ihn
125 Deutschunterricht in Russland hat.

126 Wir Freie Demokraten setzen sich für die Unterstützung von Mittlerorganisatio-
127 nen wie dem Goetheinstitut und dem Institut für Auslandsbeziehungen ein und
128 wollen die Kooperationsbeziehungen zwischen Universitäten, Hochschulen und
129 Forschungseinrichtungen ausbauen.

130 **8. Wirtschaftliche Zusammenarbeit vertiefen**

131 Auf lange Sicht steht einem Freihandels- und Investitionsabkommen von Van-
132 couver bis Wladiwostok aus liberaler Perspektive nichts entgegen. Die Verbesse-
133 rung der wirtschaftlichen Beziehungen ist aber nur möglich, wenn Russland sich
134 an die Prinzipien der freien Marktwirtschaft, den Schutz des Eigentumes und die
135 Unabhängigkeit der Justiz hält.

136 Deutschland und die EU sind bestrebt, Russland bei Strukturreformen und der
137 Diversifizierung der Wirtschaft hin zu einer größeren Unabhängigkeit vom Öl und
138 Gas behilflich zu sein und in Forschung, Entwicklung und Infrastruktur zu inves-
139 tieren. Energie darf keine politische Waffe Russlands oder anderer autoritärer
140 Regime werden. Daher setzen wir uns für eine gemeinsame europäische Ener-
141 giepolitik ein, die es der EU ermöglicht, ihre Energiequellen zu diversifizieren und
142 ihre Energieabhängigkeit von Russland zu reduzieren.

143 **9. Denken in Einflusszonen überwinden**

144 Wir Freie Demokraten betonen das Recht auf freie Bündniswahl und sind über-
145 zeugt, dass die wirtschaftliche und politische Stabilität der ehemaligen Sowjetre-
146 publikten nicht nur im Interesse der EU, sondern auch im Interesse Russlands lie-
147 gen.

148 Wir setzen uns insbesondere für die Aufrechterhaltung der Menschenrechte,
149 verantwortungsvolle Regierungsführung und die gesellschaftliche Entwicklung in
150 der östlichen Nachbarschaft der EU ein und wollen mit den Partnerländern, die
151 sich für ein Assoziierungsabkommen entschieden haben, wirtschaftlich und si-
152 cherheitspolitisch zusammenarbeiten. Diese Politik richtet sich ausdrücklich nicht

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 163

153 gegen Russland, sondern strebt an, einen Raum der Zusammenarbeit mit und
154 zwischen Staaten zu schaffen, die der EU auf absehbare Zeit nicht beitreten
155 wollen oder können.

156 **10. Sicherheit der Bündnispartner gewährleisten**

157 Um hybriden Bedrohungen zu begegnen, müssen die Mitgliedsstaaten der EU
158 und der NATO ihre Verteidigungs- und Widerstandsfähigkeit ausbauen. Im Rah-
159 men einer abgestimmten politischen und militärischen Russland-Strategie inner-
160 halb der NATO befürwortet die FDP auch die Stationierung von kleinen Verbän-
161 den in den östlichen Mitgliedsstaaten der NATO.

162 Russischen Einkreisungsängsten können wir nur durch größtmögliche Transpa-
163 renz bezüglich unserer militärischen Planungen und Fähigkeiten begegnen. Der
164 Sprachlosigkeit und Anspannung setzen wir das Angebot zu einer Zusammenar-
165 beit entgegen, die Missverständnissen vorbeugt und Eskalationen verhindert.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 164

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 165

Antrag A402

Betr.: Für ein Europa der mehreren Geschwindigkeiten

**Antragsteller: Bundesfachausschuss Internationale Politik und
Auslandsgruppe Europa**

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 A. Europäischen Integration durch gestufte Integration vereinfachen

2 Wir Freie Demokraten möchten, dass die europäische Integration durch ein „Eu-
3 ropa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ vereinfacht wird. Auch nach dem
4 Brexit mit zukünftig 27 Mitgliedstaaten bleibt die europäische Integration ange-
5 sichts der Vielfalt und Unterschiedlichkeiten der Mitgliedsstaaten ein schwieriger
6 Prozess. Deshalb möchten wir differenzierte Möglichkeiten für unterschiedliche
7 Tiefen und Geschwindigkeiten bei der weiteren Integration schaffen. Mitgliedstaa-
8 ten, die an der Weiterentwicklung der EU nicht oder nur langsamer teilnehmen
9 wollen, sollen die anderen nicht aufhalten. Wenn weitere Schritte der europäi-
10 schen Integration nicht von allen Mitgliedstaaten mitgetragen werden, wollen wir
11 mehr Gebrauch von den Möglichkeiten der „Verstärkten Zusammenarbeit“ ma-
12 chen, um die Integration mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten voranzutreiben.
13 Wir sind davon überzeugt, dass der europäische Einigungsprozess fortgesetzt
14 werden muss, hin zu einer dezentral und bundesstaatlich verfassten Europäi-
15 schen Union. Dieser Weg ist das erklärte Gegenmodell zum Rückfall Europas in
16 nationalstaatliche Kleinstaaterei einerseits oder die Schaffung eines zentralisier-
17 ten europäischen Superstaats andererseits.

18 Für eine gestufte Integration zeichnen sich konkret drei Politikfelder ab:

19 **A1** Im europäischen Binnenmarkt soll ausnahmsweise auch das Instrument der
20 verstärkten Zusammenarbeit zum Zuge kommen.

21 Der europäische Binnenmarkt als Fundament der Union sollte grundsätzlich für
22 alle Mitgliedstaaten gelten und weiter entwickelt werden. Das gilt sowohl für die
23 vier Grundfreiheiten, das heißt die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, die Dienstleis-
24 tungs- und die Niederlassungsfreiheit sowie der freie Kapitalverkehr, als auch für
25 die Gesetzgebung. EU-weite Regeln in diesem Kernbereich stellen gleiche Rah-
26 menbedingungen für Bürger und Unternehmen europaweit her. Es soll jedoch
27 Ausnahmen geben können: So schufen zum Beispiel nur 26 Mitgliedstaaten das
28 einheitliche EU-Patent, weil Italien und Spanien wegen der Frage, in welchen
29 Sprachen es anzumelden ist, stur auf einer nationalen Position verharrten. Um
30 hier die Fronten aufzubrechen, war es notwendig, das einheitliche Patent auch
31 ohne die beiden Blockade-Staaten zu beschließen.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 166

32 **A2** Besonderer Integrationsschritte bedarf es für die 19 Mitgliedsstaaten des Euro-Raums.
33

34 Sie müssen eine stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung herbeiführen. Die
35 gesonderten Beratungen zwischen den Euro-Finanzministern vor den Sitzungen
36 des Rates sind dafür ein gutes Beispiel. Auch der von Artikel 136 AEUV legitimierte
37 Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) wird nur von den EURO-Staaten getragen.
38 Hier ist es unser Ziel, diesen zwischenstaatlichen Vertrag der 19
39 Mitgliedstaaten in den EU-Vertrag zu integrieren, so dass in Zukunft die EU-Or-
40 gane formell für deren Durchführung zuständig werden. Wir wollen außerdem
41 die Kontrollmechanismen stärken sowie einem Mitgliedstaat die Möglichkeit geben,
42 in einem geregelten Verfahren aus dem Euro auszusteigen, wenn er die
43 Voraussetzungen für die Teilnahme für eine gewisse Zeit nicht mehr erfüllt ("In-
44 solvenzordnung" für Euro-Staaten). Damit würde die Kohärenz und Stärke des
45 Euro-Raums zunehmen. Insgesamt sollte der Euro-Raum in der Zukunft interna-
46 tional einheitlich durch die Europäische Zentralbank und die Europäischen Kom-
47 mission vertreten werden. In diesem Zusammenhang muss auch auf eine forma-
48 le Anerkennung der Euro-Zone in den einschlägigen internationalen Organisations-
49 tionen, insbesondere dem Internationalen Währungsfonds, hingewirkt werden.

50 **A3** Auch im Bereich der gemeinsamen Verteidigung- und Sicherheitspolitik ist eine
51 Vertiefung notwendig, aber am schwierigsten im Verbund aller Mitgliedstaaten
52 zu erreichen.

53 Denn schon heute gibt es EU-Mitgliedstaaten, die nicht NATO-Mitglied sind oder
54 neutral bleiben wollen. Sie beteiligen sich daher in der Regel auch nicht an
55 EU-Missionen, wie zum Beispiel auf dem Balkan (EUFOR in Bosnien oder die
56 EU-Polizeimission im Kosovo) oder an der EU-Eingriffstruppe in Mali. Diese Bei-
57 spiele zeigen Grenzen einer Vertiefung auf EU Ebene schmerzhaft auf. Denn die
58 Missionen müssen mit Zustimmung der jeweiligen nationalen Parlamente jeweils
59 neu geplant, personell besetzt und in unterschiedlicher Zusammensetzung sowie
60 teilweise nicht ausreichender Ausrüstung durchgeführt werden. Daher ist es
61 wichtig, im Rahmen einer ständigen Struktur, im Kreise der willigen Staaten die
62 militärischen Fähigkeiten besser zu bündeln und von einem ständigen Haupt-
63 quartier auszuführen. Wir Freie Demokraten setzen uns daher für den Aufbau einer
64 europäischen Armee mit Parlamentsvorbehalt ein, die den Entscheidungen
65 dieser willigen Staaten untersteht.

66 **B Institutionelle Reformen für mehr Transparenz und Effizienz in der EU**

67 **B1** Wir Freie Demokraten fordern institutionelle Reformen für mehr Transparenz
68 und Effizienz in der EU. Denn viele Menschen verstehen nicht mehr, was die EU
69 macht und fragen sich, warum sich die EU in einige Angelegenheiten einschaltet
70 und in andere nicht. Dadurch verliert die EU an Vertrauen und Zustimmung. Das
71 wollen wir ändern, indem wir die europäischen Institutionen weiter demokratisie-
72 ren. Das europäische Parlament soll nach einem einheitlichen Wahlrecht mit
73 staatenübergreifenden Listen und Spitzenkandidaten gewählt werden. Es muss

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 167

74 zu einem Vollparlament mit Initiativrecht aufgewertet werden. Ein Sitz in Brüssel
75 ist dabei ausreichend. Das spart Zeit und Geld im Vergleich zum Parallelbetrieb
76 zwischen zwei Parlamentssitzen.

77 Den ersten Schritt hin zu staatenübergreifenden Listen sollten wir im Zusam-
78 menhang mit dem BREXIT Prozess gehen. Denn spätestens 2019 stellt sich die
79 Frage, wie die 73 britischen Sitze neu zu verteilen sind. Nach unserer Auffas-
80 sung, sollten sie nicht nach dem üblichen nationalen Schlüssel vergeben wer-
81 den, sondern ausschließlich an Kandidaten, die sich auf europaweiten Listen zur
82 Wahl stellen. Die europäischen Parteien können sich mit ihren Kandidaten euro-
83 paweit bewerben. Je nach Anteil der Wahlstimmen aus der Gesamtzahl aller
84 Wähler wird dann der Proporz unter den europäischen Parteien ermittelt. Damit
85 erreichen wir zwei Ziele: zum einen gilt unmittelbar das vom Bundesverfassungs-
86 gericht hoch gehaltene „one man one vote“ Prinzip, und zum zweiten wird im
87 Wahlkampf eine europäische Öffentlichkeit über die Themen hergestellt, um die
88 es bei einer Europawahl eigentlich geht: nämlich diejenigen, die zum Beispiel die
89 Wähler in Finnland, Irland, Deutschland und Bulgarien gleichermaßen interessie-
90 ren.

91 **B2** Die EU-Kommission kann auf 16 Kommissare verkleinert werden. Die fünf
92 großen Mitgliedstaaten, welche bereits ihren "zweiten" Kommissar im Zuge der
93 Erweiterung aufgegeben hatten, würden einen ständigen Kommissar stellen. Die
94 übrigen elf Posten könnten zwischen den 22 kleineren Mitgliedstaaten im Zuge
95 der Rotation aufgeteilt werden. Unter den 16 Kommissaren sollten klare und ein-
96 fach zurechenbare Ressorts vergeben werden, die den EU-Zuständigkeiten ent-
97 sprechen. Ferner soll sich die Kommission nur um die Dinge kümmern, die bes-
98 ser auf europäischer Ebene geregelt werden und den Rest den nationalen Ebe-
99 nen überlassen.

100 Der Rat der Europäischen Union muss sich zu einer modernen zweiten Kammer
101 entwickeln. Dort kann jeder Mitgliedsstaat seine Position öffentlich vortragen. Der
102 Rat sollte in Zukunft auch Veto bei Vorschlägen der Kommission einlegen kön-
103 nen.

104 **C Gestufte Integration auf unterschiedlichen Ebenen umsetzen**

105 Mit diesen Reformen schaffen wir Transparenz und Effizienz, die wichtigsten
106 Bausteine für eine gelungene Integration. Zu deren Umsetzung wollen wir mög-
107 lichst auf bereits im Vertrag vorgesehene Instrumente zurückgreifen. So können
108 binnenmarktrelevante Vorhaben nach Artikel 20 des Vertrags über die Europäi-
109 sche Union (EUV)/Artikel 326-334 des Vertrags über die Arbeitsweise der Euro-
110 päischen Union (AEUV) im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit beschlos-
111 sen werden. Die verteidigungspolitische Zusammenarbeit lässt sich nach Artikel
112 42 (6) und 46 EUV ebenfalls im bestehenden Rahmen organisieren. Sobald es
113 aber zu einem europäischen Oberbefehl kommen sollte, ist eine Vertragsände-
114 rung erforderlich. Auch die von uns vorgeschlagenen institutionellen Änderungen
115 greifen so tief in das bestehende Vertragsgefüge ein, dass sie nur bedingt im

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 168

116 geltenden Recht verwirklicht werden können. Die Anpassung der Sitze im EP
117 kann im BREXIT-Austrittsvertrag geregelt werden, und zur Verkleinerung der
118 Kommission sollte der Rat einen einstimmigen Beschluss zur Umsetzung des Ar-
119 tikels 17 (5) EUV fassen, um die im Vertrag bereits niedergelegte Möglichkeit zur
120 Einführung der Rotation zu nutzen. Die übrigen institutionellen Änderungen, wie
121 einheitlicher Sitz des EP oder auch Transformation des Rates in eine zweite
122 Kammer bedürften hingegen eines neuen Konvents, welcher von allen Mitglied-
123 staaten einberufen werden müsste. Dieser sollte nicht nur aus Parlamentariern
124 und Regierungsvertretern bestehen, sondern auch aus Vertretern der Zivilgesell-
125 schaften. Außerdem begrüßen wir es, zusammen mit der europäischen Partei
126 der Demokraten und Liberalen (ALDE), wenn europäische Bürgerinnen und Bür-
127 ger eigeninitiativ ihre Vorstellungen im Rahmen einer pan-europäischen Befra-
128 gung über die Zukunft der EU formulieren.

129 **D Ein Ja zu Europa ist ein Ja für die Zukunft**

130 Die FDP als die europafreundlichste Partei Deutschlands sagt mehr denn je „Ja“
131 zur europäischen Integration. Wir sind überzeugt, dass sie mit dem Konzept der
132 mehreren Geschwindigkeiten vereinfacht werden kann. Wo möglich, wollen wir
133 die bestehenden Instrumente im Binnenmarkt, im Euroraum und in der Verteidi-
134 gungsunion nutzen. Wir werben für einen Konsens bei den Mitgliedstaaten, ei-
135 nen modern zusammengesetzten Konvent für die übrigen institutionellen Refor-
136 men einzuberufen.

137 Ein Europa, das nationale oder regionale Interessenlagen mehr berücksichtigt
138 und dabei zugleich das Ziel der Integration nicht aus den Augen verliert, ent-
139 spricht unserer Vision von einer dezentral und bundesstaatlich verfassten Euro-
140 päischen Union. So kann das Konzept einer gestuften Zusammenarbeit auch da-
141 zu beitragen, dass die Bürgerinnen und Bürger wieder Zutrauen und Begeiste-
142 rung für Europa entwickeln – für ein Europa, das Unterschiede zulässt und zu-
143 gleich mehr ist als nur die Summe der Einzelstaaten.

144 Auch mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten der Integration bleibt Europa ein
145 historisches Friedensprojekt und eine Wertegemeinschaft mit offenen Grenzen
146 sowie mit Achtung von Grund-, Menschen- und Minderheitenrechten. Ein Konti-
147 nent der Freiheit, der Freizügigkeit und der Prosperität. Das Konzept der gestuf-
148 ten Integration ist kein Widerspruch zum Eintreten für gemeinsame europäische
149 Werte. Aktuell gilt es mehr denn je, die Zukunft dieser Gemeinschaft zu sichern
150 und damit das Fundament für unsere Freiheit und unseren Wohlstand zu festi-
151 gen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 169

Antrag A403

Betr.: Zurück zu Schengen!

Antragsteller: Bezirksverband Hamburg-Nord

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir Freie Demokraten sehen durch die erneute Verlängerung der Grenzkontrol-
2 len trotz des Rückgangs der Flüchtlingszahlen die Gefahr eines Dauerzustands
3 der Aushebelung des Schengener Abkommens und somit eine Abkehr von den
4 Grundfreiheiten der Europäischen Union, insbesondere der Personenfreizügigkeit
5 und des freien Warenverkehrs. Daher fordern wir Freie Demokraten die
6 EU-Kommission auf, keine erneute Verlängerung zuzulassen und schnellstmög-
7 lich zur Reisefreiheit im Schengener Raum zurückzukehren. Wir Freie Demokra-
8 ten fordern die fünf betroffenen Länder auf, die Grenzkontrollen bis zur Aufhe-
9 bung umgehend auf ein angemessenes Maß zu beschränken.
- 10 Zur langfristigen Aufrechterhaltung des Schengener Abkommens zu gewährleis-
11 ten, sehen wir Freie Demokraten die Sicherung der Schengen-Außengrenzen als
12 höchste Priorität an. Um dieses Ziel zu erreichen, soll die Europäische Agentur
13 für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (FRONTEX) zu einem
14 echten europäischen Grenzschutz ausgebaut werden, der finanziell und personell
15 von allen Schengen-Ländern getragen wird und langfristig die nationalen Grenz-
16 sicherungsorganisationen ersetzt. Um eine parlamentarische Kontrolle von
17 FRONTEX zu gewährleisten, soll die Agentur dem Europäischen Parlament ge-
18 genüber rechenschaftspflichtig sein und regelmäßig Bericht erstatten.

Begründung:

Nachdem der EU-Ministerrat der Empfehlung der Kommission gefolgt ist und die ursprünglich wegen der hohen Flüchtlingszahlen im September 2015 eingeführten Grenzkontrollen an den Schengen-Binnengrenzen von Deutschland, Österreich, Dänemark, Schweden und Norwegen erneut bis Anfang Mai 2017 verlängert hat – sehen wir Freie Demokraten das Schengener Abkommen grundsätzlich gefährdet.

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 170

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 171

Antrag A404

Betr.: Die Europäische Armee bleibt das Ziel

Antragsteller: Bundesfachausschuss Internationale Politik

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP hält unverändert an der Forderung fest, eine europäische Armee unter
2 gemeinsamem Oberbefehl und parlamentarischer Kontrolle zu schaffen.
- 3 Kurz- und mittelfristig sind dazu eine stärkere Koordination und Integration der
4 nationalen Streitkräfte in folgenden Teilzielen anzustreben, um das Ziel einer eu-
5 ropäischen Armee zu erreichen:
- 6 • Etablierung eines gemeinsamen Verständnis von Sicherheit im Kontext ei-
7 ner abgestimmten europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspoli-
8 tik (GSVP).
 - 9 • Erhöhung der Handlungsfähigkeit und Reduzierung von Blockadesituation
10 bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU durch die Ein-
11 führung von qualifizierten Mehrheitsentscheidungen und mehrere Ge-
12 schwindigkeiten der sicherheitspolitischen Integration.
 - 13 • Stärkung des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik und des
14 Europäischen Auswärtigen Dienste sowie des Europäischen Militärstabes
15 für eine strategische Unterstützung der Mitgliedstaaten, um mit einer Stim-
16 me zu sprechen.
 - 17 • Harmonisierung zu einheitlichen europäischen Führungs- und Einsatz-
18 grundsätzen sowie ein Abbau nationaler Vorbehalte.
 - 19 • Vereinheitlichung der Ausbildung. Dazu zunächst Schaffung einer gemein-
20 samen Ausbildung, beginnend mit der Stabsoffiziersebene.
 - 21 • Vereinheitlichung der Ausstattung und Ausrüstung sowie gemeinsame Be-
22 schaffungsvorhaben ohne nationale Sonderwünsche für eine effektive Um-
23 setzung des Vorhabens.
 - 24 • Zusammenfassung gemeinsamer Fähigkeiten in Teilbereichen unter Be-
25 rücksichtigung national-historischer Besonderheiten, um Fähigkeitslücken
26 zu schließen und eine Europäische Streitkräfteplanung und europäische Ar-
27 beitsteilung zu ermöglichen.
 - 28 • Positionierung der Bundeswehr in der europäischen Cyber-Sicherheitspoli-
29 tik, Zusammenfassung der Cyber-Fähigkeiten und -kräfte, Festlegung ge-
30 meinsamer Regeln im Cyber-Raum (u.a. für Cyberangriffe außerhalb/vor er-
31klärten Kriegszuständen) und Vertiefung der Interoperabilität.
 - 32 • Schaffung eines europäischen Hauptquartiers für militärischen und zivile
33 Missionen im Rahmen der GSVP, verbunden mit der Integration der Logis-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 172

- 34 tik, Aufklärung und anderen Aspekten für die gemeinsame Durchführung
35 von Missionen und Operationen.
- 36 • Verbesserter Informationsaustausch auf operativer und taktischer Ebene
37 unter den teilnehmenden Partnernationen auf militärischer und nachrichten-
38 dienstlicher Ebene der langfristig zum Aufbau eines EU-Nachrichtendienstes
39 beiträgt.
 - 40 • Initiierung eines Europäischen Verteidigungsfonds zur Schaffung einer ge-
41 meinsamen EU-Forschungs- und Entwicklungsplattform für die Sicherheits-
42 industrien der EU.
 - 43 • Enge Kooperation der EU-Streitkräfte mit der NATO und den US-Streitkräf-
44 ten, um Doppelstrukturen und Konkurrenz zu vermeiden sowie gleichzeiti-
45 ges Festhalten an der strategischen Verbindung zwischen der EU, NATO
46 und USA durch Verbindungselemente auf wichtigen Ebenen.

Begründung:

Eine Europäische Armee ist nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig. Deshalb bedarf es nun konkreter Schritte um die Europäische Armee auf den Weg zu bringen. Denn Konflikte, Krisen und politische Veränderungen machen die Dringlichkeit einer tieferen Integration der europäischen Streitkräfte deutlich. Die zahlreichen Konflikte in der Nachbarschaft zur EU benötigen eine gemeinsame europäische Antwort. Der bevorstehende Rückzug Großbritanniens durch den Brexit aus der EU und eine eventuelle Abkehr der USA von NATO und EU verdeutlichen, dass die europäischen Staaten mehr Verantwortung in der Sicherheitspolitik übernehmen müssen. Die Umsetzung der strategischen Ziele bis zur Schaffung einer europäischen Armee ist eine Antwort auf die neuen strategischen Herausforderungen Deutschlands und der Europäischen Union.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 173

Antrag A405

Betr.: Soziale Marktwirtschaft in Europa stärken

Antragsteller: Bundesfachausschuss Internationale Politik,
Auslandsgruppe Europa und der Landesverband Rheinland-
Pfalz

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **EUROPA IN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT STÄRKEN**

2 Die EU-Staats- und Regierungschefs haben auf ihrem Sondergipfel in Bratislava
3 vom 16. September 2016 das Ziel bekräftigt, die wirtschaftlichen Perspektiven
4 der Europäer, insbesondere der jungen Generation, nachhaltig zu verbessern.

5 Hierzu hat der Europäische Rat **Initiativen** für die Jahre 2016-2017 in **vier Be-**
6 **reichen** angekündigt:

7 · **Strategische Investitionen,**

8 · **Binnenmarkt,**

9 · **Außenhandel und**

10 · **Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit.**

11 Aus liberaler Sicht gilt es, einige konkurrierende Prinzipien in Einklang zu brin-
12 gen:

13 Einerseits sind wir Freie Demokraten von der gemeinsamen Aufgabe überzeugt,
14 möglichst vielen Menschen durch Bildung, Mobilitätsangebote und Einstiegshilfen
15 Chancen für eine gute Arbeit und ein selbstbestimmtes Leben zu geben.

16 Hier soll die Europäische Union verstärkt unterstützend tätig werden.

17 Andererseits wollen wir moderne eine Sozialpolitik unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips auf Ebene der Mitgliedsstaaten und damit nah am Bürger gestalten.
18
19

20 Eine zentralisierte EU-Bürokratie im Sozialbereich wollen wir verhindern.

21 **Strategische Investitionen ausbauen, Globalisierungsfonds abschaffen**

22 Mit dem „Europäischen Fonds für Strategische Investitionen“ (EFSI), der Teil
23 des „Investitionsplanes für Europa“ ist, hat die Europäische Union den Einstieg in
24 eine bessere Verwendung von EU-Haushaltsmitteln gefunden, die wir nachdrück-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 174

25 lich unterstützen. Zugleich wird mit dieser Initiative eine Lücke gefüllt, die von
26 Geschäftsbanken wegen vermeintlich zu hohen Risikos derzeit nicht bedient
27 wird.

28 Weniger Subventionen und eine stärkere Nutzung von EU-Haushaltsmitteln in
29 Verbindung mit privaten Mitteln als Kredite für nachhaltige Investitionen sind der
30 richtige Weg. In Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank werden
31 auf diesem Wege bis 2020 bis zu 500 Milliarden Euro an Investitionszusagen ge-
32 tätigt werden, in strategischen Bereichen wie Infrastruktur, Klimaschutz, Innovati-
33 on und KMUs, wodurch hunderttausende von Arbeitsplätzen gesichert werden.

34 Der Investitionsbedarf in Europa ist zu groß, um ihn durch rein staatliche Inter-
35 ventionen zu bedienen. Deshalb wollen wir, dass das Prinzip der effizienten Nut-
36 zung von EU-Haushaltsmitteln auch auf andere Bereiche des EU-Haushaltes
37 ausgedehnt wird – zum Beispiel auch auf den Europäischen Entwicklungs- oder
38 Agrarhaushalt.

39 Einen **anderen Fond**, nämlich den **Europäischen Globalisierungsfond**, sehen
40 wir dagegen als weniger wirksam an und schlagen vor, ihn baldmöglichst zu **schließen**.
41 Zwar teilen wir das Ziel, den Menschen, die durch die Globalisierung
42 arbeitslos gewordenen sind zu helfen. Die sozialen Folgen der Globalisierung
43 lassen sich aber auf nationaler Ebene besser regeln. Die eingesparten EU-Mittel
44 könnten im Bildungsbereich investiert werden.

45 **Binnenmarkt vertiefen, jedoch fairen Wettbewerb der Arbeits- und Sozial-**
46 **systeme beibehalten**

47 Wir Freie Demokraten unterstützen **die Initiativen** der **EU-Kommission** zu ei-
48 ner **Digitalunion**, einer **Kapitalmarktunion** sowie einer **Energieunion**. Denn
49 auch wir wünschen eine deutliche Intensivierung und Vertiefung des EU-Binnen-
50 marktes. Diese Initiativen beabsichtigen, durch Vereinheitlichung des Rechts in
51 diesen Bereichen, Chancengleichheit aller EU-Marktteilnehmer in allen Mitglieds-
52 ländern herzustellen und zu helfen, zum Wohle der Verbraucher Monopole
53 aufzubrechen

54 Hingegen lehnen wir die **Initiativen der Kommission zur Vereinheitlichen der**
55 **Arbeits- und Sozialsysteme**, wie zum Beispiel die im Mai 2016 vorgeschlage-
56 nen **Entsenderichtlinie**, ab. Diese Vorschläge der Kommission divergieren zu
57 stark von der Realität in den 28-Ländersystemen der EU und scheinen nicht ge-
58 eignet, diese zu vereinheitlichen.

59 Wir Freie Demokraten fordern stattdessen maßgeschneiderte Konzepte der Mit-
60 gliedsstaaten. Die europäische Kommission kann dann gute Beispiele anderen
61 Mitgliedstaaten zur Nachahmung nahelegen.

62 **Außenhandelspolitik aktiv betreiben, Wirtschaftsnationalismus entkräften**

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 175

63 Wir Freie Demokraten wollen die enormen Vorteile der **Freihandelsabkommen**
64 der Europäischen Union wie mit Kanada (**CETA**) und Japan für die deutsche
65 und europäische Volkswirtschaft nutzen. Sie bewirken durch den Austausch von
66 Gütern, Dienstleistungen und Informationen erwiesenerweise Wachstum, schaf-
67 fen Arbeitsplätze und Wohlstand. Wir unterstützen dabei nicht nur den Abbau
68 von Zöllen und bürokratischen Hemmnissen, sondern sichern auch in einer welt-
69 weit einzigartigen und neuen Form die Aufrechterhaltung hoher Umwelt-, Ver-
70 braucher- und Sozialstandards. **Dabei sollte stets die Einhaltung und Schaf-**
71 **fung von Chancengleichheit beider Seiten im Vordergrund stehen.**

72 Bei der Frage der umstrittenen Schiedsgerichte für private Investoren, hat die
73 Europäische Union sich zusammen mit Kanada klar für die Errichtung eines öf-
74 fentlich-rechtlich ausgestalteten Investitionsgerichtshof ausgesprochen. Wir unter-
75 stützen diese Reform und halten daran fest, dass ausländische Investitionen vor
76 Diskriminierung und rechtsstaatswidrigen Eingriffen geschützt werden müssen.
77 Wir begrüßen, dass CETA die vagen Generalklauseln der de-facto Enteignung
78 und des Gebotes der gerechten und billigen Behandlung klar und detailliert defi-
79 niert hat. Außerdem stellt es einen großen Fortschritt dar, dass die Öffentlichkeit
80 stärker in die Verfahren einbezogen wird sowie der Gegenstand und das Ergeb-
81 nis einer Schiedsgerichtsverhandlung für jedermann einsehbar ist.

82 Daher setzen wir unsere auf CETA und erwarten nach der Signatur des Rates
83 vom November 2016 seine schnellstmögliche Anwendung. Auch ein Freihandels-
84 abkommen mit den USA halten wir weiter für erstrebenswert.

85 **Ausbildung und Mobilität junger Europäer fördern, Jugendarbeitslosigkeit** 86 **aktiv bekämpfen**

87 Nach zahlreichen Initiativen hat die EU mit dem „**Pakt zur Jugendbeschäfti-**
88 **gung**“ eine weitere Initiative zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ins Le-
89 ben gerufen. In den Regionen der EU mit mehr als 25 Prozent jugendlichen Ar-
90beitslosen sollen die bisherigen Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosigkeit ju-
91gendlicher EU-Bürger beschleunigt werden. 6,4 Milliarden Euro sind vorgesehen
92 um die 2013 ausgesprochene "**Jugendgarantie**" beschleunigt zu verwirklichen.
93 Mit den Maßnahmen der "Jugendgarantie" haben sich alle Mitgliedsstaaten ver-
94 pflichtet, im Rahmen des jeweils nationalen Rechts junge Europäer innerhalb
95 von vier Monaten nach Abschluss ihrer Ausbildung in einen Arbeitsplatz oder ein
96 Praktikum zu vermitteln.

97 Mit der "Jugendgarantie" verbunden ist die verstärkte Zusammenarbeit der Mit-
98 gliedsstaaten, der Arbeitsagenturen und Personaldienstleister verbunden.

99 Die bisherigen Maßnahmen haben 14 Millionen junge Europäer genutzt. Neun
100 Millionen von ihnen haben ein festes Arbeitsverhältnis erhalten und Zweidrittel
101 sind später weiterbeschäftigt worden.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 176

102 Wir Freie Demokraten unterstützen diese Initiative ausdrücklich. Europa darf
103 nicht zu einem Kontinent der Jugendarbeitslosigkeit verkommen. **Erstmals seit**
104 **Gründung der EU drohen** der jüngeren Generation weniger Lebenschancen als
105 **der Älteren!** Wir Freie Demokraten wollen und dürfen das nicht hinnehmen.
106 Denn diese Entwicklung gefährdet die Legitimität der EU.

107 Basis und Grundlage für mehr Chancen der jungen Menschen sind besser
108 funktionierende, dynamische und inklusive Arbeitsmärkte. Im Kontext von **Digit-**
109 **alisierung** und „**Arbeit4.0**“ entstehen neue Formen der Beschäftigung Sie sollten
110 aktiv genutzt werden solange ein angemessener Schutz der Arbeitnehmer ge-
111 währleistet ist.

112 **Wir fordern daher die konsequente Umsetzung der EU-Initiativen.**

113 Bei der Zuweisung von Mitteln müssen das "Paket zur Jugendbeschäftigung"
114 und die Förderung der wichtigen Arbeitsmobilität innerhalb der EU Vorrang ge-
115 nießen bei der mittelfristigen Finanzplanung 2014-2020.

116 Wir setzen uns darüber hinaus für die **verbesserte Finanzierung von Berufs-**
117 **bildungs- und Ausbildungsförderprogrammen**, wie EURES, „Leonardo Da Vin-

118 ci“, Erasmus+ und „Digitale Arbeitsplätze“ ein.
119 Außerdem gilt es, den erfolgreichen Weg der "**Jugendgarantie**" weiterzuge-
120 hen – sie hat beschleunigte Reformen in Belgien, Bulgarien, Frankreich, Ungarn,
121 Italien, Lettland, Litauen, Polen, Portugal und Slowenien angestoßen, während
122 Zypern, Tschechien, Griechenland, Estland, Rumänien und die Slowakei hinter-
123 herhinken. Deutschland befindet sich mit den übrigen Ländern in der mittleren
124 Gruppe.

125 Insbesondere fordern wir die Bundesregierung auf, junge, nichtregistrierte Ar-
126 beitslose sowie Jugendliche ohne Ausbildungsplatz zu ermutigen, die Maßnah-
127 men der "Jugendgarantie" zu nutzen.

128 Darüber hinaus sehen wir großes Potenzial beim **Aufbau einer europaweiten**
129 **Vermittlung von Praktikumsplätzen für Jugendliche ohne akademische Aus-**
130 **bildung**

131 Wir regen an, für das **deutsche duale Ausbildungssystem** in den Staaten der
132 EU zu werben.

133 Des Weiteren wollen wir die Langzeitarbeitslosigkeit bei Jugendlichen deutlich
134 intensiver bekämpfen als bisher, etwa mit Hilfe spezieller Jugendberufsagenturen
135 nach dem Vorbild Hamburgs.

136 Hierzu ist auch weiterhin europaweit ein breites Angebot an Arbeitsmarktdienst-
137 leistern wünschenswert, das zusätzlich zu den staatlichen Arbeitsvermittlungsdiensten
138 auch private Akteure umfasst.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 177

139 Schließlich wollen wir auch die Chancen nutzen, die durch neue Formen der Ar-
140 beit entstehen. So können über einschlägige Online-Plattformen digital zu erledig-
141 gende Aufgaben sogar auf Stundenbasis an entsprechend qualifizierte Arbeits-
142 kräfte vermittelt werden.

143 Wir Freie Demokraten wollen ein starkes und erfolgreich operierendes Europa,
144 das die guten Tugenden einer sozialen Marktwirtschaft lebt und von Sozialer Mit-
145 menschlichkeit geprägt ist und so für jeden Bürger Chancengerechtigkeit bereit-
146 stellt.

Begründung:

Nach Artikel 120 AEUV handeln die Mitgliedstaaten und die Union im Einklang mit dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb. Zugleich soll die Union gem. Artikel 9 AEUV ein hohes Beschäftigungsniveau und einen angemessenen sozialen Schutz gewährleisten sowie die soziale Ausgrenzung bekämpfen.

In der konkreten Ausgestaltung haben wir Freie Demokraten einen klaren Kompass: Investitionsfonds ja, Globalisierungsfonds nein.

Selbiges gilt für den Binnenmarkt. Eine Vertiefung durch Digital-, Kapitalmarkt- und Energieunion ist positiv. Aber die Initiative der Kommission (Mai 2016) zur Überarbeitung der Entsenderichtlinie lehnen wir ab. Danach soll z. B. ein polnischer Unternehmer, der mit polnischen Arbeitskräften in Deutschland eine Dienstleistung erbringt (z. B. ein Haus baut), verpflichtet sein, seine Arbeitnehmer weitestgehend wie in Deutschland zu vergüten. Wir halten das für falsch. Denn der Europäische Gerichtshof hat mit Recht festgestellt, dass die Dienstleistungsfreiheit im Binnenmarkt es gerade erlauben soll, in einem Nachbarland günstigere Angebote anzubieten und durchzuführen. Wer derartige Praktiken als "Sozialdumping" bezeichnet und abschaffen will, geht von der verfehlten Vorstellung aus, dass es in der gesamten Union für jede Arbeit an jedem Ort den gleichen Lohn und Sozialschutz geben sollte. Das ist aus unserer Sicht nicht Soziale Marktwirtschaft, sondern Gleichmacherei und europäische Bevormundung der Mitgliedstaaten, die besser wissen, wie sie ihre Arbeits- und Sozialsysteme ausgestalten wollen. Wenn Deutschland einen Mindestlohn für bestimmte Sektoren und Tätigkeiten vorschreibt, so gilt dieser sowieso für deutsche und polnische Arbeitnehmer. Ob darüber hinaus aber auch in Deutschland zusätzlich gezahlte Prämien und Zulagen für inländische Arbeitnehmer auf entsandte Arbeitnehmer anzuwenden sind, sollte eine deutsche Entscheidung bleiben und nicht von Brüssel vorgeschrieben werden. In jedem Fall müssen aber die jeweils gezahlten Prämien auch ein Anrecht auf die jeweils bezahlten staatlichen Dienstleistungen (z.B. Zugang zum deutschen Gesundheits- und Altersvorsorgesystem) geben.

Wir begrüßen das Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (CETA), da es sowohl beim Waren- und Dienstleistungsverkehr als auch bei der Frage des Investitionsschutzes wichtige Fortschritte bringt. Statt abseits zu stehen, wollen wir die Globalisierung mit modernen Abkommen positiv gestalten.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 178

Wir nehmen mit großer Sorge zur Kenntnis, dass die Jugendarbeitslosigkeit in der EU bereits 2012 bereits mehr als doppelt so hoch wie die Arbeitslosenrate bei Erwachsenen war. Im Dezember 2014 waren zirka fünf Millionen junge Europäer (unter 25 Jahren) ohne Arbeit, was eine Arbeitslosenrate von 21,4 Prozent ergibt. Die Ursachen dafür sind vorrangig struktureller Natur: Der Übergang von der Schule in eine unbefristete, regulär bezahlte Beschäftigung ist immer schwieriger. Die Ausbildung endet zu häufig in befristeten Jobs, unfreiwilliger Teilzeit oder in Arbeitslosigkeit. Zielsetzung sollte es sein, jungen Menschen spezielle Beratung und Unterstützung zukommen zu lassen, um den Übergang zwischen Arbeitsverträgen und Beschäftigungsformen zu erleichtern. Die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Arbeitsmarktakteuren (öffentliche Arbeitsagenturen, private Personaldienstleister und Bildungsträger) kann hier besonders hilfreich sein. Die jungen Menschen in der EU sind die ersten, die bei konjunkturellen Problemen ihre Beschäftigung verlieren. Daher stehen wir für verstärkte Anstrengungen – auch auf EU-Ebene – zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit unter gleichzeitiger Wahrung des Subsidiaritätsgrundsatzes.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 179

Antrag A406

Betr.: Eine wertorientierte Flüchtlingspolitik bedeutet fordern und fördern

Antragsteller: Bundesfachausschuss Internationale Politik

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir Freie Demokraten setzen ein klares Zeichen gegen Populismus und beken-
2 nen uns zum Menschenrecht auf Asyl, fordern aber gleichzeitig die Bundesregie-
3 rung auf, klare und realistische Kriterien für die Einwanderung nach Deutschland
4 zu entwickeln.
- 5 Geflüchteten aus Krisenregionen muss in den Aufnahme- und Transitländern
6 nicht nur Schutz der Menschenrechte gewährt werden, sondern sie benötigen
7 auch konkrete Perspektiven, sich selbstbestimmt auf die Rückkehr und den Wie-
8 deraufbau ihrer früheren Heimat vorzubereiten. Wir Freie Demokraten fordern
9 daher die Bundesregierung auf, Bildung für Kinder und Arbeitsmöglichkeiten für
10 Erwachsene und Jugendliche in Aufnahme- und Transitländern mit den Instru-
11 menten der Außen- und Entwicklungspolitik zu schaffen.
- 12 Aus- und Weiterbildungsinitiativen sollen zielgerichtet auf regionale und interna-
13 tionale Märkte ausgerichtet werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, den
14 europäischen Binnenmarkt für Aufnahme- und Transitländer von Geflüchteten zu
15 öffnen.
- 16 Dafür setzen wir Freie Demokraten auf die Einrichtung von Sonderwirtschaftszo-
17 nen, insbesondere in den grenznahen Gebieten zu Syrien, die Anreize für Inves-
18 titionen für einheimische und auswärtige Industrie- und Dienstleistungsunterneh-
19 men bieten und von denen sowohl die Geflüchteten als auch die einheimische
20 Bevölkerung profitieren. Dazu gehören in erster Linie Steuer- und Abgabenbe-
21 freiungen oder -begrenzungen, der Ausbau funktionaler Infrastruktur sowie die
22 Schaffung von (internationalen/europäischen) Marktzugangsvoraussetzungen für
23 die hier produzierten Güter und die Einrichtung von gezielten Programmen der
24 Berufsqualifikation, insbesondere für die junge Generation, ebenso der gezielte,
25 umfassende, dezentrale Ausbau von Primar- und weiterführenden Schulen, ohne
26 den Kinder und Jugendliche jeglichen inneren Halt und jeglichen Anschluss an
27 die erforderlichen Bildungsvoraussetzungen verlieren. Zusätzlich sollen flankie-
28 rende Programme zur Förderung des interkulturellen und interethnischen Dialogs,
29 insbesondere in den grenznahen Gebieten und Innovationszonen, gestartet wer-
30 den.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 180

31 In Sonderwirtschaftszonen kann menschenwürdiges Leben, Arbeiten und Lernen
32 realisiert werden, was in Flüchtlingslagern nur schwer möglich ist.

33 Es geht um die Förderung von (Jung-) Unternehmensgründungen durch Ge-
34 flüchtete und Einheimische sowie um die Ansiedlung wettbewerbsfähiger in- und
35 ausländischer Unternehmen, die in Sektoren tätig sind, die für den Wiederauf-
36 bau nutzbringendes Potential aufweisen. Dadurch wird die lokale Wirtschaft akti-
37 viert, Arbeitsplätze und neue Märkte werden geschaffen. Davon profitieren so-
38 wohl die einheimische Bevölkerung wie ebenfalls die Geflüchteten, die auf eine
39 Rückkehr in ihr Heimatland vorbereitet werden.

40 Die entwicklungspolitischen Strategien und Maßnahmen der EU und ihrer Mit-
41 gliedsstaaten sind auf die Einrichtung solcher Sonderwirtschaftszonen auszurich-
42 ten, notfalls durch politische Konditionalisierung gegenüber den Aufnahmelän-
43 dern in der Region mit den Mitteln der Außenpolitik.

44 Die Aufnahmeländer sind gehalten, insbesondere die administrativen Bedingun-
45 gen für deren Einrichtung zu schaffen. Zugleich sind die Bedingungen für ver-
46 stärktes Engagement europäischer und deutscher Unternehmen zu schaffen; da-
47 zu gehört zunächst der Ausbau der Zusammenarbeit deutscher und europäi-
48 scher Wirtschaftsverbände beziehungsweise Außenhandelskammern mit ihren lo-
49 kalen Counterparts. Die Abschottungspolitik der EU durch Zölle und nicht-tarifäre
50 Handelsbeschränkungen muss beendet werden. Der europäische Markt muss zu-
51 gänglich werden für die Aufnahmeländer der Region, nicht zuletzt um die Per-
52 spektiven der Sonderwirtschaftszonen zu realisieren.

Begründung:

Nur wir Freie Demokraten bekennen uns sowohl zum Menschenrecht auf Asyl als auch zu klaren Kriterien für die Einwanderung nach Deutschland. Selfies der Bundeskanzlerin mit Flüchtlingen sind keine Kriterien für die Einwanderung nach Deutschland, sondern sie setzen falsche Signale in den Krisenregionen der Welt und erzeugen ein falsches Bild von der Situation in Deutschland.

Der Krieg in Syrien und die Krisenregionen in Afrika haben zu Flüchtlings- und Migrationsströmen ungeheuren Ausmaßes geführt, die nicht nur die Aufnahme- und Integrationskapazitäten der Staaten der EU einschließlich Deutschlands, sondern auch diejenigen der noch stabilen Länder am Süd- und Ostrand des Mittelmeeres überfordern. Wir Freie Demokraten unterscheiden dabei die aus wirtschaftlichen Motiven hervorgerufene Migrationsdynamik („Wirtschaftsflüchtlinge“) von den Fluchtbewegungen, die durch Kriege, Bürgerkriege und Staatszerfall hervorgerufen werden. Erstere ist vor allem durch klare gesetzliche Regelungen zur Steuerung legaler Einwanderung gemäß dem Bedarf auf dem Arbeitsmarkt und der allgemeinen Absorptionsfähigkeit in den Staaten der EU partnerschaftlich mit den Herkunftsländern der Wirtschaftsmigranten prinzipiell steuerbar. Die FDP fordert demgemäß seit langem ein Einwanderungsgesetz.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 181

Davon zu unterscheiden sind die Flüchtlingsbewegungen, die insbesondere im Nahen Osten durch die Kriegs- und Bürgerkriegssituationen in den Ländern Syrien, Irak, Jemen und Libyen zu verzeichnen sind. Denn diese Menschen fliehen nicht (allein) aus wirtschaftlichen, sondern aus existenziellen Gründen, um ihr Leben und das ihrer Kinder zu retten. Sie müssen in die Lage versetzt werden, zum frühestmöglichen Zeitpunkt nach einer grundsätzlichen Beilegung der jeweiligen Fluchtursachen wieder in ihre Heimatländer zurückzukehren.

Für alle Aufnahmeländer, insbesondere jedoch für den Libanon und Jordanien, stellen die Flüchtlingsströme eine ungeheure gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Herausforderung dar. Schon auf Grund der großen Zahl kommt für sie eine Integration der Geflüchteten nicht in Frage – die Flüchtlinge aus Syrien werden als „Gäste auf Zeit“ betrachtet. Angesichts des nicht absehbaren Zeitraumes, in dem eine Rückführung der Geflüchteten nach Syrien ausgeschlossen ist, müssen diese Aufnahmeländer jedoch darauf hinwirken bzw. in die Lage versetzt werden, den Geflüchteten Perspektiven und Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, das die Sorge für den eigenen Lebensunterhalt einschließt und langfristig auf die Qualifizierung zum Wiederaufbau ihres Heimatlandes abzielt.

Je länger der desolate Zustand der Perspektivlosigkeit, der Untätigkeit und der faktischen Entmündigung von einem aktiven, selbstbestimmten Leben andauert, desto größer werden die Risiken für Konflikte zwischen den Flüchtlingsgruppen und der einheimischen Bevölkerung. Die Gefahr für ein Abdriften insbesondere der jungen Generationen unter den Geflüchteten in Kriminalität, Bandenwesen und andere Formen der Delinquenz nimmt zu. Nicht zuletzt wird dadurch der Nährboden für islamistische „Erlösungsideologien“ beziehungsweise ein Rekrutierungspotential für extremistische islamistische Gruppierungen geschaffen.

Die Konzentration auf Unterstützungs- und Fördermaßnahmen auf Flüchtlingsgruppen in Lagern oder lagerähnlichen Einrichtungen (zum Beispiel so genannte „Hot Spots“) ist nicht ausreichend. Geflüchtete streben in den Aufnahmeländern langfristig in die Kommunen, weil sie hier nicht zu Empfängern von (kaum ausreichenden) Sozialleistungen degradiert sind und zumindest grundsätzlich die Möglichkeit besteht, sich um ihren Lebensunterhalt selbst zu kümmern – auch wenn dies zumeist nur im informellen Sektor und unter Umgehung vor allem von bestehenden Residenzregelungen und Arbeitsgesetzen möglich ist.

Zudem muss jegliche Form von Unterstützungs- und Fördermaßnahmen für Geflüchtete auch die Wirkungen auf die einheimische Bevölkerung berücksichtigen, die vielfach ebenfalls in schwierigen sozialen und ökonomischen Bedingungen lebt.

Unabhängig von diesen Maßnahmen zur Schaffung realistischer Perspektiven auf der Grundlage vorhandener Potentiale für die Geflüchteten und die einheimische Bevölkerung in den Aufnahmeländern des Nahen Ostens bleibt die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern entscheidend. Für die vom Staatszerfall betroffenen Länder des

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 182

Nahen Ostens und Nordafrikas bedeutet dies die zwingend notwendige Beendigung von Krieg und Gewalt sowie die Wiederherstellung legitimer staatlicher Strukturen. Für die übrigen Staaten dieser Region sowie die Subsahara-Staaten sind dagegen entwicklungspolitische Strategien, die sich an den hier benannten Grundlagen und Kriterien bemessen, konsequent umzusetzen.

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 183

Antrag A407

**Betr.: Optimierung der gesundheitlichen Versorgung von
Flüchtlingen**

Antragsteller: Bundesfachausschuss Gesundheit

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 1. Zur Optimierung der gesundheitlichen Versorgung von Flüchtlingen ist eine
2 umfassende Datenbasis hinsichtlich Nutzung und Kosten des Behandlungs-
3 angebots notwendig. Die Erhebung anamnestischer und medizinischer Da-
4 ten der Flüchtlinge soll nach einem bundeseinheitlichen Standard und
5 durch die Landesgesundheitsämter mit Unterstützung der regionalen Ge-
6 sundheitsämter erfolgen.
- 7 2. Bei einer Verteilung der Flüchtlinge von der Erstaufnahmeeinrichtung in ei-
8 ne zentrale Unterbringungseinrichtung oder in eine kommunale Einrichtung
9 erfolgt die Weitergabe medizinischer Daten bevorzugt auf elektronischem
10 Weg unter Wahrung von Amtsverschwiegenheit und medizinischer Schwei-
11 gepflicht nach § 203 StGB.
- 12 3. Die medizinische Versorgung dient der Therapie von akuten aber auch
13 chronischen Erkrankungen in einem begrenzten Umfang und somit über die
14 Grenzen des bisherigen Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) hinaus.
15 Der Leistungsumfang des AsylbLG muss daher neu definiert werden.
- 16 4. Die gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen wird steuerfinanziert.

Begründung:

ad 1.) Weder Bund noch Länder oder Kommunen sind derzeit in der Lage, belastbare Aussagen über die finanziellen Aufwendungen für die gesundheitliche Versorgung der aufgenommenen Flüchtlinge zu treffen. Um eine aktuelle und zuverlässige Kostenschätzung für die auftretenden medizinischen Versorgungskosten von Flüchtlingen in den ersten 15 Monaten zu erhalten, werden die Landesgesundheitsämter beauftragt, diese Kosten bei den nachgeordneten Kreisbehörden zu erheben und zu einer Gesamtübersicht zusammenzutragen. Dadurch wird eine belastbare Diskussionsgrundlage in Bezug auf die aufzuwendenden Mittel geschaffen. Um eine einheitliche Datenbasis über das gesamte Bundesgebiet länder- als auch verwaltungs- und versorgungsübergreifend zu erhalten, müssen anamnestische und medizinische Daten der Flüchtlinge künftig bereits bei Ankunft in Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE) und zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) standardisiert erhoben und dokumentiert werden. Damit die erhobenen Daten vollständig und einheitlich unabhängig von der Herkunft der Flüchtlinge und der erhebenden EAE / ZUE sind, ist ein bundeseinheitlicher Standard zu schaffen mit dessen Hilfe die Daten elektronisch erfasst und innerhalb von

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 184

Deutschland und bei Bedarf auch innerhalb von Europa zielgenau weiterleitet werden können. Um die Sicherheit solcher EDV-bezogener systemübergreifender Lösung zu gewährleisten, sollte hier ein internationaler Standard bevorzugt werden.

ad 2.) Im Falle einer Verteilung der Flüchtlinge von der EAE in eine ZUE oder in eine kommunale Einrichtung erfolgt bisher die Weitergabe der medizinischen Daten papier- und personengebunden zusammen mit der Weiterleitung der Flüchtlinge indem diesen die Daten ausgehändigt werden. Häufig gehen die medizinischen Daten bei dieser Form der Weiterleitung jedoch verloren, so dass in der weiter betreuenden Stelle z. B. Informationen über erfolgte Impfungen und Untersuchungen auf Tuberkulose nicht vorliegen. Daher plädieren wir dafür, medizinische Daten von Flüchtlingen mit deren Weiterleitung aus den EAE/ZUE in die Kommunen bevorzugt auf elektronischem Weg an die zuständigen Kreisgesundheitsämter weiterzuleiten. Hierbei sind auch personenspezifische Identifikationsdaten wie Foto und Fingerabdruck ebenfalls in digitalisierter Form weiterzugeben. Diese Weitergabe personenidentifizierender Daten beugt dem Missbrauch von Leistungen in Form von Mehrfachidentitäten vor. Eine Löschung der Daten erfolgt mit der Anerkennung als Asylbewerber und Übergang in die gesundheitliche Versorgung nach SGB XII.

ad 3.) Die medizinischen Leistungen in der gesundheitlichen Versorgung von Flüchtlingen werden in den ersten 15 Monaten ihres Aufenthaltes durch das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) bestimmt. Nach dem AsylbLG stehen Flüchtlingen in dieser Zeit nur Leistungen bei akuter Erkrankung, Schmerzen und Schwangerschaft zu. Nach 15 Monaten werden Flüchtlinge unabhängig von einer möglichen Anerkennung als Asylbewerber automatisch in das System des SGB XII und damit in das deutsche Krankenkassensystem überführt. Gerade aber in den ersten 15 Monaten sind Krankheiten zu behandeln, die im nahem zeitlichen Zusammenhang mit der Flucht des Einzelnen bestehen (z. B. Kriegstraumata, Infektionen, psychische Störungen, auch Komplikationen chronischer Erkrankungen). Aktuelle Studien zufolge sind in den ersten 15 Monaten die Kosten der medizinischen Versorgung trotz des durch das AsylbLG beschränkten Zugangs zum Gesundheitssystem höher als die Aufwendungen nach Überführung und Inanspruchnahme nach SGB XII (siehe Bozorgmehr, K; Razum, O; Effect of Restricting Access to Health Care on Health Expenditures among Asylum-Seekers and Refugees: A Quasi-Experimental Study in Germany, 1994-2013. PLoS ONE, 2015 vol. 10(7)). Das Ausblenden von Traumata psychischer und somatischer Natur sowie die Schäden aus unbehandelter chronischer Erkrankung (z. B. Nieren und Herzinsuffizienz, Infektionserkrankungen, Eisenüberladung bei Bluterkrankungen wie Thalassämien) führt zur Verschleppung von Folgeschäden sowie zur Erhöhung von Komplikationsraten und damit zur unnötigen Steigerung von Behandlungskosten. Es ist daher sinnvoll und kosteneffizient den Leistungsumfang des AsylbLG neu zu definieren.

ad 4.) Die Kosten für die medizinische Versorgung von Flüchtlingen sind weder der Versicherungsgemeinschaft noch den Ländern und Kommunen zuzumuten. Sie können nicht Verantwortung übernehmen für Situationen auf die sie keinen Einfluss haben. In der Konsequenz sind Länder und Kommunen von den Kosten einer medizinischen

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 185

Versorgung für Flüchtlinge freizustellen. Diese Kosten müssen dem Bund übertragen und von ihm finanziert werden. Somit werden die real entstandenen Kosten aus dem System finanziert und nicht vorab über Kopfpauschalen festgelegt.

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 186

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 187

Antrag A408

Betr.: **Entwicklung fördern durch Globalisierung, Freihandel,
Digitalisierung**

Antragsteller: **Bundesfachausschuss Internationale Politik**

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 Teilhabe an wirtschaftlicher Entwicklung durch Förderung von Investitionen der
2 Privatwirtschaft, Zugang zum internationalen Handel und der Digitalisierung sind
3 auch für Entwicklungsländer Voraussetzung für ein breitenwirksames Wirtschafts-
4 wachstum, das Jobs vor Ort schafft. Wir Freie Demokraten setzen dabei vor al-
5 lem auf die Chancen der Globalisierung.
- 6 Für Entwicklungsländer sind die Integration in globale Wirtschaftsabläufe, der
7 Aufbau von Wertschöpfungsketten, Know-How-Transfer und politische Begleitung
8 beim Aufbau von Institutionen vor Ort wichtiger als immer mehr Gelder, zum Bei-
9 spiel aus dem deutschen Marshallplan.
- 10 Handel schafft Beschäftigung und Lebenschancen. So konnte allein die extreme
11 Armut in Entwicklungsländern in den letzten 25 Jahren von 47 Prozent auf 14
12 Prozent gesenkt werden. Dennoch birgt freier Handel auch Risiken für bestimm-
13 te, vor allem bildungsarme Bevölkerungsgruppen, die kurz- und mittelfristig zu
14 Verlierern werden können. Deshalb stehen wir Liberale zur Sozialen Marktwirt-
15 schaft, verbunden mit dem Aufbau sozialer Sicherungssysteme und fordern in
16 Entwicklungsländern Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit als
17 Fundament für Innovationen und Transformationsfähigkeit.
- 18 Wir lehnen Protektionismus ab, weil Gesellschaften dadurch in Subventionsspi-
19 ralen geraten und ihre Innovationskraft verlieren. Internationale Handelsstrukturen
20 haben sich durch globale Wertschöpfungsketten und Digitalisierung grundlegend
21 verändert. Wir wollen den freien, auf Regeln und Nachhaltigkeit basierenden,
22 weltweiten Handel stärken, damit eine gleichberechtigte Teilhabe aller Staaten
23 am regionalen und internationalen Handel stattfinden kann. Dabei soll die Welt-
24 handelsorganisation (WTO) die Hüterin des Welthandels bleiben, die sicherstellt,
25 dass ein gerechter Handel zu Wohlstand und Entwicklung weltweit führt. Wir
26 Freie Demokraten fordern deshalb die Stärkung und den Ausbau des multilatera-
27 len Handelssystems gegen zunehmende Tendenzen von Protektionismus, Natio-
28 nalismus und Subventionen.
- 29 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass auch bilaterale Handelsab-
30 kommen, versehen mit sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Standards,

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 188

31 ein Leben in Würde weltweit gewährleisten. Dabei sollen diese Abkommen nur
32 ein Zwischenschritt in Richtung multilaterale Freihandelsabkommen sein.

33 Handel ist Motor für inklusives und nachhaltiges Wachstum und zudem friedens-
34 stiftend. Damit auch Entwicklungsländer am Welthandel teilhaben können, müs-
35 sen sie wettbewerbsfähiger werden. Vor allem nicht-tarifäre Handelshemmnisse,
36 wie komplizierte Zollabwicklung, Bürokratie und willkürliche Kontrollen schränken
37 den weltweiten Handel ein. Deshalb ist das WTO-Abkommen zu Handelserleich-
38 terungen (Trade Facilitation Agreement) so wichtig. Wir Freie Demokraten for-
39 dern eine schnelle Umsetzung des WTO-Übereinkommens, weil es Arbeitsplätze
40 auch in Entwicklungsländern ermöglicht und ebenso Chancen für die deutsche
41 Wirtschaft bietet.

42 Liberale setzen auf die Chancen innovativer Technologien als Grundlage für in-
43 inklusive, nachhaltige Entwicklung und Wachstum. Die neuen digitalen Technologi-
44 en sind die treibende Kraft für eine weltweite soziale Transformation. Fehlende
45 Internetanbindung, unzureichende elektronische Kenntnisse und uneinheitliche
46 Rechtsrahmen erschweren vor allem Entwicklungsländern eine entsprechende
47 Teilhabe. Wir Freie Demokraten fordern deshalb, die Möglichkeiten, die Informati-
48 ons- und Kommunikationstechnologien (IKT) bieten, für mehr Transparenz gegen
49 Korruption, technologische Sprünge, Kostenreduktion und digitalen Handel für
50 Entwicklungsländer besser zu nutzen.

51 Digitaler Handel verändert zunehmend auch die Art, wie weltweit Handel betrie-
52 ben wird. Damit Entwicklungsländer die Chancen dieser neuen Technologien
53 besser nutzen können und sich die digitale Kluft nicht weiter verbreitert, setzen
54 Freie Demokraten auf innovative Lösungen durch neue Partnerschaften, unter
55 anderem mit deutschen und lokalen privaten Unternehmen. Wir fordern einen of-
56 fenen, barrierefreien Umgang mit innovativen Lösungen für Entwicklungsländer.
57 Es ist wichtig, zum Beispiel im Bereich innovativer Bezahlssysteme Zahlungsoptio-
58 nen per Handy, sogenannte „Mobile Payments“, M-Pesa, Bit-Coins sowie Block-
59 chain-Technologien für Online-Zahlungssysteme und elektronische Überweisun-
60 gen geprüft werden. Dazu ist auch die Förderung von Start-up-Firmen in Ent-
61 wicklungsländern nötig, und zwar durch innovative Finanzierungsinstrumente, vor
62 allem im Bereich der KKMU-Förderung, ebenso wie Kooperationen zwischen
63 Start-Ups in IKT-Bereichen.

64 Wir Freie Demokraten setzen uns für einen freien, an Rechts- und Regelrah-
65 men orientierten digitalen Handel ein. Dafür muss das multilaterale Handelssys-
66 tem gestärkt und der WTO ein Mandat zur Regelsetzung im Bereich des digita-
67 len Handels erteilt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 189

Antrag A500

Betr.: Immobilienerwerb ermöglichen

Antragsteller: Landesverband Baden-Württemberg

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir sprechen uns für die Wiedereinführung der personenbezogenen Abzugsfä-
- 2 higkeit bei der Lohn- und Einkommenssteuer beim Erwerb von Wohnimmobilien
- 3 aus. Durch diesen Anreiz wird nicht nur privates Kapital mobilisiert um die Woh-
- 4 nungsnot zu bekämpfen, sondern der Vermögensaufbau weiter Bevölkerungss-
- 5 chichten gefördert.

Begründung:

Der Anteil der Wohnungseigentümer nach dem Zweiten Weltkrieg ist kontinuierlich gestiegen, stagniert aber mittlerweile in Deutschland bei etwa 45 Prozent und liegt damit unter dem

Durchschnitt vieler anderer europäischer Länder. Menschen, die über kein oder wenig Vermögen verfügen und ein Haus oder eine Eigentumswohnung erwerben wollen, können mit der Möglichkeit der Absetzbarkeit von der Einkommensteuer geholfen werden.

In einer Studie des Wirtschaftsbeirats Bayern („Steuerliche Förderung selbstgenutzten Wohneigentums“) vom Juni 2016 werden unter anderem folgenden Vorteile einer Absetzbarkeit von der Einkommenssteuer festgestellt:

Der Förderumfang bei einer Absetzbarkeit von der Einkommenssteuer hängt nicht von den Haushaltsberatungen eines jeden Jahres ab und sie hat eine hohe soziale Treffsicherheit:

- der Personenkreis, der aufgrund eines niedrigen Einkommens keine oder nur geringe Steuern zahlt, wird nicht in eine für ihn risikoreiche Wohnungsfinanzierung gelockt;
- mittlere Einkommen werden angesichts eines Grenzsteuersatzes von 45 Prozent bereits ab zu versteuernden Jahreseinkommen von ca. 55.000 Euro (Alleinstehende oder Doppelverdiener) zuverlässig gefördert;
- „Luxusobjekte“ bleiben bei einer definierten Förderobergrenze ausgeklammert.

Ein höherer Anteil von Wohneigentum dämpft das Ungleichgewicht auf dem Wohnungsmarkt hierbei nicht nur durch die neu geschaffenen Wohnungen, sondern auch

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 190

durch einen (oft doppelten) „Sickereffekt“, da die neuen Wohnungseigentümer (überwiegend Familien) Mietwohnungen frei machen, in die oft Personen ziehen, die ihrerseits kleinere Wohnungen für Singles etc. freimachen. Gerade diese kleinen, in der Regel günstigen Wohnungen stünden auch für Menschen mit geringem Einkommen sowie für anerkannte Flüchtlinge und Migranten zur Verfügung und würden eine Integration in die Gesellschaft begünstigen bzw. einer Ghettobildung entgegenwirken.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 191

Antrag A501

Betr.: **Acht Kriterien für eine zukunftsgerichtete liberale
Energiepolitik**

Antragsteller: **Landesverband Baden-Württemberg**

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 1. Das FDP-Programm hat sich als Ausgangspunkt aller weiteren energiepoliti-
2 schen Überlegungen an den „Pariser Beschlüssen“ zur Reduktion der Treibhaus-
3 gase zu orientieren, zumal dieses Abkommen zwischenzeitig schon mit deut-
4 scher Zustimmung in Kraft getreten ist.
- 5 2. Die FDP will von dem – mit ihren Stimmen im Deutschen Bundestag be-
6 schlossenen – dauerhaften Verzicht auf die Nutzung der Kernenergie in Deutsch-
7 land wegen der mit diesem Energieträger verbundenen Folgekosten und -Risiken
8 nicht abweichen.
- 9 3. Zur Erreichung der klimapolitisch notwendigen Dekarbonisierung der Energie-
10 wirtschaft sowie des Transportsystems und der Wärmegewinnung setzen wir
11 Freie Demokraten vorrangig auf marktwirtschaftliche Instrumente, um nach dem
12 Verursacherprinzip über die Internalisierung externer Kosten zu umweltehrlichen
13 Preisen zu kommen. Statt übertriebener Gängelung mit Geboten und Verboten
14 sehen wir Freie Demokraten im Emissionshandel ein zentrales Instrument um
15 das vorgegebene Treibhausgas-Reduktionsziel kostenoptimal zu erreichen. Ein
16 solcher europäischer Emissionshandel ist so weiterzuentwickeln, dass er sowohl
17 die externen Kosten als auch die Knappheit der Emissionsrechte angemessen
18 abbildet.
- 19 4. Die Förderung eines Effizienzwettbewerbs zwischen den verschiedenen zur
20 Verfügung stehenden Technologien soll auf der Basis umweltehrlicher Preise den
21 Ausstieg aus dem interventionistischen Subventionsdschungel und insbesondere
22 aus dem EEG möglich machen. Wir Freie Demokraten sehen die ordnungspoliti-
23 sche Herausforderung, die mit dem Ziel einer ressourcenschonenden nachhalti-
24 gen Wirtschafts- und Energiepolitik verbunden ist und bekennen uns zu einer
25 technologieoffenen marktwirtschaftlichen Strategie.
- 26 5. Analog dem Kompromiss zum Ausstieg aus der Kernenergie wollen wir Freie
27 Demokraten im Zusammenwirken von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft ein
28 Energieversorgungsszenario zur Dekarbonisierung formulieren. Dieses Szenario
29 soll Orientierungslinie für eine kontinuierliche Fortschreibung unserer Energiepoli-
30 tik sein und neue technologische Entwicklung fördern.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 192

31 6. Wir sehen sowohl die von einer solchen Umstrukturierung der Energiewirt-
32 schaft ausgehenden Kosten und Risiken, wie auch die enormen Chancen für Be-
33 schäftigung und Wohlstand. Dies gilt insbesondere für die innovationsfreudige
34 mittelständische Wirtschaft.

35 7. Wir wollen den Wettbewerb zwischen den Marktteilnehmern, unabhängig von
36 ihrer Größe fördern, indem die Märkte geöffnet und Privilegien, Hindernisse und
37 Schwellen für den Markteintritt abgebaut werden.

38 8. Wir wollen den Energiesektor in stärkerem Maße für privatwirtschaftliche In-
39 vestitionen zugänglich und attraktiv machen. Anders als früher bei den großen
40 Energieversorgungsunternehmen ist schon heute breites bürgerliches Engage-
41 ment bei Investitionen in lokale und dezentrale erneuerbare Energieprojekte zu
42 finden. Bei dem kostenintensiven Ausbau des Energienetzes und der Energie-
43 speichermöglichkeiten gilt es, diesen Trend fortzusetzen.

44

Begründung:

Erfolgt mündlich.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 193

Antrag A502

**Betr.: Klimafreundliche Mobilität der Zukunft –
Technologieoffenheit statt Denkverbote**

Antragsteller: Landesverband Baden-Württemberg

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Wir Freie Demokraten sprechen uns für mehr Technologieoffenheit und einen
2 Wettbewerb der Ideen in Fragen der Zukunft der Mobilität aus. Die einseitige po-
3 litische Festlegung auf die batteriegebundene Elektromobilität als Technologie der
4 Wahl zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes von Kraftfahrzeugen lehnen wir ab.
5 Diese planwirtschaftliche Fokussierung auf eine als „Heilsbringer“ verkündete
6 Technologie verdrängt die Möglichkeit alternative Fahrtriebe zu entwickeln
7 oder in Richtung alternativer Kraftstoffe bei herkömmlichen Verbrennungsmotoren
8 zu forschen.

9 **Ganzheitliche Betrachtung des ökologischen Fußabdrucks**

10 Wir Freie Demokraten erkennen die Notwendigkeit einer Reduzierung von
11 CO₂-Emissionen im Straßenverkehr als Beitrag zur Erreichung der Klimaziele an.
12 Um ein tatsächlich nachhaltiges Erreichen der Ziele zu ermöglichen, muss aber
13 jede Technologie ganzheitlich mit Hinblick auf ihren ökologischen Fußabdruck
14 (ecologic foot print) geprüft werden. So ist zu berücksichtigen, dass eine energie-
15 intensive oder emissionsbehaftete Herstellung inklusive Ressourcenabbau und
16 eventueller Entsorgung bzw. Recycling die Vorteile einer Technologie im Betrieb
17 aufheben.

18 Wir Freie Demokraten betrachten eine Reduzierung der Schadstoff- und Treib-
19 hausgasemissionen als eine Herausforderung, zu deren Lösung man nicht isoliert
20 einzelne Emittenten, wie Kraftfahrzeuge, angreifen kann. Vielmehr muss Ziel ei-
21 ner sinnvollen Klimapolitik sein, dass alle Emittenten gleichermaßen berücksich-
22 tigt werden. Beispielsweise ist der Ausstoß von klimaschädlichen Gasen durch
23 Heizungen in Gebäuden anteilmäßig höher als durch den Straßenverkehr.

24 **Schwierigkeiten der Elektromobilität**

25 Die Elektromobilität nach dem derzeitigen Stand der Technik löst zwar lokal die
26 Emissionsprobleme beim Verbraucher, verlagert diese aber an die Erzeugungs-
27 stätten der verbrauchten elektrischen Energie und an die Produktionsstätten der
28 Energiespeicher. Auch wenn unser Ziel einer Energieversorgung ausschließlich
29 auf Basis von erneuerbaren Energien erreicht werden würde, ist es denkbar,
30 dass die Elektromobilität durch ihren ökologischen Impact nachteilig gegenüber
31 anderen Antriebsarten ist.

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 194

32 Unabhängig davon stellt die Verlagerung des Energiebedarfs für die Fortbewe-
33 gung von fossilen Kraftstoffen auf elektrische Speicher eine Herausforderung für
34 die Infrastruktur dar. Um Forderungen bis 2030 Verbrennungsmotoren in Neuwa-
35 gen zu Gunsten der Elektromobilität zu verbieten durchzusetzen, müssten neue
36 Ladestationen gebaut und auch die Energietrassen verstärkt werden. Auch wenn
37 wir daran glauben, dass diese Aufgaben zu bewältigen sind, ist es eventuell
38 sinnvoller vorhandene Infrastruktur zu nutzen.

39 **Alternative Kraftstoffe auf regenerativer Basis als einfache Alternative**

40 Dies wäre beispielsweise möglich, indem synthetisch oder biologisch Methan
41 hergestellt wird, das über das vorhandene Erdgasnetz sowohl an Tankstellen als
42 auch an Gebäude verteilt werden kann. Dadurch könnte man nicht nur den Stra-
43 ßenverkehr auf durch erneuerbare Energien erzeugte Energieträger umstellen,
44 sondern auch die Beheizung von Gebäuden klimaneutral gestalten.
45 Power-to-Gas-Verfahren zur synthetischen Herstellung von Methan bieten zu-
46 sätzlich die Möglichkeit überschüssige erneuerbare Energie zu verwerten. Damit
47 ließe sich auch im Sinne einer energiewirtschaftlichen Sektorkopplung das Spei-
48 cherproblem bei erneuerbaren Energien mildern.

49 Darüber hinaus würden aus erneuerbaren Energien erzeugte Kraftstoffe nicht
50 nur die CO₂-Bilanz von Neufahrzeugen verbessern, sondern auch von der Be-
51 standsflotte. Bereits eine Verbesserung der CO₂-Emissionen um 1 g/100 km hat
52 denselben Effekt wie eine Reduzierung der Emissionen der Neuwagenflotte um
53 20 g/100 km. Dabei ist eine Reduzierung der Emissionen durch Änderung der
54 Zusammensetzung der Kraftstoffe durch deutlich weniger Aufwand zu bewerk-
55 stelligen, da bestehende Technologien weitergenutzt werden können oder nur
56 geringfügige Modifikationen an bestehenden Fahrzeugen von Nöten wären.

57 **Technologieoffenheit als bewährter Ansatz zum Erfolg**

58 Eine technologieoffene Politik erlaubt, dass sich die wirtschaftlichste und ökolo-
59 gisch verträglichste Technologie bedarfsgerecht durchsetzt. Ein Verbot von Ver-
60 brennungsmotoren in Deutschland würde die hiesige Industrie unweigerlich stark
61 schwächen, obwohl in anderen Ländern der Welt Verbrennungsmotoren nach
62 derzeitigem Stand der Technik die einzig gangbare Möglichkeit zur Fortbewegung
63 darstellen und daher auch nachgefragt werden. Beispielsweise haben Elektroan-
64 triebe mit Batterien in Regionen mit kaltem Klima, wie beispielsweise im Norden
65 der USA oder im Norden Chinas, kaum Anwendungsmöglichkeiten. Selbiges gilt
66 für besonders heißes Klima. Diesen Markt gilt es ebenfalls abzudecken und da-
67 von kann auch die hiesige Automobilindustrie profitieren.

68 Eine Bedingung dafür, dass sich nicht nur die wirtschaftlichste, sondern auch
69 die ökologisch verträglichste Technologie durchsetzt, sind sinnvolle Rahmenset-
70 zungen durch die Politik. Durch die Einbeziehung des Upstream-CO₂-Emissions-
71 handels (mit Raffinerien und Kraftstoffimporteuren als Marktteilnehmern) in den
72 europäischen Zertifikatehandel würden die Kosten für die Emissionszertifikate an

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 195

73 der Tankstelle oder Ladestation europaweit auch auf den Verbraucher umgelegt.
74 Durch geschickte Rahmensetzung kann sich somit die umweltfreundlichste Tech-
75 nologie am Markt durchsetzen.

76 Technologieoffenheit ist ein wesentlicher Bestandteil der Wettbewerbsfähigkeit
77 Deutscher und europäischer Automobilhersteller. Das Land der Tüftler und Den-
78 ker hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stets als erfindungsreich erwiesen
79 und hat mit neuen Entwicklungen auf globale Veränderungen reagiert. Dazu wa-
80 ren nie politisch gewollte Fokussierungen auf eine Technologie notwendig.

81 **Darum fordern wir** Freie Demokraten:

82 1. Eine technologieoffene Forschungsförderung für verschiedene Antriebs- und
83 Energiespeicherkonzepte sowie für alternative auf regenerativer Basis erzeugte
84 Kraftstoffe.

85 2. Keine einseitige Förderung einzelner Technologien, wie der Elektromobilität,
86 durch Subventionen für Kunden oder Hersteller.

87 3. Keine Verbote für Kraftfahrzeuge mit Verbrennungsmotoren.

88 4. Vor einer überdurchschnittlichen Förderung zu Gunsten einer ausgewählten
89 Technologie eine ganzheitliche Betrachtung der ökologischen und ökonomischen
90 Auswirkungen der Technologie, inkl. Betrachtung der Herkunft und Bereitstellung
91 der benötigten Rohstoffe, Umweltfolgen im Betrieb, Auswirkungen auf die Infra-
92 struktur, Umweltfolgen der Entsorgung.

93 5. Eine ganzheitliche Betrachtung des Klimaproblems unter Berücksichtigung al-
94 ler wesentlichen Schadstoff- und CO₂-Emittenten ohne isolierte Betrachtung ein-
95 zelner Verursacherguppen.

96 6. Die Einbeziehung des Upstream-CO₂-Emissionshandels für Kraftstoffe in den
97 europäischen Zertifikatehandel zu prüfen.

98 7. Das Zulassen eines Wettbewerbs der Technologien durch unterstützende
99 Rahmensetzung der Politik, die umweltfreundliche Anwendungen belohnt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 196

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 197

Antrag A503

Betr.: Umweltschutz statt Fahrverbote

Antragsteller: Landesverband Baden-Württemberg

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Wir Freie Demokraten lehnen die Einführung der „Blauen Plakette“ und die damit
2 verbundenen Fahrverbote für Dieselfahrzeuge bis zur Abgasnorm „Euro 5“ zur
3 Feinstaubreduzierung ab. Wir halten die Fahrverbote aus folgenden Gründen
4 weder für sinnvoll noch für verhältnismäßig:

- 5 • Die Feinstaubwerte verbessern sich seit Jahren. So wies 2016 nur noch
6 eine der 385 vom Bundesumweltamt dokumentierten deutschen Messstatio-
7 nen für Feinstaub mehr als die erlaubten 35 Überschreitungen des
8 PM10-Tagesgrenzwertes auf. Dabei handelt es sich um die Station am
9 Stuttgarter Neckartor mit 63 Überschreitungen.
- 10 • Die Feinstaubbelastung ist weitgehend unabhängig vom Antrieb der Fahr-
11 zeuge. Am Stuttgarter Neckartor resultiert zum Beispiel laut einer Analyse
12 der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Würt-
13 temberg nur 7 Prozent der Gesamtbelastung des Feinstaubs PM10 aus
14 dem Fahrzeugantrieb, während 39 Prozent durch Reifen- und Bremsabrieb
15 sowie durch die Aufwirbelung bereits vorhandenen Feinstaubes entsteht. Die
16 restlichen 54 Prozent der Feinstaubbelastung resultieren nicht aus dem
17 Straßenverkehr.
- 18 • Die Abgrenzung der Euro-Normen ist willkürlich gewählt. Zwischen Dieselfahr-
19 zeugen mit Euro 5 und Euro 6 bestehen keine Unterschiede bei den
20 einzuhaltenden Feinstaubemissionen (jeweils 0,005 g/km). Selbst elektrisch
21 angetriebene Fahrzeuge sorgen für die nicht durch den Antrieb verursachte
22 Feinstaubbelastung und sind somit keineswegs Feinstaub-frei.
- 23 • Autofahrer haben sich noch bis 2015 Dieselfahrzeuge mit Euro 5 gekauft
24 – nicht zuletzt, da die Politik diese als kraftstoffsparend und umweltfreund-
25 lich gepriesen hat. Das Fahrverbot bestraft die Käufer dieser Fahrzeuge
26 und schädigt sie finanziell, da der Wert von gebrauchten Dieselfahrzeugen
27 bereits jetzt aufgrund der angekündigten Fahrverbote sinkt.

28 Anstelle örtlicher Diesel-Fahrverbote befürworten wir Freie Demokraten großflä-
29 chige Maßnahmen zur Verringerung der Feinstaubbelastung – am besten durch
30 Maßnahmen, die auch andere Emissionen (zum Beispiel Stickoxide und CO₂)
31 weiter verringern. Daher wollen wir:

- 32 • Innovative Ansätze zur Reduzierung der Feinstäube schneller und intensi-
33 ver testen und ggf. anschließend dauerhaft nutzen. Dazu zählen zum Bei-

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 198

34 spiel die Aufstellung von Mooswänden und Luftreinigungsanlagen, eine in-
35 tensivere Straßenreinigung oder die Flächenbeschichtung mit Titandioxid.

36 • Die Weiterentwicklung von Diesel-PKW mit moderner Technologie (zum
37 Beispiel Partikelfilter, Harnstoffeinspritzung) positiv begleiten, um auch die
38 Stickoxid-Emissionen entscheidend zu senken. Bei Diesel-LKW konnte in
39 diesem Bereich in den letzten Jahren viel erreicht werden, diese Erfolge
40 müssen nun auch auf die PKW-Flotte übertragen werden.

41 • Anreize für die Gewichtsreduktion von neuen PKW schaffen. Diese sind in
42 den letzten Jahren kontinuierlich schwerer geworden sind, was Erfolge in
43 der Motor- und Abgasbehandlungstechnologie konterkariert.

44 • Den Verkehr durch den Einsatz von Verkehrstelematik (zum Beispiel leis-
45 tungsfähige Verkehrsleitreechner) verstetigen. Verbunden damit ist der Auf-
46 bau eines integrierten Verkehrsmanagements, das den Straßenverkehr so-
47 wohl im Personen- als auch im Güterverkehr mit allen anderen Verkehrsträ-
48 gern verknüpft und den Verkehr als Gesamtsystem optimiert. Die Beseiti-
49 gung von Stausschwerpunkten und vermeidbaren Behinderungen des Ver-
50 kehrsflusses trägt ebenfalls zur Emissionsverminderung bei.

51 • Den Verkehr auf alternative Verkehrsträger verlagern. Dazu gehört eine
52 Stärkung des Eisenbahn-Güter- und Personenverkehrs, die Einrichtung von
53 Güterverkehrszentren für Kombinierten Verkehr und City Logistik, ein weite-
54 rer Ausbau des ÖPNV und von P+R-Anlagen sowie die Förderung von
55 Fahrgemeinschaften, des stationsgebundenen Car-Sharings und des Rad-
56 verkehrs.

57 Statt durch Fahrverbote ließe sich die Umweltbelastung – nicht nur durch Fein-
58 stäube – auch bei anderen Verursachern verringern. Der größte nicht natürliche
59 Emittent ist die Wärmeerzeugung in Wohnhäusern, dort könnte im Verhältnis zu
60 den dafür notwendigen Kosten das mit Abstand größte und relativ einfach reali-
61 sierbare Verbesserungspotential ausgeschöpft werden. Daher fordern wir Freie
62 Demokraten verstärkte Anstrengungen im Bereich der Gebäudesanierung sowie
63 der Erneuerung von Kleinf Feuerungsanlagen (Hausbrand) – insbesondere bei
64 Holzfeuerungsanlagen – zur Energieeinsparung und Emissionsverringern.

65 Im Bereich der Feinstaub-Forschung sind noch viele Fragen offen, daher befür-
66 wortet die FDP weitere Forschungsanstrengungen intensiv voranzutreiben.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 199

Antrag A600

Betr.: **Zukunftsorientiertes Planen bei Neubauten der öffentlichen Hand – keine Ausnahmen oder Befreiungen nach EEWärmeG oder EnEV**

Antragsteller: **Landesverband Niedersachsen**

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir Freie Demokraten fordern,
- 2 - dass Neubauten der öffentlichen Hand keine Ausnahmen oder energetischen
- 3 Befreiungen erhalten sollen. Neu geplante Gebäude müssen den aktuellen ener-
- 4 getischen Anforderungen gerecht werden.
- 5 - dass insbesondere bei regional bekanntem Mangel an sozialem Wohnraum
- 6 Konzepte zur Nachnutzung der Gebäude erarbeitet werden. Wir Freie Demokra-
- 7 ten können es nicht hinnehmen, wenn die öffentliche Hand ohne Weitblick pla-
- 8 nerisch aktiv wird und somit möglicherweise öffentliche Gelder verschwendet.
- 9 - die EnEV und EEWärmeeG grundsätzlich zu überarbeiten mit dem Ziel, sie zu
- 10 entbürokratisieren und für Neubauten zu vergünstigen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 200

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Seite 201

Antrag A700

Betr.: Zukunft der zentralen Kampagnenführung

Antragsteller: Landesverband Niedersachsen, Landesverband Berlin, Landesverband Bremen, Landesverband Hamburg, Landesverband Hessen, Landesverband Nordrhein-Westfalen, Landesverband Thüringen, Landesverband Brandenburg, Landesverband Rheinland-Pfalz und Auslandsgruppe Europa

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Bundesparteitag stellt fest, dass die koordinierte gemeinsame Wahlkampf-
- 2 führung der Landesverbände seit ihrer Einführung im Jahr 2015 ein großartiges
- 3 Erfolgsmodell ist. Gemeinsame Kommunikationsstrategie unter Kuratierung der
- 4 Bundespartei und professionelle Lead-Agentur haben die Kampagnenarbeit der
- 5 Freien Demokraten auf ein neues Niveau gehoben. Die Gesamtkampagne unter
- 6 dem Motto „Jeder Wahlkampf ist ein Wahlkampf der Gesamtpartei“ hat das Zu-
- 7 sammengehörigkeitsgefühl innerhalb der Partei gestärkt, die Mitglieder motiviert
- 8 und Synergien freigesetzt. Daher soll diese Arbeitsweise fortgesetzt werden.

- 9 Der Bundesparteitag beauftragt daher die Bundespartei, die notwendigen Schrit-
- 10 te zu unternehmen, um für den ordentlichen Bundesparteitag im Frühjahr 2018
- 11 einen Antrag vorzulegen, der die Finanzierungsgrundlage einer solchen Arbeits-
- 12 weise auch nach 2017 sicherstellt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 202

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 203

Antrag A701

Betr.: Sonderumlage verlängern

Antragsteller: Landesverband Thüringen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 Die auf dem 66. Bundesparteitag beschlossene Sonderumlage in der Höhe von
- 2 25 EUR pro Mitglied und Jahr nach § 10 Abs. 6 der Finanz- und Beitragsord-
- 3 nung wird um 2 Jahre bis 2019 verlängert.

- 4 Als Stichtag zur Bemessung der Höhe der von den Gliederungen zu zahlenden
- 5 Umlage für die Jahre 2018 und 2019 gilt der 01.01.2018.

- 6 Einzelheiten regelt die vom Bundesschatzmeister erlassene Verfahrensvorschrift.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 204

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin,
28. - 30. April 2017**

Seite 205

Antrag A702

Betr.: Antragsbearbeitung

Antragsteller: Landesverband Niedersachsen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Bundesvorstand wird aufgefordert, für die Antragserstellung, -verfolgung,
- 2 -bearbeitung, die Entschlussfassung und Dokumentation von der Bundesebene
- 3 bis zur OV-Ebene ein IT-Werkzeug bereitzustellen. Bis zu den Parteitag 2018
- 4 ist die durchgängige IT-gestützte Antragsbearbeitung umzusetzen.

Begründung:

Für Delegierte ist eine gute Vorbereitung auf einen Parteitag schwer möglich, weil die Unterlagen z. T. spät in Papierform vorliegen. Einige Antragsteller geben keine Begründung an und verweisen auf die mündliche Vorstellung auf dem Parteitag. Die Bearbeitung eines Antrages in den weiterführenden Gremien lässt sich durch den Antragsteller oder Interessierte schwer weiterverfolgen.

Eine IT gestützte Antragsbearbeitung bietet die Möglichkeit, rollen- und rechtebasiert die Anträge zustandsabhängig weiterzuleiten bzw. zu veröffentlichen. Interessierte können sich automatisiert über Zustandsänderungen und Bearbeitungsfortschritt informieren. Auf diese Weise können Transparenz und Beteiligungsmöglichkeiten innerhalb der FDP deutlich verbessert werden.

Die bisher auf "My-FDP.de" angebotenen Möglichkeiten reichen dazu nicht aus.